NATALIE MOSZKOWSKA

DIE DYNAMIK DES SPÄTKAPITALISMUS

DR. NATALIE MOSZKOWSKA

Zur Dynamik des Spätkapitalismus

VORWORT

Die »Wirklichkeit, die uns heute ins Gesicht starrt, ist die Totalkrisis unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems«. Diese Wirklichkeit bedarf der wissenschaftlichen Abklärung, und die offizielle Nationalökonomie — schreibt ein namhafter Repräsentant derselben, Wilhelm Röpke — versagt völlig. Einer Bilanz der Ergebnisse der offiziellen Oekonomie, die Röpke aufstellt, entnehmen wir was folgt:

> »Das Kriterium der Leistungen einer Wissenschaft ist ... ihr Vermögen, die Wirklichkeit zu erklären ... Um diese von Grund auf erschütterte Wirklichkeit zu erklären, sind während der letzten zehn Jahre Menschen und Mittel in einem ungewöhnlichen Umfange mobilisiert, Fakten mit höchster Emsigkeit gesammelt worden, Konferenzen sind einander in endloser Kette gefolgt, die nationalökonomische Analyse ist mit einem immer wachsenden Grade von Verfeinerung, aber daher auch von Wirklichkeitsferne entwickelt worden, ausgedehnte und detaillierte Forschungsprogramme sind ausgearbeitet, neue Institute gegründet und Fragebogen zu allen Ländern und allen Schichten der Bevölkerung geschickt worden.«

Und der Erfolg?

> Es »muß doch ausgesprochen werden, daß niemand ehrlicherweise das Gefühl haben kann, durch diese hektische Aktivität jener fundamentalen Diagnose wesentlich näher gebracht worden zu sein, die allein als Ausgangspunkt für eine wirksame Therapie dienen kann. Hier müssen wir uns *das wirkliche Versagen unserer Wissenschaft* eingestehen. Sie ist weitgehend zu einer Faktenregistraturmaschine oder zu einem intellektuellen Lunapark geworden, und dies in einem Augenblick, in dem ihre Verantwortung größer ist als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten hundert Jahren«.[1]

Ein nettes Zeugnis! Also völliges Versagen der offiziellen Nationalökonomie, was übrigens zu erwarten war.

Im sozialistischen Schrifttum mag manches auch der Kritik bedürftig sein. Die Denkmethode des wissenschaftlichen Sozialismus kann

---

[1] W. Röpke. Die entscheidenden Probleme des wirtschaftlichen Verfalls. Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft. Jhrg. 74, Basel 1938, p. 496.

jedoch Wertvolles leisten, zum Verständnis der verwickelten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Gegenwart viel beitragen.

Der Marxismus als Denkmethode hat sich bewährt. Worauf es ankommt, ist, die Methode richtig anzuwenden, das System von fremden Elementen zu bereinigen und neue bedeutungsvolle Erfahrungen in dieses Denksystem einzugliedern. Und so will diese Schrift ein Versuch sein, die marxistische Lehre — die Entwicklungstheorie der kapitalistischen Wirtschaft — *weiterzuführen*, insbesondere aber die verhängnisvolle Dynamik der spätkapitalistischen und faschistischen Wirtschaft aufzuzeigen.

Wir beginnen mit theoretischen Erörterungen und kommen nach und nach auf *aktuelle* wirtschaftliche und politische Fragen zu sprechen. Ohne Verständnis für sozialökonomische Probleme ist das stürmische Weltgeschehen unserer Tage nicht zu begreifen. Erweisen sich schließlich doch politische Geschehnisse als durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt. Politische Phänomene entpuppen sich geradezu als Derivate der wirtschaftlichen.

In der Darstellung gebrauchen wir zwar häufig das Präsens. Bei der steigenden politischen Unrast der Zeit, in der wir leben, wird manches, was noch soeben Gegenwart war, rapid in die Vergangenheit gerückt. Wenn also manches nicht mehr als Gegenwart bezeichnet werden könnte, so wäre es immer noch als jüngste Vergangenheit zu betrachten.

Die vorliegende Arbeit ist eine Weiterentwicklung von Gedanken, die in meinen Schriften: »Das Marx'sche System. Ein Beitrag zu dessen Ausbau« (Berlin 1929), »Zur Kritik moderner Krisentheorien« (Prag 1935) und in Zeitschriftenartikeln (»Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift«, Köln; »Der Kampf«, Wien; »Die Gesellschaft« und »Der Klassenkampf«, Berlin, 1931—1932) niedergelegt sind[2]. Sie setzt aber beim Leser die Kenntnis jener Schriften nicht voraus.

---

[2] Marxistische Werke werden von Vertretern der offiziellen Nationalökonomie und zwar namhaften Vertretern oft ohne Quellenangabe benutzt. Eine amerikanische ökonomische Zeitschrift stellt sogar einen Fall der »striking similarity« fest. Leider läßt sich das literarische Piratentum schwer bekämpfen.

EINLEITUNG

I.

Wir leben im letzten Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung; die Dynamik des Kapitalismus ist also voll erkennbar. So verschlungen die Entwicklungswege dieses Wirtschaftssystems sind, läßt sich seine Dynamik im Grunde genommen auf *eine* Ursache zurückführen. Die gleiche Ursache, die die Phasen des industriellen Zyklus bestimmt, bestimmt auch den Lebenslauf des Kapitalismus. Die gleiche Ursache bewirkt den Imperialismus und zum Schluß den Faschismus.

Während vieler Jahrzehnte wuchs dank technischem Fortschritt die Produktivität der menschlichen Arbeit riesig und der Güterreichtum märchenhaft. In der kapitalistischen Wirtschaft, die nicht Bedarfsdeckung, sondern Profiterzielung bezweckt, wurde der Verbrauch zugunsten der Akkumulation hintangehalten. Daraus ergab sich ein in beschleunigtem Tempo wachsendes Mißverhältnis zwischen dem technisch möglichen und dem tatsächlichen Verbrauch. Dieses Mißverhältnis hatte starke Spannungen, Anhäufung sprengender Kräfte zur Folge, welche kumulativ wirkende Störungen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben herbeiführten.

Von dieser einen Ursache läßt sich die komplizierte Kurve ableiten, die zuerst der Kapitalismus und sodann der Faschismus in ihrer Entwicklung beschreiben. Denn die durch diese Ursache hervorgerufenen Störungen des gesellschaftlichen Lebens lösen Prozesse aus, die neue sekundäre Störungen zur Folge haben, wobei jede Störung die andere verschärft.

Was sich an der Oberfläche abspielt, ist ein kompliziertes Ergebnis kumulativ wirkender Störungen. Um zu den Ursachen der primären Störung vorzudringen, muß der Forscher eine Schicht von Störungen nach der anderen abdecken. Erst an die primäre Störung angelangt, darf er Halt machen. Tut er das zu früh, so vermag er nicht die tiefer wirkenden Kräfte zu erfassen. Er hält dann die unmittelbaren Ursachen der sekundären oder tertiären Störungen für die der primären und glaubt an eine Pluralität von Ursachen.

Nur die obere Schicht der Erscheinungen ist verwickelt. Je tiefer man in die Materie dringt, desto weniger verwickelten Phänomenen steht man gegenüber. Nicht die Ursachen sind kompliziert, kompli-

ziert sind die Folgen. So einfach die Ursache, so komplex das Unheil, das sie anstiftet.[1]

Damit ist unsere Aufgabe vorgezeichnet: Wir wollen den komplizierten Folgen der Ueberakkumulation nachgehen; insbesondere wollen wir zeigen, wie die Jagd nach Profit *kumulativ wirkende Störungen* hervorruft, die die Volkswirtschaft mehr und mehr desorganisieren, und wie diese Störungen vom wirtschaftlichen auf das politische Leben übergreifen, wo sie katastrophal wirken.

2.

Der kapitalistische Unternehmer sieht sich durch den Konkurrenzkampf genötigt, seine Selbstkosten, mithin auch den Lohn, möglichst niedrig zu halten, einen möglichst hohen Profit zu erzielen und einen großen Teil desselben zu akkumulieren. Dadurch wird die Konsumkraft gedrosselt und die Produktivkraft gefördert. Der Verbrauch der Bevölkerung, deren überwiegender Teil Lohn- und Gehaltsempfänger sind, hält nicht Schritt mit der gesellschaftlichen Erzeugung. Die mit technischem Fortschritt wachsende Spannung zwischen der Produktiv- und Konsumkraft erzeugt sprengende Kräfte. Die sich ansammelnden Explosivstoffe rufen Konflikte zuerst im wirtschaftlichen, sodann im politischen Leben der Völker hervor. Und in je größerem Umfange unausgenutzte Produktionsmittel in einer Volkswirtschaft vorhanden sind, um so leichter ist es für die Machthaber, dieselben für kriegerische Auseinandersetzungen zu mißbrauchen. Die riesigen Mittel, die der Förderung des Wohlstandes dienen sollten, dies aber seit Jahrzehnten nicht in genügendem Maße taten, werden schließlich für Zerstörungszwecke verwendet, und richten in der ganzen Kulturwelt ungeheure Verwüstungen an. Denn für die gewaltige Produktionskapazität des Spätkapitalismus gibt es nur zwei Verwendungsmöglichkeiten: entweder Bedarfsgegenstände herzustellen und die Lebenshaltung der Massen zu heben, oder Mordwaffen zu erzeugen und den mühsam erreichten Wohlstand zu vernichten.

[1] »Die modernen Krisentheorien ... haben«, sagt mit Recht Adolf Grabowsky, »die Neigung, eine beträchtliche Reihe von Entstehungsursachen anzunehmen... Alle Momente, die von den heutigen Theoretikern ... geltend gemacht werden, (sind) Unterfälle und Variationen der ... Generallinie. Die nationalökonomischen Klassiker und Marx haben doch nicht so unrecht gehabt, wenn sie auf eine *möglichst einfache* Krisenerklärung Wert legten.« (Grabowsky. Politik. Berlin 1932, p. 179.)

Wäre der Faschismus in einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssituation möglich? Dieses politische Gebilde konnte nur im Spätkapitalismus entstehen. Es konnte nur dort Wurzel fassen, wo riesige unausgenutzte Produktionskapazitäten sich angehäuft haben, enorme brachliegende Produktivkräfte vergebens ihrer Verwertung harrten. Die Situation, die der Faschismus vorfand und die er für seine Zwecke brauchte, läßt sich kurz wie folgt kennzeichnen: hochentwickelte Erzeugungstechnik, riesige Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit einerseits, Darben der Massen andererseits. Die gewaltigen brachliegenden Produktivkräfte — Heere von Erwerbslosen und stillliegende Betriebe —, die für Förderung des Volkswohls und Hebung der Kultur nicht ausgenutzt wurden, vermochte der Faschismus für imperialistische Eroberungen zu verwenden. Damit konnte er zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: Er konnte gleichzeitig die Wirtschaft ankurbeln, also die Erwerbslosen beschäftigen, und die sozialen Konflikte durch Entfachen der nationalen eindämmen.

Man kann den Faschismus ohne Kenntnis der Dynamik des Kapitalismus, insbesondere ohne Erforschung der Strukturwandlung der spätkapitalistischen Wirtschaft nicht restlos begreifen.

3.

Bevor wir an unsere Aufgabe herantreten und den verwickelten Wirkungen der Ueberakkumulation nachgehen, wollen wir die Unhaltbarkeit der erstaunlich stark verbreiteten Lehre der *Unter*akkumulation nachweisen.

Der gleiche Faktor, der die Konjunkturkurve bestimmt, bestimmt auch die Gesamtkurve der kapitalistischen Wirtschaft. Nun lassen sich, wenn man von den Nebenfaktoren resp. -Ursachen absieht, und nur auf die Hauptursache abstellt, zwei diametral entgegengesetzte Richtungen in der Nationalökonomie unterscheiden[2]. Die Vertreter der einen Richtung sehen die Ursache der Wirtschaftsstörungen in zu großem Verbrauch und zu geringem Sparen (Unterakkumulation), die der anderen Richtung umgekehrt in unzureichendem Verbrauch und übermäßigem Sparen (Ueberakkumulation). Die einen Forscher

[2] Viele Nationalökonomen lehnen zwar die monokausalen Krisentheorien wegen der »Komplexität der Krisenerscheinungen« ab und sprechen von einer »Manigfaltigkeit der Geschehensquellen«. Bei näherer Prüfung erweist sich jedoch, daß auch in den Lehren dieser Forscher meist *eine* Ursache dominiert.

sprechen von zu hoher Lebenshaltung der Völker und Kapitalmangel, die anderen von zu niedrigem Lebensstandard und Kapitalüberfluß.

Obwohl die Mangeltheorien »wissenschaftliches Ansehen« genießen, erweisen sie sich bei näherer Prüfung als unhaltbar. In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es stets eine starke Tendenz zur Ueberakkumulation. Nur ist diese Tendenz im Spätkapitalismus schwerer erkennbar als sie im Hochkapitalismus war. Die profitorientierte kapitalistische Wirtschaft hat nämlich zahlreiche *faux frais* zur Folge. Und diese faux frais, die — wie wir weiter unten zeigen werden — aus innerer Zwangsläufigkeit in beschleunigtem Tempo wachsen, zehren an der Volkswirtschaft mehr und mehr. Wohl kann es im Spätkapitalismus eine Kapitalknappheit geben, diese ist dann aber nicht durch ein unzulängliches Sparen, sondern durch die wachsenden toten Kosten verursacht, die ihrerseits eine Folge der starken Tendenz zur Ueberakkumulation und Konsumdrosselung sind.

4.

Die an sich nicht schwere Aufgabe, die Unhaltbarkeit der Mangeltheorien und den hohen wissenschaftlichen Wert der Ueberflußtheorie nachzuweisen, wird dadurch kompliziert, daß keine der beiden Richtungen, richtiger Systeme, konsequent auftritt. In jedem der beiden Systeme sind Elemente des entgegengesetzten stehen geblieben. Bevor wir also an unsere Aufgabe herantreten, müssen wir die fremden Elemente aus jedem der Systeme ausmerzen. Denn nur mehr oder weniger konsequent aufgebaute Systeme lassen sich gegenüberstellen.

In der theoretisch am besten fundierten Schule der Ueberakkumulation, nämlich der marxistischen, finden wir die *Theorie der sinkenden Profitrate*, die logischerweise zu den Unterakkumulationstheorien gehört. Im marxistischen Lehrgebäude sind Bruchstücke fremder Lehren erhalten geblieben. Denn erstens hat der Marxismus die Spuren seiner Herkunft (die klassische Schule) immer noch nicht ganz verwischt. Ferner sind neuere Lehren anderer Richtungen nicht selten von marxistischen Forschern kritiklos übernommen worden. Aber auch umgekehrt: Die Gegner des Marxismus, Anhänger der Theorie der Unterakkumulation lehnen die Theorie der sinkenden Profitrate als eine »marxistische« ab, obwohl sie logischerweise ein Glied ihres Gedankensystems bilden sollte.

Die Verfechter der Theorie der sinkenden Profitrate sind Gegner der *Theorie des Kapitalmangels* und umgekehrt. Und doch involviert die eine Lehre die andere: Sinkt die Profitrate, so muß sich ein Kapitalmangel ergeben. Besteht ein Kapitalmangel, so kann er normalerweise — das heißt von Kapitalzerstörung, Kapitalfehlleitung etc. abgesehen — nur auf ein Sinken der Profitrate zurückgeführt werden. Kapitalmangel setzt voraus, daß der Kapitalbedarf relativ groß und die Möglichkeit, Kapital zu bilden, relativ klein ist. Diese Voraussetzungen treffen bei sinkender Profitrate und nur bei dieser zu. Die Profitrate sinkt, wie wir im folgenden zeigen werden, wenn bei technischem Fortschritt jede kleine Steigerung der Arbeitsproduktivität eine große Steigerung des Kapitals pro Arbeiter erheischt. Bei sinkender Profitrate ist also der Kapitalbedarf groß und die Möglichkeit, Kapital zu bilden, klein. Die Tendenz der Profitrate entscheidet über das Verhältnis zwischen der Kapitalakkumulation und der Kapitalbeanspruchung. Ebenso wie es bei sinkender Profitrate keinen Kapitalüberfluß, so kann es bei steigender Profitrate keinen Kapitalmangel geben. Die Theorie der sinkenden Profitrate und diejenige des Kapitalmangels, obwohl von Autoren verschiedener Richtungen vertreten, sind aufeinander folgende Glieder derselben Gedankenkette.

Jedes Forschungsergebnis hat seine Konsequenzen. Kommt man zum Ergebnis, daß die Profitrate sinke resp. daß es an Kapital fehle, so muß man folgerichtig die Ansicht vertreten, daß das Lohn- und Gehaltsniveau überhöht sei. Und auch umgekehrt: Ergibt es sich aus der Untersuchung, daß die Profitrate steigt und die Volkswirtschaft im Kapital schwimmt, so ist dies ein bündiger Beweis dafür, daß die Lebenshaltung des Volkes weit hinter der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates zurückbleibt.

Wenn die Profitrate sinkt und sich eine Unterakkumulation fühlbar macht, so ist niedrige Lebenshaltung der Massen technisch notwendig, *durch die Natur der Dinge* gegeben, »gottgewollt«. Wenn die Profitrate steigt und es eine Ueberakkumulation gibt, so sind die Entbehrungen der Massen *durch die Gesellschaftsordnung* verschuldet. Im ersteren Falle hat man es mit *ehernen*, im zweiten Falle mit *historischen* Gesetzen zu tun.

Die technischen Notwendigkeiten bleiben in jeder Wirtschaftsordnung bestehen, und eventuelle Uebel, die daraus fließen, müssen in Kauf genommen werden. Die sozialen Einrichtungen hingegen

lassen sich mit dem Wirtschaftssystem ändern und die durch sie bedingten Uebel zum Verschwinden bringen. Keine Wirtschaftsform, ob kapitalistischer oder sozialistischer Natur, könnte auf die Dauer bestehen, wenn sie sich über die technischen Notwendigkeiten resp. die ehernen Wirtschaftsgesetze hinwegsetzen wollte. Die Frage also, ob man es hier mit ehernen oder historischen Gesetzen zu tun hat, ist eine Frage nach dem *Sein oder Nichtsein des Sozialismus.*

Die fünf Kontroversen:

1. sinkende Profitrate — steigende Profitrate,
2. Unterakkumulation — Ueberakkumulation,
3. niedrige Lebenshaltung — hohe Lebenshaltung,
4. eherne Gesetze — historische Gesetze,
5. Kapitalismus — Sozialismus,

hängen eng miteinander zusammen. Stellungnahme in einer dieser fünf Kontroversen bestimmt logischerweise die Stellungnahme in den vier anderen.

Richtige Stellung zu diesen Kontroversen trägt zugleich viel zum Verständnis nicht nur des Spätkapitalismus, sondern auch dessen Auswuchses, des Faschismus bei. Denn der Faschismus hat zur Voraussetzung, daß gewisse Entwicklungshemmnisse eine rechtzeitige Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische vereiteln. Findet die Ablösung des überlebten Wirtschaftssystems durch ein neueres zeitgemäßeres nicht zur rechten Zeit statt, so gerät die Volkswirtschaft auf Abwege. —

Die vorliegende Arbeit zerfällt in vier Teile: im *ersten Teil* versuchen wir die fremden Elemente aus dem marxistischen System auszumerzen; im *zweiten* Teil die Unhaltbarkeit der gegnerischen Systeme nachzuweisen; im *dritten* Teil suchen wir den Folgen der Drosselung des Konsums zugunsten der Akkumulation nachzugehen, namentlich die wachsende Unwirtschaftlichkeit, die faux frais aufzuzeigen; im *vierten* Teil befassen wir uns mit der Dynamik der spätkapitalistischen und faschistischen Wirtschaft, insbesondere mit dem *gegenwärtigen Stadium des Imperialismus.*

In den beiden ersten Teilen wird von den kapitalistischen Widersprüchen und den *faux frais,* die sie verursachen (mit einigen Ausnahmen), abgesehen. Die Frage der toten Kosten, die mit Zwangsläufigkeit in beschleunigtem Tempo wachsen, die daher eine wichtige Größe in der bestehenden Wirtschaft bilden, wird erst in den beiden letzten Teilen eingehend behandelt werden.

ERSTER TEIL

A. Die Theorie der sinkenden Profitrate

Vorbemerkung

Die Theorie der sinkenden Profitrate wird vornehmlich von Anhängern der Arbeitswertlehre, die Theorie des Kapitalmangels vornehmlich von Anhängern der Grenznutzenlehre vertreten. Wir werden hier jedoch mit den Begriffen der *Arbeitswertlehre* operieren.

Nationalökonomische Probleme sind quantitativer Natur. Und »auf dem Wege der subjektivistischen Wertmessung (Grenznutzen)« kann »niemals eine objektiv faßbare und bestimmbare Quantität entstehen«. »Immer noch erweist sich der viel begangene Weg, den uns die alte Arbeitswerttheorie gewiesen hat, als derjenige, der am sichersten zum Ziele führt... Daß die wirtschaftlichen Güter — die Naturbedingungen als gegeben angenommen — das Erzeugnis der menschlichen Arbeit und nur dieser sind, ist eine Tatsache, deren Feststellung nichts mehr als ein Gemeinplatz sein dürfte[1].«

»Alles Wirtschaften ist ein Kampf mit der Natur, welcher die zur Bedarfsdeckung erforderlichen Güter abgerungen werden müssen. Das, was der Mensch in diesem Kampf einzusetzen hat, ist Arbeit und nichts als Arbeit. Was außer der Arbeit zur Erzielung des Produktionserfolges nötig ist, Boden, Rohstoffe, Naturprodukte usw., ist von Natur aus da. Nur die Arbeitsleistung ist nicht von Natur aus da, sie muß vom Menschen gesetzt werden[2].«

Die »reine Arbeitswertlehre« bleibt nach wie vor die »konsequenteste Gestalt der Preis-(Wert)Theorien« (P. Struve). »Das Marxsche Wertgesetz ... umschließt alle die Elemente, die für eine Totalitätserkenntnis des ökonomisch-gesellschaftlichen Organismus und seiner Bewegung notwendig sind« (J. Gumperz).

Die Grenznutzentheorie findet immer mehr ablehnende Kritik. Da wir hier nicht das ganze Problem des Grenznutzens aufrollen können, verweisen wir auf die scharfsinnige Kritik dieser Lehre von Otto Conrad, der nach eingehender Untersuchung zu folgendem Schluß kommt: »Die Grenznutzentheorie bildet ... eine Gefahr für das Ansehen der Wissenschaft.« Sie führt »bloße Gedankengebilde und ein

---

[1] W. Sombart. Der moderne Kapitalismus. 3. Bd. 3. Aufl., München und Leipzig 1928, p. 141 f.

[2] O. Conrad. Der Zusammenbruch der Grenznutzentheorie. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 129. Bd., Jena 1928, p. 502.

Gewirr von Streitfragen vor«, die »mit der wirklichen Volkswirtschaft nicht das geringste zu tun haben«. »Unabsehbar groß ist der Schaden, den die Grenznutzentheorie der Wissenschaft schon zugefügt hat und — wahrscheinlich noch zufügen wird[3]«.

Daran, daß manche wichtige volkswirtschaftliche Zusammenhänge — auch die im folgenden behandelten — bis jetzt nicht genügend erkannt worden sind, ist zum größten Teil die Grenznutzenschule schuld. Die lebensfremde Lehre dieser Schule, diese plaisanterie viennoise, hat auch viel zu der auffälligen Feindschaft der meisten heutigen Praktiker gegen die nationalökonomische Theorie beigetragen. »Die Lausanner (mathematische) Schule und die ihr verwandte Grenznutzenschule haben schließlich erreicht, daß die Wirtschaftstheorie bei allen der Ausübung nahestehenden Menschen, bei den sog. ‚Praktikern', vollständig in Verruf gekommen ist.« »Die tiefere Absicht« der mathematischen (und der Grenznutzenschule, N. M.) ist, »die Geister wirtschaftlich einzulullen und die Dinge so darzustellen, als sei diese Wirtschaftsordnung über jede Kritik erhaben[4].«

I. *Darstellung der Theorie*

1.

Bevor wir die Theorie der sinkenden Profitrate darlegen, möchten wir dem Leser einige *Marxsche Begriffe* ins Gedächtnis rufen.

Der Wert jeder Ware wird nach Marx durch »die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt«. Diese Arbeit zerfällt in vorgetane und zusätzliche. Die vorgetane Arbeit ist die auf Herstellung der Produktionsmittel verbrauchte. Die Produktionsmittel schaffen selber keinen neuen Wert, sie übertragen bloß ihren eigenen Wert auf das Produkt nach Maßgabe der Abnutzung. Neue Werte erzeugt nur die zusätzliche (lebendige) Arbeit. Sie setzt sich aus einem bezahlten und einem unbezahlten Teil, aus Arbeitslohn und Mehrwert zusammen. Der Wert der Arbeitskraft (Arbeitslohn) wird zwar, wie

---

[3] O. Conrad, a.a.O., p. 524 f. — Auch Sombart lehnt die Grenznutzentheorie ganz ab, wenn er sagt: »Das bekannte Buch von E. Böhm Bawerk, Kapital und Kapitalzins, ... liegt außerhalb des Bereiches dessen, was ich für fruchtbare ökonomische Theorie halte«. (Sombart a.a.O., p. 128.)

[4] H. Honegger. Die volkswirtschaftstheoretische Forschung in der Schweiz. Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Jahrg. 75, Basel 1939, p. 246/7.

der jeder anderen Ware, durch ihre Reproduktionskosten bestimmt; eine Eigentümlichkeit dieser Ware ist es jedoch, dem Produkt mehr Wert zu verleihen, als zu ihrer Erhaltung notwendig ist, also Mehrwert zu erzeugen.

Demnach nennt Marx das für Anschaffung der Produktionsmittel verwendete Kapital das konstante (c) und das für Arbeitslöhne verausgabte das variable (v). Der Wert der Ware besteht also aus dem Wert der beiden bei der Produktion verbrauchten Kapitale und aus dem Mehrwert resp. Profit (m).

Der Zweck der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, sondern die »Ergatterung des Profites«. Der Kapitalist strebt eine möglichst hohe Profitrate an, und die Höhe der Profitrate hängt von zwei Faktoren ab: 1. Da nicht das konstante Kapital (die Maschine), sondern nur das variable (der Arbeiter) den Mehrwert erzeugt, so ist die Profitrate — bei gegebener Lohnhöhe — um so höher, ein je kleinerer Teil des Gesamtkapitals auf das konstante Kapital und ein je größerer Teil auf das variable entfällt, je niedriger also die Zusammensetzung des Kapitals (c/v) ist. 2. Da das variable Kapital um so mehr Mehrwert erzeugt, je mehr der Arbeiter exploitiert wird, so ist die Profitrate um so höher, je niedriger der Arbeitslohn, mithin je höher die Mehrwertsrate (m/v) ist.

2.

Nun läßt sich die Theorie der sinkenden Profitrate wie folgt umreißen:

Mit technischem Fortschritt wachse das in Betriebsmitteln angelegte Kapital pro Arbeiter. Das konstante Kapital nehme also im Vergleich zum variablen zu. Die Kapitalzusammensetzung steige. Da nur das variable Kapital Mehrwert erzeuge, so müsse die Profitrate mit technischem Fortschritt fallen. Um die Profitrate zu stützen, werde zwar die Mehrwertsrate erhöht, das Steigen der Mehrwertsrate genüge aber nicht, um die Wirkung steigender Kapitalzusammensetzung auf die Profitrate zu kompensieren. Sobald die Profitrate nach durchgeführter Rationalisierung zu sinken beginne, breche eine Krise aus.

In einer der jüngsten Fassungen dieser Theorie, nämlich derjenigen von Otto *Bauer*, heißt es:

> »Wenn die Mehrwertsrate nicht mehr steigt oder auch nur nicht hinreichend schnell steigt, um das Steigen der organischen

2

Zusammensetzung des Kapitals zu kompensieren, dann beginnt die gesellschaftliche Profitrate zu sinken ... Sobald die Kapitalisten ... gewahr werden, daß die Profitrate sinkt, die Dividenden der Aktiengesellschaften zu sinken begonnen haben, tritt der Börsenkrach ein.« »Die Krise tritt ein, sobald die gesellschaftliche Profitrate zu sinken beginnt. Sie tritt ein, sobald die Profitrate sinken muß, weil das Steigen der organischen Zusammensetzung des Kapitals ... nicht mehr durch das Steigen der Mehrwertsrate ... kompensiert werden kann.« Um die Profitrate zu stützen, muß »die Mehrwertsrate mit wachsender Geschwindigkeit steigen[5]«.

Die gleiche Auffassung ist in fast dem ganzen marxistischen Schrifttum vertreten. So sagt z. B. Theodor *Mindt:*

> »Zwar steigt die Ausbeutung durch Verschärfung des Arbeitstempos und durch Lohnsenkung, aber selbst diese Vergrößerung der Mehrwertsrate genügt nicht immer, um auf das ungeheuer angewachsene Gesamtkapital einen entsprechenden Mindestprofit herauszupressen[6].«

Nehmen wir diese Theorie unter die Lupe.

II. Kritik der Theorie

Technischer Fortschritt resp. Rationalisierung der Produktion ist keine einmalige Erscheinung, ebenso kein zwar wiederholt, aber doch selten vorkommendes Phänomen, sondern ein permanenter Prozeß. Würde bei technischem Fortschritt die Profitrate sinken, so müßte sie im Laufe der kapitalistischen Entwicklung, die doch durch einen unausgesetzten und schnellen technischen Fortschritt gekennzeichnet ist, unausgesetzt und schnell sinken. Die gleiche Kontinuität, die der technische Fortschritt aufweist, und das entsprechende Tempo müßte auch das Sinken der Profitrate aufweisen. In dem Maße also, wie der Stand der Technik sich hebt, müßte die Profitrate sinken. Die Profitrate müßte daher längst *auf Null* gesunken sein und dürfte keineswegs die großen Ausmaße haben, die sie tatsächlich hat.

Ein mehr oder weniger stetiges Sinken der Profitrate ist, wie wir nun darlegen wollen, gar nicht möglich.

[5] O. Bauer. Zwischen zwei Weltkriegen? Bratislava 1936, p. 55 ff.
[6] Th. Mindt. Und morgen wieder Krise? Malik-Verlag, London 1938, p. 125.

Der Arbeiter produziert während eines Teils des Arbeitstages das Aequivalent seines Lohnes (v) und während des anderen Teiles des Arbeitstages den Mehrwert (m). Gleichbleibenden Arbeitstag und gleichbleibende Arbeitsintensität vorausgesetzt, ändert sich $v+m$ pro Arbeiter nicht, das heißt, m kann nur auf Kosten von v steigen und umgekehrt.

Nehmen wir zuerst an, daß die Mehrwertsrate (m/v) *gleich bleibt,* daß also sowohl v wie auch m unveränderlich sind, und betrachten wir die Bewegung der Profitrate. Sind v und m unveränderlich, so kann die Profitrate $(m/c+v)$ nur dann sinken, wenn c steigt. Das konstante Kapital c kann aber nur dann und nur insofern steigen, als neu akkumuliertes Kapital zur Verfügung steht. Neues Kapital wird aber aus dem Mehrwert gebildet. Wird der Mehrwert alljährlich akkumuliert und zum Kapital geschlagen, so bildet das konstante Kapital folgende Reihe:

1. Jahr —	2. Jahr —	3. Jahr —	4. Jahr —	5. Jahr —	6. Jahr
c	$c+m$	$c+2m$	$c+3m$	$c+4m$	$c+5m$ etc.

Da das konstante Kapital wächst und der Mehrwert gleichbleibt, so verliert der Mehrwert im Verhältnis zum konstanten Kapital an Bedeutung. Je kleiner der Mehrwert im Vergleich zum konstanten Kapital ist, um so weniger kann das konstante Kapital wachsen und um so weniger kann die Profitrate sinken.

Wir haben bisher gleichbleibende Mehrwertsrate vorausgesetzt; nehmen wir nun eine *steigende* Mehrwertsrate an. Steigende Mehrwertsrate könnte zwar eine im Fallen begriffene Akkumulationsrate stützen, und es brauchte nicht an neuem Kapital für weitere Erhöhung der Kapitalzusammensetzung zu fehlen; steigende Mehrwertsrate würde aber auch die Profitrate stützen, deren Fallen somit hindern. Je mehr die Mehrwertsrate steigen würde, desto mehr Kapital würde zwar akkumuliert werden; je mehr aber die Mehrwertsrate steigt, um so weniger kann die Profitrate fallen. Steigende Mehrwertsrate stützt — ceteris paribus — die Profit- und Akkumulationsrate in einem Zug[7].

Wenn also bei sinkender Tendenz der Profitrate die Mehrwertsrate nicht oder nicht genügend steigen würde, so würde es an Kapital für

[7] Der Mehrwert oder Profit (m) zerfällt in den vom Kapitalisten zu konsumierenden Teil (Revenue $= r$) und den zu akkumulierenden (a). Demnach ist die Akkumulationsrate $= a/c+v$, wobei $a = m - r$. Der Einfachheit halber können wir aber $r = 0$ setzen und annehmen, daß der ganze Profit zum Kapital geschlagen wird. Dann ist die Akkumulationsrate gleich der Profitrate.

technische Neuerungen mehr und mehr fehlen. Das Kapital pro Arbeiter könnte immer weniger wachsen, mithin die Profitrate immer weniger fallen. Wenn umgekehrt die Mehrwertsrate genügend steigen würde, so würde es zwar an Kapital nicht fehlen, das Kapital pro Arbeiter könnte angemessen wachsen, aber die Profitrate könnte nicht fallen.

Ein Sinken der Profitrate setzt voraus: erstens daß das Kapital pro Arbeiter wächst, ferner daß der Mehrwert entweder gleichbleibt oder langsamer wächst als das Kapital, daß also der Mehrwert im Vergleich zum Kapital sinkt. Sinkt der Mehrwert im Vergleich zum Kapital, so sinkt auch der neu akkumulierte Betrag im Vergleich zum bereits bestehenden Kapital. Das Kapital pro Arbeiter kann also immer weniger wachsen und die Profitrate immer weniger sinken.

Wären die Profit- und Akkumulationsrate von Anfang an im Sinken begriffen, so würde das Kapital für bessere Ausrüstung der Arbeiter mit Produktionsmitteln mehr und mehr fehlen. Ein kontinuierlicher technischer Fortschritt wäre nicht möglich. Mit dem Stocken des technischen Fortschritts würde auch das Fallen der Pofitrate stocken.

Die Profitrate kann nur dann stetig sinken, wenn das Kapital pro Arbeiter stetig wächst. Damit das Kapital stetig wachsen kann, muß auch der neu akkumulierte Betrag stetig wachsen. Da der neu akkumulierte Betrag der akkumulierte Mehrwert ist, so muß der Mehrwert im selben Tempo wachsen wie das Kapital. Wächst nun der Mehrwert im gleichen Tempo wie das Kapital, so sinkt die Profitrate *nicht*. —

Wenn die Profitrate nicht stetig sinken kann, welche Kurve würde sie bei fallender Tendenz beschreiben?

Da fallende Profitrate auch fallende Akkumulationsrate bedeutet, so würde jedes weitere prozentuell gleiche Steigen des Kapitals pro Arbeiter einen längeren Zeitraum als das vorangehende erfordern. Der für die Akkumulation des betreffenden Betrages notwendige Zeitraum würde mehr und mehr zunehmen.

Wäre die Profitrate im Sinken begriffen, so müßte sie immer langsamer sinken, nämlich in wachsenden Zeitabständen oder abnehmenden Quoten.

»Es hat also mit dem Untergang des Kapitalismus am Fall der Profitrate noch gute Wege, so etwa bis zum Erlöschen der Sonne« (Rosa Luxemburg).

B. Technischer Fortschritt und die Tendenz der Profitrate

Vorbemerkungen

Um die Tendenz der Profitrate bei technischem Fortschritt zu erforschen, müssen wir den Vorgang der Rationalisierung der Produktion verfolgen. Vorerst jedoch einige einschränkende und erläuternde Bemerkungen.

1. Technische Neuerungen finden auf allen Erzeugungsgebieten immer wieder statt. Die einen Neuerungen erhöhen die Arbeitsproduktivität in der Konsumgüter-, die anderen in der Produktivgütersphäre. Jede der beiden Produktionssphären besteht aus zahlreichen Produktionszweigen, und jeder Produktionszweig erfordert eigenartige, technisch verschiedene Verbesserungen. Uns interessiert hier jedoch nicht die technische Seite des Vorgangs, sondern die ökonomische. Wir fragen nicht, mit welchem technischen Verfahren, sondern mit welchen Kosten eine Arbeitsersparnis erzielt wird. Man kann daher annehmen, daß es weniger Erfindungen gäbe als dies in der Tat der Fall ist, aber jede Erfindung alle Erzeugungsgebiete befruchte, daß es also dieselben Erfindungen seien, die in der Produktiv- und in der Konsumgütersphäre die Arbeitsergiebigkeit erhöhen. Und so werden wir im folgenden jeweils die Wirkung des technischen Fortschritts nicht auf irgend eine Industrie betrachten, sondern auf die *gesamte* Wirtschaft. Die vor- und nachgeschalteten Industrien werden wir als eine Einheit behandeln.

2. Bei der Rationalisierung der Produktion wird entweder die Quantität der mit demselben Arbeitsaufwand erzeugten Güter vergrößert oder deren Qualität verbessert. Der Einfachheit halber kann man jedoch annehmen, daß es sich bei technischen Neuerungen nicht um Verbesserung der Qualität, sondern nur um Vermehrung der *Quantität* handelt. Aus demselben Grunde kann man annehmen, daß bei technischem Fortschritt nicht die Produktionsmittel vervollkommnet, sondern deren Masse pro Arbeiter vergrößert wird.

3. Der Arbeiter bekommt nicht den ganzen Ertrag seiner Arbeit. Der Lohn für den achtstündigen Arbeitstag ist gleich dem Arbeitsertrag von z. B. drei Stunden. Diesen in Arbeitszeiteinheiten ausgedrückten Lohn wollen wir *Nominallohn* (v) nennen.

Bei technischem Fortschritt verhält sich der *Reallohn* zum Nominallohn wie folgt:

a) Sinkt der Nominallohn im selben Maße wie die Arbeitsproduktivität wächst, so bleibt der Reallohn gleich. Der Anteil des Arbeiters am Sozialprodukt sinkt dann stark.

b) Sinkt der Nominallohn weniger als die Arbeitsproduktivität wächst, so steigt der Reallohn, jedoch langsamer als die Produktivität. Der Anteil des Arbeiters am Sozialprodukt sinkt weniger als im vorangehenden Falle.

c) Bleibt der Nominallohn gleich, so steigt der Reallohn im selben Maße wie die Produktivität. Der Anteil des Arbeiters am Sozialprodukt verändert sich nicht.

Nominallohn darf nicht mit *Geldlohn* verwechselt werden, auch unter der Voraussetzung der Goldwährung nicht. Da bei technischem Fortschritt die Produktionskosten des Goldes sinken, bedeutet gleichbleibender Nominallohn steigenden Geldlohn und gleichbleibender Geldlohn sinkenden Nominallohn. In dem Maße wie der Wert des Goldes sinkt, muß der Geldlohn steigen, wenn der Nominallohn gleichbleiben soll.

Der Arbeitstag in der kapitalistischen Wirtschaft zerfällt in zwei Teile: In dem einen Teil des Arbeitstages — z. B. in den ersten 3 Stunden — produziert der Arbeiter das Aequivalent seines Lohnes (v), in den zwei anderen Teilen des Tages — in den übrigen 5 Stunden — den *Mehrwert* (m). Verändert sich der Nominallohn nicht, so verändert sich — unter sonst gleichen Umständen — auch der Mehrwert nicht. Sinkt der Nominallohn, so steigt der Mehrwert.

I. Die ökonomische Seite der Rationalisierung

Verfolgen wir nun den Prozeß der Rationalisierung der Gesamtproduktion. Und zwar betrachten wir den Fall, wenn der Produktionsapparat bei gleicher Arbeiterzahl vergrößert werden muß.

Die Unternehmer brauchen zuerst mehr konstantes Kapital pro Arbeiter; die Kapitalzusammensetzung steigt. Sodann nimmt die Arbeitsproduktivität zu, das Quantum der mit demselben Arbeitsaufwand erzeugten Produkte wächst, das heißt es sinkt der Arbeitsaufwand pro Produkt. Dies bewirkt eine Verbilligung aller Güter, sowohl der Produktiv- als auch der Konsumgüter. Da der Preis der Produktivgüter sinkt, so brauchen die Unternehmer weniger konstantes Kapital und die Kapitalzusammensetzung (c/v) geht zurück. Da der Preis der Konsumgüter sinkt, so können die Unternehmer weniger Lohn zahlen und die Mehrwertrate (m/v) steigt[1].

Bei der Rationalisierung der Produktion nimmt also nicht nur die Produktivgütermasse pro Arbeiter, sondern auch die Arbeitsproduktivität zu. Und die steigende Produktivität senkt den Wert der sachlichen und persönlichen Produktionsmittel, schraubt mithin die Kapitalzusammensetzung hinunter und die Mehrwertsrate hinauf.

Will man die Wirkung des technischen Fortschritts auf die Profitrate betrachten, so darf man keinen dieser Vorgänge außerachtlassen. Man darf insbesondere nicht vergessen, daß nicht nur das Volumen der Produktionsmittel pro Arbeiter, sondern auch die Arbeitsproduktivität steigt, d. h. der Güterwert sinkt. Sinkender Güterwert verändert aber sowohl die Kapitalzusammensetzung als auch die Mehrwertsrate in der für die Profitrate *günstigen* Richtung.

II. Verwertbare Erfindungen

1.

In jedem Wirtschaftssystem muß jede neu einzuführende Maschine zumindest so viel Arbeit ersparen, als sie selber Arbeit kostet. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem aber, wo die zusätzliche Arbeit in bezahlte (v) und unbezahlte (m) zerfällt, wo der Unternehmer dem Arbeiter nicht den vollen Wert der geleisteten Arbeit als Lohn vergütet, sondern einen Teil dieses Wertes (den Mehrwert) ohne Entgelt zurückhält, genügt es nicht, wenn die Maschine nur soviel Arbeit erspart, als sie selber kostet. Was die Maschine an unbezahlter Arbeit erspart, zählt nicht mit.

Oder das Gleiche anders ausgedrückt: Während eines Teiles des Arbeitstages, z. B. der einen Tageshälfte, wird das Aequivalent des Arbeitslohnes und während der zweiten Tageshälfte der Mehrwert produziert. Wenn der Unternehmer den Wert der in der einen Tageshälfte geleisteten Arbeit vergütet, so bekommt er die in der anderen Tageshälfte geleistete Arbeit gratis. Da die in der zweiten Hälfte des

[1] Wir nehmen hier an, daß freie Konkurrenz herrscht, daß also bei sinkenden Kosten die Preise angemessen sinken.

Arbeitstages getane Arbeit ohnehin nicht bezahlt wird, bietet die Ersparung dieser Arbeit dem Unternehmer keinen Vorteil und wird von ihm nicht als Arbeitsersparnis betrachtet.

Weil die ersparte unbezahlte Arbeit (m) nicht mitzählt, muß jede neu einzuführende Maschine mindestens soviel *bezahlte* Arbeit (v) ersparen, als sie selber Arbeit (v+m) kostet. Tut sie das nicht, so fällt sie für den kapitalistischen Unternehmer außer Betracht. Da sie verlustbringend ist, findet sie keine Anwendung.

Dasselbe läßt sich auch noch so darlegen: Der auf seine eigene Arbeitskraft angewiesene Produzent vergleicht die Arbeit, die die Maschine kostet, mit der Arbeit, die sie erspart. Der fremde Arbeitskraft beschäftigende Unternehmer dagegen vergleicht den Preis der Maschine mit dem Preis der Arbeitskraft. Dem Maschinenfabrikanten muß der Unternehmer den Wert der ganzen für die Produktion der Maschine verwendeten Arbeit, dem Arbeiter aber den Wert *nicht* der ganzen von ihm geleisteten Arbeit vergüten. Daher werden im Kapitalismus nicht alle arbeitsparenden Maschinen eingeführt; nur solche Maschinen gelangen zur Einführung, die *relativ viel* Arbeit ersparen[2].

Bei den im Kapitalismus durchgeführten technischen Neuerungen ist also die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zur Wachstumsrate der Produktivgütermasse pro Arbeiter selbst in den Grenzfällen ziemlich hoch[3]. Je höher aber diese Wachstumsrate, um

---

[2] »Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produktes betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. *Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus.* Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft«. (K. Marx. Kapital, 6. Aufl., Bd. I, p. 356 f. Hamburg 1909.)

[3] Wachstumsrate der Produktivgütermasse $= \frac{c'}{c}$

c = konstantes Kapital pro Arbeiter vor der Einführung der technischen Neuerung

c' = konstantes Kapital pro Arbeiter nach der Einführung der technischen Neuerung

Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität $= \frac{v+m+d}{v+m}$

v = variables Kapital pro Arbeiter und Zeiteinheit

m = Mehrwert pro Arbeiter und Zeiteinheit

d = Differenz zwischen dem bisherigen höheren und dem neuen niedrigeren Wert des Erzeugnisses

(Ausführlicher in meiner Schrift »Das Marxsche System«, p. 42 ff.)

so schneller sinken die Warenpreise. Je schneller die Preise der Produktiv- und Konsumgüter sinken, um so weniger kann die Kapitalzusammensetzung steigen und um so mehr kann die Mehrwertsrate erhöht werden. Daher ist es im Kapitalismus *immer möglich,* die Profitrate aufrecht zu erhalten. Wären sämtliche technische Neuerungen Grenzfälle, so müßte die Mehrwertsrate zwar in dem Maße steigen wie die Produktivität, die Profitrate brauchte aber selbst bei ausschließlichem Vorkommen von Grenzfällen nicht zu sinken[4].

2.

Wir sagten oben: In der kapitalistischen Wirtschaft, in welcher der auf Profit bedachte Unternehmer fremde Arbeit exploitiert, gelten nicht arbeitssparende Erfindungen schlechthin als verwertbar, sondern nur bezahlte Arbeit (Arbeitslohn) sparende Erfindungen. Nun muß hinzugefügt werden: In entwickelter kapitalistischer Wirtschaft, welche unter Absatzschwierigkeiten leidet, gelangen nicht einmal alle Erfindungen, welche bezahlte Arbeit ersparen, zur Anwendung. Denn bricht eine Krise aus und muß die Produktion eingeschränkt werden, so ist diejenige Unternehmung besser daran, die mehr manuelle und weniger maschinelle Arbeit verwendet. Die Arbeiter kann man ja entlassen, die einmal gemachten Investitionen dagegen kann man nicht rückgängig machen, die Betriebsanlagen nicht ohne weiteres liquidieren. Der weniger rationalisierte Betrieb zeigt sich mitunter krisenbeständiger. Auch dies erhöht die an die Erfindungen, die verwertet werden sollen, gestellten Anforderungen.

In derselben Richtung wirkt folgender Umstand: Industrielle Anlagen sind bei technischem Fortschritt der Gefahr partieller Entwertung ausgesetzt, sei es, weil sie durch neue leistungsfähigere Konstruktionen überholt werden, sei es, weil sie bei sinkenden Produktionskosten im Preise fallen. Die Maschinen, sagt Marx, »verfallen einem moralischen Tode, noch ehe sie abgenutzt werden«. Je größer die Gefahr der Entwertung, um so mehr Arbeit muß daher eine neue Maschine — unter sonst gleichen Umständen — ersparen, um eingeführt zu werden.

Die Ersetzung manueller Arbeit durch maschinelle birgt für den Unternehmer manche Gefahren; und so werden im Kapitalismus

---

[4] Den mathematischen Beweis dafür siehe ibid. p. 72 ff.

durchaus *nicht alle* Erfindungen, die bezahlte Arbeit ersparen, praktisch verwertet. Bei welchen Erfindungen ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie eingeführt werden, am größten?

Je mehr eine neue Erfindung unter sonst gleichen Umständen die Arbeitsproduktivität erhöht, desto größer ist der Kostenvorsprung des Unternehmers, der sie zuerst einführt, gegenüber den Konkurrenten, die noch nach der alten Methode produzieren. Und je größer dieser Kostenvorsprung, desto höher die *Extraprofite*. Der Pionierunternehmer (dynamischer Produzent) entschließt sich daher um so eher, eine technische Verbesserung einzuführen, je höhere Extraprofite er sich davon verspricht. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Erfindung tatsächlich eingeführt wird, ist also um so größer, je höhere Extraprofite sie in Aussicht stellt.

Erfindungen, welche Grenzfälle bilden, werfen keine Extraprofite ab; die Maschinen ersparen in diesen Fällen nur soviel Arbeitslohn, als sie selber kosten. Da es den Pionierunternehmern bei technischen Neuerungen gerade auf die Extraprofite ankommt, so hat eine Erfindung um so größere Chancen, verwertet zu werden, je weniger sie den Charakter eines Grenzfalls hat, je mehr sie die Ergiebigkeit der Arbeit steigert.

Nur wenn hohe Extraprofite winken, werden neue technische Erfindungen eingeführt. Und die Extraprofite sind um so höher, je mehr Arbeit die Erfindungen ersparen. Je größer aber die ersparte Arbeitsmenge, um so mehr sinkt der Wert der Güter, um so relativ niedriger ist die Kapitalzusammensetzung und höher die Mehrwertsrate.

Technischer Fortschritt schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Je vollkommener unsere Kenntnis der Natur, je entwickelter die Naturwissenschaften, desto größer die Errungenschaften der Technik. Denn war man früher bei technischen Verbesserungen auf Zufall angewiesen, auf gelegentlich gemachte Erfindungen, so wird zur Zeit systematisch, planmäßig, in speziell dazu eingerichteten technisch-wissenschaftlichen Forschungsstellen und Versuchsstätten von speziell dazu ausgebildeten Personen an technischen Verbesserungen gearbeitet. In jedem Produktionszweig wird Schritt für Schritt untersucht, wo sich die Arbeitsproduktivität noch steigern läßt. Und so sind tagtäglich an unzähligen Stellen neue technische Verbesserungen zu verzeichnen. War einst eine technische Vervollkommnung eine Sensation, so sind technische Vervollkommnungen heute zur Alltäglichkeit ge-

worden. Neue Erfindungen jagen einander geradezu; man könnte von einem Wettlauf technischer Erfindungen sprechen.

Im Zeitalter der bewußten technischen Anwendung der Wissenschaft hat der Unternehmer, der rationalisieren will, eine Wahl; er kann überlegen, welche Erfindungen er verwerten und welche er unverwertet lassen soll. Aus dem ständig fließenden Strom der Erfindungen kann er sich diejenigen aussuchen, die die größten Extraprofite in Aussicht stellen, die also die Ergiebigkeit der Arbeit am stärksten erhöhen, den Güterwert am meisten senken[5].

III. Rationalisierung und Kapitalzusammensetzung

1.

Steigt die Kapitalzusammensetzung bei jeder Rationalisierung der Produktion? Gehört es zum Wesen der Rationalisierung, daß das konstante Kapital pro Arbeiter jeweils steigen muß?

Nehmen wir zuerst den ungünstigsten Fall an, nämlich daß bei Verwertung jeder technischen Erfindung das Volumen der Produktionsmittel, das auf einen Arbeiter entfällt, vergrößert werde. Man kann dann folgende drei Gruppen von Erfindungen unterscheiden:

1. Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität ist *kleiner* als die Wachstumsrate der Produktivgütermasse pro Arbeiter[6], der Wert der Güter, also auch der Produktionsmittel, sinkt weniger, als deren Masse pro Arbeiter wächst. Die Kapitalzusammensetzung steigt.

2. Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität ist *gleich* der Wachstumsrate der Produktivgütermasse pro Arbeiter, der Wert der Produktivgüter sinkt im selben Grade, wie deren Masse pro Arbeiter wächst. Die Kapitalzusammensetzung bleibt unverändert.

3. Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität ist *größer* als die Wachstumsrate der Produktivgütermasse pro Arbeiter, der Wert der Produktivgüter sinkt mehr, als deren Masse pro Arbeiter wächst. Die Kapitalzusammensetzung sinkt.

Da bei technischem Fortschritt nicht nur das Volumen der Pro-

---

[5] »*Rentable* und damit wirtschaftlich relevante Erfindungen *in besonders großem Stil* (sind) gerade in den letzten Jahrzehnten und Jahren gemacht worden«. (W. Eucken. Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 36, p. 300, Kiel 1932.)

[6] Vergl. p. 24, Fußnote 3.

duktionsmittel pro Arbeiter wächst, sondern auch der Wert der Produktionsmittel sinkt, so steigt die Kapitalzusammensetzung letzten Endes durchaus nicht bei jeder technischen Neuerung. Sie steigt bei Einführung von Erfindungen der 1. Gruppen und bleibt gleich oder sinkt bei derjenigen der 2. resp. 3. Gruppe.

Welche Bedeutung kommt jeder dieser drei Gruppen praktisch zu? Erfindungen der 1. Gruppe sind wohl am zahlreichsten. Da aber ihre Verwertung relativ wenig lohnend ist, kleine Extraprofite, wenn überhaupt, in Aussicht stellt, so bleibt ein hoher Prozentsatz von Erfindungen dieser Gruppe unverwertet. Ganz anders, wenn es sich um Erfindungen der 2. und 3. Gruppe handelt. Solche Erfindungen müssen kaum lange ihrer Verwertung harren. Und gerade bei Verwertung dieser Erfindungen steigt die Kapitalzusammensetzung nicht, sondern bleibt unverändert oder sinkt.

2.

Wir haben oben angenommen, daß bei jeder technischen Neuerung die Masse der Produktionsmittel, die auf den Arbeiter entfällt, vergrößert werden müsse. Dies ist aber in der Wirklichkeit durchaus nicht immer der Fall.

Es dürfte zahlreiche neue Maschinen und Produktionsinstrumente geben, die viel wirksamer sind als die alten, ohne ein größeres Volumen oder einen höheren Wert zu haben. Es dürfte sogar neue Erzeugungsverfahren geben, die den Erfolg der Arbeit steigern und zugleich das Volumen der Produktionsmittel resp. deren Wert pro Arbeiter verringern.

»Die Herstellung einer wirksameren Maschine« braucht — sagte schon Wilhelm Lexis — »nicht mehr Zeit zu kosten als die einer weniger vollkommenen. Der Erfindungsgeist hat eine neue, zweckmäßigere Form entdeckt, die Gestaltung des Stoffes nach derselben braucht aber *nicht mehr Arbeit* zu fordern, als früher für das weniger ergiebige Produktionsmittel aufzuwenden war[7]«. Aehnlich urteilt Ladislaus v. Bortkiewicz: »Der technische Fortschritt (macht) sich nicht immer in dem Sinne ... einer größeren Inanspruchnahme des Kapitals, sondern unter Umständen auch im entgegengesetzten Sinne geltend, d. h. so, daß durch eine neue Erfindung *Kapital frei gemacht* wird[8].«

---

[7] W. Lexis. Schmollers Jahrbuch, N.F. 19. Jahrg., p. 335.

[8] L. v. Bortkiewicz. Schmollers Jahrbuch, N.F. 30. Jahrg., p. 80.

Eine Erfindung, sagt Clark, die in den betreffenden Unternehmen mehr Kapital als bisher bindet, löst gesamtwirtschaftlich keinen erhöhten Kapitalbedarf aus, wenn durch eine Kostensenkung in nachgeschalteten Betrieben Kapital freigesetzt wird. So hat »das Bessemerverfahren wohl große Investitionen verlangt, aber sicher durch Verbilligung des Stahls auch *kapitalsparend* gewirkt[9]«. Technische Verbesserungen können ferner, setzt Clark fort, »die Produktionsgeschwindigkeit der Maschinen steigern, so daß zur Herstellung der alten Produktionsmenge weniger Maschinen als bisher gebraucht werden[10]«. Auch dies wirkt kapitalsparend.

3.

Man darf ferner nicht vergessen, daß neue Verfahren nicht nur die Arbeitsproduktivität erhöhen, sondern auch die *Produktionsprozesse kürzen.* »Mit der Entwicklung des Kapitalismus geht das Bestreben parallel, die langwierigen Produktionsperioden abzukürzen, die technischen Prozesse zu beschleunigen, die Zeit, während welcher das Kapital den technischen Produktionsprozeß durchmacht, zu komprimieren, das Produkt durch den technischen Prozeß förmlich hindurchzujagen ... und den Produktionsprozeß möglichst von der Gebundenheit an die Natur und ihre ‚organischen' Perioden und Fristen zu befreien[11].« »Die Produktionsumwege (nehmen) tatsächlich an Anzahl ab, oder ... viele Umwege (nehmen) die Dauer Null an[12].«

Dank der modernen Technik beanspruchen zahlreiche Produktionsprozesse bedeutend weniger Zeit als früher. Eine Kürzung der Produktionszeit, also *Kürzung der Umschlagszeit* des Kapitals, übt aber dieselbe Wirkung auf die Profitrate aus wie eine Herabsetzung der Kapitalzusammensetzung[13].

In derselben Richtung wirkt die *Vervollkommnung der Verkehrsmittel.* Jede Beschleunigung des Güter-, Personen- und Nachrichtenverkehrs verringert die Ansprüche an das umlaufende (zum Teil auch stehende) Kapital in der ganzen Volkswirtschaft. Jede Verbesserung

---

[9] J. B. Clark. Essentials of Economic Theory. Zit. nach U. Leffson, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 9, p. 447, Wien 1938.

[10] Ibid.

[11] A. Salz. Kapital, Kapitalformen, Kapitalbildung, Kapitaldynamik. In: Grundriß der Sozialökonomik, Bd. IV, 1. Teil, p. 153, Tübingen 1925.

[12] C. A. J. v. Gadolin. Zeitkonzeption des Kapitals. Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 8, p. 71, Wien 1937.

[13] Siehe hiezu meine Schrift »Das Marxsche System«, p. 96 ff. und 104 ff.

der Verkehrsmittel wirkt kapitalsparend auf sämtlichen Erzeugungsgebieten.

Wir haben bisher von der Rationalisierung der Produktion durch Einführung arbeitssparender Maschinen (Kraft- und Arbeitsmaschinen) gesprochen. Nun geht Hand in Hand mit der Mechanisierung des Produktionsprozesses noch eine weitere Rationalisierung vor sich. Schon der Uebergang vom Klein- zum *Großbetrieb* erspart mannigfache Kosten. Die Aufwendungen für Gebäulichkeiten und industrielle Anlagen fallen — bezogen auf die Produktionseinheit — in einem Großbetrieb niedriger als in einem Kleinbetrieb aus. Innerhalb eines gewissen Spielraums wachsen sie ja bei Erweiterung von Betrieben unterproportional. Aehnlich verhält es sich bei Erweiterung von Unternehmungen durch Angliederung neuer Betriebe: Durch vertikale Kombination — Angliederung von Betrieben, die aufeinander folgende Produktionsstufen darstellen — werden Zwischengewinne, Transportkosten und verschiedene Generalunkosten erspart. Durch horizontale Kombination — Angliederung von Betrieben, die der gleichen Produktionsstufe angehören — werden ebenfalls mannigfache Kosten reduziert. Ermöglicht doch solch eine Kombination gemeinsame Nutzung von Versuchslaboratorien, Lagerräumen, Konstruktionsbüros etc. Man vergesse auch nicht die zahlreichen organisatorischen Maßnahmen, wie z. B. Verwertung von Abfallstoffen und Nebenprodukten, Verringerung von Lagerbeständen, Wahl eines besseren Standortes in bezug auf Rohstoff und Absatz etc. In diesem Zusammenhang ist auch der rasch zunehmenden Standardisierung und Typisierung der Produktion zu gedenken. Alle diese Maßnahmen erhöhen die Produktivität der menschlichen Arbeit. Wird mit ihrer Hilfe an stehendem oder umlaufendem Teil des konstanten Kapitals gespart, so sinkt die Kapitalzusammensetzung und steigt die Profitrate.

Fazit: Bei *jeder* Rationalisierung der Erzeugung, jeder technischen oder organisatorischen Neuerung nimmt die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit zu. *Nicht* bei *jeder* Rationalisierung nimmt hingegen das Volumen der Produktionsmittel pro Arbeiter zu. Und *nicht* bei *jedem* Wachstum dieses Volumens steigt dessen Wert. —

Nehmen wir an, daß die menschliche Arbeitskraft fast ganz durch mechanische Betriebskraft ausgeschaltet werde, daß je ein Handgriff genügen würde, um je eine riesige Fabrik in Bewegung zu setzen. Das Volumen der Produktionsmittel, das auf den Arbeiter entfallen würde, wäre also sehr groß. Würde dies bedeuten, daß die Kapitalzusammensetzung sehr hoch ist? Mit nichten. Es würde bloß bedeuten, daß die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit sehr groß ist, daß folglich in dem gewaltigen Produktionsapparat wenig Arbeit steckt, daß die riesige Maschinerie einen relativ niedrigen Arbeitswert hat. Sinkt die Arbeiterzahl pro Volumen der Produktionsmittel, so sinkt auch der Wert der Produktionsmittel. Die Kapitalzusammensetzung kann daher nicht hoch sein. Man lasse sich nicht durch die Massivität des modernen Produktionsapparates blenden! Man urteile nicht über den Wert der Maschinerie nach deren Umfang!

In einer Auseinandersetzung mit seinen Kritikern räumt übrigens Böhm Bawerk — der Schöpfer der Theorie der längeren Produktionsumwege (steigende Kapitalzusammensetzung[14] — selber ein, daß durch die Einführung neuer Erfindungen nicht immer unbedingt mehr Kapital in Anspruch genommen, sondern auch »Kapital freigesetzt« wird. Er nimmt an, daß sich die Produktionsumwege in abnehmender Progression verlängern. Gleichsam übt er Kritik an seiner eigenen Lehre, wenn er sagt: »Gewiß kann die Sache nicht bis in die buchstäbliche Unendlichkeit so weitergehen. Gewiß zeigt sich ... eine Tendenz zu einer sukzessiven Abschwächung der Erscheinung[15].«

IV. *Wirkliche und scheinbare Höhe der Kapitalzusammensetzung*

1.

Die Kapitalzusammensetzung — Wert der Produktionsmittel pro Arbeiter — scheint viel höher zu sein, als sie in der Wirklichkeit ist. Und zwar nimmt die Differenz zwischen der wirklichen (wertmäßigen) Kapitalzusammensetzung und der scheinbaren mit dem Alter des Kapitalismus mehr und mehr zu. Dies hat zahlreiche Gründe, die wir hier nur kurz streifen können.

Bei freier Konkurenz sinken die Preise der Waren, mithin auch der Produktionsmittel, wenn die Erzeugungskosten rationalisierter Betriebe sinken. Bei Kartellierung ist dies bei weitem nicht immer der Fall. Die

[14] Näheres über den Begriff »Produktionsumwege«, der übrigens jeder Schärfe abhold ist, siehe Lindberg, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 4, p. 512 und Morgenstern ibid., p. 202 ff.

[15] Böhm Bawerk. Positive Theorie des Kapitals. Bd. 2 (Exkurse), p. 19. Jena 1921.

Warenpreise werden von den *Kartellen* auf einer Grundlage festgesetzt, die auch den technisch rückständigsten Werken, die mit hohen Kosten arbeiten, noch einen Reinertrag sichert.

Aber selbst, wenn man die rückständigen Unternehmungen liquidiert, fallen die Preise nicht oder nicht angemessen. Denn diese Unternehmungen werden nicht ohne Entschädigung liquidiert. Je größer die Ueberproduktion und die Absatzschwierigkeiten, desto schärfer der Kampf unter den Kartellmitgliedern um die vom Kartell zugeteilten Marktquoten (Verkaufsbeteiligungen). Daher sind Besitzer moderner rationalisierter Betriebe stets bestrebt, freiwerdende Marktquoten von Besitzern veralteter Betriebe zu erwerben. Werden nun bei technischem Fortschritt veraltete Betriebe nicht entschädigungslos stillgelegt, sondern durch Renten für die erworbenen Marktquoten abgefunden, so bleiben die Produktionskosten, mithin auch die Warenpreise, hoch trotz technischem Fortschritt und steigender Arbeitsproduktivität. Und die Abfindung durch Renten, »Pensionierung unrentabler Konkurrenten« (M. J. Bonn) nimmt mehr und mehr überhand. »Nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Familien, ganze Interessengruppen können sich heute im Schutz eines Monopols erhalten, wo sie früher unter dem System der freien Konkurrenz rücksichtslos und unbarmherzig hinweggeräumt worden wären« (Schmalenbach). Je größer die Abfindungslasten, desto weniger können die Preise der Waren, also auch der Produktionsmittel sinken.

Noch höhere Kosten haben die *Trusts*. Hier gibt es zwar keinen Quotenkampf. Der Trust muß aber »regelmäßig die vorher selbständigen Unternehmungen sehr teuer bezahlen, um den Eigentümern den Anreiz zu geben, in denselben einzutreten«. »Da der Trust durch Sacheinlagen entsteht, die abgeschätzt werden müssen, ist natürlich eine außerordentlich willkürliche Bewertung möglich. Die Eigentümer verlangen und erhalten also eine sehr hohe Entschädigung für den sog. good will, für die Bereitwilligkeit, in den Trust einzutreten«.

»Zum Kapitalaufwand an die bisherigen Besitzer (kommt) noch ein sehr hoher Betrag an Gründungskosten hinzu.« »Das Gründen von Trusts und das Verschmelzen von Unternehmungen aller Art zu einer Gesellschaft ist ... zu einem besonderen, sehr einträglichen Geschäft geworden.« Die Gründer von Trusts machen dadurch Gewinne, daß sie »für die neu ausgegebenen Effekten der überkapitalisierten Kontrollgesellschaften oft noch ein hohes Agio erhalten.«

Das soeben Ausgeführte betrifft indessen nicht nur die Trusts, sondern auch zahlreiche Aktiengesellschaften. Denn nicht nur bei Verschmelzung von bestehenden Unternehmungen, sondern auch bei Gründung neuer machen die Gründer dadurch Gewinne, daß sie die Sachwerte zu teuer anrechnen[16].

Aber auch sonst — bei technischem Fortschritt und sinkenden Kosten — beeilen sich die Kartelle und Trusts nicht, die Preise herabzusetzen, sondern spannen den Preisbogen hoch an. Da die Produktionsmittelindustrien (Montan-, Maschinen-, Kraftindustrien etc.) zu den bestkartellieren gehören, so sind die Preise der Produktionsmittel stets überhöht[17]. Wenn bei Rationalisierung der Erzeugung die Produktionsmittelpreise nicht oder nicht angemessen sinken, so scheint das Kapital pro Arbeiter hoch zu sein.

2.

In derselben Richtung wirkt die Ueberakkumulation. Steigende Arbeitsproduktivität hat in der kapitalistischen Wirtschaft wachsende Absatzschwierigkeiten zur Folge, welche zahlreiche *tote Kosten* verursachen. Man denke bloß an die mangelnde Ausnutzung der Produktionskapazität industrieller Betriebe, an die kostspielige Kundenwerbung etc. Sinken dank technischem Fortschritt die notwendigen Kosten, steigen aber zugleich die toten Kosten, so können die Preise der Waren, also auch der Produktionsmittel nicht angemessen fallen. Dies läßt die Kapitalzusammensetzung höher erscheinen, als sie in der Tat ist.

Auch die *Geldentwertung* als Folge der Währungsmanipulationen (Herabsetzung des Goldgewichtes der Währungseinheit etc.), die das Preisniveau künstlich erhöht, trägt nicht wenig dazu bei, daß der auf den Arbeiter entfallende Wert der Maschinerie höher zu sein scheint, als er ist.

In Kriegszeiten steigen die Preise rapid infolge Mangels an Rohstoffen, Inflation usw. Nach dem Kriege gehen zwar die Preise zu-

---

[16] R. Liefmann. Trust. HWBdSt. IV. Aufl., 8. Bd., p. 308 f.

[17] »In der heutigen Wirtschaft können die Geldkosten nicht nur deshalb steigen, weil mehr reale Güter aufgewendet werden, sondern weil sich die Beteiligten ein höheres Einkommen zugestehen. Das ist aber *keine echte* Kostenerhöhung«. (E. Böhler. Das Preis- und Lohnproblem in volkswirtschaftlicher Beleuchtung. Zürich 1941, p. 12.) — »An die Stelle des Grundsatzes ‚großer Umsatz — kleiner Nutzen' tritt der umgekehrte ‚kleiner Umsatz — großer Nutzen' ... Das Monopol (zieht) die Kombination von hohen Preisen bei geringer Produktion vor«. (W. Röpke. Die Gesellschaftskrisis. Erlenbach-Zürich 1942, p. 360.)

rück, jedoch nicht in dem Maße, wie sie während des Krieges gestiegen sind. Das Preisniveau bleibt dauernd hoch. Auch dies bewirkt eine scheinbare Erhöhung der Kapitalzusammensetzung.

Ein weiterer wichtiger Grund der zunehmenden Teuerung, mithin auch der steigenden Kapitalzusammensetzung, die nicht durch die moderne Technik bedingt ist, ist die *Verknappung der Waren.* Infolge der enormen Einschränkung der Friedensindustrie zugunsten der Kriegsindustrie, wie auch infolge der ungeheuren Verwüstungen, die die heutigen Kriege mit sich bringen, bekommen die vorhandenen Güter (auch industrielle Einrichtungen) eine Art Seltenheitswert. In Friedenszeiten wird die Produktion vorsätzlich niedrig gehalten, nämlich Produktion von Werten unterlassen, obwohl alle technischen Voraussetzungen für sie vorhanden sind; in Kriegszeiten werden Werte vorsätzlich zerstört. Und doch nur bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität, nämlich bei optimaler Produktion und zweckmäßiger Verwendung der erzeugten Werte, nicht etwa bei deren Zerstörung, kann das auf den Arbeiter entfallende Kapital trotz neuzeitlicher Technik niedrig gehalten werden.

Wenn die Preise steigen statt zu sinken, erscheint die Kapitalzusammensetzung höher, als sie ist. Umgekehrt verhält es sich mit der Arbeitsproduktivität. Die zunehmende Teuerung erweckt den Anschein, als gehe die Produktivität der menschlichen Arbeit zurück, obwohl sie in der Tat in reißendem Tempo wächst. Die Arbeitsproduktivität erscheint niedriger, als sie ist[18].

3.

In der ganz letzten Zeit gibt es eine neue Methode, die Kapitalzusammensetzung zu steigern. Um kein öffentliches Aufsehen durch hohe Profite zu erregen, Kriegsgewinne zu verheimlichen und womöglich höherer Besteuerung auszuweichen, wird in den Produktionszweigen, in welchen schwer verdient wird, eine »*Kapitalberichtigung*« nach oben vorgenommen. Um den Dividendensatz auf einem mäßigen Niveau zu halten und dem Uneingeweihten als Normalverdiener

[18] Trotz der künstlichen Verteuerung der Produktionsmittel kann das stehende Kapital, wenn es an Absatz nicht fehlt, in relativ kurzer Zeit amortisiert werden. Es kommt sogar vor, daß der Wert einer industriellen Anlage, einer großen Produktionsmittelmasse schon in einem Jahr oder gar in wenigen Monaten abgeschrieben wird. Daß die Abschreibung des stehenden Kapitals in so kurzer Zeit vorgenommen werden kann, zeigt, daß nicht das Kapital, sondern der Profit pro Arbeiter sehr hoch ist.

zu erscheinen, wird das Kapital neu bewertet. »Das Kapital wird in das richtige Verhältnis zu den Gewinnen gebracht«. Verdoppelt sich der Gewinn, so auch das Kapital. Aktionäre bekommen Gratisaktien.

Ueber die Kapitalzusammensetzung entscheidet nicht mehr der Wert des Sachkapitals pro Arbeiter, sondern der Mehrwert pro Arbeiter. Die Profitrate wird nicht mehr durch die Kapitalzusammensetzung bestimmt, sondern paradoxerweise umgekehrt: die »Kapitalzusammensetzung« durch die Profitrate.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen darf man dem, was man sieht, nicht ohne weiteres trauen. Die auf der Oberfläche liegenden Erscheinungen sind trügerisch. Die Wahrheit liegt verborgen.

V. *Arbeitsintensität und Kapitalzusammensetzung*

1.

Bis jetzt haben wir der Einfachheit halber angenommen, daß die Kapitalzusammensetzung (die tatsächliche, nicht die scheinbare) nur dann steigt,

wenn Arbeiter bei technischem Fortschritt mit vollkommeneren Maschinen ausgerüstet werden.

In Wirklichkeit steigt die Kapitalzusammensetzung aber auch dann,

wenn dieselben Maschinen von weniger Arbeitern bedient werden.

Im ersteren Falle wird die Apparatur vergrößert, die Arbeiterzahl bleibt gleich. Im zweiten Falle bleibt die Apparatur gleich, die Arbeiterzahl nimmt ab. In beiden Fällen steigt also das konstante Kapital pro Arbeiter, die Kapitalzusammensetzung (c/v) wird höher. Nicht in beiden Fällen sinkt aber die Profitrate ($m/c+v$) bei gleichbleibendem Nominallohn (v). Sie sinkt im ersteren Falle, im zweiten Falle steigt sie aber. Dies erklärt sich wie folgt:

Im ersteren Falle steigt das Kapital sowohl pro Arbeiter wie auch pro Arbeitsleistung. Im zweiten Falle steigt das Kapital nur pro Arbeiter, nicht pro Arbeitsleistung. Das Quantum der geleisteten Arbeit nimmt im zweiten Falle trotz reduzierter Arbeiterzahl nicht ab. Es werden zwar weniger Arbeiter beschäftigt, aber jeder Arbeiter leistet mehr. Ein Arbeiter schuftet für zwei!

In beiden Fällen wird ceteris paribus gleich viel Arbeit getan, im

zweiten Fall aber weniger Lohn als im ersteren gezahlt. Daher *steigt* hier die Profitrate trotz steigender Kapitalzusammensetzung.

Ein weiterer Fall liegt vor,

> wenn durch raffinierte Arbeits- und Entlöhnungsmethoden Arbeiter sich selbst zur größeren Leistung anspornen, und das Kontrollpersonal zur Beaufsichtigung der Arbeiter verringert wird[19].

Auch hier steigt sowohl die Kapitalzusammensetzung als auch die Profitrate. Das konstante Kapital nimmt zwar pro Arbeiter (resp. Angestellten) zu, aber nicht pro Arbeitsleistung. Obwohl weniger Angestellte beschäftigt werden, bleibt die Arbeitsleistung unverändert. Daher steigt die Profitrate trotz steigender Kapitalzusammensetzung[20].

Ein ähnlicher Fall liegt vor,

> wenn der Gang der Maschinerie beschleunigt wird, ohne daß man die Zahl der Arbeiter, die die Maschinen überwachen, erhöht.

Hier bleibt die Kapitalzusammensetzung unverändert, die Profitrate steigt dennoch. Das konstante Kapital sinkt zwar nicht pro Arbeiter, es sinkt aber pro Arbeitsleistung. Die Zahl der Arbeiter nimmt nicht zu, aber jeder Arbeiter leistet mehr. Daher steigt die Profitrate trotz gleichbleibender Kapitalzusammensetzung.

2.

Man pflegt steigende Kapitalzusammensetzung nur auf Maschinisierung zurückzuführen. Man vergißt, daß die Kapitalzusammensetzung auch durch *Intensivierung der Arbeit* steigt. Denn je intensiver ein Mann im Betrieb arbeitet, je mehr Arbeit er unter sonst gleichen Umständen bewältigt, desto weniger Arbeiter braucht der Produktionsapparat, desto mehr konstantes Kapital entfällt pro Mann.

Zu Beginn des Kapitalismus war der Arbeitstag lang, aber die Arbeitsleistung pro Stunde gering. Nach und nach wurde zwar der Arbeitstag kürzer, aber die Arbeitsleistung pro Stunde größer. Durch die Kürzung des Arbeitstages wurde die Leistung pro Stunde *überproportional* erhöht. Trotz gekürzter Arbeitszeit wurde mehr Arbeit als früher bewältigt.

[19] »Die Intensität der Arbeit wird hier von der Form des Arbeitslohnes selbst kontrolliert« (Marx, Kapital, Bd. I, p. 516).

[20] Aehnliches ist der Fall bei *organisatorischen Maßnahmen*, durch welche nicht rationell verwendete Arbeit ausgemerzt wird. Auch durch diese Maßnahmen steigt sowohl die Kapitalzusammensetzung als auch die Profitrate.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Arbeitstag nicht mehr gekürzt, eher noch verlängert worden, die Arbeitsintensität ist dennoch weiter gestiegen. Man denke an den beschleunigten Gang der Maschinen und erweiterten Umfang der vom Arbeiter zu überwachenden Apparatur. Man denke ferner an die modernen Arbeitsmethoden wie das Taylorsystem, die Fließarbeit etc., welche die höchste Intensivierung der Arbeit, vollkommene Ausschaltung der Bewegungsverluste, strikte Festlegung des Arbeitstempos und obendrein eine automatische Kontrolle des Arbeiters herbeiführen. Man vergesse auch nicht die raffinierten Entlöhnungsmethoden (Akkord- und Prämiensysteme), die den Arbeiter zur höchsten Leistung anstacheln, aus ihm besondere Leistungen, das Letzte herausholen.

Die Arbeitskraft wird mehr angespannt, »die Poren der Arbeitszeit werden dichter ausgefüllt«. In derselben Zeit »wird mehr Arbeitskraft flüssig gemacht, eine größere Masse Arbeit zusammengepreßt[21]«.

Es wird nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Unparteiischen immer wieder festgestellt, daß die ungeheure Arbeitsverdichtung, das Hetztempo, zu einer Ueberanstrengung und allzu frühzeitigen Erschöpfung der Arbeitskraft führt. Der Kräftevorrat des Arbeiters, dem täglich ein zu großer Aufwand an Energie abverlangt wird, erschöpft sich zu rasch.

Das Ueberangebot an Arbeitskräften macht eine Auslese unter den Arbeitern möglich. Es werden gefügige Arbeiter angestellt, die die Erhöhung der Arbeitsintensität widerstandslos hinnehmen. Und zwar werden nur jüngere kräftige Arbeiter beschäftigt, ältere dagegen aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen; das durchschnittliche Alter des industriellen Arbeiters wird herabgesetzt. Nur durch derartige Auslese konnten die Unternehmer die ungeheure Intensivierung der Arbeit durchsetzen.

Der Unternehmer zahlt den Unterhalt des Arbeiters zirka drei Jahrzehnte, nutzt aber dessen Arbeitskraft von fünf Jahrzehnten. Der Außenstehende sieht hier lediglich eine steigende Kapitalzusammensetzung, nämlich weniger Arbeiter pro Maschine. Was hier aber tatsächlich vorgeht, ist eine große Ausnutzung der Arbeitskraft und *bedeutende Lohnersparung.*

Die Mehrbeanspruchung der Arbeitskraft ist so groß — schreibt J. Ermanski —, daß unter Umständen der ganze Vorteil der verkürz-

[21] K. Marx a. a. O., p. 373 f.

ten Arbeitszeit zunichte gemacht werden kann. Durch die Mehrbeanspruchung der Arbeitskraft muß »der Schwerpunkt des Kampfes der Arbeiterklasse von der Bekämpfung der absoluten Intensivierung (d. h. Verlängerung der Arbeitszeit) auf die Bekämpfung der relativen Intensivierung der Arbeit verlegt werden[22]«.

Trotz starker Intensivierung der Arbeit besteht in den letzten Jahren wiederum die Tendenz, den Arbeitstag zu verlängern.

Der absolute Mehrwert wird im Frühkapitalismus durch Verlängerung der Arbeitszeit, im Hochkapitalismus durch Intensivierung der Arbeit und im Spätkapitalismus durch beide Methoden zugleich erhöht. —

Steigt die Kapitalzusammensetzung, weil Arbeiter mit teureren Maschinen ausgerüstet werden, so sinkt die Profitrate bei gleichbleibendem Nominallohn. Steigt die Kapitalzusammensetzung, weil dieselbe Maschinerie von weniger Arbeitern bedient wird, so erhöht sich die Profitrate, wenn der Nominallohn gleichbleibt.

Die Kapitalzusammensetzung steigt nicht bei jeder technischen Neuerung. Und selbst wenn sie steigt, so beweist dies noch nicht, daß die Profitrate falle. Um über die Tendenz der Profitrate urteilen zu können, muß man jeweils erforschen, ob die Zusammensetzung des Kapitals steigt, und wenn sie steigt, aus welchen Gründen.

Nicht bei jeder technischen Neuerung wird die Kapitalzusammensetzung höher und *nicht jede* Erhöhung der Kapitalzusammensetzung drückt die Profitrate. Es gibt technische Neuerungen, bei welchen die Zusammensetzung des Kapitals sinkt und die Profitrate steigt. Es gibt aber auch technische Neuerungen, wo sowohl die Zusammensetzung des Kapitals als auch die Profitrate steigt. Beidemal unter der Voraussetzung gleichbleibenden Nominallohnes.

Man muß sich davor hüten, auf Grund der Bewegung der Kapitalzusammensetzung ohne weiteres über die Bewegung der Profitrate zu urteilen.

VI. Extraprofite im Monopolkapitalismus

Die Profitrate kann nicht nur durch Lohnkürzungen, sondern auch durch Extraprofite erhöht werden. Und Extraprofite sind ebenso wie

[22] J. Ermanski. Theorie und Praxis der Rationalisierung. Verlag für Literatur und Politik, Wien 1928, p. 151.

steigende Kapitalzusammensetzung Begleiterscheinungen der Rationalisierung.

Technische und organisatorische Neuerungen ersparen Arbeit, reduzieren also die Kosten. Solange sich eine Kostenreduktion nicht oder noch nicht angemessen im Preise auswirkt, enthält der Preis einen Extraprofit. Zur Zeit der freien Konkurrenz brachten technische Neuerungen nur Pionierunternehmern Extraprofite und zwar nur während einer kurzen Zeitspanne. Sobald eine technische Neuerung durch mehrere Unternehmungen eingeführt wurde, fiel der Preis und verschwand der Extraprofit. Da sich die monopolistischen Bindungen mehren und bei monopolistischen Bindungen die Preise nicht entsprechend der Kostenreduktion sinken, so werden die Extraprofite in den kartellierten Industrien nicht nur dynamischen Unternehmern zuteil, sondern allen Unternehmern, deren Werke rationalisiert wurden. Dabei haben die früher temporären Extraprofite die Tendenz, dauernd zu werden.

In unserer nicht traditionalistisch eingestellten Wirtschaft, in welcher — sofern es an Absatz nicht fehlt — viel rationalisiert wird, enthalten die Preise nicht selten mehrere aufeinandergeschichtete Extraprofite. Die Extraprofite summieren sich geradezu.

Bei den Kartellpreisen, die so festgesetzt sind, daß das älteste, am unrationellsten arbeitende Werk auch noch einen Profit erzielt, erzielen moderne, durchrationalisierte Werke riesige Profite. Je älter der Monopolkapitalismus und je straffer die Kartellierung, desto höhere Extraprofite enthalten die Preise[23].

Extraprofite sind heutzutage keine Ausnahme mehr, sondern die Regel. Die Vorteile steigender Produktivität kommen, statt den Konsumenten, mehr und mehr den Unternehmern zugute. Sämtliche Konsumenten mancher Produktionszweige tragen dazu bei, damit ein Häuflein Aktionäre hohe Gewinne einstecken.

Je häufiger rationalisiert wird, desto häufiger sind zwar die Fälle, wo das konstante Kapital pro Arbeiter erhöht werden muß[24]. Aber *nicht jede* Rationalisierung — bei weitem nicht jede — erfordert

[23] Wenn man von »Monopolkapitalismus« spricht, so meint man nicht etwa, daß in diesem Entwicklungsstadium des Kapitalismus die Konkurrenz gänzlich ausgeschaltet sei. Derartige zuweilen praktizierte Interpretationen dieses Schlagwortes sind Mißdeutungen. Der Ausdruck »Monopolkapitalismus« — als Gegensatz zum »Konkurrenzkapitalismus« — soll nur auf die Tendenz in der Entwicklung hinweisen. Wir gebrauchen diesen Ausdruck der Kürze halber.

[24] Zumal sich die zunehmende Arbeitsproduktivität in den Preisen der Produktionsmittel nicht genügend auswirkt.

mehr Kapital pro Arbeiter und manche Rationalisierung setzt Kapital frei. Dagegen wirft *jede* Rationalisierung, wenigstens zeitweise, Extraprofite ab. Und zwar je größer die Zunahme der Arbeitsergiebigkeit, die eine technische Vervollkommnung bewirkt, um so höher ist der Extraprofit. Die Profite steigen schneller als die Kapitalzusammensetzung.

Die Profitrate kann zwar nicht nur durch Extraprofite, sondern auch durch Lohnreduktionen erhöht werden. Für Lohnreduktionen gibt es jedoch gewisse enge Grenzen, die nicht ohne weiteres überschritten werden dürfen. Für Extraprofite sind die Grenzen viel weiter gesteckt. Extraprofite kennen so gut wie keine Grenzen. Je grandioser die Entwicklung der Technik, je ingeniöser die Erfindungen, desto höher die Extraprofite. Lohnreduktionen sind Abzüge vom Einkommen *einer* Bevölkerungsschicht. Extraprofite sind Abzüge vom Einkommen *aller* Bevölkerungsschichten, und zwar nicht nur eines Landes und nicht nur kapitalistischer Länder.

Wir teilen zwar nicht die Ansicht Schumpeters, wonach alle Profite in der kapitalistischen Wirtschaft Extraprofite seien. Wir stellen dennoch fest, daß je phantastischer die Erfolge der technischen Entwicklung und je stärker die monopolistischen Bindungen, desto schwerer die Bedeutung der Extraprofite ins Gewicht fällt.

VII. Technisch notwendiger und technisch möglicher Lohn

I.

Die Profit- resp. Akkumulationsrate kann nicht nur durch Lohnreduktionen, sondern auch durch Extraprofite erhöht werden. Und die Extraprofite haben in halbwegs normalen Zeiten beträchtliche Ausmaße. Sehen wir indessen in folgendem von den Extraprofiten ab. Sehen wir überhaupt davon ab, daß im Zeitalter der monopolistischen Bindungen die Preise nicht entsprechend der steigenden Produktivität fallen und nicht selten trotz sinkender Kosten sogar steigen, was die Profite mächtig erhöht. Nehmen wir im Gegenteil an, daß ein Sinken der Profitrate bei steigender Kapitalzusammensetzung nur durch Lohnreduktionen verhindert werden könne.

Abstrahieren wir auch davon, daß nicht jede Erhöhung der Kapitalzusammensetzung die Profitrate drückt, daß im Gegenteil eine Erhöhung der Kapitalzusammensetzung als Folge steigender Arbeitsintensität die Profitrate erhöht[25].

Welche Bewegung des Nominallohnes (v) ist unter diesen Voraussetzungen notwendig, um die Profit- und Akkumulationsrate auf die Dauer aufrechtzuerhalten[26]?

Erfindungen folgen auf Erfindungen in progressivem Tempo und erhöhen die Ergiebigkeit menschlicher Arbeit auf allen Produktionsgebieten. Betrachtet man nicht einzelne Erzeugungszweige, sondern die ganze Volkswirtschaft, faßt man die vor- und nachgeschalteten Industrien als eine Einheit, so kann man, um sich eines bildlichen Ausdrucks zu bedienen, von aufeinander folgenden Wellen steigender Produktivität sprechen. Jede größere Erfindung resp. Gruppe von Erfindungen löst eine Welle steigender Arbeitsergiebigkeit aus. Jede Welle vermehrt die mit demselben Arbeitsaufwand erzeugte Gütermenge. Haben technische Vervollkommnungen eine Welle steigender Produktivität ausgelöst, so sinkt der Wert der Produktionsmittel und Konsumgüter.

Man kann drei Gruppen von technischen Erfindungen, die solche Wellen auslösen, unterscheiden, nämlich Erfindungen, bei deren Verwertung die Kapitalzusammensetzung steigt (1. Gruppe), gleich bleibt (2. Gruppe) und sinkt (3. Gruppe). Nur bei Verwertung von Erfindungen der 1. Gruppe muß der Nominallohn gekürzt werden, um die Profitrate zu stützen. Bei Nutzbarmachung von Erfindungen der 2. Gruppe hat er gleich zu bleiben und bei der der 3. Gruppe kann er sogar steigen, wenn die Profitrate unverändert bleiben soll.

Um die Profitrate zu stützen, muß der Nominallohn also nur bei Verwertung von Erfindungen der 1. Gruppe gekürzt werden. Wie groß muß diese Kürzung sein? Es handelt sich um keine große Kürzung. Nur bei Nutzbarmachung von Erfindungen, welche Grenzfälle bilden (siehe p. 23 ff.), und die praktisch kaum in Betracht kommen, muß der Nominallohn in dem Maße sinken, in dem die Arbeitsproduktivität steigt[27]. Nur in Grenzfällen darf der Reallohn trotz wachsender Arbeitsergiebigkeit nicht erhöht werden. Bei Verwertung aller sonstigen Erfindungen der 1. Gruppe darf der Reallohn steigen,

[25] Wir abstrahieren hier auch von den vielen faux frais der kapitalistischen Wirtschaft, die die Profite teilweise aufzehren, weil ja die faux frais selber Folge überhöhter Profit- und Akkumulationsrate sind.

[26] Nominallohn = in Arbeitszeiteinheiten ausgedrückter Lohn; nicht zu verwechseln mit Geld- und Reallohn (siehe oben p. 21 f.).

[27] Ausführlicher darüber in meiner Schrift: Das Marxsche System, p. 42 ff.

wenn auch nicht in dem Maße, wie die Produktivität zunimmt. Je weniger die verwerteten Erfindungen dieser Gruppe den Charakter von Grenzfällen aufweisen, je mehr sie die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit erhöhen, um so weniger muß der Nominallohn sinken und um so mehr darf der Reallohn steigen.

Wir behaupteten bisher, daß der Nominallohn bei Verwertung von Erfindungen der 1. Gruppe stets sinken müsse. Diese Behauptung ist nun wesentlich einzuschränken. Der Nominallohn muß nur dann sinken, wenn technische Verbesserungen der 1. Gruppe — ceteris paribus — zahlreicher sind als diejenigen der 3. Gruppe. Er muß also nur insofern sinken, inwiefern eine steigende Tendenz der Kapitalzusammensetzung nicht durch eine fallende kompensiert wird.

2.

Oben wurde gezeigt, welche Bewegung des Nominallohnes bei technischem Fortschritt *notwendig* ist, um die Profitrate aufrechtzuerhalten. Sehen wir nun, welche Bewegung des Nominallohnes bei technischem Fortschritt *möglich*, d. h. durchführbar ist. Schauen wir, ob der Lohn nicht bedeutend mehr gedrückt werden kann, als dies die Stützung der Profit- und Akkumulationsrate erfordert.

Bei technischen Neuerungen aller drei Gruppen steigt die Arbeitsergiebigkeit, aber nur bei technischen Neuerungen einer Gruppe steigt die Kapitalzusammensetzung. Die Arbeitsergiebigkeit steigt also *viel häufiger* als die Kapitalzusammensetzung. Nun muß der Nominallohn nur dann gekürzt werden um die Profitrate zu stützen, wenn die Zusammensetzung des Kapitals steigt. Der Nominallohn kann aber gekürzt werden (ohne den Reallohn zu drücken) stets, wenn die Produktivität zunimmt.

Man *muß* den Nominallohn nur bei Verwertung von Erfindungen der 1. Gruppe kürzen; man *kann* ihn jedoch auch bei Verwertung von Erfindungen der 2. und 3. Gruppe kürzen. Würden beispielsweise zehn Erfindungen der 1. Gruppe und sechs Erfindungen der 3. Gruppe eingeführt, so müßte man den Nominallohn, um die Profitrate zu stützen, nur in vier Fällen reduzieren; man könnte ihn aber — ohne den Reallohn zu drücken — in sämtlichen sechzehn Fällen reduzieren.

Ferner: Wenn der Nominallohn gekürzt werden muß, so höchstens in dem Maße, in welchem die Erfindungen der 1. Gruppe die Arbeitsproduktivität erhöhen. Der Nominallohn kann aber bei Verwertung

von Erfindungen der 2. und 3. Gruppe in dem Maße gekürzt werden, in welchem die Erfindungen dieser Gruppen die Produktivität erhöhen. Und diese Erfindungen erhöhen die Produktivität viel stärker als diejenigen der 1. Gruppe.

Die technische Notwendigkeit, den Nominallohn zu reduzieren (die Mehrwertsrate zu steigern), ist *viel kleiner* als die technische Möglichkeit, dies zu tun.

VIII. Der wirtschaftlich gebotene und der tatsächliche Lohn

1.

»Die Krise tritt in dem Augenblick ein, in dem bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals die Mehrwertsrate nicht mehr hinreichend steigt (!), den Sturz der Profitrate zu verhindern (!)[28].« Nach dieser Ansicht, die seltsamerweise nicht nur in der gegnerischen Literatur, sondern auch in der marxistischen häufig anzutreffen ist, steigt die Mehrwertsrate immer noch zu wenig, d. h. der Reallohn zu viel, »um den Sturz der Profitrate zu verhindern«.

Wären sämtliche technische Neuerungen Grenzfälle, so müßte der Nominallohn, um die Profit- und Akkumulationsrate zu stützen, im selben Maße zugunsten des Mehrwertes sinken, wie die Arbeitsproduktivität steigt. Der Reallohn dürfte also nicht steigen. Dies würde aber nur bei ausschließlichem Vorkommen von Grenzfällen notwendig sein.

Bei Verwertung von Erfindungen der 1. Gruppe[29] (Grenzfälle ausgenommen) darf der Reallohn steigen, wenn auch langsamer als die Arbeitsproduktivität. Bei Verwertung von Erfindungen der 2. Gruppe darf der Reallohn ebenso schnell steigen wie die Produktivität; der Nominallohn braucht ja hier nicht zu sinken, um die Profitrate zu stützen. Und bei Nutzbarmachung von Erfindungen der 3. Gruppe darf der Reallohn unter Umständen noch schneller steigen.

Da technische Neuerungen, die den Charakter von Grenzfällen haben, so gut wie nicht vorkommen und eigentlich *nur lukrative* Erfindungen eingeführt werden, so darf der Reallohn bei Rationalisierung der Produktion immer wieder steigen, ohne die Profitrate zu drücken.

[28] O. Bauer. a.a.O., p. 60.
[29] Vergl. p. 41.

2.

Steigende Kapitalzusammensetzung bedeutet nicht, daß alle technischen Verbesserungen auf die 1. Gruppe entfallen. Es mag neben technischen Neuerungen der 1. Gruppe noch viele der 2. Gruppe geben und das konstante Kapital pro Arbeiter wird dennoch im Durchschnitt steigen. Es kann selbst zahlreiche technische Verbesserungen der 3. Gruppe geben und der Wert der Produktionsmittel pro Arbeiter kann sich erhöhen. Werden mehr Erfindungen der 1. als der 3. Gruppe eingeführt, so gibt es immer eine steigende Kapitalzusammensetzung.

Trotz steigender Kapitalzusammensetzung darf der Reallohn bedeutend erhöht werden. Entfällt doch ein großer Teil der technischen Neuerungen stets auf die 2. und 3. Gruppe. Bei Verwertung von Erfindungen dieser zwei Gruppen kann der Reallohn im selben Tempo erhöht werden, wie hier die Arbeitsproduktivität wächst, ohne die Profit- und Akkumulationsrate zu drücken. Und die Wachstumsrate der Produktivität ist in diesen Fällen sehr groß.

Obwohl die Zusammensetzung des Kapitals im Laufe der kapitalistischen Entwicklung gestiegen ist, hätte sich das Realeinkommen der Massen jahrein jahraus erhöhen, der Lebensstandard der Werktätigen zusehends heben können. In dem progressiven Tempo, in welchem die Produktion des 19. und 20. Jahrhunderts rationalisiert wurde, in diesem Eiltempo hätte sich die Lebenshaltung der Völker bessern können. Aber in der auf Profit bedachten Wirtschaft ist dies ausgeblieben.

3.

Die Entwicklung der Technik ist ein kontinuierlicher Prozeß, die Arbeitsergiebigkeit nimmt fortwährend zu, der Arbeitslohn (Reallohn) steigt aber nur nach langwierigen Kämpfen, die Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft findet nur in großen Zeitabständen statt. Nur ein kleiner Brocken der Früchte steigender Produktivität kommt den Werktätigen zugute.

Dank dem hohen Stand der Naturwissenschaften kommen technische Vervollkommnungen immer häufiger zustande; wegen der zunehmenden Depressionen aber werden Löhne immer seltener erhöht. Die Quote der technischen Vervollkommnungen, von denen der Arbeiter einen Nutzen zieht, verringert sich mehr und mehr.

Mit technischem Fortschritt steigt die Arbeitsergiebigkeit und hier gibt es keine rückläufige Bewegung; der Arbeitslohn hingegen steigt, wenn überhaupt, so nur in guter Konjunktur und wird in schlechter zurückgeschraubt.

Mit der zunehmenden Ueberproduktion und der Furcht vor Invasion fremder Waren (auch aus fiskalischen Gründen) werden in allen Ländern die Zollschranken erhöht, ins Uferlose erhöht[30]. Höhere Zollschranken bedeuten aber höhere Warenpreise. Dies umsomehr, als hohe Zölle die Kartellierung fördern. Die unorganisierten Konsumenten werden den organisierten Produzenten ausgeliefert. Und wenn die Preise einmal sinken wollen, so wird die Preissenkung durch mannigfache Stützungsaktionen vereitelt. Daher verteuert sich die Lebenshaltung und sinken die Reallöhne. Lohnsteigerungen werden mitunter durch Preissteigerungen überkompensiert. Wenn die Preise bei technischem Fortschritt und sinkenden Kosten nicht oder nicht entsprechend herabgesetzt werden, wie dies bei monopolistischen Bindungen meist der Fall ist, so sinkt der Nominallohn (steigt der Profit) automatisch.

Nun steht der Spätkapitalismus nicht nur im Zeichen monopolistischer Bindungen und überspitzten Protektionismus, sondern auch im Zeichen von Währungsmanipulationen. Und dies ist für die Arbeiterschaft verhängnisvoll. In jedem Gewerbe erfordert die geringste Erhöhung des Arbeitslohnes grimmige, erbitterte, opfer- und mühevolle Kämpfe; das gesamte Lohnniveau eines Landes, der Lohn der Arbeiterschaft einer ganzen Nation wird aber vermittelst der Abwertung mit einem Federstrich beliebig gedrückt. Die Abwertung ist das wirksamste Mittel, alle Lohnerhöhungen kampflos rückgängig zu machen, und zwar wird durch Mißbrauch der Währung, auch durch sonstige künstliche Warenverteuerung die Kaufkraft der Löhne nicht nur nach der Geldentwertung, sondern teilweise auch vor derselben herabgesetzt. Denn die Geldentwertung wirkt zurück und bedeutet eine teilweise Enteignung der kleinen Sparer.

Der »kalte Lohnabbau« macht alle Anstrengungen der Arbeiterklasse, einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu erlangen, zunichte. Man sprach in der alten sozialistischen Literatur viel davon, daß die Erschließung von Goldminen für die Arbeiterschaft gefährlich sei, weil sie den Geldwert, mithin die Kaufkraft des Lohnes, reduziere. Nun ist

[30] Wir sehen an dieser Stelle von Kriegszeiten ab.

die Reduktion des Geldwertes durch Erschließung neuer Goldminen ein Kinderspiel im Vergleich zur Reduktion des Geldwertes durch die modernen Währungsexperimente.

Die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit stieg im Laufe der kapitalistischen Entwicklung zusehends, die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger aber kaum merklich. Und zwar besserte sich die Lebenslage des arbeitenden Volkes nur im aufsteigenden Kapitalismus, im absteigenden wird sie mehr und mehr zurückgeschraubt. Kämpften die Arbeiter einst, um die Lebenshaltung zu verbessern, so kämpfen sie heute, um den kärglichen Lebensstandard irgendwie aufrecht zu erhalten. Mit zunehmendem Alter des Kapitalismus wird die Arbeiterschaft von der offensiven Stellung in die Defensive gedrängt. In faschistischen Ländern ist auch die Defensive nicht mehr möglich. Die Proletarier stehen nach Verlust ihrer Organisationen wehrlos da[31].

4.

Die technische Notwendigkeit, den Nominallohn zu kürzen, ist unendlich kleiner als die technische Möglichkeit. Maßgebend für die Lohngestaltung im Kapitalismus — und noch mehr im Faschismus — ist aber die Möglichkeit und nicht die Notwendigkeit.

Der Nominallohn wird nicht nur dann gekürzt, wenn es gilt, die Profitrate aufrechtzuerhalten, sondern jeweils wenn die Produktivität steigt. Steigende Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit macht einen Lohndruck technisch möglich, und von dieser Möglichkeit wird ausgiebig Gebrauch gemacht. Da der Nominallohn nicht nur nach Einführung von Erfindungen der 1. Gruppe, sondern auch nach derjenigen der 2. und 3. Gruppe gedrückt wird, so sinkt er *viel häufiger*, als zur Stützung der Profit- und Akkumulationsrate notwendig ist. Da ferner bei technischen Verbesserungen der 2. und 3. Gruppe die Arbeitsproduktivität viel stärker wächst als bei denjenigen der 1. Gruppe, so sinkt der Nominallohn nicht nur viel häufiger, sondern jeweils *in viel größerem Maße*, als sich dies wirtschaftlich rechtfertigen läßt.

Die Mehrwertsrate steigt bedeutend mehr, als es zur Aufrechterhaltung der Profit- und Akkumulationsrate erforderlich ist. Die

[31] Daß das Lebensniveau der Werktätigen bei den gegebenen Lohnverhältnissen nicht noch tiefer liegt, erklärt sich in nicht geringem Maße durch die *Kleinhaltung der Kinderzahl*. — Bei größerer Kinderzahl, wie sie die Arbeiterfamilien früher zu haben pflegten, würde die Lebenshaltung noch viel dürftiger sein.

Mehrwerts-, Profit- und Akkumulationsrate sind im Kapitalismus immer überhöht. Und die Ueberhöhung nimmt mit dem Alter dieses Wirtschaftssystems mehr und mehr zu.

Je älter der Kapitalismus, um so höher die drei Raten. Je höher die Mehrwertsrate, um so kleiner die Konsumkraft. Je höher die Akkumulationsrate, um so größer die Produktivkraft. Je höher die Mehrwerts-, Profit- und Akkumulationsrate, um so größer die Spannung zwischen der Produktiv- und der Konsumkraft. Und diese wachsende Spannung führt die sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krisen herbei. Es ist daher ein großer Irrtum, zu glauben, daß die gewaltig *überhöhte* Mehrwertsrate immer noch steigen müsse, um die Profitrate zu stützen.

Es mutet seltsam an: Während in der sozialistischen Presse stets auf die wachsende Profitrate hingewiesen wird, Statistiken über riesige Gewinne, die die Kapitalisten einstecken[32], gebracht werden, wird in der sozialistischen Theorie immer wieder von sinkender Profitrate, von Kapitalisten, die ihre Gewinne schwinden sehen, geredet.

IX. *»Theorie« der Kapitalistenverelendung*

1.

Eine unerläßliche Vorbedingung der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere ist ein bestimmter Grad der Arbeitsproduktivität. Erst wenn der Mensch mehr erzeugt, als er zum notdürftigen Unterhalt braucht, kann die Ausbeutung beginnen; und nur in dem Maße, als die Produktivität der menschlichen Arbeit zunimmt, kann die Ausbeutung wachsen.

Erst auf einer bestimmten Stufe der technischen Entwicklung kann der Arbeitsertrag in Lohn und Mehrwert zerfallen, und nur nach Maßgabe des technischen Fortschritts kann der Mehrwert auf Kosten des Lohnes steigen. Ein bestimmtes Mindestmaß der Arbeitsergiebigkeit ist Voraussetzung der Exploitation fremder Arbeitskraft und technischer Fortschritt Voraussetzung einer Steigerung der Exploitations-

[32] Ueber die Mammuteinkommen siehe F. Giovanoli. Im Schatten des Finanzkapitals. Zürich 1938.

grades. Der Exploitationsgrad fremder Arbeitskraft ist im Kapitalismus in gewissem Sinne *Funktion des technischen Fortschritts*[33].

Zu Beginn des Kapitalismus herrschte bekanntlich eine noch ziemlich primitive Technik und die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit war gering. Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung vervollkommnete sich die Technik gewaltig und die Produktivität wuchs riesenhaft. Die technische Möglichkeit der Ausbeutung in großem Maßstabe wurde eigentlich erst im Laufe der kapitalistischen Entwicklung und zwar nach und nach geschaffen.

Wenn wir uns über die hohe Ausbeutungsrate, die im Frühkapitalismus herrschte, entrüsten, so meinen wir nicht die damalige Mehrwertsrate im Vergleich zu der heutigen Mehrwertsrate, sondern die damalige Mehrwertsrate im Vergleich zu der damaligen niedrigen Arbeitsproduktivität. Absolut genommen war die Mehrwertsrate zu jener Zeit nicht hoch. Die »notwendige Arbeitszeit« bildete einen großen Teil des Arbeitstages, und nur ein relativ kleiner Teil desselben konnte für die Mehrwertsproduktion verwendet werden.

Die Mehrwertsrate war zu Beginn des Kapitalismus nicht hoch. Und sie brauchte aus technischen Gründen durchaus nicht in so hohem Maße zu steigen. Würde übrigens der technische Fortschritt ein Steigen der Reallöhne, eine Hebung der Lebenshaltung des Volkes nicht ermöglichen, so müßte man auf solchen »Fortschritt« kurzerhand verzichten. Wozu brauchte man denn einen technischen Fortschritt, der statt Nutzen zu stiften, Lasten brächte?

Nicht nur den Arbeitern, auch den Kapitalisten wäre mit einem »technischen Fortschritt« dieser Art nicht gedient. Müßte jede kleine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch eine große Steigerung der Kapitalzusammensetzung, jede kleine Gütervermehrung durch große Kapitalvermehrung erkauft werden, so würde die »Rationalisierung« der Produktion — wenigstens auf kapitalistischer Grundlage — unterbleiben. Wenn alle Erfindungen Grenzfälle oder an diese anstoßende Fälle wären, so würden sie vergebens auf ihre Verwertung harren. Welcher Kapitalist hätte Interesse, technische Neuerungen einzuführen, die keine oder sehr geringe Extraprofite, dafür aber ein erhöhtes Risiko in Aussicht stellen würden?

---

[33] Nicht deshalb werden Maschinen eingeführt, wie viele Nationalökonomen behaupten, weil Löhne zu hoch sind, sondern Löhne (Nominallöhne) werden gekürzt, weil Maschinen eingeführt werden. Da die menschliche Arbeit durch Maschinenverwendung produktiver wird, nimmt die *Ausbeutungsfähigkeit* des Menschen zu.

Würde nicht bloß eine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit bestehen, nach jeder Rationalisierung der Produktion die Mehrwertsrate hinaufzuschrauben (den Nominallohn zu drücken), würde das Hinaufschrauben der Mehrwertsrate nicht zur Erhöhung der Profitrate, sondern nur zu deren Stützung dienen, wäre also das enorme Steigen der Mehrwertsrate lediglich dazu erforderlich, um ein Sinken einer niedrigen Profitrate zu verhüten, so würde der Kapitalismus kaum die riesige Ausdehnung, die grandiose Entfaltung erfahren haben, den Siegeszug feiern können. Einen Satz Rosa Luxemburgs variierend, kann man sagen: »Bei so lumpigen Geschäften« würde sich »die Plackerei« wohl doch »nicht verlohnen«.

Eine unerläßliche Vorbedingung der bestehenden auf Profiterzielung und nicht auf Bedarfsdeckung eingestellten Wirtschaft ist, daß jede Vermehrung der Maschinerie pro Arbeiter die Produktivität bedeutend erhöht. Ist nun aber diese Bedingung erfüllt, so läßt sich die Mehrwertsrate viel mehr hinaufschrauben, als dies zur Stützung der Profitrate notwendig wäre.

Daß die Mehrwertsrate im Laufe der kapitalistischen Entwicklung stark hinaufgeschraubt worden ist, erklärt sich *nicht durch technische Erfordernisse*, sondern *durch soziale Machtverhältnisse*, nicht durch die Notwendigkeit, die Profitrate zu stützen, sondern durch das Bestreben, die Profitrate zu erhöhen.

2.

Ueber die »sinkende« Profitrate und die Perspektiven des Kapitalismus gab es zwei verschiedene Ansichten. Die einen behaupteten: Die Profitrate falle, und dies müsse nach und nach einen Zusammenbruch des Kapitalismus herbeiführen. Die anderen wiederum meinten: Die Profitrate falle zwar, aber durch die Konzentration der Produktion und des Kapitals wachse die auf eine Unternehmung entfallende Profitsumme dennoch, daher könne der Kapitalismus trotz fallender Profitrate prosperieren.

Beide Ansichten sind unseres Erachtens falsch. Würde die Profitrate bei technischem Fortschritt fallen, so hätte sich der Kapitalismus von Anfang an nicht durchsetzen können. Eine andere Wirtschaftsform — eine schlechtere oder bessere — wäre an seine Stelle getreten.

Würde die Profitrate sinken, so würde auch die Akkumulationsrate sinken. Bei sinkender Akkumulationsrate würde das Kapital immer

langsamer wachsen. Dies würde das Wachstum der Profitsumme behindern. Auch die Konzentration des Kapitals könnte dem auf die Dauer nicht abhelfen.

Um das Fallen der Akkumulationsrate aufzuhalten, müßte der Kapitalist einen immer geringeren Teil seines Profites als Revenue verzehren. Der für Revenuen verwendete Profitteil würde schneller sinken, als die Profitsumme wachsen. Die Revenuen würden also mehr und mehr schrumpfen. Man darf zwar die kapitalistische Produktion »nie darstellen als das, was sie nicht ist, nämlich als Produktion, die zu ihrem unmittelbaren Zweck den Genuß hat oder die Erzeugung von Genußmitteln für die Kapitalisten« (Marx). Man darf aber auch nicht so weit gehen, anzunehmen, daß der Kapitalismus bei dauernd sinkenden Revenuen der Unternehmer fortbestehen könnte!

Die Theorie der sinkenden Profitrate dürfte auch die Theorie der Verelendung der Kapitalisten genannt werden, das heißt die Marxsche Verelendungstheorie auf den Kopf gestellt[34].

Würde die Profitrate bei technischem Fortschritt fortwährend fallen, so könnte es keinen Kapitalismus geben. Eine unerläßliche Voraussetzung dieser Wirtschaftsform ist, daß die Arbeitsproduktivität schnell steigt, der Wert der Produktiv- und Konsumgüter rasch sinkt und der Güterreichtum mächtig wächst. Eine auf Profitergatterung eingestellte Wirtschaft setzt *Ueberfluß* und *nicht Knappheit* voraus.

---

[34] Tatsächlich hat sich ein konsequenter Vertreter der Theorie der sinkenden Profitrate (Henryk Großmann) gefunden, der eine Verelendung der Kapitalisten feststellen zu müssen glaubt.

C. Falsche Ableitung der marxistischen Ueberakkumulationslehre

Von der Lehre der steigenden Kapitalzusammensetzung resp. der »längeren Produktionsumwege« sucht man in der marxistischen Literatur die Lehre der *Ueber*akkumulation und im gegnerischen Schrifttum diejenige der *Unter*akkumulation abzuleiten[1]. So richtig die Feststellung der Ueberakkumulation an und für sich ist, so falsch ist es, diese Tatsache auf eine steigende Zusammensetzung des Kapitals und sinkende Tendenz der Profitrate zurückführen zu wollen.

Wir werden nun zuerst zeigen, weshalb diese Ableitung der Ueberakkumulationstheorie unhaltbar ist, und uns sodann mit den Anhängern der Unterakkumulationstheorie auseinandersetzen.

I. Mehrwertsrate und Ueberproduktion

1.

Die in der marxistischen Literatur vertretene Ueberproduktionslehre besagt: Um die Profitrate bei steigender Kapitalzusammensetzung aufrechtzuerhalten, sähen sich die Kapitalisten genötigt, die Mehrwertsrate hinaufzuschrauben. Steigende Mehrwertsrate bewirke aber ein Mißverhältnis zwischen der Produktion und Konsumtion und in dessen Gefolge eine Absatzstockung[2].

Diese Ableitung der Ueberproduktionslehre ist, wie wir gleich zeigen werden, unhaltbar.

Bei technischem Fortschritt steigt die Produktivität der menschlichen Arbeit, wächst die mit demselben Arbeitsaufwand erzeugte Gütermenge. Damit keine Ueberproduktion entsteht, muß die Konsumtion wachsen. In welchem Maße soll und darf die Konsumtion wachsen?

Wenn die Mehrwertsrate bei technischem Fortschritt gleichbleibt,

---

[1] Nichtmarxistische Ueberakkumulationstheorien können wir hier nur gelegentlich berücksichtigen.

[2] Um die Profitrate zu stützen, muß »die Mehrwertsrate mit wachsender Geschwindigkeit steigen«. Dadurch entsteht »ein Mißverhältnis zwischen der anschwellenden Masse der Produkte und der allzu geringen Kaufkraft der Produzenten«. (O. Bauer, a.a.O., p. 57.)

so wächst der Verbrauch der Lohn- und Gehaltsempfänger im selben Maße, wie die Arbeitsproduktivität steigt. In Fällen, in welchen die Kapitalzusammensetzung erhöht, der Arbeiter mit kostspieligeren Produktionsmitteln ausgerüstet werden muß, darf die Konsumtion nicht in diesem Maße wachsen. Ein Teil des zusätzlichen Volkseinkommens muß hier statt der Konsumtion der Akkumulation (Erweiterung der Produktionsmittelerzeugung) zugeführt werden.

Steigt die Mehrwertsrate nur soweit, um die Wirkung einer steigenden Kapitalzusammensetzung auf die Profit- und Akkumulationsrate zu kompensieren, so wird der Verbrauch an Konsumgütern nur in dem Maße weniger erweitert, als der Verbrauch an Produktionsmitteln erweitert werden muß. Die Nachfrage nach Konsumgütern nimmt zwar weniger zu, als sie bei gleichbleibender Mehrwertsrate zunehmen würde, dafür aber nimmt die Nachfrage nach Produktionsmitteln zu. Weder Ueberproduktion noch Absatzstockung ist hier zu befürchten.

Wenn die Mehrwertsrate nur soviel erhöht wird, um eine sinkende Profit- und Akkumulationsrate zu stützen, so besteht für den zusätzlichen Mehrwert eine Anlagemöglichkeit, der zusätzliche Mehrwert findet produktive Verwendung. Es kann dann weder einen »anschwellenden Güterreichtum« noch eine »zurückgebliebene Massenkaufkraft« geben. Schwillt der Güterreichtum stark an und bleibt die Massenkaufkraft erheblich zurück, wie dies in der Wirklichkeit der Fall ist, so ist dies ein Beweis dafür, daß die Mehrwertsrate mehr, *viel mehr* steigt, als es zur Kompensation der Wirkung einer steigenden Kapitalzusammensetzung auf die Profit- und Akkumulationsrate erforderlich ist. Es ist ein Beweis dafür, daß die Mehrwertsrate bedeutend mehr erhöht wird, als dies die Vermehrung der Produktionsmittel pro Kopf der Arbeiterschaft erheischt.

2.

Eine Ueberproduktion (resp. Ueberakkumulation) tritt erst dann ein, wenn das Hinaufschrauben der Mehrwertsrate durch *kein effektives Bedürfnis* der Volkswirtschaft, durch keine technische Notwendigkeit gerechtfertigt ist, wenn das Steigen der Mehrwertsrate aus privat- und nicht aus volkswirtschaftlichen Erwägungen geschieht.

Der Grund, weshalb es in einer sozialistischen Wirtschaft keine Absatzkrisen geben kann, in einer kapitalistischen Wirtschaft aber

Absatzkrisen geben muß, ist einzig und allein der, daß sich die Lenker der sozialistischen Wirtschaft durch *technische Notwendigkeiten*, durch rationelle Motive (erforderliche Akkumulation), die Lenker der kapitalistischen Wirtschaft dagegen durch *imaginäre* »Notwendigkeiten«, irrationelle Beweggründe (Profitgier) leiten lassen.

In keiner Volkswirtschaft kann zwar dem Arbeiter der ganze Arbeitsertrag als Lohn ausbezahlt werden. In einer sozialistischen Wirtschaft wird aber der vom Arbeitsertrag vorzunehmende Abzug durch die Größe der notwendigen Akkumulation bestimmt werden. Den für Akkumulation nicht erforderlichen Ueberschuß — er mag noch so groß sein — wird man dem arbeitenden Volke für Konsumzwecke zur Verfügung stellen. In der kapitalistischen Wirtschaft hingegen, in welcher nicht die technischen Notwendigkeiten, sondern die sozialen Machtverhältnisse entscheiden, hängt der Abzug vom Arbeitsertrag nicht von den Erfordernissen der Akkumulation ab. Gleichgültig, ob diese Erfordernisse groß oder klein sind, wird vom Arbeitsertrag alles abgezogen, was ein mehr oder weniger karges Existenzminimum übersteigt. Und eben dieser *übermäßige*, technisch *nicht gerechtfertigte* und im Wachstum begriffene Abzug vom Arbeitsertrag führt die sich mehr und mehr verschärfenden Wirtschaftskrisen herbei.

Die Vertreter der Theorie der sinkenden Profitrate übertreiben die Bedeutung steigender Kapitalzusammensetzung und nehmen daher an, daß zur Stützung der Profitrate eine starke Erhöhung der Mehrwertsrate notwendig ist, was durchaus nicht den Tatsachen entspricht. Und übrigens, wäre eine starke Erhöhung der Mehrwertsrate volkswirtschaftlich notwendig, so würde sie weder eine Ueberproduktion noch eine Ueberakkumulation herbeiführen können.

II. Sinkende Profitrate und Ueberakkumulation

1.

Die Profitrate sinkt nur dann, wenn die Produktivität der menschlichen Arbeit trotz besserer Ausrüstung der Arbeiter mit Produktionsmitteln wenig steigt und wenn der Nominallohn gleichbleibt oder unwesentlich sinkt.

Steigt die Arbeitsproduktivität nicht viel, so sinkt auch der Wert

der Güter nicht viel. Da unter diesen Umständen die Produktionsmittel teuer sind, so erfordert jede technische Verbesserung, jede Vermehrung der Produktionsmittel pro Arbeiter viel konstantes Kapital. Da auch die Konsumgüter in diesem Falle teuer sind und der Nominallohn nicht reduziert wird, so braucht man auch viel variables Kapital. Wir sehen: Der Kapitalbedarf ist hier groß und die Möglichkeit, Kapital zu bilden, klein.

Bei sinkender Profitrate ist eine *hohe Akkumulationsrate erforderlich,* aber nur eine *niedrige Akkumulationsrate durchführbar.* Man muß viel akkumulieren, aber man kann es nur wenig. Bei sinkender Profitrate kann es also nur eine Unterakkumulation geben.

2.

Die Lehre der sinkenden Profitrate und der Ueberakkumulation enthält einen Widerspruch. Dieser Widerspruch wird besonders dann klar, wenn man sich darüber Rechenschaft gibt, wie die Voraussetzungen, unter denen die Profitrate fällt, verschieden sind von den Voraussetzungen, unter welchen eine Ueberakkumulation eintritt.

1. Eine Ueberakkumulation setzt voraus, daß bei technischen Neuerungen die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit bedeutend steigt und der Wert (resp. Preis) der Produktiv- und Konsumgüter bedeutend sinkt. Sinkende Profitrate setzt das Umgekehrte voraus: Sie ist nur dann möglich, wenn trotz vermehrter Maschinerie, trotz aller Anstrengungen der Techniker die Arbeitsergiebigkeit nicht erheblich steigt und der Wert der Güter relativ hoch bleibt.

2. Eine Ueberakkumulation tritt nur dann ein, wenn die Mehrwertsrate bei technischem Fortschritt hinaufgeschraubt, der Nominallohn stark gedrückt, die Kaufkraft der Massen gedrosselt wird. Umgekehrt verhält es sich bei sinkender Profitrate: Die Profitrate fällt, wenn die Mehrwertsrate gleichbleibt oder unwesentlich steigt, wenn also die Wirkung höherer Kapitalzusammensetzung auf die Profitrate durch eine Lohnreduktion nicht kompensiert wird.

Ueberakkumulation und sinkende Profitrate sind nicht zu vereinbarende, *einander ausschließende* Dinge.

Sinkender Profitrate entspricht Unterakkumulation, steigender Profitrate hingegen Ueberakkumulation. Man hat es hier mit zwei Begriffspaaren zu tun. Die Glieder dieser Begriffspaare dürfen nicht auseinandergerissen und willkürlich zusammengefügt werden.

3.

Die hier kritisierte, in der marxistischen Literatur viel vertretene Theorie, die die Wirtschaftskrisen sowohl auf sinkende Profitrate wie auch auf Ueberakkumulation zurückzuführen sucht, verstrickt sich in Widersprüche. Sie besagt:

1. Die Mehrwertsrate steige nicht genügend, um die Profitrate aufrechtzuerhalten. Sinkende Profitrate rufe Krisen hervor[3].

2. Die Mehrwertsrate steige zwar nicht genügend, um die Profitrate aufrechtzuerhalten, jedoch genügend, um eine Ueberakkumulation zu bewirken. Ueberakkumulation führe Krisen herbei.

Nach dieser Theorie brechen also Krisen aus: Erstens, weil die Mehrwertsrate *zu wenig* steige, zweitens, weil die Mehrwertsrate *zu viel* steige. Der Widerspruch springt in die Augen.

4.

Die Vertreter der Theorie der sinkenden Profitrate entpuppen sich als Anhänger der Theorie der Unterakkumulation, des Kapitalmangels. Aber auch umgekehrt: Die Anhänger der Lehre vom Kapitalmangel (Gegner des Marxismus) dürften logischerweise die im marxistischen Schrifttum viel vertretene Lehre von der sinkenden Profitrate nicht ablehnen.

Huldigt man der Auffassung, daß die »Produktionsumwege« länger und länger werden, der Reallohn zu viel (die Mehrwertsrate zu wenig) steige und ein Kapitalmangel bestehe, so muß man auch die Auffassung teilen, daß die Profitrate sinke. Diese Schlußfolgerung wird aber seltsamerweise von den Repräsentanten dieser Richtung nicht gezogen.

Sie bekennen sich zwar nicht zur Theorie der sinkenden Profitrate, behaupten aber dennoch, daß ein Kapitalmangel herrsche. Den Kapitalmangel führen sie auf steigende Kapitalzusammensetzung (längere Produktionsumwege) zurück. Die Profitrate sinke zwar nicht, aber die Rationalisierung der Produktion verlange so große Kapitalmengen, daß der Konsum des Volkes eigentlich fast nicht erhöht werden dürfe.

Würde die Rationalisierung der Produktion eine so große Vermehrung des Kapitals pro Arbeiter erfordern, so müßte die Profitrate stark fallen.

---

[3] Vergl. oben p. 17 f.

D. Eherne oder historische Gesetze?

Wenn die Profitrate zuweilen sinkt oder es an Kapital fehlt, so ist nicht steigende Kapitalzusammensetzung (längere Produktionsumwege) daran schuld, sondern die im beschleunigten Tempo wachsenden faux frais der kapitalistischen und faschistischen Wirtschaft[1]. Und diese Erkenntnis ist nicht nur *ökonomisch*, sondern auch *politisch* außerordentlich wichtig. Denn zwischen der Tendenz der Profit- resp. Akkumulationsrate und den Aussichten einer sozialistischen Wirtschaftsordnung auf Verwirklichung besteht ein enger Zusammenhang. Die Tendenz dieser beiden Raten zum Steigen ist eine wichtige ökonomische Voraussetzung des Erfolges sozialistischer Wirtschaftsordnung.

Wären Kapitalmangel und sinkende Profitrate Folgen steigender Kapitalzusammensetzung, so wären sie durch *technische* Faktoren bedingt. Sind Kapitalmangel und sinkende Profitrate hingegen Folgen der faux frais der profitorientierten Wirtschaft, so sind sie auf *gesellschaftliche* Faktoren zurückzuführen. Würde die Profitrate fallen und würde es an Kapital fehlen, weil die Produktivität des Arbeiters langsamer stiege als das Volumen der Produktionsmittel pro Arbeiter, so wäre dies durch die Natur der Dinge bestimmt. Fällt die Profitrate und fehlt es an Kapital, weil die Produktivität des Arbeiters viel schneller steigt als seine Kaufkraft, so ist dies durch soziale Verhältnisse verschuldet.

Wenn es sich um ein Uebel sozialer Natur handelt, so kann ihm durch Aenderung der Gesellschaftsordnung abgeholfen werden. Wenn hingegen ein Uebel naturgesetzlich bedingt ist, so ist keine Gesellschaftsordnung imstande, es zu beheben, das Uebel ist irreparabel. Wir haben dann ein *ökonomisches Gesetz*, eine force majeure, vor uns.

Gegenüber einem ökonomischen Gesetz ist auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung ohnmächtig. Denn auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung kann nicht Wunder wirken und ökonomische Gesetze suspendieren. Sie kann nur das verwirklichen, wozu die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Sinkt die Profitrate als Folge steigender Kapitalzusammensetzung, so ist eine Hebung des Lebensstandards der Massen volkswirtschaft-

[1] Siehe den dritten Teil der vorliegenden Arbeit.

lich schädlich; ist in diesem Falle doch eine hohe Akkumulationsrate notwendig. Sinkt hingegen die Profitrate als Folge von Absatzstockung, so ist eine Besserung der Lebenshaltung der Massen doppelt nützlich, nämlich sowohl sozial- wie konjunkturpolitisch. Daher verspricht eine Aenderung des Wirtschaftssystems nur bei steigender Tendenz der Profit- und Akkumulationsrate, nur bei der Tendenz zur Ueberakkumulation einen Erfolg.

Würde infolge steigender Kapitalzusammensetzung bei technischem Fortschritt die Profitrate sinken und ein Kapitalmangel entstehen, so würde auch ein sozialistischer Staat den Lebensstandard der Arbeiter nicht heben können. Denn auch ein sozialistischer Staat darf gegen ökonomische Gesetze nicht verstoßen, auch er muß sie respektieren. Nicht deshalb würde der sozialistische Staat die Lebenshaltung des Volkes bessern können, weil er sich um die Akkumulationsrate etwa nicht zu kümmern brauchte, sondern weil die Bedingungen, unter welchen die Akkumulation stattfindet — der hohe Stand der Arbeitsproduktivität — eine Besserung der Lebenslage des Volkes erlauben, ja gebieten[2]. Der Wohlstand, den wir von der Verwirklichung des Sozialismus erhoffen, wird nicht darauf zurückzuführen sein, daß sich die Lenker der sozialistischen Wirtschaft über ökonomische Gesetze hinwegsetzen oder sie wegdekretieren, sondern daß sie diesen Gesetzen gehorchen.

Wenn die kapitalistischen Länder von periodischen Wirtschaftskrisen heimgesucht werden, die Sowjetunion aber von Krisen verschont bleibt, so geschieht es nicht zuletzt deshalb, weil die kapitalistischen Staaten gegen die ökonomischen Gesetze verstoßen und trotz gewaltig steigender Arbeitsproduktivität den Konsum der Massen drosseln, die Sowjetunion dagegen bei steigender Arbeitsproduktivität den Konsum des Volkes fördert[3].

War im Frühkapitalismus ein gewisses mäßiges Steigen der Mehrwertsrate zur Stützung der Profit- und Akkumulationsrate unter Um-

[2] Theodor Mindt (a.a.O., p. 108) sagt: »Erst die Herabdrückung der Lebenshaltung der werktätigen Massen ermöglicht den Kapitalisten (der steigenden Kapitalzusammensetzung wegen) die Rentabilität der Produktion, ... die Herstellung eines genügend hohen Profites«. Würde diese Behauptung zutreffen, so würde es um den Sozialismus schlecht bestellt sein.

[3] Daß die Lebenslage des russischen Arbeiters sich nicht entsprechend der mächtigen Entwicklung der Produktivkräfte des Landes gehoben hat, daran sind die riesigen Rüstungen schuld, die solange notwendig sind, als ein feindseliger Nachbar zu befürchten ist. »Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt« (Schiller, Wilhelm Tell).

ständen erforderlich, so ist im Spätkapitalismus eine Senkung, und zwar eine erhebliche Senkung der gewaltig überhöhten Mehrwertsrate geboten. Es ist falsch, zu meinen, daß man es hier mit einem ein für allemal gegebenen Erfordernis zu tun hat. Und dieses Erfordernis ist durchaus nicht gleichgültig für die Perspektiven des Sozialismus.

Eine wichtige Voraussetzung der sozialistischen Wirtschaft ist ein hoher Stand der Arbeitsproduktivität. Der Sozialismus setzt voraus, daß bei jeder Vermehrung des Produktivgütervolumens pro Arbeiter die Produktivität der Arbeit erheblich zunimmt. Für die Verwirklichung des Sozialismus ist ein solcher Stand der Technik günstig, bei dem ein weiteres Steigen der Mehrwertsrate zur Aufrechterhaltung der Akkumulationsrate nicht mehr notwendig ist. Die besten Perspektiven für den Sozialismus sind dann gegeben, wenn *eine Senkung* und *nicht eine Erhöhung* der Mehrwertsrate wirtschaftlich geboten ist.

Diese Voraussetzungen sind zur Zeit in hohem Maße vorhanden. Und nicht zuletzt dies macht *unsere Zeit für den Sozialismus reif!*

ZWEITER TEIL

A. »Kapitalmangel«

1. *Theorien des Kapitalmangels*

Die Lehre vom Kapitalmangel hat unter den Theoretikern der Nationalökonomie erstaunlich viele Anhänger; sie bildet einen Bestandteil zahlreicher Konjunkturtheorien. Bezeichnend für diese Lehre ist es, daß es so viele Spielarten gibt wie Vertreter. Es gibt eine Unzahl von raffiniertesten Konjunkturtheorien, die die periodischen Wirtschaftsstörungen auf Kapitalmangel zurückführen, und die äußerst komplizierten Konstruktionen dieser Theoretiker differieren nicht unwesentlich von einander. Selbst wenn man von der spezifischen monetären und kreditären Einkleidung absieht, weisen die filigran durchgearbeiteten, ungemein verwickelten Theorien bedeutende Unterschiede auf.

Aus den vielen Varianten der Kapitalmangellehre, aus dem Labyrinth von Theorien läßt sich folgender Gedankengang herausheben: Zu Beginn des Aufschwungs werde die Produktion erweitert, wobei technische Neuerungen eingeführt und »Produktionsumwege verlängert« würden. Dies steigere den Kapitalbedarf. Der Kapitalbedarf wachse rasch und die Kapitaldecke erweise sich als zu knapp. »Es steht weniger Sparkapital zur Verfügung, als gebraucht wird.« »Die Sparkraft der Wirtschaft reicht nicht aus, um eine Steigerung der Produktion dauernd zu ermöglichen.« »Das Mißverhältnis zwischen dem Kapitalangebot und der Kapitalnachfrage führt den Konjunkturrückschlag herbei.« »Die Verschärfung der Kapitalknappheit ist die eigentliche Ursache der Krisen.« »Nicht die vorhandene Nachfrage, sondern das vorhandene Kapital wird von Unternehmern im Aufschwung überschätzt[1].«

Ferner: Neues Kapital werde vornehmlich aus den Profiten gebildet. Damit die Profite groß genug seien, müßten Löhne und Gehälter niedrig gehalten werden. Da die Niedrighaltung der Löhne am

---

[1] Eine der jüngsten Fassungen der Theorie lautet: »Die Unternehmer verwenden den verfügbaren (Kapital-) Bestand ... so, als ob ihnen ein (viel größerer) Bestand ... zur Verfügung stehen würde. Sie planen Produktionserweiterung von einem Umfang, für die der verfügbare Bestand an Kapitalgütern nicht hinreicht. Diese Pläne sind aus *Mangel an Kapitalgütern* nicht ausführbar. Früher oder später müssen sie an dem Fehlen der erforderlichen Kapitalgüter scheitern«. (L. v. Mises, Nationalökonomie. Genf 1940, p. 509 f.)

Widerstand der »monopolistischen« Arbeiterverbände scheitere, werde weniger Kapital akkumuliert als technisch erforderlich.

Es werden Berge von Büchern geschrieben über »monopolistische Gestaltung des Arbeitsmarktes«, »künstliche Beeinflussung der Lohnhöhe«, »erzwungene Preise für Arbeitskraft«, »deplacierte Lohnsteigerungen«, »schädliche Wirkung der Arbeitslosenunterstützung« und anderes mehr[2].

Um sich mit dieser Auffassung auseinanderzusetzen, muß man sich vorerst darüber Rechenschaft ablegen, zu welchem Zwecke und in welchem Maße Kapitalbildung erforderlich ist. Ferner: ob technischer Fortschritt einen Kapitalmangel herbeiführe, resp. ob ein eventueller Kapitalmangel auf technische oder auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen sei.

II. *Kapitalbedarf*

1.

Akkumulation ist in jeder Volkswirtschaft aus folgenden drei Gründen erforderlich:

1. Bei gleichbleibender Technik und wachsender Bevölkerung, um die zusätzlichen Arbeitskräfte mit Produktionsmitteln auszurüsten;

2. bei gleichbleibender Bevölkerung und technischem Fortschritt, um die gleiche Arbeiterzahl mit höherwertigeren Produktionsmitteln auszustatten, das heißt die Kapitalzusammensetzung zu erhöhen;

3. bei Kapitalzerstörung und Kapitalentwertung, um das zerstörte oder entwertete Kapital zu ersetzen.

Das einmal akkumulierte Kapital verringert sich nicht durch Gebrauch. Nach Maßgabe des Verbrauchs im Produktionsprozeß überträgt es seinen Wert auf das neue Produkt. Findet keine Entwertung oder Zerstörung des Kapitals statt, so braucht bei unveränderter Volkszahl und unveränderter Technik nicht akkumuliert zu werden.

Zu Punkt 1: Wächst die Volkszahl, so muß die zusätzliche Bevölkerung mit Produktionsmitteln ausgerüstet werden, und dazu ist eine Akkumulation erforderlich. Bei gleichbleibender Geburtenziffer braucht aber die Akkumulationsrate nicht zu wachsen, und bei Geburtenrückgang darf sie unter Umständen sogar sinken[3].

Zu Punkt 2: Steigt bei technischem Fortschritt die Zusammensetzung des Kapitals, so muß der akkumulierte Betrag die Wertdifferenz zwischen dem vor und nach der technischen Neuerung zu verwendenden Kapital decken können. Nun wissen wir aber, daß nicht alle arbeitssparenden Erfindungen die Kapitalzusammensetzung erhöhen, mithin den Kapitalbedarf pro Arbeiter steigern, und daß nicht wenige Erfindungen sogar Kapital freisetzen.

Daß die durchschnittliche Kapitalzusammensetzung im bestehenden Wirtschaftssystem hoch ist, erklärt sich nicht allein durch den Stand der Produktionstechnik. Das hohe konstante Kapital pro Kopf der Arbeiterschaft im aufsteigenden Kapitalismus war zu einem nicht geringen Teil durch die überproportionelle Ausdehnung der *Produktionsmittelindustrien* verursacht, die viel kapitalintensiver sind als die Konsumgüterindustrien. Und gerade die Erzeugung der Produktionsmittel wurde seinerzeit des forcierten Kapitalexportes wegen, also infolge der Ueberakkumulation, übermäßig ausgeweitet.

In noch höherem Maße ist dies im absteigenden Kapitalismus der Fall. Die hohe durchschnittliche Kapitalzusammensetzung ist hier auf den kolossalen Ausbau der *Rüstungsindustrie* und der durch diese bedingten Produktionszweige zurückzuführen. Im Spätkapitalismus schnellt die durchschnittliche Zusammensetzung des Kapitals deshalb empor, weil statt der Friedensindustrien, in welchen das Kapital pro Arbeiter niedrig ist, die kapitalintensiven Kriegsindustrien ausgebaut werden. Durch imperialistische Bestrebungen wird das Kapital in Erzeugungsgebiete mit hoher Kapitalzusammensetzung geleitet. Die imperialistischen Bestrebungen sind aber selber (siehe unten) Folge der überhöhten Profit- und Akkumulationsrate.

Würde man die kapitalintensive Schwerindustrie nur soweit ausbauen, als dies für die Versorgung des Landes mit Konsumgütern erforderlich ist, so würde die durchschnittliche Zusammensetzung des Kapitals bei dem gegebenen Stand der Technik viel *niedriger* sein[4].

Zu Punkt 3: Technische Verbesserungen folgen immer schneller aufeinander, und dies erhöht die Gefahr, daß industrielle Anlagen

---

[2] »Wenn die Eisenwerke, Kupferwerke, Forstbetriebe nicht voll ausgenutzt werden, so heißt das ..., daß die *Löhne zu hoch* sind, um allen Arbeitern Beschäftigung zu geben«. »Es gibt auf dem unbehinderten Markte stets einen Lohnsatz, zu dem alle Arbeitswilligen Arbeit finden können«. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind »in der Lohnpolitik der Gewerkschaften und in der Unterstützung, die diese Lohnpolitik durch die Regierungen findet, zu suchen.« (Mises, a.a.O., p. 525, 547, 720.)

[3] Die Formel der Akkumulationsrate siehe p. 19.

[4] Vergl. hiezu auch p. 31 ff.

vor deren Abnützung technisch überholt werden. Dadurch kann unter Umständen eine höhere Akkumulationsrate notwendig sein, als sie sonst gewesen wäre. Man darf aber folgendes nicht vergessen:

Bei Einführung technischer Neuerungen, welche Anlagen mit längerer Lebensdauer erfordern, rechnen die Industriellen zum voraus mit ihrer vorzeitigen Entwertung. Je größer das Risiko der Entwertung, der Verschrottung an sich noch brauchbarer Anlagen, um so höhere Anforderungen werden an die Erfindungen gestellt. Mit zunehmender Verschrottungsgefahr wird eine höhere Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität unter sonst gleichen Umständen gefordert. Je größer die Gefahr einer vorzeitigen Einbuße an Wert des stehenden Kapitals, desto höhere Extraprofite muß die technische Neuerung in Aussicht stellen, um als Grenzfall eingeführt zu werden. Bei großem Ueberholungsrisiko werden nur solche Erfindungen eingeführt, die die Arbeitsproduktivität stark erhöhen, also dem Unternehmer große Vorteile bieten. Die wachsende Risikoprämie ist hier bereits einkalkuliert.

Die Gefahr einer partiellen Entwertung des in den industriellen Anlagen investierten Kapitals besteht bei technischem Fortschritt aus zwei Gründen: Erstens weil steigende Arbeitsproduktivität Maschinen und sonstige Installationen verbilligt, vorhandene Produktionseinrichtungen also an Wert einbüßen, ferner weil noch brauchbare Maschinen durch verbesserte Neukonstruktionen überholt werden und man sie durch neue ersetzen muß. Sind die Maschinen noch nicht ganz amortisiert, so kann sich im zweiten Falle zusätzliches Kapital notwendig erweisen; im ersteren Falle wird bloß weniger Kapital als sonst freigesetzt.

Folgt Fortschritt rasch auf Fortschritt und wird dadurch investiertes Kapital entwertet, so kann vermehrte Akkumulation erforderlich werden. Wenn jedoch in der bestehenden Wirtschaft ein hoher Prozentsatz des investierten Kapials entwertet wird, so ist dies nicht zuletzt dadurch verursacht, daß die Erzeugungsfähigkeit schneller als der Verbrauch steigt. Industrielle Anlagen werden durch neue technische Konstruktionen häufig deshalb vorzeitig entwertet, weil sie infolge chronischem Absatzmangel nicht rasch genug ausgenutzt werden. Die Verschrottung industrieller Anlagen rührt hier von der Hintanhaltung des Massenkonsums und der Ueberakkumulation her.

Auch Fehlleitung von Kapital macht zusätzliche Akkumulation notwendig. Wird Kapital in falsche Kanäle geleitet und läßt es sich

nicht regressieren, so muß es durch neues ersetzt werden. Ein nicht unbedeutender Teil des Kapitals wird aber deshalb fehlgeleitet, weil infolge der Ueberproduktion auf allen Erzeugungsgebieten es nicht leicht herauszufinden ist, wo es noch lohnt, Kapital zu investieren und weil die periodischen Krisen — im Spätkapitalismus auch politische Unsicherheit — die Orientierung erschweren[5]. Und so sind Kapitalfehlleitungen nicht selten durch die Ueberakkumulation selber verschuldet[6].

Ferner müssen Zerstörungen von Kapital infolge von Naturkatastrophen und Kriegen durch zusätzliche Akkumulation gutgemacht werden. Die überaus hohe und in raschem Wachstum begriffene Quote des durch Kriege zerstörten Kapitals ist aber ebenfalls durch die Eigenart der derzeitigen Wirtschaft bedingt. Die starken imperialistischen Tendenzen der spätkapitalistischen und faschistischen Aera rufen in zunehmendem Maße politische Verwicklungen hervor, welche verheerende Kriege und massenhafte Vernichtung von Sachwerten bewirken.

Der hohe Kapitalbedarf unserer Zeit ist vornehmlich durch den Ausbau der Rüstungsindustrie verschuldet. Normalerweise, nämlich bei richtigem Funktionieren der Volkswirtschaft (Bedarfsdeckungswirtschaft) ist keine so hohe Akkumulationsrate erforderlich, wie man sie heute für nötig wähnt. Eine Bedarfsdeckungswirtschaft ist friedlich und die Friedensindustrie stellt keine zu großen Anforderungen an das Kapital. Der effektive Bedarf an zusätzlichem Kapital dürfte *viel kleiner* sein, als er auf den ersten Blick erscheint.

III. Kapitalbildung

1.

Schauen wir nun, aus welchen Quellen der Kapitalbedarf gespeist wird, ob diese Quellen reichlich genug sind, um den Kapitalbedarf zu decken.

Der Bedarf an zusätzlichem Kapital wird auf folgende Weise gedeckt:

---

[5] In den faschistisch regierten Staaten kommen noch aus wehrwirtschaftlichen Gründen Kapitalfehlleitungen in Form von Investitionen für Produktion von Ersatzstoffen hinzu.

[6] Siehe hiezu Moszkowska. Zur Kritik moderner Krisentheorien, p. 70.

1. durch teilweise Akkumulation
   a) der regulären Profite. (Größere Einkommen zerfallen normalerweise in einen zu konsumierenden und einen zu akkumulierenden Teil.)
   b) der Extraprofite, die die dynamischen Unternehmer — im Monopolkapitalismus auch viele nicht dynamischen — bei der Einführung technischer Neuerungen erzielen.
   c) der Gehälter der Direktoren, Verwaltungs- und Aufsichtsräte der großen Aktiengesellschaften, der Syndikate, Konzerne und Trusts.
   d) der Grundrente wie auch der Wertzuwachs- und Spekulationsgewinne aus Grundeigentum.
   e) der Gewinne aus inäquivalentem Tausch mit wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern.
2. durch Ersparnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger und anderer Bevölkerungsschichten.

Da Löhne und Gehälter trotz rasch steigender Arbeitsergiebigkeit selten erhöht werden, so ist die Rentabilität der Unternehmungen hoch, sofern es an Absatz nicht fehlt. Und so werden wenigstens in Zeiten guter Konjunktur große und in raschem Wachstum begriffene Beträge zum Kapital geschlagen.

Eine ergiebige Quelle der Kapitalbildung sind im Zeitalter des organisierten Kapitals neben den regulären Profiten die Extraprofite. Kamen die Vorteile aus der Verbesserung der Produktionsmethoden im Konkurrenzkapitalismus den Verbrauchern, so kommen sie im Monopolkapitalismus in steigendem Maße den Erzeugern zugute. Der Arbeiter wird nicht nur als Produzent, sondern auch als Konsument geschröpft. Und nicht nur die Arbeiterschaft allein, sondern die gesamte Bevölkerung wird exploitiert. Nimmt das Tempo des technischen Fortschritts zu, folgen technische Neuerungen schneller und schneller aufeinander, so nehmen auch die Extra- resp. Kartellprofite zu[7].

Ferner fließen größere Einkommen, die teilweise akkumuliert werden, aus dem Besitz von Boden als Träger unersetzbarer Stoffe. Die

[7] In den frisierten Bilanzen der Aktiengesellschaften figurieren neben den ausgeschütteten Dividenden auch hohe Abschreibungen, stille Reserven, Gratisaktien, Kapitalrückzahlungen, Sonderdividenden, Genußscheinausschüttungen, Bonus etc., die ja nichts anderes als versteckte Gewinne sind. »Die ‚Genies' der modernen Spekulation verstehen es, in ihren Taschen große Summen verschwinden zu lassen, außerhalb der Dividendenverteilung« (Lenin).

Preise für Bergbauprodukte werden durch die Kosten der letzten ungünstigsten Fundstätte bestimmt, deren Ausbeute noch zur Deckung der Nachfrage herangezogen werden muß. Die anderen Werke, die mit niedrigeren Kosten arbeiten, genießen eine Vorzugsstellung und erzielen dauernd überdurchschnittliche Profite, Differentialrenten als »Geschenk der Natur«. So ist es bei freiem Wettbewerb. Durch monopolitistische Zusammenschlüsse zwecks Hochhaltung der Preise erzielen die Besitzer der Bergwerke darüber hinaus noch eine absolute Rente. Aehnliche »Geschenke der Natur« fallen den Besitzern des Bodens als Träger ersetzbarer Stoffe (den Großgrundbesitzern) zu. Die mit wachsender Bevölkerung und wirtschaftlichem Aufschwung der Städte rasch nach aufwärts strebende städtische Grundrente ist ebenfalls eine reichlich fließende Quelle arbeitsloser Einkommen.

Als eine weitere ergiebige Quelle der Kapitalbildung erweisen sich mit der zunehmenden Konzentration der Produktion die häufig schwindelerregende Höhe erreichenden »Arbeitseinkommen« der Gründer, Generaldirektoren und Verwaltungsräte der großen Aktiengesellschaften.

Hohe Einkommen, deren großer Teil akkumuliert wird, werden auch im wirtschaftlichen Verkehr mit nicht- oder halbkapitalistischen Ländern erzielt. Denn nur im Inneren eines Landes oder im Verkehr zweier Länder mit der gleichen Wirtschaftsstruktur werden — freie Konkurrenz vorausgesetzt — gleiche Werte gegeneinander ausgetauscht, nicht aber im Verkehr kapitalistischer Länder mit wirtschaftlich zurückgebliebenenen. »Das Gesetz des Wertes erhält hier«, sagt Marx, »eine wesentliche Modifikation ... Das reichere Land (beutet) das ärmere aus ... Drei Arbeitstage eines Landes (lassen sich) gegen einen eines anderen austauschen ... Profit kann auch durch Prellerei gemacht werden.«

2.

Ueber die Höhe der Akkumulationsrate entscheidet indessen nicht nur die Höhe des Gesamtprofites, sondern auch die *Verteilung des Profites innerhalb der Kapitalistenklasse.* Denn bei Zusammenballung der Profite in wenigen Händen wächst die akkumulierte Profitquote unverhältnismäßig schnell. Wird doch ein um so größerer Teil des Profites zum Kapital geschlagen, je höher der Profit ist.

Solange die Produktion wenig konzentriert war und freie Konkurrenz herrschte, wurde der durch den Abzug vom Arbeitsertrag in

der Volkswirtschaft erzielte Mehrwert mehr oder weniger proportionell auf das Kapital verteilt. »Als praktische Bruderschaft« teilte sich die Kapitalistenklasse »gemeinschaftlich ... in die gemeinschaftliche Beute« (Marx). Mit der zunehmenden Konzentration der Produktion können kartellierte resp. straffer kartellierte Industrien einen größeren Teil des Mehrwertes an sich reißen, als auf ihren Kapitalteil entfällt. Die mächtigen Kartelle, Konzerne und Trusts können ihre Profite durch Schmälerung derjenigen der Weiterverarbeiter und Lieferanten, welche sich die Bedingungen von ihnen diktieren lassen müssen, erhöhen. Ueberdies können sich innerhalb des Kartells große Firmen auf Kosten kleiner und innerhalb der Aktiengesellschaften Großaktionäre auf Kosten der Kleinaktionäre bereichern.

Die Differenzierung des Stimmrechts macht es bestimmten Aktionärsgruppen, Inhabern von sogenannten Prioritäts-, Schutzaktien etc., die mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet sind, möglich, sich eine Vormachtstellung zu sichern. Durch künstliche Steigerung der Aktienkurse und andere Manipulationen (Kapitalverwässerung) vermögen Gründer und Großspekulanten beim Entstehen neuer oder bei der Verschmelzung und Sanierung alter Aktiengesellschaften hohe Gewinne auf Kosten kleiner Aktionäre einzustreichen. »Fischzug der Großkapitalisten auf Kosten der Kleinkapitalisten« (Liefmann).

Mit der Größe des eigenen Kapitals wächst auch die *Verfügungsgewalt über fremdes Kapital* unverhältnismäßig schnell. Eine papierdünne Schicht von Großkapitalisten beherrscht auf dem Wege effektenkapitalistischer Beteiligung an Unternehmungen riesige fremde Kapitalien und streicht den Löwenanteil der fetten Gewinne ein, die sie abwerfen[8].

Je höher die bereits erklommene technische Stufe und größer die

[8] »Vor nicht langer Zeit hat man«, sagt Präsident *Roosevelt*, »eine sorgfältige Untersuchung angestellt, um über die Konzentration des wirtschaftlichen Lebens in den Vereinigten Staaten klare Kenntnis zu erlangen. Dabei hat sich herausgestellt, daß unsere Wirtschaft von nur wenig mehr als 600 Korporationen beherrscht wird, die zwei Drittel der amerikanischen Industrie unter Kontrolle halten. 10 Millionen kleiner Wirtschaftstreibender haben sich in das noch übrige Drittel zu teilen«. Es ergab sich ferner, »daß bei Fortdauer dieses Konzentrationsprozesses bereits in 50 Jahren die gesamte amerikanische Industrie von einem Dutzend großer Trusts beherrscht sein wird, deren Leitung in den Händen von etwa hundert Menschen liegt. ... Wir steuern in gradem Kurs auf eine *wirtschaftliche Oligarchie* hin, sofern wir nicht schon mitten in einer solchen stecken«. (F. D. Roosevelt. Das neue Amerika. Luzern, Verlag Vita nova, 1937, p. 22.) — Und in Europa verhält es sich nicht viel anders. Z. B. untersteht in der Schweiz »der entscheidende und ökonomisch ausschlaggebende Teil des Volksvermögens der Kontrolle von 200 Finanzkapitalisten«. (F. Giovanoli. a.a.O., p. 3.)

Konzentration des Kapitals, um so größer nicht nur die Quote des wirtschaftlichen Ertrages, die auf den Profit entfällt, sondern auch die *Massierung des Profites* in wenigen Händen[9]. Diese Wandlung der Einkommensstruktur, die eine Verkümmerung der Konsumkraft nicht nur des Proletariats, sondern auch der Mittelschichten zur Folge hat, bedeutet eine erhebliche Steigerung der Akkumulationsrate.

Kommen zu den riesigen akkumulierten Profiten noch die Ersparnisse der anderen Bevölkerungsschichten hinzu, so wird der effektive Bedarf der Volkswirtschaft an zusätzlichem Kapital viel mehr als gedeckt.

3.

Wenn man über die Kapitalbildung und den Kapitalbedarf der Unternehmer urteilen will, darf man nicht vergessen, daß das Kapital sich nur für diejenigen Verwendungszwecke zur Verfügung stellt, die durch *Gewinnchancen* locken. Nur diejenigen Erfindungen werden verwertet, die Extraprofite in Aussicht stellen; die übrigen bleiben unverwertet. Nur diejenigen Eisenbahnlinien und sonstige Verkehrswege werden vom Privatkapital in Angriff genommen, die gute Rentabilität versprechen; die kultur- und wirtschaftspolitisch wichtigen Linien müssen von den öffentlichen Körperschaften gebaut werden. Nur Versicherungszweige mit »guten Risiken« werden vom Privatkapital gepflegt; diejenigen mit »schlechten Risiken« werden der Allgemeinheit überlassen. Die öffentliche Hand muß überall eingreifen, wo das Privatkapital »nicht genügend Anregung« findet. Die nicht rentablen wirtschaftlichen Aufgaben, mögen sie noch so wichtig sein — zum Beispiel »Schutz gegen Elementarschäden, Wildbachverbauungen, Flurregulierungen, Schutzdämme gegen Ueberschwemmung und Lawinengefahr, Bodenmeliorierung etc.« (Otto Conrad) — müssen vom Staat oder den Gemeinden ausgeführt, also aus öffentlichen Mitteln, Steuergeldern gedeckt werden.

In derselben Richtung, wenn auch indirekt, wirkt folgender Umstand: Die Riesengewinne der guten Konjunktur werden vom Groß-

[9] »Ueberall ist ... eine enge, bis zur Personalunion gehende Allianz zwischen der Hochfinanz und den Kartellmagnaten zustande gekommen. ... Der Monopolkapitalismus (hat) Großbanken und Kartelle beinahe verschmolzen. Die Führer der Bankwelt sind oft die Führer der Volkswirtschaft. ... Die Politik der Großbanken ist eine Politik auf Grund eines sehr *großen*, aber im Interesse eines ziemlich *kleinen* Teils des nationalen Kapitals«. (J. Schumpeter. Zur Soziologie der Imperialismen. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 46 (1918), p. 296.) Vergl. hiezu auch Hilferding. Finanzkapital. Wien 1910.

kapital eingeheimst. Die Verluste der schlechten Geschäftsjahre werden zum Teil auf die schwächeren Schultern, die am meisten verwundbaren Glieder der Gesellschaft — die Arbeiterschaft und die Mittelschichten — abgewälzt, zum Teil dem Staat aufgehalst. In Krisenzeiten beanspruchen die Großunternehmungen immer häufiger den Beistand des Staates; verfahrenen Industrien muß der Staat unter die Arme greifen. Verluste, nicht Gewinne, Passiva, nicht Aktiva werden »sozialisiert«, was wiederum auf Kosten der Steuerzahler geschieht.

Dies hat ein Anziehen der Steuerschraube zur Folge, mithin eine neue Kaufkrafteinbuße des Proletariats und der Mittelschichten. Denn die Besitzer der Riesen einkommen und -Vermögen verstehen es nur zu oft, durch Steuerhinterziehung sich ihrer Pflichten dem Staate gegenüber zu entziehen.

Auch sonst vermag das Großkapital Verluste auf wirtschaftlich Schwächere abzuwälzen bezw. Profite auf deren Kosten zu machen. Man denke zum Beispiel an die Inflationen und Abwertungen zum Schaden der Kleinsparer und Kleinrentner, zum Vorteil der großen Sachbesitzer (Schwerindustrie, Immobilien etc.) In die gleiche Kategorie gehören auch die Praktiken der Banken, die guten Papiere selbst zu übernehmen, die unsicheren dagegen »unter die Leute« zu bringen (E. Müller) und anderes mehr. —

Große Einkommen und Vermögen entstehen durch direkten Abzug vom Arbeitsertrag (Profite), durch Schmälerung der Realeinkommen der Konsumenten (Extra- und Kartellprofite, Grund- und Bergwerksrente etc.), durch Verringerung der Geldeinkommen kleiner Kapitalisten und Unternehmer (Gründergewinne, Dividenden aus Vorzugsaktien, Kartellprofite u. a.), durch Uebervorteilung wirtschaftlich zurückgebliebener Völker (Gewinne aus inäquivalentem Tausch), durch Minderung der Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsbezieher, der Sparer und Rentner zugunsten der großen Sachbesitzer (Abwertungs- und Inflationsgewinne etc.). Dieser großen arbeitslosen Einkommen wegen wird die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten unter ständigem Druck gehalten.

Fortschritt folgt auf Fortschritt. Jede technische Neuerung erhöht die Produktivität. Die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit steigt märchenhaft. Die Lebenshaltung der Völker — eine dünne Oberschicht ausgenommen — bessert sich seit geraumer Zeit kaum mehr. Nahezu das ganze Ergebnis der steigenden Produktivität verwandelt

sich in Profite und wird zum Kapital geschlagen. Wie kann es dann noch einen Kapitalmangel geben? Wenn es dennoch einen Kapitalmangel gibt, so muß er andere Ursachen (siehe unten) haben.

Der Zweck alles Rationalisierens ist — sollte man meinen —, die Lebenshaltung der Völker zu bessern. Wozu brauchte man sonst die Rationalisierung? Würde der technische Fortschritt den Kapitalbedarf dermaßen steigern, daß eine Hebung des Lebensniveaus der Völker nicht möglich wäre, müßte man den ganzen »Rationalisierungsgewinn« sparen, um die durch die Maschine freigesetzten Arbeiter wieder zu beschäftigen, so wäre der technische »Fortschritt« bedenklich!

IV. Fehlt es an Kapital oder an Kaufkraft?

1.

»Auch bei den reichsten ... Nationen« — sagt Böhm Bawerk — steht der vorhandene Kapitalvorrat »sehr erheblich hinter demjenigen ... zurück, welcher zur erschöpfenden Ausnutzung aller« technischen Erfindungen »erforderlich wäre. Es wurde und wird daher stets nur ein Teil, und zwar im Wege der Auslese der jeweils lukrativste Teil« der Erfindungen »tatsächlich zur Ausnutzung gebracht«. Der Rest der Erfindungen muß harren, »ob und wann eine wachsende Kapitalansammlung auch seine Durchführung gestatten wird[10]«.

Wohl werden in der auf dem Geschäftsprinzip beruhenden Wirtschaft nicht alle arbeitsparende Erfindungen verwertet, jedoch nicht deshalb, weil es an Kapital für die Ausnutzung dieser Erfindungen fehlen würde, sondern weil sie nicht rentieren. Nicht verwertet werden:

1. alle arbeitsparende Erfindungen, die den hohen Anforderungen, welche im Kapitalismus an die Grenzfälle gestellt werden (siehe p. 23 f.), nicht genügen; ihre Nutzbarmachung mithin den Unternehmern von vornherein Verluste bringen würde;

2. zahlreiche Erfindungen, deren Ausnutzung entweder keine oder zu kleine Extraprofite in Aussicht stellt;

3. nicht wenige Erfindungen, deren Verwertung bei angemessener Zunahme des Konsums ansehnliche Gewinne abwerfen würde, bei Hintanhaltung des Massenkonsums aber nicht lohnt.

---

[10] Böhm Bawerk. a.a.O., p. 17.

Die Unternehmer beeilen sich nicht, Erfindungen, die keine Extraprofite versprechen, zu verwerten. Solche Erfindungen werden auch dann nicht ausgenutzt, wenn ein großer Kapitalüberfluß besteht, wenn man schon gar nicht weiß, wohin mit dem Kapital. Denn wo kein Profit, raucht kein Schornstein!

Man sollte meinen: Wenn die Volkswirtschaft im Kapital schwimmt, müßten die Unternehmer auch mit weniger rentablen Erfindungen vorlieb nehmen. Dem ist jedoch nicht so. Denn je größer die Ueberakkumulation, desto größer die Absatzschwierigkeiten, mithin auch die faux frais, die die Rentabilität der Unternehmungen drücken.

Selbst nicht alle Erfindungen mit hoher Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität werden genügend ausgenutzt. Setzt doch die Einführung solcher Erfindungen meistens erhebliche Steigerung des Massenverbrauchs voraus, die im Kapitalismus nicht durchzusetzen ist.

2.

Da technische Vervollkommnungen die Produktivität der menschlichen Arbeit erhöhen, bewirken sie keine Verknappung, sondern eine Vermehrung des Kapitals. Arbeitsparende Erfindungen machen einander das Kapital nicht streitig. Im Gegenteil, je mehr Erfindungen bereits eingeführt worden sind, um so mehr lassen sich noch einführen. Die Ausnutzung der einen Erfindungen ermöglicht die der anderen, eine technische Neuerung finanziert und alimentiert geradezu die anderen.

Wenn Kapital für arbeitsparende Maschinen fehlen sollte, wie kommt es, daß für gigantische Rüstungen es an Kapital nicht ermangelt? Wenn Krisen und Arbeitslosigkeit eine Kapitalknappheit zur Ursache haben sollten, wie ist es möglich, daß Kriegsrüstungen gute Konjunktur bewirken und die Erwerbslosigkeit zum Verschwinden bringen? Technischer Fortschritt, Rationalisierung der Produktion, die die Werte vermehren, verursachen Kapitalmangel? Rüstungen und Kriege, die die Werte zerstören, verursachen etwa Kapitalüberfluß?! Solche und ähnliche Paradoxien ergeben sich aus der Kapitalmangeltheorie[11].

[11] In dieselbe Reihe der Paradoxien gehören auch folgende Behauptungen: Kleine Konsumsteigerungen als Folge einer Lohnerhöhung verschlechtern die Konjunktur (?!). Gewaltige Konsumtionsexzesse als Folge eines Krieges verbessern die Marktlage (?!).

Nicht Kapitaldefizit, sondern Verbrauchsdefizit ist der Hemmschuh für die technische Entwicklung. Und weil es nicht an Kapital, sondern an Absatz fehlt, vermögen Aufrüstungen die darniederliegende Wirtschaft anzukurbeln. Wird hier doch der fehlende Verbrauch des Volkes durch den zusätzlichen Verbrauch des Staates, des Großkunden Wehrmacht, ersetzt[12].

Die beste Konjunktur führen bekanntlich Kriege herbei. *Kriege* vermehren aber nicht das Kapital, sondern den Konsum, und zwar in phantastischem Maße. Sie sind wirtschaftlich betrachtet »*gewaltige Konsumtionsexzesse*« (Schumpeter). Das kritische Stadium für industrielle Unternehmer kommt »erst bei Kriegsende, wenn es sich darum handelt, sich auf die Friedensproduktion umzustellen. Das war anno 1918/19 so, als — wie man damals mit Bedauern sagte — ‚der Friede ausbrach'[13]«.

In derselben Richtung wie Rüstungen — wenn auch viel schwächer — wirken *Fehlinvestitionen*. Auf der Dresdener Tagung des Vereins für Sozialpolitik (1932) sagte H. J. Rüstow: »Da der Produktionsüberschuß um so größer sein muß, je erfolgreicher eine Rationalisierung ist, so wird das Absatzproblem um so schwieriger, je weniger es sich um Fehlinvestitionen handelt[14].« Rüstow empfiehlt also die Fehlinvestitionen geradezu als Mittel gegen Absatzschwierigkeiten (Petersen).

In den Absatzschwierigkeiten »scheint die ganze Unheimlichkeit der Wirtschaftskrise verkörpert« — schreibt ein Beobachter der nordamerikanischen Wirtschaft. »Man versteht plötzlich, daß sie das große Problem bildet, da die anderen Fragen, die Fragen der billigen und rationellen Produktion, all die Probleme der letzten hundert Jahre gelöst sind. Aber alles kann nichts helfen, wenn sich der Mann nicht

[12] »Wegen des Druckes der ungenützten (Produktiv-)Kräfte, die seit jeher zur Entladung drängen, war es für Roosevelt trotz der ausgesprochenen Kriegsgegnerschaft des Durchschnittsamerikaners weit weniger schwer, als es zunächst scheinen konnte, die Union dahin zu bringen ..., alle ihre Kräfte auch *ohne materiellen Entgelt* für die Sache Englands (bereitzustellen). Ja, es ist sogar behauptet worden und ... sicher nicht zu unrecht, Roosevelt sei mit seiner Politik zur Unterstützung Englands durchaus nicht etwa den schwersten Weg gegangen, sondern im Gegenteil den leichtesten. Ein Land, das seine Ueberschüsse verbrennt, wie das Amerika in Krisenzeiten tun mußte, kann diese Ueberschüsse ebenso in Form von Waffen und anderen Leistungen einer befreundeten Macht zur Verfügung stellen.« (Weltwoche, Zürich. 21. II. 41.)

[13] Weltwoche. 15. IX. 39.

[14] Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, p. 82.

findet, der auch dies letzte Problem löst, *das Problem, wie man die produzierten Güter auch in den Konsum überführt*[15]«.

In der bestehenden Wirtschaft wird dieses Problem nur in den Zeiten der Kriegsgefahr und Kriege gelöst. Nur durch Rüstungen und Kriege werden produzierte Güter in den »Konsum« übergeführt.

»Es gilt«, sagt ein einsichtiger Schweizer Fabrikant, »der Nation das Einsehen zu bringen, daß ihre Kaufkraft identisch ist mit der Summe der Einkommen aller Staatsbürger; daß jede Häufung der Einkommen die Konsumkraft um ein gleiches stärkt; daß jeder zusätzliche Konsum neue Arbeitsmöglichkeiten schafft, bis wir uns den unerforschten Grenzen menschlicher Produktionsfähigkeit nähern[16].«

V. Unter- und Ueberakkumulationstheorie

1.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß die Theorie der Unterakkumulation ebenso wie diejenige der Ueberakkumulation zu den Lehren der Gleichgewichtsstörung zu zählen sei. Bei näherer Betrachtung erweist es sich aber, daß man nicht mit dem gleichen Recht die beiden Theorien in diese Gruppe einreihen darf.

Nach den beiden Theorien werden zwar die periodischen Wirtschaftskrisen auf eine Disproportionalität, nämlich Störungen des Gleichgewichts zwischen Sparen und Verbrauch zurückgeführt. Nach der einen Theorie liegt aber das Manko auf Seiten des Sparens (der Akkumulation), nach der anderen Theorie auf Seiten des Verbrauchs. Und die beiden Arten des Mankos haben durchaus nicht denselben Charakter.

Die Akkumulation geschieht volkswirtschaftlich gesehen zwecks Ausdehnung der Produktion. Zu »knappe« Akkumulation bedeutet also zu »knappe« Produktionsausdehnung. Nun ist aber Knappheit die Voraussetzung der ganzen menschlichen Wirtschaft. Die Erscheinung der Wirtschaft ist ihrem Wesen nach an den Begriff der Knappheit gebunden (Robbins). In dem Moment, in welchem die Knappheit

[15] K. v. Schumacher. Amerikas Nöte heute und morgen. Zürich 1933, p. 37.
[16] J. Mussard. Neue Wege? Versuch zur Formulierung eines modernen Sozialismus. Schaffhausen 1940, p. 6.

aufhören würde, würde »die Totenglocke der Volkswirtschaft läuten« (Pirou).

Wohl bedeutet Knappheit eine Disproportionalität zwischen Gütererzeugung und Güterbedarf. Aber diese »Disproportionalität« ist nicht die Ursache der Wirtschaftsstörung, sondern im Gegenteil die *Voraussetzung des Wirtschaftens.*

Je größer die Knappheit, desto reger die wirtschaftliche Tätigkeit. Die Wirtschaft wird durch die Güterknappheit nicht lahmgelegt, sondern im Gegenteil angeregt. Je größer die Knappheit, um so stärker das Motiv zum Handeln bei dem wirtschaftenden Menschen; je größer die Sättigung, um so schwächer dieses Motiv. Mangel spornt zum Wirtschaften an, Ueberfluß hat ein Nachlassen der wirtschaftlichen Tätigkeit zur Folge.

Der Zweck der Wirtschaft ist zwar, die Knappheit zu beheben; aber dieser Zweck kann nicht auf die Weise erfüllt werden, daß Güter produziert, womöglich dem Konsum vorenthalten und immer wieder zur Ausdehnung der Erzeugung benützt würden. Denn der eigentliche Zweck der Wirtschaft ist nicht, den Güterbestand schlechthin zu vermehren, sondern den Verbrauch zu erhöhen.

Die Ueberakkumulation, in der die *Zweckwidrigkeit* zum Ausdruck kommt, ist daher als eine Ursache der Wirtschaftsstörung par excellence zu betrachten.

2.

Die Verschiedenheit zwischen der Ueber- und Unterakkumulationstheorie ist auch sonst größer, als sie auf den ersten Blick erscheint.

Nach der *Ueber*akkumulationstheorie besteht die Ursache des industriellen Zyklus im Ungleichgewicht zwischen der Spar- und Verbrauchsquote des gesellschaftlichen Einkommens, nämlich in zu großer Sparquote im Verhältnis zur Verbrauchsquote. Da die Einkommensverwendung die Produktionsrichtung bestimmt, so hat das Ungleichgewicht zwischen den beiden Einkommensquoten ein Ungleichgewicht zwischen den beiden Hauptsphären der Produktion — zu große Ausdehnung der Produktionsmittelerzeugung im Vergleich zur Konsumgütererzeugung — zur Folge. Denn wird viel gespart und wenig konsumiert, so muß die Erzeugung der Produktionsmittel entsprechend größere Ausdehnung erfahren als die der Konsumgüter.

Nach der Ueberakkumulationstheorie besteht also eine Proportio-

nalität zwischen der Einteilung der Produktion in die beiden Hauptsphären und der Einteilung der Einkommen in die beiden Quoten, d. h. eine Proportionalität zwischen der Einkommens- und der Produktionsstruktur. Die Disproportionalität zwischen den beiden Hauptsphären der Produktion ist sekundärer Natur. Primären Charakters ist hier nur die Disproportionalität zwischen den beiden Quoten des Einkommens; zu große Sparquote im Vergleich zur Verbrauchsquote. Und diese Disproportionalität kann in der Tat ernste Wirtschaftsstörungen hervorrufen.

Anders verhält es sich nach der *Unter*akkumulationstheorie. Nach dieser Theorie besteht zwar die Ursache des industriellen Zyklus ebenfalls im Ungleichgewicht zwischen den beiden Quoten des gesellschaftlichen Einkommens. Diese Theorie spricht nämlich von zu geringer Sparquote im Vergleich zur Verbrauchsquote. Dies ist aber an und für sich kein krisenhaftes Ungleichgewicht.

Zu große Sparquote bedeutet ungenügende Konsumtion im Verhältnis zur Produktionsfähigkeit der Gesellschaft. Und dies muß eine Absatzstockung zur Folge haben. Zu geringe Sparquote bedeutet hingegen ungenügende Akkumulation im Verhältnis zu den Kapitalerfordernissen des technischen Fortschrittes. Und dies kann bloß eine langsamere Rationalisierung der Produktion, als sie sonst möglich wäre, aber keine sonstigen Verwicklungen nach sich ziehen. Entspricht die Einteilung der gesellschaftlichen Produktion in die beiden Hauptsphären der Einteilung des gesellschaftlichen Einkommens in die beiden Quoten, so besteht kein Grund für eine Absatzstockung. Die Unterakkumulationstheorie muß folglich noch eine andere »Disproportionalität« ausfindig machen.

Diese Disproportionalität glauben viele Vertreter der Unterakkumulationstheorie in einer mangelhaften Anpassung der Produktionsrichtung an die Einkommensverwendung, an die Wünsche der Käufer konstatieren zu können. Beispielsweise: Die Ausdehnung der Produktivgütersphäre auf Kosten der Konsumgütersphäre entspräche zwar den Erfordernissen des technischen Fortschrittes (der Verlängerung der Produktionsumwege), aber nicht der Zwecksetzung der Einkommen (der »kleinen« Sparquote und »großen« Verbrauchsquote).

Das Mißverhältnis zwischen der Spar- und Verbrauchsquote, die die Ueberakkumulationstheorie feststellt, ist durch die Gesellschaftsordnung verursacht. Das Mißverhältnis zwischen den andern ökonomischen Größen, die die Anhänger der Unterakkumulationstheorie — auch der nichtmarxistischen Ueberakkumulationstheorien — feststellen zu können glauben, kann hingegen nur auf *Irrtum* oder *Willkür* zurückgeführt werden: falsches Disponieren, Fehler in der Kalkulation der Produzenten oder Willkür der Banken bezw. Regierungen etc.[17]. Mit anderen Worten: »Chaos auf Seiten der Objekte, Irrtum auf Seiten der Subjekte« dienen hier wie in der Anarchielehre dazu, »die Bruchstellen der theoretischen Argumentation zu verkleistern (L. Löwe)[18].

3.

Ungenügende Sparquote ist an und für sich — wie oben dargelegt — kein Grund für Wirtschaftsstörungen. Die Ursache der Wirtschaftsstörungen suchen daher zahlreiche Vertreter der Unterakkumulationstheorie in schlechtem Funktionieren des Geld- oder Kreditsystems (Irrtum der Banken etc.).

Die Unterakkumulationstheorien sind meist mit einer *monetären* oder *kreditären* Konjunkturlehre verknüpft. In kreditärer Einkleidung erscheinen aber auch nichtmarxistische Ueberakkumulationstheorien. Sind doch nichtmarxistische Nationalökonomen, wenn sie schon eine Ueberakkumulation zugeben, bestrebt, diese von sozial harmlosen Momenten abzuleiten.

Die kreditären Konjunkturtheorien, ob mit der Ueber- oder Unterakkumulationslehre verknüpft, verwechseln Ursache und Wirkung. »Die Banken«, sagt mit Recht Karl Diehl, »schwimmen selbst im großen Strom der Konjunkturbewegung mit ... Es ist nicht der Diskont, ... der darüber entscheidet, was und wie produziert wird ... Wenn eine große

[17] In manchen Theorien kommen Irrtum und Willkür als Krisenursachen nur verschleiert vor. Viele Nationalökonomen aber nennen diese Ursachen ausdrücklich. So spricht Spiethoff von »optimistischer Ueberschätzung der Konjunkturmöglichkeiten«, Aftalion von »Ueberdimensionierung der Vorstufen der Produktion« infolge »Unübersichtlichkeit des Marktes«; Fr. Schmidt bezeichnet als Grund der Wirtschaftsstörungen die »Rechenfehler« der Unternehmer (!). Pigou führt den Aufschwung auf »irrtümlichen Optimismus« und den Abschwung auf »irrtümlichen Pessimismus« der Unternehmer zurück (!) etc. — Den Konjunkturwechsel suchen namhafte Oekonomen auch auf technische oder naturgesetzliche Momente zurückzuführen: technische Umwälzungen (Schumpeter), Kapitalentwertung durch technische Fortschritte (Liefmann), weitgetriebene Arbeitsteilung (Röpke), Bevölkerungszunahme (Pohle), Ernteausfall (Dietzel), Sonnenflecken (Jevons) etc. Lauter Verirrungen angesehener Gelehrter, welche soziale Probleme übersehen.

[18] Ueber die Anarchielehre siehe Moszkowska. Zur Kritik moderner Krisentheorien, p. 60 ff.

Unternehmungslust vorhanden ist, so lassen sich die Unternehmer auch durch hohe Diskontsätze nicht abschrecken, wie umgekehrt auch ein niedriger Diskont die Unternehmer nicht leicht zur Fortsetzung der Produktion veranlassen wird, wenn die Chancen der Zukunft pessimistisch beurteilt werden[19].«

»In Zeiten guten Geschäftsganges ist fast kein Zins zu hoch, in Zeiten schlechter Konjunktur kein Zins billig genug«[19a].

4.

Ein Irrtum der Unternehmer, Banken oder Regierungen kann eine einmalige Wirtschaftsstörung, nicht aber deren periodische Wiederkehr herbeiführen. Dieser weder stetig noch regelmäßig wirkende Faktor, der der Volkswirtschaft jeweils einen Stoß versetzen kann, vermag unter Umständen eine Konjunkturwelle auszulösen, keinesfalls jedoch einen Konjunkturzyklus[20].

Die Konjunktur- und Krisentheorien — sowohl die Unter- wie die nichtmarxistischen Ueberakkumulationslehren — sind daher meist *zirkelhaft.* Der industrielle Zyklus wird vorausgesetzt. Es wird vorausgesetzt, was zu beweisen ist.

Viele Theorien sind überhaupt nicht auf der Gleichgewichtslehre aufgebaut und gehen nicht vom Gleichgewichtszustand aus. Statt die Krise aus der Expansion (Aufschwung) und die Expansion aus dem

[19] K. Diehl. Theoretische Nationalökonomie. Bd. 3. Jena 1927, p. 580. — In der großen Verbreitung der kreditären Konjunkturtheorien sieht Diehl geradezu eine Gefahr: »Die Lehre, daß der Bankkredit der Konjunkturerreger sei und daß für die Therapie der Krisen in erster Linie geld- und kreditpolitische Maßnahmen notwendig seien, (kann) den Weg zu wirklich rationellen Maßnahmen versperren, und die einseitige Betrachtung der Konjunkturen von der monetären oder kreditären Seite kann zu falschen Methoden der Konjunkturforschung führen. Gegenüber so schweren sozialen Mißständen, wie es die wachsende Arbeitslosigkeit in vielen Ländern heutiger Zeit ist, kann es eine gefährliche Illusion bedeuten, wenn man glaubt, dieses soziale Uebel durch Geld- und Kreditmaßnahmen aus der Welt schaffen zu können. Die Nationalökonomen sollten nicht in den Fehler verfallen, daß sie wie sie früher oft durch den Geldschleier hindurch die wirklichen Kräfte des Wirtschaftslebens verkannt haben, jetzt hinter dem Kreditschleier die wahren bewegenden Kräfte der Volkswirtschaft verkennen.« (Ibid. p. 594)

[19a] A. Jöhr. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 175, p. 314.

[20] Dasselbe betrifft die anderen außerwirtschaftlichen — technischen, organisatorischen, psychologischen und naturgesetzlichen — Momente, auf welche verschiedene Konjunkturforscher die Krisen zurückführen (siehe p. 77 Anmerkung). Einige dieser Forscher betrachten allerdings jede »Wirtschaftswelle« als eine singuläre, in sich geschlossene Erscheinung. Auf eine Welle resp. Krise braucht angeblich nicht eine andere zu folgen.

Gleichgewicht zu erklären, erklären sie die Expansion aus der Kontraktion und die Kontraktion aus der Expansion. Sie leiten also den Rechtsschlag des Pendels aus dem Linksschlag und den Linksschlag aus dem Rechtsschlag ab[21].

»Die meisten sogenannten dynamischen Theorien — Spiethoff, Cassel, Aftalion, Bouniatian, Lescoure, Fisher (auch Amonn, Ohlin, Lundberg etc. *N. M.)* — sind so konstruiert, daß sie den Zyklus im Ausgangspunkt als gegeben annehmen und damit ... seine ... endlose Wiederholung ohne logische Schwierigkeiten ableiten. Dieses Vorgehen stellt nun aber ... eine logische petitio principii dar[22].«

5.

Je nachdem, ob man Unter- oder Ueberakkumulation feststellen zu können glaubt, ergeben sich wirtschafts- und bevölkerungspolitisch verschiedene Konsequenzen. Sehen wir, welche Konsequenzen sich aus der Konstatierung der Unterakkumulation ergeben würden:

Wäre bei technischem Fortschritt der Kapitalbedarf groß und die Möglichkeit Kapital zu bilden klein (sinkende Profitrate), so würde es in wachsendem Maße an Kapital fehlen, um technische Errungenschaften auszuwerten. Man stünde dann vor der Alternative: entweder die Rationalisierung der Produktion zu bremsen oder einen noch größeren Geburtenrückgang zu empfehlen. Denn erforderte der technische Fortschritt mehr Kapital pro Arbeiter, als man beschaffen könnte, so müßte man entweder den technischen Fortschritt oder die Vermehrung der Bevölkerung hintanhalten[23].

Die Theorien der sinkenden Profitrate und des Kapitalmangels führen konsequenterweise zur Auffassung der Maschinenstürmer oder der Malthusianer, deren Unhaltbarkeit hinreichend bekannt ist und keiner neuen Beweise bedarf.

Die Theorien der längeren Produktionsumwege, der sinkenden Profitrate, der überhöhten Löhne, der Unterakkumulation und der absoluten Uebervölkerung gehören zusammen, sind Glieder derselben Gedankenkette. Sie stellen den polaren Gegensatz zu den Theorien der

[21] K. Bode. Prosperität und Depression. Zeitschrift für Nationalökonomie. Bd. 8, p. 599, Wien 1937.

[22] A. Löwe. Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung. Festgabe für Brentano, Bd. 2. München 1925, p. 362.

[23] Vergleiche hiezu der vorliegenden Schrift dritter Teil, B, III.

steigenden Profitrate, der Ueberakkumulation und der relativen Uebervölkerung vor, die ihrerseits ein zusammenhängendes Gedankensystem bilden.

Mit den Theorien der sinkenden Profitrate und des Kapitalmangels, die sich als unhaltbar erweisen, *verliert die ganze pessimistische Gedankenrichtung an Boden.* Und macht dem optimistischen Gedankensystem des Sozialismus Platz.

B. Versuche, die Ueberakkumulation wegzudiskutieren

I. »Es kann keinen Kapitalüberfluß geben«

1.

In der nationalökonomischen Literatur ist folgende Ansicht häufig vertreten: »Das Sparen (Akkumulieren) verringert den Verbrauch an Konsumgütern, erhöht aber um den genau gleichen Betrag den kauffähigen Bedarf nach Produktionsmitteln und kann daher *niemals* zu einem allgemeinen Rückgang der Kaufkraft und des Absatzes, immer nur zu Umstellungen der einzelnen Produktionszweige führen.«

Diese Auffassung ist unhaltbar, wie wir nun beweisen wollen.

Akkumulation ist nur in einer in Entwicklung begriffenen Wirtschaft und nur entsprechend den technischen Erfordernissen dieser Entwicklung notwendig. Handelt es sich um Ausdehnung der Produktion unter denselben technischen Bedingungen, so wird die erforderliche Akkumulation durch das Wachstum der Volkszahl bestimmt. Kommt es auf Ausstattung derselben Arbeiterzahl mit höherwertigeren Arbeitsinstrumenten an, so muß sich die Akkumulation nach der technisch notwendigen Erhöhung der Zusammensetzung (resp. Umschlagszeit) des Kapitals richten.

Akkumulieren bedeutet — volkswirtschaftlich betrachtet —, die Produktivgütererzeugung auf Kosten der Konsumgütererzeugung auszudehnen. Zwischen diesen beiden Erzeugungssphären muß aber eine Proportionalität bestehen. Das als entsprechend zu betrachtende Verhältnis der beiden Sphären zu einander ist je nach Umständen — nämlich je nach dem Wachstum der Bevölkerung und dem Tempo des technischen Fortschritts — verschieden. Unter gegebenen Umständen ist dieses Verhältnis jedoch ein bestimmtes. Nichteinhaltung dieses Verhältnisses in größerem Maße ruft Störungen hervor. Die Akkumulationsrate darf also nicht willkürlich bestimmt werden.

2.

Akkumulieren heißt den persönlichen Konsum zugunsten des reproduktiven einschränken. Reproduktiver Konsum ist Verbrauch von Produktivgütern zwecks Erzeugung von Konsumgütern. Produktiv-

güter sind also »latente Konsumgüter« (Sternberg). Sie reifen im Laufe des Produktionsprozesses zu Konsumgütern heran. Und die Dauer dieses Reifungsvorganges — die Anzahl der Stadien, die die Güter »entfernter Ordnung« durchlaufen müssen, um Güter »erster Ordnung« zu werden — hängt vom Stand der Technik ab. Bei gegebener Technik ist also die Größe des reproduktiven Konsums durch die Größe des persönlichen bestimmt. Die jeweilige Technik entscheidet nicht nur darüber, wie groß die Produktion, sondern auch wie groß die Konsumation sein muß, wenn Störungen ausbleiben sollen.

»Der Zweck alles Produzierens ist«, sagt Wilhelm Lexis, »die persönliche Konsumtion.« Die Produktion »stellt zwar auch Werkzeuge, Maschinen, Transportmittel usw. her, also Güter, die nicht der Befriedigung unmittelbarer menschlicher Bedürfnisse dienen, aber diese Güter sind Hilfsmittel für die Erzeugung anderer, die für eigentliche Konsumtionszwecke bestimmt sind, und ihre Herstellung ist daher lediglich als ein vorbereitender Teil der auf die Produktion von Konsumtionswaren zu verwendenden Gesamtarbeit zu betrachten, ähnlich etwa wie die Errichtung eines Maurergerüstes eine Vorbereitungsarbeit für den Bau eines Hauses bildet[1].«

Der persönliche Verbrauch läßt sich durch den reproduktiven nicht beliebig ersetzen. Unter gegebenen Umständen ist das Mindestmaß des persönlichen Verbrauchs, mithin auch das Höchstmaß der Akkumulation, *technisch bestimmt.*

3.

Nach J. B. Say bedeutet jede neue Ware nicht nur neues Angebot, sondern auch neue Nachfrage, »neue Kaufkraft«. Die Kaufkraft müsse folglich immer der Produktivkraft entsprechen, es könne nicht an Kaufkraft fehlen.

Diese These stimmt nur unter einer gewissen Voraussetzung.

Es gibt zwei Arten der Kaufkraft, nämlich für reproduktiven und für persönlichen Konsum. Die eine Art der Kaufkraft läßt sich durch die andere nicht beliebig ersetzen. Das Gleichgewichtsverhältnis zwischen den beiden Arten der Kaufkraft ist ebenso wie das Gleichgewichtsverhältnis zwischen den beiden Produktionssphären — der Pro-

[1] Den Unterschied zwischen dem persönlichen Verbrauch und dem reproduktiven hat auch Conrad Schmidt treffend gekennzeichnet. Siehe Sozialistische Monatshefte, Berlin 1901, Bd. 2, p. 673.

duktiv- und Konsumgütererzeugung — technisch bestimmt. Das technisch erforderliche Verhältnis zwischen den beiden Arten der Kaufkraft ändert sich zwar mit der Entwicklung der Technik, ist aber jeweils ein gegebenes.

Gewiß entspricht die Kaufkraft der Produktivkraft, aber nur bei Einhaltung der technisch erforderlichen Proportionalität zwischen den beiden Arten der Kaufkraft.

4.

»Man kann wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß so ziemlich alles wissenschaftliche Denken, das Anspruch auf Exaktheit erhebt, in irgend einer Form an Gleichgewichtsvorstellungen anknüpft, wenn es sich darum handelt, die zwischen ökonomischen Größen bestehenden Beziehungen zu einem unserer Einsicht zugänglichen System zu verknüpfen.« Es gibt »kaum eine andere Grundvorstellung, die für den Begriff des ökonomischen Systems in gleichem Maße bedeutsam wäre« als die Gleichgewichtsvorstellung. Der Gleichgewichtsvorstellung kommt im nationalökonomischen Denken die »zentrale Stellung zu[2].«

Die verbreitete Auffassung, daß man beliebig viel sparen darf, ohne Wirtschaftsstörungen hervorzurufen, setzt stillschweigend voraus, daß zwischen den fundamentalen ökonomischen Größen kein Gleichgewicht zu bestehen brauche.

Wenn das Sparen beliebig viel auf Kosten des Verbrauchs erweitert werden dürfte, dann dürfte auch die Produktivgütersphäre beliebig viel auf Kosten der Konsumgütersphäre ausgedehnt werden. Damit wäre die Notwendigkeit der Proportionalität zwischen den vier entscheidenden ökonomischen Größen bestritten.

5.

Man könnte einwenden: Das Sparen dürfe zwar nicht auf Kosten des Verbrauchs, ebenso die Produktivgütersphäre nicht auf Kosten der Konsumgütersphäre zu stark ausgedehnt werden, aber dieser Zustand sei noch lange nicht erreicht. Man habe noch nicht genug gespart, die

[2] K. Pribram. Gleichgewichtsvorstellungen in der Konjunkturtheorie. Zeitschrift für Nationalökonomie. Bd. 8, p. 129 ff. Wien 1937. Vergl. auch Moszkowska. Das Marxsche System. Teil III, p. 134 ff., und Zur Kritik moderner Krisentheorien.

Produktivgütersphäre nicht genug ausgedehnt. Die Technik sei noch auf vielen Gebieten rückständig, erst ein kleiner Sektor der Wirtschaft sei rationalisiert, für Rationalisierung sei also noch ein weites Feld vorhanden.

Darauf ist zu erwidern: Die Hintanhaltung des Massenkonsums setzt der Einführung technischer Verbesserungen Schranken. Man kann nicht den Produktionsapparat modernisieren, seine Leistungsfähigkeit steigern ohne Aussicht auf angemessene Zunahme des Verbrauchs. Fehlt diese Aussicht, so wird mit der Einführung vollkommener Maschinen gezögert. Rationalisierung der Produktion setzt normalerweise eine Konsumausdehnung voraus. Es geht nicht an, die Produktion zu rationalisieren und gleichzeitig den Konsum zu drosseln.

Bei gegebener Technik gibt es für jedes Erzeugungsgebiet eine optimale Betriebsgröße, eine günstige Kombination der Produktionsfaktoren. Mit der Mechanisierung und Maschinisierung der Produktion steigt die optimale Betriebsgröße und Produktionskapazität auf fast allen Erzeugungsgebieten. Da der Konsum nicht nachkommt, wird häufig auf eine Erweiterung des Betriebes verzichtet. Wegen der beschränkten Aufnahmefähigkeit des Marktes wird die optimale Größe der Betriebe (Friedensindustrie) relativ selten erreicht.

Moderne Produktionsanlagen rentieren bei vollem Betriebsgang, nicht aber bei reduzierter Produktion. Die immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen lassen volle Ausnutzung der Anlagen nicht zu. Die Unbeständigkeit und Unsicherheit der krisengeschüttelten Wirtschaft erhöhen das Risiko bei Investierung des Kapitals und mindern die Investitionsfreudigkeit.

Bei abgleitender Konjunktur kann der Unternehmer nur die persönlichen, nicht aber die sachlichen Produktionsmittel auf die Straße setzen. Er kann Arbeiter entlassen, nicht aber Betriebsanlagen ohne größere Verluste liquidieren. Da kapitalintensive Produktion krisenempfindlicher ist, wird mancher Uebergang von Handarbeit zu Maschinenarbeit, von Klein- zu Großbetrieb unterlassen.

Infolge ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt und schlechter Entlöhnung der unselbständig Erwerbenden werden nicht nur zahlreiche rückständige Betriebe konserviert, sondern von Anfang an unrationell arbeitende kleine und mittlere Betriebe neu gegründet. (Man denke insbesondere an den überfüllten Detailhandel und das Kleingewerbe.)

Unsere Produktion ist nicht deshalb zum Teil noch technisch rückständig, weil es an Kapital, sondern weil es an Absatz fehlt. Wenn es einen Kapitalmangel gibt, so ist er Folge der zu großen Kapitalbildung, so paradox dies auch klingen mag. Denn die überakkumulierten Kapitalien bleiben von den Wirtschaftsstörungen, die die Ueberakkumulation hervorruft, nicht unangetastet. Die Wirtschaftsstörungen fegen den Kapitalüberschuß, und nicht nur diesen, jeweils hinweg.

Zu große Kapitalbildung hat, wie wir weiter unten zeigen werden, wachsende *faux frais* zur Folge, die nach und nach die Kapitalüberschüsse aufbrauchen und sodann am Kapitalstock selber zehren. Ueberakkumulation hat die Tendenz — besonders im Spätkapitalismus — in ihr Gegenteil umzuschlagen. Daher bedeutet sie nicht einfach Anhäufung anlagesuchender Kapitalien, zu denen man jederzeit nach Bedarf greifen kann, um die Produktion zu rationalisieren. Bei Ueberakkumulation muß es der wachsenden faux frais wegen zum Schluß an Kapital fehlen.

II. »Es kann nur vorübergehend Kapitalüberfluß geben«

1.

In der nationalökonomischen Literatur gibt es noch einen zweiten Versuch, die Ueberakkumulation wegzudiskutieren. War nach der soeben betrachteten Auffassung eine Ueberakkumulation überhaupt nicht möglich, so kann es nach der folgenden viel vertretenen Auffassung zwar eine Ueberakkumulation geben, aber nur vorübergehender Natur. Man argumentiert wie folgt:

Niedrige Löhne und hohe Profite könnten zwar eine Ueberakkumulation zur Folge haben. Je größer aber die Akkumulation, um so größer die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Steigende Nachfrage nach Arbeitskraft müßte steigende Löhne bewirken. Würden die Löhne steigen, so würden die Profite sinken und die Akkumulation abnehmen. Der auf jedem Warenmarkt, mithin auch auf dem Arbeitsmarkt wirkende Automatismus führe jeweils einen Ausgleich herbei. Eine Ueberakkumulation von größerem Ausmaß oder längerer Dauer könne folglich kaum vorkommen.

Auch diese Auffassung ist zurückzuweisen.

Das Argument des mechanischen Ausgleichs trifft für jeden Waren-

markt zu, aber nicht für den Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt versagt der Automatismus. Unternehmer sind immer die stärkeren Vertragspartner: Unorganisierte Unternehmer sind stärker als unorganisierte Arbeiter und organisierte Unternehmer stärker als organisierte Arbeiter. Wäre dies nicht der Fall, so würde es keinen Arbeitsmarkt geben, der Mensch könnte nicht zur Ware degradiert werden. Die unerläßliche Voraussetzung eines Marktes für menschliche Arbeitskraft ist die soziale Ungleichheit der Kontrahenten, das Vorhandensein von Besitzenden und Besitzlosen.

Auf dem Markt für Arbeitskraft herrschen andere Gesetze als auf dem Markt für Arbeitsprodukte!

2.

Der Wert der Ware Arbeitskraft wird zwar wie der jeder anderen Ware durch die Reproduktionskosten — die Unterhaltskosten der Arbeiterfamilie — bestimmt. Und der Marktpreis der Arbeitskraft kann auf die Dauer weder über die Reproduktionskosten erheblich steigen, noch unter diese erheblich fallen. Der Marktmechanismus vermag dennoch der Ueberakkumulation nicht vorzubeugen. Denn Ueberakkumulation bedeutet nicht, daß der Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert gesunken sei. Ueberakkumulation entsteht in der kapitalistischen Wirtschaft bei »normalem Preis« der Arbeitskraft, bei Aequivalenz zwischen Wert und Preis dieser Ware.

Der Unternehmer zahlt dem Arbeiter normalerweise — sagt Marx — den Tauschwert der Arbeitskraft, das heißt die Reproduktionskosten seiner Ware. Der Unternehmer bekommt dafür vom Arbeiter den Gebrauchswert der Arbeitskraft, das heißt das Arbeitsprodukt. Nun ist der Gebrauchswert der Arbeitskraft höher als ihr Tauschwert. Und die Differenz zwischen diesen zwei Größen (der Mehrwert) wächst mit dem technischen Fortschritt. Sinken doch mit steigender Arbeitsergiebigkeit die Reproduktionskosten wie jeder Ware, so auch die der Arbeitskraft. Wächst nun diese Differenz mehr, als dies die Kapitalbildung erfordert, so ergibt sich eine Ueberakkumulation.

Solange die Arbeitskraft eine Ware ist, wird ihr Preis (der Lohn) durch die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionskosten bestimmt. Und solange dies der Fall ist, wird es eine und zwar mit technischem Fortschritt wachsende Ueberakkumulation geben. Die Ueberakkumulation ist im *Charakter des Arbeitsmarktes* selber begründet, des

Marktes, der nur in der kapitalistischen (auch faschistischen) Wirtschaft vorhanden ist und die Eigenart dieser Wirtschaftsform bildet.

3.

Normalerweise — d. h. die menschliche Wirtschaft als Kampf mit den Naturgewalten verstanden — ist der Mensch kein Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck der Wirtschaft. Die Befriedigung seiner Bedürfnisse ist nicht ein notwendiges Uebel, sondern *das erstrebte Ziel*. Mit steigender Produktivität seiner Arbeit müßte seine Konsumtion angemessen wachsen. Eine Ueberakkumulation von einigem Ausmaß oder einiger Dauer könnte es unter diesen Umständen nicht geben.

Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht auf Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, sondern auf Verwertung des Kapitals bedacht. Die Besitzlosen, die überwältigende Mehrheit der Menschen, sind nur Produktionsmittel, Mittel zum Zweck. Ihre Konsumtion ist nicht der Zweck der Wirtschaft, sondern ein *notwendiges Uebel* (Kosten). Sie richtet sich nicht nach der Produktivkraft der Gesellschaft, sondern wird durch den minimalen Aufwand bestimmt, der zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft in der notwendigen Qualität unerläßlich ist. Und die Differenz zwischen diesen zwei Größen — zwischen der volkswirtschaftlich gebotenen Konsumtion und der zur Reproduktion der Arbeitskraft genügenden — wächst mit dem technischen Fortschritt. Diese wachsende Differenz bewirkt die wachsende Ueberakkumulation.

4.

Ist das Kapitalverhältnis, d. h. der Antagonismus der gesellschaftlichen Schichtung einmal gegeben, stehen die Besitzer der Produktionsmittel »freien« Arbeitern gegenüber, frei in dem Doppelsinne, daß sie einerseits im Gegensatz zu Sklaven und Leibeigenen freizügig, andererseits frei von Produktionsmitteln sind und nichts als ihre Arbeitskraft besitzen (Marx), so ist damit auch die Exploitation und zwar mit technischem Fortschritt wachsende Exploitation, mithin auch wachsende Ueberakkumulation gegeben.

Es ist zwar nicht offener physischer Zwang, der die Besitzlosen zur Mehrarbeit zwingt, aber ein ökonomischer durch die Illusion rechtlicher Freiheit verhüllter Zwang (Marx). Die Klasse, die die Mittel

besitzt, eine andere mit Produktionsmitteln auszurüsten, ist immer imstande, diese andere Klasse, die außer ihrer Arbeitskraft nichts ihr eigen nennt, Mehrwert produzieren zu lassen.

Da der Lohn auf die Dauer ein Existenzminimum sichern muß, so ist bei niedriger Arbeitsproduktivität die Mehrwertsrate notwendig niedrig. Voraussetzung für eine steigende Mehrwertsrate ist ein Steigen der Produktivität. Je höher die Arbeitsergiebigkeit, ein um so größerer Teil des Arbeitstages kann für Produktion des Mehrwertes verwendet, um so mehr Mehrwert kann aus einem Arbeiter herausgeholt werden.

Mit technischem Fortschritt wachsen die Einkommensunterschiede und steigt die Macht der Besitzenden den Besitzlosen gegenüber. Die wachsende Arbeitsproduktivität macht die Lohnsenkung (Senkung des Nominallohnes) *technisch möglich,* und die wachsende Macht der Besitzenden macht sie *sozial möglich.* Die wachsende Produktivität erlaubt und die wachsende Macht der Besitzenden erzwingt die Lohnsenkung.

Ist die ursprüngliche Akkumulation einmal vollzogen[3], so werden von da an die Einkommens- und Vermögensunterschiede immer größer. Damit vertieft sich die Kluft zwischen den Klassen mehr und mehr. Die zu Beginn des Kapitalismus nur geringen Klassenunterschiede bilden sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung erst richtig aus. Der mit der ursprünglichen Akkumulation ansetzende antagonistische Charakter der Wirtschaft reift mit dem Reifen dieser Wirtschaft aus. Und damit nimmt auch die Ueberakkumulation entsprechend zu.

Dies ist ein ökonomisches Bewegungsgesetz, das mit eherner Notwendigkeit wirkt, von gutem oder bösem Willen des Einzelnen unabhängig. Da nur kapitalkräftige Unternehmungen konkurrenzfähig sind, ist der Unternehmer bei Strafe des Untergangs gezwungen, den Lohn zu drücken und einen möglichst großen Teil des Profites zu akkumulieren.

---

[3] K. Marx. Kapital. Bd. I, p. 679.

C. Geschichtliches und Theoretisches zur Lohnfrage

I. Der Lohn im Laufe der kapitalistischen Entwicklung

1.

Solange die Entwicklung des Kapitalismus noch in den Anfängen begriffen war, die kapitalistische Wirtschaft in den heutigen Industrieländern nur einen kleinen Sektor bildete und die Durchkapitalisierung dieser Länder erst bevorstand, gestattete die noch niedrige Arbeitsproduktivität keine allzu große Steigerung des Konsums breiter Massen. Dies um so mehr, als die Verdrängung der traditionellen Produktionsweise durch die rationelle einen verhältnismäßig großen Teil des noch kleinen Sozialprodukts beanspruchte. Auch bei kleinem Verbrauch der Arbeiter brauchte der Absatz noch nicht stark zu stocken. Zumal da die Arbeiterschaft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung bildete und der Konsum der anderen Bevölkerungsschichten noch relativ stark ins Gewicht fiel.

Mit der Zeit erweiterte sich der kapitalistische Sektor der Wirtschaft und mit ihm stieg die Arbeiterzahl. Niederkonkurrierte Handwerker und landflüchtige Bauernsöhne wurden vom wachsenden Produktionsapparat der Wirtschaft absorbiert. Die bei Rationalisierung der Produktion freigesetzten Arbeiter wurden bald wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert. Wohl gab es auch Zeiten größerer Arbeitslosigkeit, in der guten Konjunktur herrschte jedoch Arbeitermangel. Dank günstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt konnte die nun zahlreich gewordene Arbeiterschaft, die sich zu Verbänden zusammenschloß, bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Nach und nach setzte sich die kapitalistische Wirtschaft auf den wichtigsten Gebieten durch, die Technik entwickelte sich in beschleunigtem Tempo und die Arbeitsproduktivität stieg in einem bisher nicht geahnten Maße. Nun tat Steigerung des persönlichen Konsums in großem Umfange volkswirtschaftlich not. Großzügige Hebung des Lebensniveaus des arbeitenden Volkes war Voraussetzung einer ungestörten weiteren Entwicklung der Wirtschaft. Zunahme des reproduktiven Konsums der Unternehmer ohne entsprechende Zunahme des persönlichen Konsums der Arbeiter genügte nicht mehr. Dies um so mehr, als die Arbeiterschaft einen wachsenden Teil der Bevölkerung, mithin auch der Käufer, bildete. Hieß es einst: »Hat der Bauer

Geld, so hat's die ganze Welt«, so hieß es nun: »Hat der Arbeiter
Geld, so hat's die ganze Welt«. Der Verbrauch der auf Lohn und
Gehalt Angewiesenen hinkte jedoch hinter der schnell wachsenden
Erzeugung nur sehr langsam nach. Wohl gelang es den Arbeiter-
organisationen, gewisse Zugeständnisse zu erwirken, die Arbeitsbedin-
gungen hie und da zu verbessern. Die Erfolge der schweren Kämpfe
organisierter Arbeiter mit den viel besser organisierten Unternehmern
standen jedoch in keinem Verhältnis zu der riesig wachsenden Er-
giebigkeit der menschlichen Arbeit. Und so tat sich trotz großer Ka-
pitalexporte zwischen Verbrauch und Erzeugung eine Kluft auf.

Dem Gewerkschaftsführer, der das geringste Zugeständnis vom
überlegenen Gegner, dem mächtigen Arbeitgeberverband, nur mit Ein-
satz äußerster Energie erringen konnte, schien jeder Erfolg der so-
zialen Kämpfe groß. Dem Arbeiter, der nur wenig sein eigen nannte,
der mit dem kärglichen Lohn bloß die notwendigsten Bedürfnisse zu
befriedigen vermochte — überdies die Hartnäckigkeit des starken
Gegners während der Streiks und Aussperrungen reichlich zu spüren
bekam —, schien ebenfalls die kleinste Besserung der Arbeitsbedingun-
gen bedeutend. Mit Hinsicht auf die Machtstellung der Parteien sind
die Erfolge der damaligen Arbeiterbewegung nicht als gering zu be-
trachten. Mit Hinsicht aber auf die technische Entwicklung sind diese
Erfolge anders einzuschätzen. Im Vergleich zu den riesigen tech-
nischen Möglichkeiten, die Lebenshaltung des Volkes zu heben, waren
die Ergebnisse der Arbeiterbewegung unzulänglich. Die unter großen
Opfern den Unternehmern abgenötigten kleinen Lohnaufbesserungen
konnten das Auseinanderklaffen der Produktiv- und Konsumkraft der
Gesellschaft nicht verhindern.

Mit der Konzentration der Produktion, Kartellierung und Vertru-
stung der Industrie verschlimmerte sich die Situation noch mehr.
Waren die Arbeiter vorher nur als Produzenten, so wurden sie nun
auch als Konsumenten exploitiert. Und nicht nur die Arbeiterschaft
allein, sondern sämtliche Käuferschichten wurden der Plusmacherei
dienstbar gemacht. Man denke in diesem Zusammenhang auch an die
gemeinsame Front der Großindustrie mit dem Großgrundbesitz in
Zollfragen, die eine Erhöhung der Industrie- und Agrarzölle (Solidar-
schutzzölle) zur Folge hatte und die Lebenshaltung der ganzen Be-
völkerung verteuerte[1].

---

[1] »Die einzelnen Errungenschaften, die die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft im täglichen Kampfe davongetragen haben« — schrieb Hilferding

Die zunehmende Konzentration der Produktion wurde ferner von zunehmender Konzentration des Profites begleitet. Die Großindustrie und die mit ihr alliierte Hochfinanz zogen einen viel größeren Teil des Mehrwertes an sich, als auf ihre Kapitalanteile entfiel. Mit der Schrumpfung des Einkommens der Mittelschichten schrumpfte auch deren Verbrauch.

Je mehr sich die Kluft zwischen dem technisch möglichen und dem tatsächlichen Konsum vertiefte, auf desto größere Hindernisse stieß jede Erweiterung des Produktionsapparates. Die bei Mechanisierung der Produktion freigesetzten Arbeiter wurden nicht bald wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert. Die Kompensation versagte mehr und mehr. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich. War die Aufgabe der Gewerkschaften einst, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, so bestand sie nunmehr darin, die bisherigen Arbeitsbedingungen zu verteidigen. —

Bei jedem technischen Fortschritt blieb die Zunahme der Konsumkraft hinter der Zunahme der Produktivkraft erheblich zurück, bei jeder Rationalisierung entstanden neue Divergenzen zwischen der volkswirtschaftlich gebotenen und der tatsächlichen Konsumtion. Diese Divergenzen summierten sich und die Spannung zwischen den beiden Größen, die in einer gut funktionierenden Wirtschaft auf einander abgestimmt sein müßten, wuchs beständig. Diese Spannung, die zuerst nur den weiteren Aufstieg des Kapitalismus hemmte, führte nach und nach dessen Niedergang herbei. Nun waren im aufsteigenden Kapitalismus die Prosperitäten lang und die Depressionen kurz. Da in den Prosperitätszeiten häufig Arbeitermangel herrschte, konnten zuweilen gewisse kleine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ertrotzt werden. Im niedergehenden Kapitalismus sind umgekehrt die Depressionen lang und die Prosperitäten kurz. Und selbst in den Prosperitätszeiten hörte die Arbeitslosigkeit nicht auf; Zeiten der Arbeitslosigkeit sind aber Zeiten des Lohnabbaues. Die in den Depressionen gekürzten Löhne wurden in den Prosperitäten kaum wieder erhöht.

Hinzu kam noch: In den Depressionen hörte technischer Fortschritt

---

am Anfang dieses Jahrhunderts — »sie sind bedroht von der Gefahr, auf einen Strich vernichtet zu werden durch die Politik der Kartelle, welche ihren Einfluß benutzen, um in ganz anderer Weise, als es den vereinzelten Kapitalisten möglich war, die Macht des Staates in den Dienst ihrer Profitinteressen zu stellen.« (Hilferding. Funktionswechsel des Schutzzolles. Neue Zeit. 21. Jahrgang, Bd. 2, p. 277).

nicht auf. Um die Wirtschaft anzukurbeln, wurden zahlreiche technische Verbesserungen durchgeführt. Die Arbeitsergiebigkeit stieg, der Konsum blieb zurück. Die Diskrepanz zwischen dem technisch gebotenen und dem tatsächlichen Konsum vergrößerte sich noch mehr. Und je größer diese Diskrepanz und schärfer die Krisen, um so schlechter die Arbeitsbedingungen, um so größer das Zurückschrauben des Lebensstandards[2].

2.

Daß die Arbeitsbedingungen seinerzeit — in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts — verbessert wurden, geschah nicht nur dank der Organisation der Arbeiterschaft und der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch und nicht zuletzt dank dem Umstand, daß dies *auch im Interesse der Unternehmer* war.

Die kärglichen Löhne des Frühkapitalismus vermochten kaum das physische Existenzminimum zu decken, und die überaus lange Arbeitszeit hinderte die Wiederherstellung der Kräfte in den kurzen Ruhepausen. Moderne Technik kann aber halbvertierte Paupers, ausgehungerte und übermüdete Existenzen als Arbeiter nicht brauchen. Verfeinerte Produktionsmittel, komplizierte Produktionsprozesse und schnelles Arbeitstempo stellen hohe Anforderungen an die physische und geistige Leistungsfähigkeit des Arbeiters, erfordern zuverlässige, präzise Arbeit leistende Menschen, also Leute mit gewissem Minimum an Kultur. Dies setzt aber geordnete wirtschaftliche Lebensverhältnisse und einen nicht zu langen Arbeitstag voraus.

Wenn man bedenkt, daß unter den Elendslöhnen und der langen Arbeitszeit im Frühkapitalismus sowohl die Qualität wie auch die Quantität der Arbeit zu leiden hatte, so kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Besserung der Arbeitsbedingungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (resp. um die Jahrhundertwende) für die Unternehmer kein schlechtes Geschäft war.

Wurde aber einmal diejenige Lohnhöhe und Arbeitszeit erreicht, die dem Arbeiter das erforderliche Mindestmaß an Lebenshaltung und Muße gewährte, so verloren die Unternehmer jedes Interesse an einer

[2] Daß die Diskrepanz zwischen der Produktiv- und Konsumkraft nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist, erklärt sich durch die hohen faux frais der kapitalistischen Wirtschaft, die in die Bresche springen. Doch darauf kommen wir noch zurück.

weiteren Erhöhung der Löhne und Kürzung der Arbeitszeit[3]. Den Widerstand, welchen organisierte Unternehmer im entwickelten Kapitalismus jeder Besserstellung der Arbeiter leisten, zu brechen, sind diese aber *nie* mehr richtig imstand gewesen.

II. Zur Lohntheorie.

1.

Die »normale« Höhe des Lohnes, um welche die tatsächliche Lohnhöhe je nach der Lage auf dem Arbeitsmarkt hin und her schwankt, ist zwar nicht, wie manche ältere Nationalökonomen glaubten, eine naturgegebene, starre, etwa durch das physiologische Existenzminimum ein für allemal bestimmte Größe. Die Lohnhöhe ist aber auch nicht, wie die Anhänger der viel vertretenen *Produktivitätstheorie* meinen, durch die jeweilige Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit bestimmt; sie ist keine mit technischem Fortschritt fortwährend wachsende Größe.

Im aufsteigenden Kapitalismus entschieden anfänglich über die Lohnhöhe die Anforderungen, die die neue Produktionstechnik an das Kulturniveau der Arbeiter stellte. Da mit der Verfeinerung der Produktionsmethoden diese Anforderungen sich erhöhten, mußten die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Daraus jedoch, daß sich die Lebenshaltung der Massen damals gehoben hat, darf nicht der Schluß gezogen werden, daß sie sich jeweils nach dem Stand der Arbeitsproduktivität richtet. Die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter war zu jener Zeit durch eine einmalige *nicht wiederkehrende historische Situation* bedingt.

Seit jener Zeit haben große einschneidende technische Verbesserungen stattgefunden, die die Produktivität der menschlichen Arbeit in einem bisher nicht geahnten Maße gesteigert haben. Die Früchte dieser Steigerung der Produktivität sind aber nur in ganz geringem Maße den werktätigen Schichten zugute gekommen[4].

[3] Im Frühkapitalismus — solange der Lohn noch sehr niedrig und die Arbeitszeit sehr lang war — hatte auch der Staat eines gesunden Nachwuchses für die Rekrutenaushebung wegen ein Interesse an einer Besserung der Lebenslage industrieller Arbeiter. Waren es doch die Industriegebiete, die nicht das normale Rekrutenkontingent zu stellen vermochten.

[4] Vergl. Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145, Teil 3, p. 287.

Die Lohnhöhe wird zwar, wie in nationalökonomischen Büchern zu lesen ist, »durch physiologische und kulturelle Bedürfnisse« bestimmt. Das bedeutet aber: durch physiologische Bedürfnisse des Arbeiters und »kulturelle« Bedürfnisse des Kapitals. In der kapitalistischen und in noch höherem Maße in der faschistischen Wirtschaft ist der Arbeiter bloß ein Bestandteil des Produktionsapparates. Wie die übrigen Bestandteile der Maschinerie, so wird auch er nur so viel geölt, als technisch erforderlich ist.

Die Vertreter der Produktivitätstheorie — sagt ironisch Robert Wilbrandt — »stimmen darin überein, daß es auf die ‚Produktivität' ankomme: sei diese hoch, dann auch der Lohn. Also: kann der Unternehmer viel geben, so tut er es auch«. Solche Theorien sind — fährt Wilbrandt fort — »ein Spiegelbild des Klassenkampfes in der Wissenschaft selbst«. Sie zeigen »gewollt oder ungewollt, wie schwer es tatsächlich auf unserem Gebiete ist, vom Klassendenken und Klassenstandpunkt frei zu sein«[5].

2.

Man streitet sich in der sozialistischen Literatur darüber, ob die *Aequivalenz-* oder die *Machttheorie* des Lohnes richtig sei. Unseres Erachtens ist die Lohntheorie zugleich Aequivalenz- und Machttheorie.

Gewiß handelt es sich bei dem Arbeitsvertrag — wie *Nölting* schreibt — um einen Tauschakt, den eine ökonomisch und sozial unterlegene Gruppe mit einer mächtigeren Gruppe eingeht. Freilich sind die Distributionsverhältnisse (Lohn-Profit) nicht nur Produktionsverhältnisse (Marx), sondern in gewissem Sinne auch Machtverhältnisse. Dennoch widerspricht die Machttheorie des Lohnes nicht der Aequivalenztheorie, wie Nölting glaubt[6].

Der Aequivalenzpreis der Arbeitskraft fällt mit dem Machtpreis zusammen. Wird doch die stärkere Gruppe der schwächeren nicht mehr zahlen wollen als die Produktionskosten der Arbeitskraft (= Aequivalenzpreis), denn dazu hat sie die Macht. Und sie wird nicht weniger zahlen können als die Produktionskosten der Arbeitskraft (= Existenzminimum), denn dazu fehlt ihr die Macht.

---

[5] R. Wilbrandt. Der Volkswirt als Berater der Volkswirtschaft. Stuttgart 1928, p. 122.

[6] Erik und Ernst Nölting. Einführung in die Theorie der Wirtschaft. Berlin 1929, p. 132.

Obwohl aber der Machtpreis zugleich der Aequivalenzpreis ist, hat der Käufer der Arbeitskraft, der Unternehmer dennoch seinen Vorteil. Ist doch der Preis der geleisteten Arbeit (v + m) höher als der Preis der Arbeitskraft (v.). Wir haben es hier mit einer eigenartigen Ware zu tun, die sich von dem übrigen »Warenpöbel« wesentlich unterscheidet.

Die Lohntheorie ist eine Machttheorie, weil die Arbeitskraft nur unter bestimmten sozialen Verhältnissen zur Ware wird. Die Lohntheorie ist eine Aequivalenztheorie, weil der Arbeiter zwar ausgebeutet wird, dennoch aber den Wert seiner Ware, die Produktionskosten der Arbeitskraft bezahlt bekommt[7].

Die hier vertretene »Machttheorie« des Lohnes besagt, daß der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft zu einer Ware degradiert ist und nicht die Macht hat durchzusetzen, ein Mensch zu sein. Man kann hier mit Ferdinand Lassalle von einem hoffnungslosen Versuch der Ware Arbeitskraft sprechen, sich als Mensch zu gebärden. Der Kampf auf dem Arbeitsmarkt spielt sich halt »nicht zwischen zwei gleichen Vertragspartnern, sondern zwischen einem Geldsack und einem Magen ab« (Cellier).

---

[7] Obwohl die Lohntheorie nicht nur eine Aequivalenz-, sondern auch eine Machttheorie ist, ist dennoch der Lohn eine ökonomische und nicht eine politische Kategorie. Die von den reformistischen Sozialisten erhoffte Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiter und dadurch eine Neuordnung der Distributionsverhältnisse ohne Neuordnung der Produktionsverhältnisse, also ohne Aenderung des Wirtschaftssystems, mußte notwendig mißlingen. — Die Machttheorie der reformistischen Sozialisten ist mit der Marxschen Lehre unvereinbar. Sie läßt sich nicht in den Rahmen der Arbeitswertlehre einfügen und »muß zu Ende gedacht zu einer Verneinung dieser Lehre führen.« (Kurt Langer. Sozialdemokratische Wirtschaftstheorien nach der Kriegszeit. Basel 1937, p. 63 f.)

DRITTER TEIL

A. Die faux frais der kapitalistischen und faschistischen Wirtschaft

Technischer Fortschritt hat weder ein Fallen der Profitrate noch einen Kapitalmangel zur Folge. Der Anschein, daß bei der Rationalisierung der Produktion die Profit- und Akkumulationsrate sinken und es an Kapital fehlen müsse, wird durch die faux frais der kapitalistischen und in noch höherem Grade der faschistischen Wirtschaft erweckt. Denn diese faux frais, die mit innerer Zwangsläufigkeit in beschleunigtem Tempo wachsen, zehren an der Wirtschaft mehr und mehr.

Betrachten wir die wichtigsten Arten der toten Kosten. Vorerst jedoch eine Bemerkung: Es gibt tote Kosten, die mehr einem früheren Stadium der kapitalistischen Entwicklung und solche, die mehr einem späteren eigen sind. Die folgende Darstellung ist zwar keine chronologische, sondern eine systematische. Wir werden dennoch zuerst von den toten Kosten des *aufsteigenden* und sodann des *niedergehenden* Kapitalismus (resp. des Faschismus) sprechen. Und zwar beginnen wir mit der Wirtschaft in den *Friedenszeiten* und gehen nach und nach zur Wirtschaft in der gegenwärtigen *Kriegsära* über. Wir fangen also mit relativ niedrigen faux frais an und gelangen allmählich zu hohen und riesigen. Die Entwicklung beginnt harmlos und wird immer verhängnisvoller.

Jede einzelne Art der toten Kosten ist bekannt. Worauf es hier aber ankommt, ist, die toten Kosten in ihrer Gesamtheit, in ihrer Entwicklung und Abhängigkeit von einander darzustellen, zu zeigen, wie die einen faux frais die anderen zur Folge haben und wie sie allesamt *aus einer Wurzel* entspringen.

I. Faux frais bei der Erzeugung und Verteilung der Güter

1.

Nimmt die Konsumkraft bei steigender Arbeitsergiebigkeit nicht angemessen zu und vertieft sich die Kluft zwischen dem volkswirtschaftlich gebotenen und tatsächlichen Verbrauch, so findet ein immer größerer Teil der Produktion keine Verwendung. In der In-

dustrie wird ein wachsender Teil der *Produktionskapazität nicht ausgenutzt*, in der Agrikultur ein wachsender Teil der Erzeugnisse verfeuert oder ins Meer versenkt (resp. die Anbaufläche eingeschränkt). Das in den Betriebsteilen, deren Produktionskapazität nicht ausgenutzt wird, oder deren Erzeugnisse vernichtet werden, investierte Kapital muß aus den Einnahmen der übrigen Betriebsteile amortisiert und verzinst werden. Dies erhöht die Produktionskosten beträchtlich, es verdoppelt sie nicht selten. Und wiederum: wird die Produktion nicht reduziert resp. die Erzeugnisse vernichtet, so schwellen die Lagervorräte an, was neue Kosten verursacht und das Risiko erhöht.

Nicht nur das Brachliegen der sachlichen Produktionsmittel, sondern auch dasjenige der persönlichen, das riesig anschwellende *Arbeitslosenheer* steigert die Betriebskosten der Privat- und Volkswirtschaft. Die überschüssigen Arbeiter werden zwar von Unternehmern aufs Pflaster gesetzt und müssen vom Staate aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Der Staat ist aber seinerseits gezwungen, die Privatwirtschaft mit hohen Abgaben zu belasten, um die überschüssig gewordenen Menschen durchzuhalten[1].

2.

Normalerweise müßte die Produktion infolge Bevölkerungsvermehrung und technischen Fortschritts, das heißt infolge Zunahme der persönlichen Produktionsmittel und Vervollkommnung der sachlichen stets wachsen. Das Normale wäre also ein allmähliches stetiges Wachstum der Erzeugung. Eine Schrumpfung der Erzeugung dürfte hingegen nur als Folge von Naturkatastrophen oder Erschöpfung natürlicher Rohstoffquellen vorkommen. In der auf dem Geschäftsprinzip beruhenden Wirtschaft wechseln aber Expansion und Kontraktion der Produktion periodisch ab: Die Wirtschaft stellt ein Hinundherpendeln dar. Weil die Produktivität forciert und der Konsum gedrosselt wird, wird das Gleichgewicht auf dem Markt immer wieder gestört. Wird die Kluft zwischen Erzeugung und Verbrauch zu groß, so muß von Zeit zu Zeit der Ausdehnung der Produktion eine Schrumpfung folgen. Dies macht kostspielige *Umstellungen* der Wirtschaft notwendig.

In einer harmonischen Gesellschaft, in welcher der Verbrauch der steigenden Erzeugung auf dem Fuß folgen würde, würde die Einführung arbeitsparender Maschinen keine langwierigen Anpassungsprozesse erfordern. Bei Störungen würde sich das Gleichgewicht bald wieder auf einem neuen Niveau einstellen. Die Volkswirtschaft würde eine ansteigende »von gelegentlichen Unfallknicken unterbrochene Gerade« bilden (Sombart). In einer Wirtschaft hingegen, in welcher der Massenkonsum gedrosselt wird, löst der technische Fortschritt statt Anpassungserscheinungen Wirkungen aus, die noch größere Störungen herbeiführen. Die Störungen pflanzen sich fort und verschlingen sich. Die einmal ausgelösten Bewegungen neigen dazu, sich zu verallgemeinern. Mit der zunehmenden Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit wird die Wirtschaft *kumulativ wirkenden Störungen* ausgesetzt. Die Krise nährt die Krise.

Dies alles verursacht Kosten, die nicht technisch, sondern sozial bedingt sind.

3.

Je mehr der Massenverbrauch hinter der steigenden Produktivität zurückbleibt, desto mehr kostet die *Kundenwerbung*. Hält die Aufnahmefähigkeit des Marktes mit dem wachsenden Angebot nicht Schritt, so hat jede Senkung der Produktionskosten eine Steigerung der Handelsunkosten zur Folge. In dem Maße wie die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit bei der Herstellung von Waren zunimmt, nimmt sie bei deren Verteilung ab. Die Verteilungskosten wachsen zusehends und drohen die Erzeugungskosten zu übersteigen[2].

Die Syndikate und Trusts, die vertikalen und horizontalen Kombinationen sind unablässig bemüht, den Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu kürzen, Zwischenglieder auszuschalten. Dennoch nimmt der Prozentsatz der im Handel und in den durch ihn bedingten Industrien beschäftigten Personen mehr und mehr zu. Trotz be-

[1] Man denke in diesem Zusammenhang auch an die Dequalifikation — physische und geistige Entartung — der Erwerbslosen.

[2] Man denke bloß an die Ausgaben, die die vielen Geschäftsreisenden und die sonstigen Vertreter der Firmen verursachen, an die Kosten der Inserate, Plakate, Himmelsschreiber, Film- und Rundfunkreklame. Man denke auch an Werbefeldzüge und Rabattsparmarken, Einführungs- und Reklametage, Räumungs- und Saisonausverkäufe, ferner an die Kosten der Aussendung von Offerten, Werbebriefen, Bestellkarten, Katalogen, Mustern und Warenvorräten unaufgefordert an die Konsumenten, an die Kosten der verschiedenen sonstigen raffinierten Mittel des Heranrückens an die Abnehmer, geschickter Beeinflussung derselben, »Suggerierung des Kaufes«, kurz an alle Kosten, die »Ihre Majestät die Reklame« (Sombart) verursacht. — Das Berliner Institut für Konjunkturforschung schätzte die jährlichen Reklamekosten in Deutschland auf fast eine Milliarde RM. (J. Jessen. WBdVw., Bd. 3 (1933), p. 21).

deutender organisatorischer Verbesserungen sinken die Handelsunkosten nicht, sondern steigen erheblich.

»Bei der Durchrechnung der Selbstkosten großer und größter Betriebe stößt man auf die sonderbare Tatsache, daß die Betriebskosten im Preise meistens kleiner sind als die Vertriebskosten, daß es also durchwegs ebenso viel kostet, eine Ware zu verkaufen, als sie überhaupt herzustellen«. Die Zahl derer, die in der Verteilung der Ware beschäftigt sind, steigt viel schneller, »wie die Zahl derer, die in der Produktion tätig sind[3]«. »Für die kapitalistische Entwicklung ist eigentümlich, daß sie ein Land förmlich dazu zwingt, einen sinkenden Teil der Bevölkerung in den eigentlichen produktiven Gewerben zu beschäftigen, während Berufe wie Kaufleute, Vertreter, Journalisten, Künstler, Reklamefachleute, Politiker einen wachsenden Teil ausmachen[4]«.

4.

Im Kapitalismus, besonders im Spätkapitalismus, wird *Sisyphusarbeit* geleistet: Man gibt sich alle erdenkliche Mühe, um die Kosten der Güterherstellung zu mindern; gelingt dies, so steigen die faux frais. Dank technischem Fortschritte nehmen die notwendigen Kosten ab, wegen der Absatzstockung aber nehmen die toten Kosten zu.

Hält der tatsächliche Konsum mit dem technisch gebotenen nicht Schritt, so wird die durch Rationalisierung der Produktion ersparte Arbeit unnütz vertan. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit nimmt zwar ab, die vergeudete Arbeit dagegen mehr und mehr zu.

Dasselbe läßt sich auch noch so darstellen: Die Vervollkommnung der Produktionsmethoden hat eine positive und eine negative Seite. Zuerst werden die Arbeiter mit größerem resp. komplizierterem Produktionsapparat ausgerüstet, sodann steigt die Arbeitsergiebigkeit und wächst der Güterreichtum. Die negative Seite (der größere Produktionsapparat) wird wegen der positiven Seite (der steigenden Arbeitsergiebigkeit) in Kauf genommen. Neben der negativen Seite — dem vermehrten Aufwand — gibt es aber die positive Seite — den vermehrten Nutzen — nur dann, wenn der Gang der Wirtschaft ein normaler ist, wenn die Verbrauchsfähigkeit mit der steigenden Erzeugungsfähigkeit entsprechend wächst. Ist dies nicht der Fall, fehlt

[3] J. Hirsch. Das amerikanische Wirtschaftswunder. Berlin 1926, p. 153.

[4] L. v. Birck. Technischer Fortschritt und Ueberproduktion. Kieler Vorträge, herausgegeben von B. Harms, Heft 21, 1927, p. 25.

es also an Absatz für den Güterzuwachs, so bleibt die positive Seite des technischen Fortschritts aus.

Wird die Produktion wegen Absatzmangel eingeschränkt und muß obendrein der Konsument für die bereits reduzierte Produktion unter Anwendung großer Kosten gesucht werden, so bedeutet dies ein Zurückschrauben der mühsam erreichten hohen Arbeitsproduktivität auf ein niedrigeres Niveau. Anstelle der technisch notwendigen Arbeit tritt die unnütz vertane, die Arbeitsersparnis bleibt also aus. Dem *vermehrten Aufwand* folgt *kein vermehrter Nutzen.*

Wenn die unter materiellen Opfern erreichte höhere Produktivität zurückgeschraubt wird und die Arbeitsersparnis ausbleibt, dann bringt der technische Fortschritt *nur Lasten, keine Vorteile.* Die negative Seite der modernen Technik bleibt bestehen, ohne daß die positive sich auswirken kann. Man hat einen kostspieligen Produktionsapparat, ohne daß die Arbeitsergiebigkeit steigt.

»Die Oekonomik verdirbt, was die Technik erobert.«

II. Faux frais im internationalen Warenverkehr

1.

Nicht nur der Binnen-, sondern auch der Außenhandel ist in einer antagonistischen Erwerbswirtschaft viel komplizierter, als er in einer harmonischen Bedarfsdeckungswirtschaft wäre.

»Die normale Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion hängt von der Entwicklung des Volksbedarfes ab.« Würde der Volksbedarf bei technischem Fortschritt angemessen wachsen, »so entstünde keine größere internationale Arbeitsteilung, keine größere Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft, als es hauptsächlich die von Natur aus verschiedenen Produktionsbedingungen verlangten«. Es gäbe »nur die Arbeitsteilung, die ... auf der Verschiedenheit der Klimate, der Bodengestaltung, des Bodenreichtums beruht[5]«.

Der Kapitalismus setzt unüberwindbare enge Schranken der Entwicklung des Volksbedarfes. Daher besteht die immerwährende Sorge nicht darin, wie die Ware zu erzeugen resp. vom Auslande zu beschaffen (Friedenszeiten), sondern wie den im Inlande unabsetz-

[5] F. Mendler. Das moderne Zollschutzssytem. Zürich 1916, p. 39 f. u. 64. Vergl. auch K. Kautsky. Handelspolitik und Sozialdemokratie. Berlin 1901.

baren Warenüberschuß nach dem Auslande abzustoßen und fremden Warenüberschuß fernzuhalten.

Um den chronisch überfüllten Markt zu entlasten, sucht man möglichst viel eigene Waren auszuführen und möglichst wenig fremde hereinzulassen. Man ist bestrebt, die knappe im Inlande vorhandene Kaufkraft für die einheimischen Erzeugnisse zu reservieren und die fehlende Kaufkraft im Auslande zu holen[6]. Dadurch wird die Einfuhr unter das sonst erforderliche Maß hinuntergedrückt und die Ausfuhr über dieses Maß hinaufgeschraubt. Der *Import* wird *gedrosselt* und der *Export forciert*. Der Außenhandel bekommt den Charakter eines Abwehr- und Expansionskampfes[7].

2.

Solange die Industrie noch nicht leistungsfähig war und den heimischen Bedarf nicht zu decken vermochte, hatte der Schutzzoll den Charakter eines *Erziehungszolles*. Seine Aufgabe bestand darin, das Aufziehen einer Industrie innerhalb der geschützten Grenzen zu beschleunigen, jungen entwicklungsfähigen Produktionszweigen das Emporkommen zu erleichtern.

Da der Konsum des Volkes mit der zunehmenden Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates nicht Schritt hielt, entstanden wachsende Absatzschwierigkeiten. Dies veränderte den Charakter des Schutzzolles. Aus einem zeitlich begrenzten Erziehungszoll wurde ein dauernder *Erhaltungszoll*. Denn je größer die Ueberproduktion, um so stärker das Bestreben, fremde Ware nicht hereinzulassen.

Anfänglich, als es nur eine Ueberproduktion an industriellen Erzeugnissen gab, war nur die Industrie schutzzöllnerisch, die Landwirtschaft dagegen freihändlerisch. Als mit der Vervollkommnung der Transport- und Agrartechnik eine Ueberproduktion auch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen entstand und auch die Landwirtschaft unter Absatzschwierigkeiten zu leiden begann, wurden auch die Agra-

---

[6] »Die große Industrie, die ... zuhause die Konsumtion der Massen auf ein Hungerminimum beschränkt, und sich damit den eigenen inneren Markt untergräbt«, jagt »den ganzen Erdenkreis nach neuen Konsumenten ab« (F. Engels).

[7] »Die Staaten mit großer Getreideproduktion geben viele Dutzende Dollarmillionen aus, um Getreide billig zu exportieren. Die Importländer geben noch viel mehr Dollarmillionen aus, um das billige Getreide nicht über ihre Grenzen zu lassen.« (J. Meth anläßlich einer Publikation des Ackerbauinstitutes in Rom. Rote Revue, Jahrgang 19, Zürich 1940, p. 389.

rier zu leidenschaftlichen Schutzzollverfechtern. Großgrundbesitz und Großindustrie machten gemeinsame Front. Zum *Industriezoll* gesellte sich der *Agrarzoll*.

Mit der Konzentration der Produktion wurde ferner der zuerst mäßige Schutzzoll zu einem *Hochschutzzoll*. Denn der Zoll bekam eine neue Funktion. Er sollte nunmehr nicht nur die Invasion fremder Waren abwehren, sondern obendrein der unter dem Schutz der Zölle kartellierten Industrie gestatten, die Preise auf dem Binnenmarkt zu erhöhen und die Waren mit einem Surplusprofit (Schutzzollrente) zu verkaufen. Großindustrie und Großgrundbesitz gewährten sich gegenseitig Zollerhöhungen. Und die Preise stiegen; oder sie fielen nicht, wo sie des technischen Fortschritts wegen fallen sollten.

Hohe Preise drücken die Nachfrage, verringern die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Die Erzeugungskosten pro Produkt nehmen aber nur dann ab, wenn die erzeugte Menge wächst. Um zugleich den Vorteil hoher Preise und denjenigen niedriger Kosten zu genießen, mußten die Industriellen wachsende Warenmengen, die sie im Inlande wegen der hohen Preise nicht absetzen konnten, nach dem Auslande zu niedrigen Preisen ausführen, das heißt *Dumping* treiben.

In je größerem Umfange Dumping getrieben wurde, um so mehr sahen sich die Staaten gezwungen, die Zollmauern zu erhöhen, um die heimische Industrie vor fremdem Dumping zu schützen. Steigenden Zöllen folgten steigende Preise und unter dem hohen Preisniveau litt die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes. Dies erhöhte den Antrieb zum Dumping, zu Schleuderexporten noch mehr.

3.

Mit der wachsenden Ueberproduktion als Folge hoher Preise und niedriger Löhne wurde in jedem Staate die Tendenz, möglichst wenig einzuführen, den Import zu stoppen, immer stärker. Das Losungswort lautet hier: »Schutz der nationalen Arbeit«, »Kaufe im Lande, nicht im Auslande«. Der inländische Produzent soll unter allen Umständen gegenüber dem ausländischen bevorzugt werden. Er soll dies auch dann, wenn er dem ausländischen Produzenten unterlegen ist, wenn er also teurer und schlechter arbeitet.

Einschränkung der Einfuhr bleibt nicht ohne Wirkung auf die Ausfuhr. Wird die Einfuhr gedrosselt, so geht auch die Ausfuhr zurück. Denn erstens hat ein Land, das den Import drückt, höhere Produk-

tionskosten und dies beeinträchtigt seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt; ferner greift das Ausland zu handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen. Stößt nun der Export auf Schwierigkeiten, so muß der Import mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz erst recht reduziert werden, was wiederum nicht ohne Wirkung auf den Export bleibt.

Um den Export zu fördern, verwendeten die Kartelle die auf dem inländischen Markt erzielten Surplusprofite zum Teil für *Exportprämien*. Die Prämien sollten helfen, die ausländischen Zollschranken zu »überspringen«. Da die Prämien von der Höhe der Surplusprofite und diese wiederum von der Höhe der Schutzzölle abhängig sind, so wurde die Zollhöhe nicht nur für die Minderung des Importes, sondern auch für die Steigerung des Exportes von Bedeutung.

Da die Erhöhung des Zolles in dem einen Lande sofort von den anderen nachgeahmt werden mußte, wenn man auf dem Weltmarkt nicht unterliegen wollte, so wurde der Schutzzoll zu einer Schraube ohne Ende. Die Zolltarife bekamen häufig prohibitiven Charakter, die Staaten schlossen sich fast hermetisch von einander ab[8]. Die hohen Zölle schraubten das Preisniveau herauf resp. die Konsumkraft der Bevölkerung herunter. Dies machte die Forcierung des Exportes, also Exportprämien und Schleuderexporte erst recht notwendig. Die Ausfuhr wurde gleichsam zum Selbstzweck.

In derselben Richtung wie der Schutzzoll nur noch stärker wirkte die *Abwertung*, diese im letzten Jahrzehnt von den Staaten zur Ankurbelung der darniederliegenden Wirtschaft ergriffene Maßnahme. Der Außenwert des Geldes wurde herabgesetzt, um die Erzeugnisse der einheimischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu verbilligen. Das Ausland wurde zum Ausverkauf der Heimat eingeladen. Zum *Kartelldumping* gesellte sich das *Valutadumping*.

Die Abwertung bedeutet nicht nur eine Verbilligung der Produkte des Abwertungslandes im Auslande, sondern auch eine Verteuerung der aus dem Auslande eingeführten Erzeugnisse. Sie fördert also nicht nur den volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Export, sondern drosselt gleichzeitig den volkswirtschaftlich gebotenen Import.

---

[8] »Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus (könnte) der Kampf um Freihandel oder Schutzzoll im Prinzip durchaus für den ersteren entschieden werden und man muß sich mit einiger Verwunderung (!) fragen, warum er praktisch nicht schon lange für den Freihandel entschieden worden ist.« (G. Halm. Zoll- u. Subventionspolitik. Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Berlin 1932, p. 2124.) Solche naive Verwunderung findet sich leider in zahlreichen ökonomischen Schriften.

Lieber wird dem Auslande geschenkt, nur nicht die Kaufkraft des Volkes im Inlande erhöht[9].

4.

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Zolltarifen ist bei den anderen Mitteln der Handelspolitik festzustellen.

Solange das Mißverhältnis zwischen der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der Kaufkraft der Völker noch nicht sehr groß war, war die *Meistbegünstigungsklausel* ein integrierender Bestandteil der Handelsverträge. Dem Staate, dem die Meistbegünstigung zugesichert wurde, standen alle Zollermäßigungen zu, die der Vertragsstaat dritten Staaten gewährte. Jede einem anderen Lande zugestandene Zollermäßigung kam nicht nur diesem Lande, sondern sämtlichen meistbegünstigten Ländern zugute. Diese Länder konnten die wirtschaftliche Erleichterung, die mit der Lockerung der Schutzzollmaßnahmen eines anderen Landes verbunden war, mitgenießen. Die Meistbegünstigungsklausel hatte ein freihändlerisches Gepräge.

Nachdem die Kluft zwischen der Produktions- und Konsumtionsfähigkeit tiefer geworden war, suchte man die Meistbegünstigungsklausel vermittelst mannigfacher raffinierter Kniffe und Tricks zu umgehen, illusorisch zu machen. In der letzten Zeit geht man bei Abschließung von Handelsverträgen vom Grundsatz der Meistbegünstigung zu demjenigen der *Reziprozität* über. Man will Zollermäßigungen nicht mehr allen Staaten zugestehen, sondern nur denjenigen, die sich zu gleichwertigen Gegenleistungen verpflichten. Man verhandelt nach dem Grundsatz: »do ut des« (ich gebe, damit auch du gibst).

Die Meistbegünstigungsklausel bot erhebliche Vorteile: Sie verbürgte dem Vertragsstaat die Sicherheit, auf keinen Fall ungünstiger als dritte Staaten behandelt zu werden. Der Staat brauchte bei Meistbegünstigung nicht wie bei Reziprozität Diskriminationen zu befürchten. »Eine Unmenge von Konflikten und Reibungen (wurde) durch diese Klausel vermieden«, »langwierige Verhandlungen (wurden)

---

[9] In die gleiche Kategorie gehört folgende Erscheinung: Um den Export zu fördern und auch in die Länder mit geringer Kaufkraft ausführen zu können, gewährt man den Abnehmern Kredite. Um aber den Import nicht zu erhöhen, sucht man zu verhindern, daß die Schuldnerländer die Zinsen und Tilgungsraten in Waren abtragen. Praktisch wird also die Rückzahlung der Kredite unmöglich gemacht. Wieder Export ohne Gegenleistung.

überflüssig gemacht[10]«. »Die Meistbegünstigung ist ein Element des Friedens, die Reziprozität verheißt Konflikte.« Und dennoch muß die Meistbegünstigung vor der Reziprozität, welcher »permanente Störungen« des Welthandels inhärent sind, weichen[11].

Dasselbe betrifft den Freihandel und Schutzzoll. Freihandel sichert Frieden, Schutzzoll sät Unfrieden. Und dennoch wurde der Freihandel durch den Schutzzoll restlos verdrängt.

5.

Seit dem Ausbruch der schweren Wirtschaftskrise von 1929 genügt der Zollschutz zur Regelung der Einfuhr von Industrieprodukten nicht mehr. War die Einfuhrmenge bisher freigegeben, so wurde sie seither *kontingentiert*, auf ein Höchstmaß beschränkt. Und zwar wurde die Kontingentierung der Einfuhr auf dem Wege der *Kompensation* in den Dienst des Exportes gestellt. Ein Staat erlaubt einem anderen Staat nur denjenigen Warenwert einzuführen, welchen er in jenen Staat ausführen darf. Nach dem Grundsatz: »Kaufe dort, wo du auch verkaufen kannst.«

Der Import wird ferner durch die *Devisenzwangsbewirtschaftung* erschwert. Muß hier doch für jede Einfuhr eine Genehmigung, Devisenerlaubnis nachgesucht werden. Die Devisenkontrolle ist zwar in erster Linie ein währungspolitisches Mittel, welches dort eingesetzt wird, wo sich die Diskontpolitik als unzureichend erweist, um bei rückläufiger Ausfuhr einen Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen und die Währung vor dem Verfall zu schützen. Die Devisenkontrolle ist aber dadurch zugleich ein handelspolitisches Mittel, das in Krisenzeiten in den Dienst des Protektionismus gestellt wird.

In derselben Richtung wie die Kompensation wirkt das *Clearingabkommen* als unmittelbare oder mittelbare Folge der Devisenkontrolle. Bei diesem System werden nämlich die in ein Land importierten Waren durch die aus diesem Lande exportierten bezahlt. Es kann nicht mehr ausgeführt werden, als eingeführt wird.

Die neuen handelspolitischen Notmaßnahmen, die den multilateralen Handelsverkehr und Zahlungsausgleich durch den bilateralen

---

[10] G. Haberler. Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik. Zwischenstaatliche Wirtschaft, herausgegeben von H. v. Beckerath, Heft 8, p. 83. Berlin 1934.

[11] Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft. Bd. I, p. 137. Basel 1939.

verdrängen, arbeiten zwar dem Dumpingunwesen entgegen. Das System der Nettobalance zwischen je zwei Staaten bildet aber seinerseits ein Hindernis für rationelle weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Kann doch bei diesem System ein Land nicht einfach dort kaufen, wo es die von ihm benötigten Güter am besten und billigsten erhalten kann. Für die Entscheidung, aus welchem Lande eine Ware bezogen werden soll, ist vielmehr der Gesichtspunkt ausschlaggebend, die Zahlungsbilanz der einzelnen Staaten untereinander auszubalancieren, Import und Export länderweise zum Ausgleich zu bringen. Dies hat eine unrationelle Verschiebung der Produktionsstandorte zwischen den exportierenden Ländern zur Folge. Das bilaterale Clearingsystem wird auch den sonstigen vielseitigen Zahlungsverpflichtungen, die zwischen den Staaten bestehen, nicht ganz gerecht.

(Eine zentrale Verrechnungsstelle, ein Weltclearing könnte den Ausgleich zwischen je zwei Staaten unter Heranziehung der Guthaben auf dritte Staaten herbeiführen, die Clearingsalden teilweise gegeneinander aufrechnen. Die angeschlossenen Staaten würden die Vorteile des multilateralen Clearings genießen. Die Umlenkung der Ein- und Ausfuhr aus devisenwirtschaftlichen Gründen würde vermieden werden. Nach Uebergang von der Bilateralität zur Multilateralität könnten sich jedoch ähnliche Schwierigkeiten wie bei der Goldwährung zeigen. Durch bilateralen Clearing (verbunden mit Kontingentierung, Lizenzen, Einfuhrverboten, Kompensation etc.) kann nämlich verhindert werden, daß ein Land seinen Warenüberschuß in ein anderes abschiebt (Dumping), dort die Ueberproduktion und die Plage der Arbeitslosigkeit erhöht. Man kann eventuell erreichen, daß jedes Land selber mit seiner Ueberproduktion fertig werden solle. Bei multilateralem Clearing und einer mehr oder weniger freien Weltwirtschaft hingegen ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß das Preis- und Valutadumping in irgend einer Form von neuem beginnt. Das »Ueberhandnehmen des Bilateralismus« (Röpke) ist durch die Not der Zeit bedingt.)

6.

Im aufsteigenden Kapitalismus wurden die Handelsverträge vielfach gruppenweise zwischen einer Mehrheit von Staaten abgeschlossen. Sie betrafen meist alle Fragen des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs und waren langfristig. Im niedergehenden Kapitalismus, mit

der Verschärfung der Krisen macht »der Typ des großen *allgemeinen* Handelsvertrages dem Typ des *Spezialvertrages* Platz[12]«. Es besteht die Tendenz, mit jedem Staat separat zu verhandeln. Das Ziel der Verhandlungen wird enger gesteckt; die Abmachungen betreffen Einzelfragen, z. B. den Außenhandelsverkehr eines Produktes oder einer kleinen Gruppe von Erzeugnissen. Ebenso werden die Geltungs- und Kündigungsfristen der Verträge gekürzt; die Abmachungen bekommen einen mehr provisorischen Charakter. Die Staaten suchen sich von den »Fesseln« der vertraglichen Gebundenheit zu befreien, »die Freiheit zurückzuerobern«, um autonom handeln zu können. Wurden die Verträge früher veröffentlicht, so werden sie jetzt häufig geheimgehalten.

Beschränkte man sich einst auf Anwendung weniger handelspolitischer Mittel, so wendet man nun eine wachsende *Vielzahl von Mitteln* an (Zoll, Kontingentierung, Verbot, Monopolisierung, Abwertung, Devisenkontrolle, offene und versteckte Ausfuhrprämien, Exportfinanzierung, Garantieübernahme, Produktions- und Ausfuhrrestriktion, administrativer Protektionismus, Verwendungszwang etc.). Waren die handelspolitischen Mittel früher nur an der Staatsgrenze angewendet, so werden sie nun an allen Stellen des Weges eines Produktes vom Erzeuger bis zum Verbraucher angesetzt. Dabei werden nicht selten bestehende Vorschriften mißbräuchlich ausgelegt, Unklarheiten im Zolltarif ausgenutzt und verschiedene andere Schikanen angewendet, um die Einfuhr zurückzudämmen (Friedenszeiten).

War man früher (bis zum ersten Weltkrieg) bestrebt, keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Einfuhrländern zu machen, so sieht man sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu *Diskriminationen* genötigt. Wenn ein Staat raffinierte Maßnahmen anwendet, um den Import zu hemmen und den Export zu fördern, sucht der Handelspartner durch Kampfzölle handelspolitische Zugeständnisse zu erzwingen. Erwidert der Gegner mit Retorsionszöllen, so kann ein regelrechter Zollkrieg entstehen.

Die handelspolitischen Maßnahmen bekommen einen vertraulichen Charakter. Das Parlament verliert zugunsten der Verwaltungsbehörden seinen früheren Einfluß auf die Gestaltung der Zolltarife und der übrigen Absperrungsmaßnahmen.

Die handelspolitischen Grundlagen für den internationalen Warenhandel werden unübersichtlich und schwer voraussehbar[13]. Da auch die Wechselkurse schwanken, fehlt eine feste Kalkulationsbasis im weltwirtschaftlichen Verkehr. Das Risiko wächst, der Welthandel erstarrt. —

[12] W. Greiff. Neue Methoden der Handelspolitik. Zwischenstaatliche Wirtschaft. Heft 1, p. 2. Berlin 1934.

Mit zunehmendem Auseinanderklaffen zwischen der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der Aufnahmefähigkeit des Marktes fand ein *Methodenwandel* der Handelspolitik statt. Dabei erwiesen sich aber alle Methoden als *wenig erfolgreich*. Noch so raffinierte handelspolitische Maßnahmen als Mittel gegen die Ueberproduktion versagen. Häufig sind sie von vornherein zum Scheitern verurteilt; bestenfalls stellen sie Palliativmittel dar, die für den Augenblick zu helfen scheinen, im Grunde genommen die Wirtschaft komplizieren.

Da alle Maßnahmen versagen, greift man zu immer schärferen Mitteln. Die Folge ist ein Handelskrieg aller gegen alle. »Die Handelspolitik der Welt entartet zu einer systematischen Bekämpfung des Welthandels« (Boßhardt).

Sperren sich die Staaten gegeneinander ab und geht die Ausfuhr zurück, so muß auch die Einfuhr eingeschränkt und die Produktion in der Richtung zur *Autarkie* umgestellt werden. Man muß möglichste Unabhängigkeit der eigenen Volkswirtschaft von außen erstreben. Indessen vermag nur eine internationale Arbeitsteilung niedrige Produktionskosten zu gewährleisten. Wirtschaftliche Weltgemeinschaft ist Voraussetzung rationeller Produktion.

7.

Sehen wir indessen von diesem letzten Stadium der kapitalistischen Entwicklung im folgenden ab und betrachten wir wieder den Kapitalismus in seiner Blütezeit.

In einer Erwerbswirtschaft ist trotz der Förderung der Ausfuhr und Hemmung der Einfuhr nicht nur der Export, sondern auch der Import übermäßig groß[14]. Denn eine Erwerbswirtschaft braucht viel mehr Rohstoffe als eine Bedarfsdeckungswirtschaft.

In einer auf dem Prinzip der Bedarfsdeckung beruhenden harmo-

[13] »Eine schier unübersehbare Wust von Einzelbestimmungen« (J. Jessen), »ein handelspolitischer Wirrwarr und Chaos« (G. Haberler).

[14] Der Import wird zwar gedrosselt, aber nur sofern es sich um den zivilen Bedarf der Bevölkerung handelt.

nischen Wirtschaft würde man bei steigender Produktivität den Arbeitstag kürzen. In der auf dem Geschäftsprinzip beruhenden antagonistischen Wirtschaft wird nicht der Arbeitstag gekürzt[15], sondern die Produktion, *Exportindustrie* ausgeweitet. Kennt doch das Erwerbsstreben keine Grenzen. Schon dies erhöht den Rohstoffbedarf, mithin auch die Einfuhr.

Ferner, und dies ist noch viel wichtiger: In einem Lande der Bedarfsdeckung, in welchem die Akkumulation nicht auf Kosten des Verbrauchs forciert wird, gibt es weder eine Importabwehr noch eine Exportexpansion. Ein solches Land braucht nicht danach zu trachten, sich auf Kosten anderer zu bereichern, es vermag durch eigene Produktion zum Wohlstand zu gelangen. In einem Lande der Erwerbswirtschaft dagegen, in welchem der Verbrauch zugunsten der Akkumulation hintangehalten wird, muß die Einfuhr gehemmt und die Ausfuhr forciert werden. Diese Politik kann ein Land nur auf Kosten eines anderen treiben: »Le profit de l'un est le dommage de l'autre.« Eine Bedarfsdeckungswirtschaft ist daher viel friedlicher als eine Erwerbswirtschaft. Und so weist die Erwerbswirtschaft einen immensen Rohstoffbedarf für die *Rüstungsindustrie* auf, der einer Bedarfsdeckungswirtschaft zum größten Teil erspart werden könnte. —

Forcierung des Exportes, Dumping etc. (unter dem Druck der Ueberproduktion) provozieren Konflikte zwischen den Staaten, welche kriegerische Auseinandersetzungen zur Folge haben. Durch Kriege, diese gewaltigen Konsumtionsexzesse, wird die Ueberproduktion in eine Unterproduktion verwandelt. Wird in Friedenszeiten der Export forciert, so in Kriegszeiten der Import.

In Friedenszeiten muß der Warenüberschuß der fehlenden Kaufkraft wegen nach dem Auslande abgestoßen werden. In Kriegszeiten wird der fehlende zivile Verbrauch durch den wachsenden militärischen ersetzt. Der Konsum der Bürger wird zwar noch mehr eingeschränkt, der Konsum des Staates, des Großkunden Wehrmacht aber stark ausgeweitet. Dies verhilft der Geschäftswelt zu hohen Gewinnen trotz geringer Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes und geringen Exportes. In Kriegszeiten wird daher statt der Ausfuhr die Einfuhr forciert. Hat man im Frieden mit Preisunterbietungen bei Export (Dumping) zu tun, so im Kriege mit Preisüberbietungen. Wird im Frieden die Einfuhr des Landes in den Dienst der Ausfuhr (Exportartikel) gestellt, so stellt man im Kriege umgekehrt die Ausfuhr in den Dienst der Einfuhr (Rohstoffe und Lebensmittel).

[15] Wenn gekürzt, so der Ausfall durch Beschleunigung des Arbeitstempos kompensiert.

Fazit: Einerseits wird der Außenhandel mehr forciert als zur Deckung des effektiven Volksbedarfes notwendig ist, anderseits wird auch diejenige internationale Arbeitsteilung zerstört, die für eine gute Bedarfsdeckung unentbehrlich ist.

»Zeigten der Produktion ihren Weg und Umfang nicht das Privatinteresse des einzelnen Produzenten, sondern das Gesamtinteresse der Gesellschaft, die quantitativ und qualitativ gesellschaftlich festgestellten Bedürfnisse der Nation, so würde auch die ‚prekäre Abhängigkeit' vom Auslande dahin sein, und die Volkswirtschaft hätte ihr Schwergewicht in sich selbst verlegt« (Mender).

Würde man die Konsumfähigkeit des Volkes nicht unterhöhlen, sondern bei technischem Fortschritt den Massenverbrauch vergrößern und den Arbeitstag kürzen, so würden sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker viel einfacher gestalten.

Denn *Klassengegensätze* haben *Völkergegensätze* zur Folge. Die Vorherrschaft einer Klasse auf nationalem Boden zieht nach sich die Vorherrschaft eines Volkes resp. Staates auf internationalem Boden. Unterbleibt einmal die Klassenausbeutung, so wird sich der Warenbezug und Warenabsatz schmerz- und katastrophenloser für alle Länder und Völker vollziehen.

III. Imperialistische Bestrebungen und faux frais

1.

Wir sagten soeben, daß eine Bedarfsdeckungswirtschaft friedlicher ist als eine Erwerbswirtschaft. Betrachten wir nun näher die *außenpolitischen* Auswirkungen der großen Spannung zwischen der technisch möglichen und der tatsächlichen Konsumtion der Völker und ihre wirtschaftlichen Folgen. Und zwar nehmen wir zum Ausgang unserer Betrachtung den bereits entwickelten aber noch nicht niedergehenden Kapitalismus.

Da sich die Staaten durch hohe Schutzzollmauern gegen einander abschlossen, so war jeder Staat bestrebt, einen möglichst großen Länderkomplex in das eigene Zollgebiet einzubeziehen. Für jeden Staat wurde wichtig, ein stets wachsendes Stück Erde selbst zu beherrschen, wo man ihn nicht ausschließen konnte. Da ferner die Märkte über-

füllt waren, und die Konkurrenz scharf und kostspielig war, so trachteten die Exporteure danach, die *fremden Märkte*, auf denen sie sonst mit dem Gegner konkurrieren müßten, militärisch zu erobern, mit staatlichen Mitteln dort Vormachtstellungen, Vorzugspositionen zu gewinnen. »Können die Waren die Grenzen nicht überschreiten, so werden es die Armeen tun« (Minister Sayre). Die Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ist quasi zu einer ökonomischen Notwendigkeit geworden.

Es kam noch hinzu, daß hohe Zölle den Kartellen erlaubten, die Preise auf dem inländischen Markt hochzuhalten und Surplusprofite einzustecken. Und diese Surplusprofite sind um so größer, je größer das zollgeschützte Wirtschaftsgebiet ist. Das war ein weiterer Grund, weshalb die Kartelle nicht nur auf die Steigerung der Zölle hinarbeiten, sondern auch auf die Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes.

Führten schon die Einfuhrerschwerungen und Schleuderexporte Reibungen unter den Staaten und politische Verwicklungen (sog. Exportkriege) herbei, so taten dies noch mehr die Ansprüche auf fremde Territorien[16].

2.

Solange die Ueberproduktion in den Industrieländern ein gewisses Maß noch nicht überschritten hat, fand das Kapital im Inlande selbst günstige Anlagemöglichkeiten. Im Auslande wurden vornehmlich Absatzmärkte gesucht, um sich der Warenüberschüsse zu entäußern. Je mehr aber der Verbrauch hinter der Erzeugung zurückblieb und die unausgenutzte Produktionskapazität anschwoll, um so spärlicher wurden rentable Anlagen für neu akkumulierte Kapitalien. Nunmehr wurden nicht nur Absatzmärkte, sondern auch *Anlagesphären* für die überschüssigen, sich stauenden Kapitalien im Auslande gesucht. Es wuchs das Begehren nach jungen kapitalistisch noch unerschlossenen oder halberschlossenen Gebieten (Interessensphären, Protektoraten und Kolonien), welche neue Möglichkeiten für die unbeschäftigten oder schlecht rentierenden Kapitalien boten.

Um die Kapitalanlagen in den Neuländern sicherzustellen und dort überhaupt ein Wirkungsfeld zu haben, mußte man diese Gebiete meist

[16] Der erste Weltkrieg war nichts anderes als ein »Weltwirtschaftskrieg« (A. Dix). »Der Weltkrieg wie auch die meisten anderen kleineren jüngsten Kriege« (vor 1914) waren »wesentlich ein Kampf um Absatzmärkte und um deren Voraussetzung, die Weltmacht gewesen.« (J. A. Hobson.)

erst erobern, die Botmäßigkeit der unterjochten Völker erzwingen und einen »Rechtszustand« schaffen. Die Unruhen in den Kolonialländern, die Konflikte mit den anderen Kolonialmächten, die nationalen und politischen Irredenten, die die Staaten im Hinterlande ihrer Gegner aufzogen und die die Gegnerstaaten dann unterdrücken mußten, erzeugten immer neue politische Spannungen und begünstigten den kostspieligen Militarismus.

3.

Im niedergehenden Kapitalismus büßt der Kapitalexport nach überseeischen und anderen fernen Ländern an Bedeutung ein. Denn in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrisen und internationaler Katastrophen diktiert die Vorsicht »größte Zurückhaltung im Ausleihen von Geld«. Wegen der zunehmenden Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Situation sind langfristige Anlagen in fernen Ländern weniger begehrt. (In den faschistischen Ländern, wo die Ausgaben für Heer, Marine und Luftwehr schon seit langem riesige Ausmaße angenommen und die Kapitalüberschüsse längst aufgezehrt haben, gibt es seit Jahren keine Kapitale mehr, die auf die Verwertungsgrenze stoßen würden und in den kapitalarmen überseeischen Territorien Investitionsmöglichkeiten suchen müßten.)

Das Interesse für Kapitalanlagen in fernen Ländern nahm zwar an Bedeutung ab, dafür wurden aber fremde *Rohstoff-* und *Kraftstoffquellen* um so begehrter.

Mit technischem Fortschritt wuchs die Ueberproduktion in den alten Industrieländern und mit der Industrialisierung der Agrarländer nahm die Zahl der unter der Ueberproduktion leidenden Staaten zu. Damit wurde die Ausfuhr von Fabrikaten mehr und mehr behindert. Die Länder weigerten sich, Fertigwaren als Zahlung für Rohstoffbezug anzunehmen; sie forderten Gold und »Edeldevisen«. Je schwerer es unter diesen Umständen war, die Einfuhr für industrielle Rohstoffe und Nahrungsmittel zu bezahlen, um so stärker wurde der Drang nach eigenen Rohstoffquellen. Zumal auch manche andere Posten der Zahlungsbilanz in wirtschaftlich und politisch unruhigen Zeiten versagen, verschiedene Ausgleichsmittel in Wegfall kommen[17].

[17] In den faschistisch regierten Staaten war der riesige Rohstoffimport für Rüstungen durch Fabrikatenexport auch deshalb seit Jahren schwer zu begleichen, weil der ungeheure Ausbau der Rüstungsindustrie nur auf Kosten der Friedens-, also auch der Exportindustrie geschehen konnte. Hier war der Drang nach eigenen Rohstoffbasen unvergleichlich größer.

Da die Situation in Kriegszeiten, wenn der internationale Handel gelähmt ist, sich noch verschlimmert, suchten die Staaten aus wehrwirtschaftlichen Gründen sich fremde Rohstoff- und Treibstoffgebiete einzuverleiben. Zumal moderne Kriegsindustrie immense Quantitäten von diesen Stoffen verschlingt. Brauchte man einst zur Kriegführung »Geld, Geld und nochmals Geld«, so braucht man jetzt »Rohstoffe, Rohstoffe und nochmals Rohstoffe«. Man kann fast sagen, daß der moderne Materialkrieg durch die Uebermacht an Rohstoffen entschieden wird[18].

Jede Großmacht trachtet danach, die Herrschaft über wichtige Rohstoffquellen, (Rohöl, Gummi, Metalle etc.) an sich zu reißen und die anderen Staaten von der Versorgung mit diesen Stoffen abzuschneiden. Kolonien, Protektorate, Mandate etc. gewinnen dadurch neue Bedeutung. Man erstrebt engere Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem Mutterlande. Durch Vereinbarung von Vorzugszöllen mit den Empireländern sucht sich die Kolonialmacht nicht nur Absatzmärkte für ihre Industrieprodukte, sondern auch Bezugsquellen für Rohstoffe zu sichern. Die Flucht in den Großraum, die straffe großräumige Wirtschaftsorganisation (Blockbildung) soll den Spielraum der Autarkie für das beteiligte Land erweitern.

Von Staaten, die keine Kolonien und Rohstoffbasen besitzen, wird eine Großraumwirtschaft, ein selbstgenügsames Wirtschaftsreich besonders erstrebt. Dieses Zieles wegen wird sogar ein neues Naturrecht proklamiert, ein »unabdingbares Menschenrecht lebenstüchtiger Rassen«, »Recht auf Lebensraum« und zwar einen gewaltigen Raum, was wiederum internationale Konflikte provoziert und die politische Atmosphäre vergiftet.

Mit wachsender Kriegsgefahr nimmt der Rohstoffbedarf für Rüstungen erst recht zu. Und je größer dieser Bedarf (in Staaten ohne Kolonialbesitz) um so dringender der Export von Fabrikaten, um den Import von Rohstoffen bezahlen zu können. »Exportieren oder sterben« lautet die Formel (Hitler 1938). Anders ausgedrückt: »Export oder Krieg«.

4.

Gespannte außenpolitische Situationen erhöhen die Bedeutung *strategischer Vorkehrungen*. Aus strategischen Gründen streben die

[18] Handelte es sich im ersten Weltkrieg mehr um Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären, so im jetzigen Weltkrieg vornehmlich um Rohstoffquellen.

Mächte darnach, neue Territorien zu gewinnen, um Verteidigungsstellen hinauszuverlegen und Glacis vorzulagern. Vermochte ein Reich sich solche Vorfelder zu verschaffen, so sucht es die neuen Gebiete dem Gesamtgebiete wirtschaftlich und kulturell anzupassen. Sobald dies aber geschehen, braucht es neue Vorfelder, um die alten zu verteidigen und so fort (Grabowsky).

Noch verhängnisvoller ist es, wenn es sich nicht bloß um Vorfelder, sondern um strategisch wichtige Punkte handelt. Schon allein um solche im Kriegsfall wichtige Orte entbrennen erbitterte Kämpfe. Um für den Kriegsfall vorzusorgen, um strategischen Anforderungen bei eventuellem Kriegsausbruch besser gewachsen zu sein, läßt man es auf den Krieg ankommen.

Und dieser Streit um die Verteilung resp. Neuverteilung der Erde, das Streben, die Welt bis zum letzten Winkel zu erobern, hat ein wildes, gewaltige Mittel verschlingendes Wettrüsten und verheerende Kriege zur Folge. So entstehen tote Kosten, die alle anderen in den Schatten stellen, die höchsten faux frais, die es geben kann.

IV. Rüstungsindustrie

Die gewaltige Entwicklung der Rüstungsindustrie ist indessen nicht ausschließlich auf imperialistische Politik zurückzuführen. Diese Entwicklung hat außer dem imperialistischen noch einen anderen Ursprung, der unmittelbar mit der Einengung der Kaufkraft des Volkes zusammenhängt.

Die Ausdehnungsfähigkeit der Zivilindustrie, der Erzeugung von Bedarfsgegenständen hängt von der Lebenshaltung eines Volkes ab. Wird diese hintangehalten, so werden auch die Produktiv- und Konsumgüterindustrie in ihrer Entwicklung gehemmt. Die Möglichkeit, Kapital in der Zivilindustrie rentabel anzulegen, ist daher in enge Schranken eingezwängt. Das Kapital wächst viel schneller als die Möglichkeit seiner Verwertung. Das riesig anwachsende Kapital sehnt sich nach Betätigungsfeldern, die von der unzulänglichen Kaufkraft des Volkes unabhängig sind; es wünscht sich Produktionsgebiete mit unbeschränkten Anlagemöglichkeiten. Und eben solch ein erträumtes Gebiet erwächst dem Kapital in der Kriegsindustrie.

Da die Erzeugung von Bedarfsgegenständen wegen der Einengung der Kaufkraft des Volkes sich nicht genügend entfalten kann, so muß

sich das Kapital — selbst wenn es sonst friedliebend wäre — in wachsendem Maße auf die Produktion von Mordwaffen verlegen. Es findet unter den gegebenen Umständen kein anderes Anwendungsgebiet. Hat man im aufsteigenden Kapitalismus auch die Produktiv- und Konsumgüterindustrie gepflegt, so muß man im absteigenden Kapitalismus notgedrungen vornehmlich die Rüstungsindustrie ausbauen.

Die Entwicklung der Friedensindustrie wird durch das Fehlen zahlungsfähiger Nachfrage und die Absatzstockungen immer mehr gehemmt. Die Entwicklung der Kriegsindustrie kennt keine solchen Hemmnisse. Die Kriegsindustrie kann sich — Kriegsgefahr vorausgesetzt — in einem ganz anderen Tempo, mit einer sonst nicht gekannten und nicht geahnten Wucht entwickeln.

Die Rüstungsindustrie, die an permanenter Kriegsgefahr interessiert ist, schürt selber internationale Konflikte. Sie »wollte vielleicht nicht den Krieg«, meint Veit Valentin, »aber sie wollte jedenfalls die Kriegsgefahr. Und sie verübelte jeden Versuch, das vorhandene System zu reformieren[19]«.

Hinzu kommt: die Kriegsindustrie kann nicht nur die brachliegenden, von der Friedensindustrie nicht ausgenutzten Produktivkräfte beschäftigen, sondern auch die ihr fehlenden Produktivkräfte der Friedensindustrie entziehen. Sie kann solange mit rasender Geschwindigkeit wachsen, bis sie die Friedensindustrie ganz an die Wand gedrückt, bis sie eine Verarmung des Landes herbeigeführt hat. Je mehr aber die Völker verarmen, desto mehr versprechen sie sich von der Ausbeutung benachbarter Länder, um so kriegerischer sind sie gesinnt, besonders da es an Waffen nicht fehlt. Dies fördert den Imperialismus noch mehr.

Der Imperialismus fördert die Rüstungsindustrie; entwickelte Rüstungsindustrie fördert aber ihrerseits den Imperialismus.

V. Interesse am Kriege

1.

Wir haben — schrieb Schumpeter nach dem ersten Weltkrieg — »in einer *sozialen Gruppe* von großem politischen Gewicht ein starkes unzweifelhaftes ökonomisches Interesse an: Schutzzöllen, Kartellen,

[19] V. Valentin. Weltgeschichte. Amsterdam 1939. p. 635.

Monopolpreisen, Exportforcieren (Dumping), aggressiver äußerer Politik überhaupt, Kriegen, schließlich auch Expansionskriegen von typisch imperialistischem Charakter«.

Und zwar ist diese soziale Gruppe — die Großindustrie und Hochfinanz — am Kriege nicht nur als an einem Mittel der Politik interessiert, sondern auch unmittelbar, nämlich als dem großen Verbraucher. Wird doch das in Friedenszeiten so störende Manko an Konsumkraft durch den gewaltigen Konsumtionsexzeß des Krieges in das Gegenteil verkehrt. Dieser Konsumtionsexzeß verwandelt eine Depression in eine Art Hochkonjunktur, von der das organisierte Kapital am meisten profitiert.

Die gleiche soziale Gruppe ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innenpolitisch am Kriege und Völkerhaß interessiert, weil ihre Position im Lande labil ist. »Ihre Zahl ist klein. Sie ist sehr unpopulär. Der Charakter ihrer Politik ist allgemein verständlich. Sie scheint der Majorität der Leute unnatürlich und verwerflich. Der Angriff auf alle Formen des Besitzes setzt eine Revolution voraus, der Angriff auf die Stellung der Kartellmagnaten kann eine risikenlose, politisch lohnende Aufgabe innerhalb des Bestehenden sein und unter Umständen sämtliche Parteien vereinen. Da ist Ablenkung nötig.« Und so tut diese soziale Gruppe alles, »um in ihrem Volk ein Gefühl steter Kriegsgefahr zu wecken und die Kriegsmaschine ‚angekurbelt' zu erhalten«[20].

2.

Was Schumpeter über die Großindustrie und Hochfinanz nach dem ersten Weltkrieg schrieb, das stimmt in noch viel höherem Maße für manche Regierungen vor dem zweiten Weltkrieg. War ihre Position im Lande labil und glaubten sie für ihre Politik, die allen Leuten unnatürlich erschien, Ablenkung schaffen zu müssen, so waren sie am Völker- und Rassenhaß politisch besonders interessiert.

Und selbst, wenn die faschistischen Regierungen nur den Völker- und Rassenhaß wünschten, aber den Krieg selber wegen der Front im Inneren zuerst fürchteten, so ließ sich der Krieg nicht vermeiden. Denn je kühner und brüsker die Außenpolitik, um so wichtiger das

[20] J. Schumpeter. Zur Soziologie der Imperialismen. Archiv für Sozialwissenschaft. Bd. 46. (1918/19), p. 299 f. — Nicht zuletzt deshalb war jede Abrüstungskonferenz »von Anfang an ein Leichnam, den keine Anstrengungen wieder auferstehen lassen konnten« (Litwinow).

Wettrüsten als Versicherungsprämie gegen Kriegsausbruch. Diese Versicherungsprämie mußte aber ihren Zweck verfehlen. Hat sie doch die europäischen Volkswirtschaften in Kriegsbereitschaftswirtschaften verwandelt, die sich zu sehr auf den Krieg einstellten, um ihn noch vermeiden zu können[21].

Die Kriegsbereitschaftswirtschaften führten überdies selber dazu, daß die Regierungen aus wirtschaftlichen Gründen am Kriege direkt interessiert waren. Denn hätte man vor Kriegsausbruch in denjenigen Staaten, in welchen die Kriegsindustrie einen riesigen Sektor der Wirtschaft bildete, zur Friedensproduktion zurückkehren wollen, so hätten sich die Absatzschwierigkeiten ungeheuer getürmt. Die Sorge um den Absatz ist — schrieb seinerzeit Sternberg — ein entscheidender Motor, der gewisse Staaten veranlaßt, auf dem bisherigen Wege weiter fortzufahren, die Kriegsmaterialproduktion fortzuführen und zu steigern. Die Kriegsmaterialproduktion mancher Staaten ist bereits so groß, »daß sie den gesamten Wirtschaftskörper in funktionale Abhängigkeit gebracht hat. Hier setzt sich eine Gesetzmäßigkeit durch, die nicht mehr gewandelt werden kann. Die Kriegsmaterialproduktion selbst ist daher ein Motor, der zum Kriege treibt«. Aus der Automatik der Rüstungen, aus der aufgestapelten Rüstungsmasse entsteht ein Zwang zum Krieg[22].

So aggressiv und intrigant die Politik der Großindustrie und Hochfinanz stets war, war sie ein Kinderspiel im Vergleich zur Politik gewisser Staaten vor Kriegsausbruch. Diese Politik verursachte Rüstungs- und Kriegskosten, die nur in wirtschaftlichem Ruin aller Erdbewohner ihre Grenze finden können.

VI. Zerrüttung der Wirtschaft durch Kriege

1.

Kriegsgefahr und Kriege machen weitgehende Umstellungen der Volkswirtschaft, schwierige *Anpassungsprozesse* notwendig. Vor dem Kriege muß die Volkswirtschaft von der Friedens- auf die Kriegsindustrie, nach dem Kriege in der umgekehrten Richtung umgestellt

[21] V. Valentin. a.a.O., p. 635.
[22] F. Sternberg. Die deutsche Kriegsstärke. Paris 1939. p. 238.

werden. Zahlreiche Umstellungen vorzunehmen, sehen sich im Kriegsfall nicht nur die kriegführenden, sondern auch die neutralen Länder genötigt. Verändert doch jeder Krieg die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der Import aus kriegführenden Staaten muß zum Teil durch denjenigen anderer Staaten oder durch eigene Erzeugung ersetzt werden. Der Export nach diesen Staaten nimmt einen anderen Charakter an; nicht nur andere Qualitäten und Quantitäten, sondern Erzeugnisse anderer Produktionszweige gelangen zur Ausfuhr. Kapital- und Warenströme müssen umgeleitet werden. Und zwar nicht nur ein Krieg, sondern schon eine bloße Kriegsgefahr macht tiefgreifende Umstellungen erforderlich.

Durch Einberufung von Millionen Werktätigen werden die besten Kräfte der Produktion entzogen. Die Wirtschaft schrumpft zusammen, die Lasten wachsen ins Gigantische. Die mit modernen Waffen geführten Kriege verschlingen nicht nur ungeheure Materialmengen, sondern vernichten in wenigen Augenblicken riesige Werte, die durch mühsame Arbeit vieler Generationen hervorgebracht wurden.

Die Beendigung eines Krieges ruft neue Komplikationen hervor, was die Wiederherstellung der Wirtschaft erschwert. Denn die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft geht nicht ohne Veränderung der Wirtschaftsstruktur im Sinne einer Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche vor sich. Beispielsweise:

In der Kriegszeit sind die Märkte von Waren entblößt, der Warenmangel treibt die Preise in die Höhe. Da gleichzeitig das nominelle Volkseinkommen steigt (Inflation), erreichen die Preise einen schwindelerregenden Stand. In der Nachkriegszeit sinken zwar die Preise, kehren jedoch nicht auf das frühere Niveau zurück. Ein Absinken der Preise sucht man zu verhindern, denn bei der Vorherrschaft der Privatwirtschaft birgt ein Preisfall Gefahren. Erstens würde es nicht leicht sein, die überhöhten Kosten an die gesunkenen Preise anzupassen; die in der Periode steigender Preise gemachten Investitionen würden sich als Fehlinvestitionen erweisen. Zweitens würde das Publikum bei einer sinkenden Preistendenz statt Käufe zu tätigen, auf eine weitere Preissenkung warten (Käuferstreik). Drittens würde sich die ohnehin immense reale Schuldenlast des Staates noch vergrößern. Viertens — und dies ist sehr wichtig — würde ein Preisfall die gesunkenen Löhne wieder erhöhen; dies will man aber verhindern. Deflationistische Preispolitik wird also nicht als opportun betrachtet. Durch Preisstützungsmaßnahmen wird dafür gesorgt, daß

der Geldwert nicht zum Vorkriegsstand zurückkehrt und das Preisniveau dauernd hoch bleibt. Erhöhung des Preisniveaus ohne entsprechende Erhöhung der Einkommen breiter Volksschichten bedeutet aber vermehrte Absatzschwierigkeiten.

Hinzu kommt noch: Der Krieg zerreist das Netz der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen. Die Isolierung der nationalen Wirtschaften in der Kriegszeit hat eine unterschiedliche Preisentwicklung von Land zu Land zur Folge. Um den weltwirtschaftlichen Verkehr nach Beendigung der Feindseligkeiten wieder herzustellen, müssen die Disparitäten im Preisniveau der nationalen Märkte überwunden werden. Da die deflationistische Preispolitik ihre Gefahren hat, werden die Staaten mit hohem Preisniveau und hohen Produktionskosten, um den Anschluß an die Weltmärkte wieder zu gewinnen und exportieren zu können, vermutlich nicht den Innenwert des Geldes erhöhen, die Preise drücken, sondern den Außenwert des Geldes herabsetzen, zur Abwertung greifen. Dadurch kann der Reigen der Abwertungen wieder beginnen. Abwertung bedeutet aber neue Senkung der Kaufkraft der Massen, Minderung der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes.

2.

Die kapitalistische Wirtschaft besaß in der *Goldwährung* eine Art internationaler Währung. Jeder Staat hatte zwar eine eigene Geldordnung, aber zwischen den Geldsorten (den Währungseinheiten verschiedener Staaten) bestanden feste, durch den Goldgehalt der Münzen gegebene Münzparitäten. Die Goldwährung bildete eine Vorbedingung der internationalen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft.

Die Goldwährung kann nur solange als Weltwährung gut funktionieren, als die Zahlungsbilanzen der Staaten mehr oder weniger ausgeglichen sind, Waren mit Waren oder mit Dienstleistungen bezahlt werden können. Halten die Zahlungsforderungen und Zahlungsverpflichtungen des Staates dem Auslande gegenüber sich im großen und ganzen die Waage, sind die Zahlungsbilanzen abwechselnd passiv und aktiv, so muß nur ein vorübergehender Passivsaldo durch Goldabgabe ausgeglichen werden. Das Gold, das über die Grenze fließt, kehrt bald in das Land zurück. Die Goldreserven der Staaten bleiben intakt und die Goldvorräte der Welt mehr oder weniger gleichmäßig auf die Länder (je nach deren wirtschaftlicher Kapazität, Bedeutung im Welthandel usw.) verteilt.

Schon durch die Krisenverschärfung hörte der Automatismus zwischen den Goldwährungsländern auf, reibungslos zu funktionieren. Um die Ueberproduktion im eigenen Lande nicht noch zu vergrößern, weigerten sich die Staaten, Fabrikate als Zahlung für Naturprodukte anzunehmen. Da der Import nicht in dem Maße reduziert werden konnte, wie der Export von Fabrikaten zurückging, so überstieg in rohstoffarmen Ländern der Wert der Einfuhr denjenigen der Ausfuhr mehr und mehr. Da in Krisenzeiten auch manche andere Posten der Zahlungsbilanz versagen, so wurde es immer schwieriger, die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten.

Die riesigen Aufrüstungen, welche immense Materialeinfuhr erforderten, verschärften die Passivität der Handelsbilanz noch mehr. Die exorbitanten Importe konnten weder durch Exporte noch durch andere Positionen der Zahlungsbilanz beglichen werden. Zumal die Auslandsguthaben, deren Zinsen und Gewinne früher für Zahlung der Rohstoffeinfuhr verwendet wurden, schrumpften.

Die Strukturwandlung der internationalen Verschuldung im Gefolge der Kriege und Krisen verschlimmerte auch sonst die Lage. Denn sind Agrarstaaten an Industriestaaten verschuldet — wie dies vor dem ersten Weltkrieg der Fall war —, so können die Zinsen und Tilgungsraten in Form von Rohstoffeinfuhr in die Gläubigerländer bezahlt werden. Anders, wenn Industriestaaten an Industriestaaten verschuldet sind. (Man denke an Reparationen, Kriegsschulden etc.) Da Fabrikateneinfuhr an Zahlungsstatt den Gläubigerländern lästig ist, eine unbequeme Konkurrenz der eigenen Produktion bildet, so müssen Zinsen und Amortisationen wenigstens zum Teil durch Goldhergabe beglichen werden.

Verstieß schon dies gegen die Spielregeln der Goldwährung, so taten die Zurückziehung der Auslandskredite und die Kapitalflucht infolge politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit noch ein übriges[22a].

Um die Spitzen der Zahlungsbilanz auszugleichen, mußten Geldverschiebungen vorgenommen werden. Der Warenstrom schlug eine Einbahnstraße in der einen Richtung, der Goldstrom in der anderen Richtung ein. Das Gold begann sich in wenigen Ländern der Welt anzuhäufen.

[22a] »Bei aller Genialität der Konstruktion« war die Goldwährung »nie darauf eingerichtet, einer Lage standzuhalten, in der ein beträchtlicher Teil des in einer Volkswirtschaft arbeitenden Kapitals auf einmal über die Landesgrenzen flieht.« (O. Veit. Die Zukunft des Goldes. Berlin 1937, p. 92.)

Das gelbe Metall wird ungleichmäßig auf die Staaten verteilt, es sammelt sich an wenigen Stellen der Welt[23]. Die einen Staaten leiden unter dem Dahinschmelzen ihrer Goldreserven, die anderen unter der Goldinflation. Die Regierungen der einen Länder sind wegen des starken Abflusses, die der anderen wegen des starken Zuflusses des gelben Metalls besorgt. Das Gold, das als »Oel der Maschinerie des zwischenstaatlichen Güterverkehrs« (Ad. Weber) wirken sollte, wird in den Kassenschränken der Notenbanken einiger weniger Länder nutzlos aufgehäuft.

Da die valutaschwachen, goldarmen Staaten wenig ausländische Zahlungsmittel besitzen, verfügten die valutastarken, goldreichen Staaten, um die Exporte in jene Länder bezahlt zu bekommen, daß die Zahlungen für die Importe aus jenen Ländern nicht mehr an die ausländischen Lieferanten, sondern an eine inländische Verrechnungsstelle geleistet werden sollen. Dieses Clearingsystem, welches einen bilateralen Handelsverkehr bedingt, bedeutet praktisch die Aufgabe der Goldwährung und die Rückkehr zum direkten Tausch mit allen seinen Schattenseiten.

In der Kriegszeit versagt wegen der zunehmenden Lieferungsunfähigkeit der kriegführenden Staaten auch das Clearingsystem. Die Achsenmächte beziehen von fast allen europäischen Ländern mehr als sie dorthin liefern. Der Warenaustausch schlägt eine eindeutige Einbahnstraße nach dem Deutschen Reich ein. Die Clearingrückstände wachsen, der Besitz der Verrechnungsmark, die obendrein willkürlich aufgewertet wurde, birgt Risiken.

Durch Aufrüstungen und Kriege leidet die Währung nicht nur als Instrument der Weltwirtschaft, sondern auch als Werkzeug der Volkswirtschaft. Im Kriege werden an der heimischen Währung Manipulationen vorgenommen, um die Wehrausgaben zu decken, nach dem Kriege, um die Kriegsschulden zu tilgen. In der Kriegszeit wird der Weg der Inflation, der Beanspruchung der Notenbanken, nach dem

---

[23] In einem einzigen Lande, den USA, sind (bzw. waren bis vor kurzem) mehr als vier Fünftel des Goldbestandes der Welt aufgestapelt, die europäischen kriegführenden Staaten hingegen, die die Goldreserven für Rüstungen u. a. aufgebraucht haben, besitzen keine praktisch ins Gewicht fallenden Goldmengen mehr. — Die Kapitalflucht infolge Kriegsangst, ebenso die Thesaurierung, die dem Golde seine Währungsfunktion entzieht und es als Sachwert in Beschlag nimmt, fördert noch weiter die einseitige Verlagerung des Goldbestandes. — Seit dem Eintritt in den Krieg geben die USA Gold an neutrale Länder ab. Die Goldreserven der Schweiz und Schwedens (auch Südamerikas) steigen anhaltend an.

Kriege der Weg der Devalvation, der Geldwertherabsetzung beschritten. —

Sollte sich die kapitalistische Wirtschaft nach dem jetzt tobenden Kriege zeitweise wieder erholen, so könnte die Goldwährung in irgendeiner Form wieder zu funktionieren beginnen. Aber auch dann würden bald Störungen eintreten. Denn nicht nur Kriege, sondern auch Krisen bewirken eine Zerrüttung der Währung. Leidet die Währung in Kriegszeiten unter der Unterproduktion, so leidet sie in Friedenszeiten unter der Ueberproduktion.

Um die Wirtschaft in Krisenzeiten anzukurbeln, die Exportindustrie zu forcieren, wird das Geld abgewertet. Auch um die Zahlungsbilanz in Zeiten schlechter Konjunktur auszugleichen, die Handelsbilanz zu aktivieren, läßt man — wenn andere Mittel versagen, und die tun es — den Geldwert abgleiten.

Eine Abwertung kann sich nicht auf ein Land beschränken, sondern zwingt andere Länder zur Nachahmung. Da das Land, das devalviert hat, auf Kosten anderer Nutzen zieht, so müssen die anderen Länder auch devalvieren, um nicht im Nachteil zu sein. Für sie besteht bereits ein Zwang zur Devalvation. Hinzu kommt: Ein Land zieht nur solange Nutzen von der Abwertung, solange die anderen Länder nicht abgewertet haben. Haben sich einmal die anderen Länder auf dieses währungspolitische Konkurrenzmittel eingespielt, so muß das erste Land von neuem abwerten, um seinen Vorteil zu haben. Und da die Abwertung den Export nur desjenigen Staates steigert, das den Vorteil der Ueberraschung hat, so sucht jeder Staat dem anderen zuvorzukommen. Es entsteht ein Wettlauf der Staaten um die schlechtere Währung.

Ungenügende Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes muß schließlich — sei es durch Krisen, sei es durch Kriege — zur Zerrüttung der Währung führen[23a].

[23a] Daß nach dem Kriege eine neue Welle der Abwertungen die Welt durchwogen wird, zeigt die in den angelsächsischen Ländern in Gang befindliche Diskussion. In England wird seit einiger Zeit schon »auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Pfund nach dem Kriege erheblich abzuwerten, um durch die Hemmung der Einfuhr und eine Förderung der Ausfuhr die schwer gestörte Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen.« Zur selben Zeit wird in den Vereinigten Staaten eine Abwertung des Dollars unter dem Vorwand philantropischer Absichten (Hilfe für europäische Länder) erwogen. (F. W. Wagner. Nachkriegsprobleme der schweizerischen Volkswirtschaft. Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft. Jhrg. 78. Bern 1942, p. 340.) Nach Friedensschluß wird eine gewaltige Exportoffensive seitens verschiedener Staaten beginnen. Jeder Staat wird durch seinen Export die Industrie des anderen erdrücken wollen.

3.

Für ein richtiges Funktionieren der Volks- und Weltwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage ist notwendig, daß die *internationale Kapitalbewegung* sich nach dem Zinsgefälle richte, Kapitalien aus Ländern mit niedrigem Zinsfuß in solche mit höherem abfließen. Kapitalreiche Länder sollen ihren Kapitalüberfluß an kapitalarme abgeben, wo dieser produktiv angelegt werden könnte. Kapitalarme Länder sind also normalerweise Kapitaleinfuhr- und nicht Kapitalausfuhrländer. Und das Kapital soll nur insofern exportiert resp. importiert werden, als ein Ueberfluß resp. ein Mangel an Kapital in den betreffenden Ländern besteht.

So war es bis zum ersten Weltkrieg. Ganz anders verhält es sich seither. Anstelle einigermaßen rationeller Kapitalausfuhr trat ein wilder, durch Panik hervorgerufener Kapitalexport, eine Flucht des erschreckten Kapitals ein.

Vor Verlusten infolge von Währungsentwertungen, hoher Besteuerung, Transferbeschränkungen, politischen Unruhen und Kriegen flüchten sich die Kapitalien, die sonst im Inlande produktiv angelegt worden wären, ins Ausland. Sie wandern von Land zu Land und suchen Zuflucht in Staaten mit vermeintlich sicheren politischen und Währungsverhältnissen.

Um jederzeit abberufen werden zu können, werden die Wanderkapitalien nicht investiert, sondern kurzfristig, meist täglich fällig angelegt. Die vagabundierenden Kapitalien, die zeitweise phantastische Ausmaße erreichen, liegen brach, desorganisieren die Kapitalmärkte und bringen die Zahlungsbilanzen aus dem Gleichgewicht[23b].

Die Zustände auf dem Kapitalmarkt 1937/8 wurden wie folgt geschildert: »Milliarden und Milliarden von Fluchtkapitalien aus allen Ländern wandern ruhelos in der Welt herum. Sie werden dort angelegt, wo man sie sicher glaubt vor Währungsentwertung . . ., aber ohne dauernde Investierung, damit man sie jederzeit wieder in ein anderes Land dirigieren kann.« Dieses vagabundierende Kapital, das dauernde

[23b] Richtet sich die internationale Kapitalbewegung nach dem Zinsgefälle, so bildet sie ein Mittel, um das Gleichgewicht im zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr zu erhalten. Denn weist ein Land passive Zahlungsbilanz auf, so wird kurzfristiges Auslandskapital durch steigenden Zinsfuß angelockt, was den zwischenstaatlichen Zahlungsausgleich herbeiführt. Wird hingegen die internationale Kapitalbewegung nicht durch das Bestreben bestimmt, möglichst viel Zins zu verdienen, sondern möglichst wenig Verlust zu erleiden, so bildet sie einen Faktor, der das Gleichgewicht im zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr stört.

Anlagen scheut, fehlt für die Vornahme von Investitionen namentlich in den kapitalarmen Ländern. Die gewaltigen Summen bilden »einen Herd ständiger Beunruhigung für die Kapitalmärkte, wo sie Zinsschwankungen verursachen; sie gefährden auch die Wechselkurse, da sie bei plötzlichen massiven Abzügen aus einem Land auch einheimische Kapitalien mitreißen können«[24].

Ist das Kapital im aufsteigenden Kapitalismus »auf die Suche nach hohen Gewinnen« gegangen, so geht es im niedergehenden Kapitalismus »auf die Suche nach Sicherheit« (Peyer). Man schaut nicht mehr auf Verzinsung, man erstrebt bloß, die Kapitalien ohne Wertverlust in »bessere Zeiten hinüberzuretten«[25]. Kapitalien aus den Schuldnerländern suchen Zuflucht in den Gläubigerländern. Aus den durch Rüstungen und Kriege verarmten Staaten wandern die Kapitalien in die noch nicht verarmten. Das Kapital bewegt sich dem Zinsgefälle entgegen, ein »widernatürlicher Goldstrom« dem Wasser vergleichbar, »welches bergaufwärts fließt« (G. Bachmann).

Aber selbst, wenn das Kapital nicht vagabundiert, wendet es sich in wirtschaftlich und politisch unruhigen Zeiten, in denen es an sicheren Kapitalanlagen fehlt, vielfach der Spekulation zu, statt produktiv angelegt zu werden. Anstelle der Kalkulation tritt die Spekulation. Die Spekulation blüht und die Volkswirtschaft wird destruiert.

4.

Für Anschaffung von Betriebskapital (Rohstoffe, Lohnzahlungen etc.), das immer wieder verbraucht und von neuem aufgewendet wird, dürfen die den Unternehmungen gewährten *Kredite* kurzfristig sein. Hingegen für Anschaffung von Anlagekapital (Gebäulichkeiten, Maschinen etc.), das nur einmal aufgewendet wird und sich allmählich verbraucht, müssen langfristige Kredite in Anspruch genommen werden. In einer Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit ziehen die Geldgeber vor — besonders wenn es sich um Auslandskredite handelt — ihre Gelder *kurzfristig* auszuleihen, um das Risiko zu mindern. Kurzfristige Kredite für Anlagezwecke, für Ausbau der Industrie verwendet, haben leicht Illiquidisierung und

[24] M. Weber. Gegenwartsfragen der schweizerischen Volkswirtschaft. Bern 1938. p. 82.

[25] Für die Fluchtkapitalien wurden nicht nur keine Zinsen gezahlt, sondern für ihre Aufnahme mußten sogar Gebühren entrichtet werden.

Zahlungsschwierigkeiten der Schuldner (»Einfrieren« der Kredite) zur Folge. Zumal bei Zuspitzung der politischen Situation die zwischenstaatlichen Kurzkredite ruckweise zurückgerufen zu werden pflegen. Dem Run der Auslandsgläubiger folgt dann ein allgemeiner Inlandsrun. Zusammenbrüche von Unternehmungen häufen sich.

Nur eine Wirtschaft, in welcher die Produktivkraft forciert und der Konsum gedrosselt wird, hat ein so kompliziertes und empfindliches Gefüge.

VII. Die Furie der Autarkie

Die faschistischen Diktaturen, in welchen die imperialistischen Bestrebungen besonders stark sind und deren Wirtschaftspolitik von Anfang an durch militärische Gesichtspunkte bestimmt war, zeichnen sich seit Jahren durch besondere faux frais aus.

Einerseits wurde dort (vor dem Kriege) der Export forciert, andererseits die Autarkie erstrebt. Einerseits intensive Eingliederung in die Weltwirtschaft gefordert, andererseits auf immer stärkere wirtschaftliche Abschließung hingearbeitet.

Die Tendenz, die Ausfuhr zu fördern und die Einfuhr (für den Zivilbedarf) zu drosseln, liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft. Und diese Tendenz ist besonders im Spätkapitalismus stark, wo das Mißverhältnis zwischen der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der Aufnahmefähigkeit des Marktes bereits große Ausmaße hat. In den faschistischen Staaten aber hat diese Tendenz geradezu den Charakter einer Furie, »Furie der Autarkie« (F. Zweig) angenommen.

Da die Kriegsindustrie seit Jahren exorbitante Ansprüche an die Rohstoffeinfuhr stellte, mußte der Verbrauch ausländischer Rohstoffe für die Friedensindustrie mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz gedrosselt werden. Wohl wurden große Rohstoffmengen eingeführt, für die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen wurden aber relativ geringe Mengen zur Verfügung gestellt. Die fehlenden Rohstoffe mußten im Inlande hergestellt werden, wenn überhaupt. Die Parole lautete: »Ernährung aus eigener Scholle«, worunter auch »Ernährung« der Industrie mit eigenen Rohstoffen verstanden wurde.

Die andauernd passive Zahlungsbilanz und das Dahinschmelzen der Goldreserven machten eine Devisenkontrolle notwendig. Die Zwangsbewirtschaftung der Devisen rief eine Disparität zwischen der inneren und äußeren Kaufkraft des Geldes hervor, die eine weitere wirtschaftliche Isolierung des Landes zur Folge hatte.

Die wichtigste Wurzel der autarkischen Tendenzen besteht jedoch in der Erwägung, daß ein Volk im Kriege von der Zufuhr der nötigen Lebensmittel ebenso wie der zur Kriegführung erforderlichen Artikel abgeschnitten werden kann (Unterbrechung der Zufahrtsstraßen, Ueberlastung der Transportmittel, Blockade, Requisition etc.). »Daher soll die Erzeugung bereits in der Friedenszeit derart organisiert sein, daß alles, was man für eine Kriegführung und für die Versorgung der Bevölkerung braucht, im Inlande selbst hergestellt werden kann.«

Die Chimäre der Autarkie (Selbstgenügsamkeit) oder, wie Sombart sagt, Autarchie (Selbstherrschaft) verursacht mannigfache tote Kosten.

Ist der Zweck der Volkswirtschaft, die Bevölkerung bestmöglich mit Bedarfsgegenständen zu versorgen, so werden die zur Herstellung der Produktiv- und Konsumgüter im Lande fehlenden Rohstoffe von denjenigen Ländern bezogen, die die günstigsten Standortsbedingungen haben und mit den niedrigsten Kosten produzieren. Die Volkswirtschaft wird eingegliedert in die Gesamtwirtschaft der Erde. Es entsteht eine internationale Arbeitsteilung, die auf der naturgegebenen Verschiedenheit der einzelnen Länder — auf Unterschieden der geographischen Lage, Bodenbeschaffenheit, unterirdischen Schätze, Begabungen der Völker — beruht. Und dies ist das zweckmäßigste Wirtschaftsprinzip, es gewährleistet die höchste Arbeitsproduktivität.

Ist hingegen der Zweck der Volkswirtschaft nicht das Höchstmaß an menschlicher Wohlfahrt, sondern die höchste Kriegsbereitschaft, so wird gesucht, alles im Lande selber herzustellen, mit welchen Kosten es auch sei. Rohstoffe, für die die natürlichen Bedingungen im Lande ungünstig sind, ebenso wie minderwertige Ersatzstoffe werden mit hohem Kostenaufwand erzeugt. Anstelle der internationalen Arbeitsteilung tritt die nationale Selbstgenügsamkeit. Und diese kostspielige Wirtschaftsweise (Fehlinvestitionen) schraubt die bereits erreichte hohe Arbeitsproduktivität auf ein niedrigeres Niveau herunter.

1.

Verlassen wir nun die faschistisch regierten Staaten, sehen wir ebenso von dem jetzt wütenden Kriege ab und wenden wir uns der Wirtschaft der übrigen Länder zu in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (resp. der heutigen totalitären Staaten vor der faschistischen Machtergreifung).

Versagt das freie Spiel der Kräfte, so wird der Ruf nach Staatshilfe laut. Nun könnten zweckmäßige staatliche Maßnahmen die Uebelstände beheben. Diese Maßnahmen müßten aber planmäßig und koordiniert sein. Jede Maßnahme müßte einen Teil eines organischen Gesamtsystems bilden, dessen Aufstellung die Erkenntnis der Ursachen vorhandener Mißstände zur Voraussetzung hätte. Es müßte eine weitblickende konstruktive Politik sein, die vor den wirklichen Ursachen der Mißstände die Augen nicht verschließen würde. Nun sieht sich zwar »der Staat auf Schritt und Tritt zu Eingriffen genötigt« und interveniert »an zahllosen Stellen des Wirtschaftsgefüges«. Er tut dies aber »weder planmäßig noch systematisch, weil er grundsätzlich noch auf dem Boden des Wirtschaftsliberalismus steht«[26].

Dem Uebel geht man nicht an die Wurzel, nur behelfsmäßige Maßnahmen werden angewendet. Man sucht die schlechten Zeiten in der Hoffnung auf ihre baldige Ablösung durch bessere lediglich zu überbrücken.

»Die Krisenpolitik vieler Länder« ergibt — schrieb vor dem Kriege Karl Pribram — »ein sehr buntscheckiges Bild, das keineswegs frei ist von Widersprüchen, die ... Maßnahmen, die sich auf die monetäre Sphäre erstrecken ..., erzeugen vielfach Wirkungen, welche die Wirkungen der allgemeinen Geld- und Kreditpolitik durchkreuzen; in noch höherem Maße gilt dies vielfach von jenen Maßnahmen, die unmittelbar in die Sphäre der Güterproduktion und des Gütertausches eingreifen[27].«

Ein ähnliches Bild zeichnet Eugen Böhler: Die einzelnen Maßnahmen wiesen unter sich — stellt er fest — »die größten Widersprüche auf«. »Man förderte mit allen Mitteln den Export, hemmte aber gleichzeitig den Import, obschon die Importvermehrung die Voraussetzung

[26] Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft. Bd. I. p. 752.
[27] K. Pribram. a.a.O., p. 141.

der Exportsteigerung bildete. ... Man unterstützte die technische Forschung und die Steigerung der Produktivität, hemmte aber durch steuerliche und sonstige Maßnahmen den Großbetrieb und zum Teil sogar die Maschinenanwendung. Man suchte durch Preiskontrolle die Preise niedrig zu halten, leitete aber gleichzeitig Maßnahmen ein, die eine Hochhaltung der Preise ermöglichen[28].«

Da statt einer Neuordnung der Wirtschaft die Konservierung des überlebten Systems erstrebt wird, so führt die staatliche Einmischung nicht selten noch weitere Verwirrung in die ohnehin verwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse hinein. Daher wird immer wieder geflickt, aufgerissen und von neuem geflickt. »Eine Planwirtschaft ohne Plan« (Böhler).

Und so zeichnet sich die Volkswirtschaft unserer Zeit aus durch unzählige Probleme, Maßnahmen, Gesetzesvorschriften, Institutionen, Ausschüsse, Aemter, Expertenkommissionen, Unternehmungen und Berufe, die sich durch keine effektiven Bedürfnisse, keine vitalen Interessen des Volkes, durch keine Erfordernisse der Bedarfsdeckung rechtfertigen lassen, die lediglich mittelbare und unmittelbare Folgen der aussichtslosen Rettungsversuche des absterbenden Wirtschaftssystems sind.

Ohne Preisgabe des Systems, dessen Fundamente brüchig geworden, lassen sich die Mängel nicht beheben. Selbst ein so großer Verehrer der auf dem Geschäftsprinzip beruhenden Wirtschaft, wie Wilhelm Röpke mußte offen zugeben, daß zwar »alle möglichen Formen der Konjunkturpolitik ausprobiert zu sein (scheinen), aber das Paradies der Wirtschaftsstabilisierung nirgends in Sicht (ist)«[29].

Man jagt einem Phantom nach, statt die Segnungen einer zeitgemäßeren Wirtschaftsordnung zu genießen[30].

Indessen reifen — beschleunigt durch den Krieg — bedeutsame

[28] E. Böhler. Die Neuorientierung schweizerischer Wirtschaftspolitik. Separatabdruck des »Berner Tagblattes« 1941. p. 5.
[29] W. Röpke. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft Basel 1940. p. 39.
[30] In der letzten Zeit haben sich einzelne einsichtigere Nationalökonomen zu dem Standpunkt durchgerungen: 1. daß staatliche Wirtschaftslenkung überall dort notwendig ist, wo die private versagt, folglich neben dem privaten ein öffentlicher Wirtschaftssektor bestehen müsse; 2. daß die staatliche Wirtschaftspolitik auf einem vorbedachten Aktionsplan beruhen sollte. — Da nun die private Wirtschaftslenkung in wachsendem Maße versagt, müßte der gemeinwirtschaftliche Sektor auf Kosten des privatwirtschaftlichen wachsen; ein solcher konsequent durchdachter Aktionsplan müßte also zum Sozialismus — in welcher Form es auch sei — führen. Dieser Erkenntnis verschließt man sich allerdings vorderhand.

Umwälzungen heran. Die Eigengesetzlichkeit der Entwicklung zwingt ein anderes Verhalten auf.

2.

Noch schlimmer als um die Volkswirtschaft ist es um die *Weltwirtschaft* bestellt. Sie ist »in eine Art Sonnenfinsternis eingetreten«. Alle Versuche, den Auflösungsprozeß der Weltwirtschaft aufzuhalten, den Weltmarkt vor Zertrümmerung zu retten, scheiterten. Die seinerzeit heiß ersehnten Wirtschaftskonferenzen waren von Anfang an Totgeburten, welche ungebührende Hoffnungen erweckten, unnütze Kosten verursachten und mit einem vollständigen Fiasko endeten[31].

Wie die Volkswirtschaft, so ist auch die Weltwirtschaft besonders seit dem ersten Weltkrieg mit einer unendlichen Menge von »unlöslichen« Weltproblemen belastet. Man denke bloß an die kurzfristigen und eingefrorenen Kredite, an die Währungsunsicherheit, Devisenzwangsbewirtschaftung, hohe Zollschranken, Dumping und Einfuhrbeschränkungen, an die wilden Kapitalexporte. Man denke insbesondere an das viel erörterte »Rohstoffproblem«, nämlich an den Rohstoffhunger der Staaten trotz globaler Ueberproduktion an Rohstoffen, an dieses vom Standpunkt der Bedarfsdeckungswirtschaft völlig imaginäre Problem.

Und nicht minder verwickelt wie das wirtschaftliche Leben ist das politische, das einen unentwirrbaren Knäuel von sich türmenden, im Grunde genommen lebensunwichtigen, nicht reellen Problemen darstellt.

Exkurs

Ueber die Voraussetzungen einer gut funktionierenden Weltwirtschaft und über den trostlosen Zustand der Weltwirtschaft vor Ausbruch des Krieges schreibt Wilhelm Röpke:

[31] Die Erkrankung der Wirtschaft rief zwar »ärztliche Konsulationen hervor, in Form der Weltkonferenz, wohin die bewährtesten Spezialisten des Erdballes zusammengetrommelt wurden. Allein das Ergebnis war eben jenes nie dagewesene Fiasko: alle gingen trostlos auseinander und nahmen kein Blatt vor den Mund, um urbi et orbi zu erklären: daß — für den Augenblick — nichts zu machen sei«. So charakterisiert ein faschistischer Professor — E. Quesada. In: Weltwirtschaftsdämmerung. Stuttgart 1934 p. 28 f. — die Situation, ohne zu merken, daß er damit nicht nur dem Kapitalismus, sondern auch dem Faschismus ein schlechtes Zeugnis ausstellt.

Eine Arbeitsteilung im internationalen Maßstabe kann »sich immer nur soweit entwickeln, wie die Voraussetzungen eines Währungssystems, eines Rechtssystems und eines dazugehörigen Moralsystems erfüllt sind«. »Der Mangel eines einheitlichen Weltwährungssystems wurde durch die von allen führenden Ländern angenommene und gewissenhaft durchgeführte Goldwährung in einer Weise ausgeglichen, die die ganze Welt zu einer einheitlichen Zahlungsgemeinschaft machte und jedes Mißtrauen in die Solidität der monetären Grundlagen internationalen Güter- und Kapitalverkehres aus dem Bewußtsein der Menschen vertrieb. Die Verpflichtungen, die die gewissenhafte Durchführung der internationalen Goldwährung allen beteiligten Ländern auferlegte, bildeten gleichzeitig einen Teil jenes Netzes geschriebener und ungeschriebener Normen, durch die nun auch das Fehlen eines einheitlichen internationalen Rechtssystems überbrückt wurde. Die Welt umspannte ein System langfristiger Verträge, dem ein allgemein anerkanntes Völkerrecht und ein hohes Maß an Uebereinstimmung in der Rechtsauffassung und in den einzelstaatlichen Rechtsnormen zugrunde lagen.« Von dieser Gesinnung hat »sich die Welt heute weit entfernt und (droht) sich in Zukunft noch weiter zu entfernen«. »Alle Währungen (sind) ins Wanken oder unter den Schatten des Mißtrauens geraten, (es) existiert kein internationales Geldsystem mehr, das dieses Namens würdig wäre . . . Der ganze Mechanismus funktioniert mit einem Male nicht mehr . . . Uebrig geblieben ist ein hoffnungsloses Durcheinander von manipulierten Währungen, Devisenkontrollen, Kompensations- und Clearingverträgen, an denen fast von einem Tag zum anderen geflickt werden muß«[32].

Diese »verhängnisvolle« Wandlung führt Röpke auf »kurzsichtigen nationalen Egoismus« Englands und der Vereinigten Staaten zurück, »die als erste ihre Währungen vom Golde losgelöst haben«. Er empfiehlt den Staaten, die »verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten und zurückzubiegen«.

Kann man dieser Entwicklung Halt gebieten oder gar den begonnenen Prozeß rückgängig machen?

Die Verwirklichung der von Röpke geschilderten unerläßlichen »Bedingungen des weltwirtschaftlichen Verkehrs in Bezug auf Sicher-

[32] W. Röpke. Die Lehre von der Wirtschaft. Wien 1937. p. 46 ff. und Die Gesellschaftskrisis. p. 370 ff.

heit, Gleichmäßigkeit, Kontinuität und Fairneß« ist eine Schöpfung des Zeitalters des *aufsteigenden* Kapitalismus. Das Versagen »des Währungs-, Rechts- und Moralsystems« ist hingegen eine notwendige Erscheinung des *niedergehenden* Kapitalismus. Diese Entwicklung zurückzubiegen, ist kein Staat imstande. Die Wandlung geschah in einer Notlage, unter wirtschaftlichem resp. finanziellem Zwang. In dem Auflösungs- und Zersetzungsprozeß wirkt sich ein ehernes Gesetz aus. Der Prozeß ist unabwendbar und unabänderlich; er vollzieht sich mit unerbittlicher Logik der geschichtlichen Entwicklung. Keine Macht der Erde vermag diesen Werdegang aufzuhalten[33].

---

[33] Röpke fordert die Wiederherstellung der Goldwährung. Ist dies so einfach? Bei der Goldwährung ist *der Gold- und Devisenbestand dem Zahlungsverkehr angepaßt.* Sie kann daher nur solange bestehen, als die Zahlungsverpflichtigen der Industriestaaten, deren Rohstoffimporte groß sind, durch Zahlungsforderungen aus Fabrikatenexporten, Zinsen und Gewinnen von den im Auslande angelegten Kapitalien und sonstigen Positionen der Zahlungsbilanz (Dienstleistungen) gedeckt werden können. Mit wachsenden Rohstoffimporten und schrumpfenden Fabrikatenexporten, ebenso mit dem Rückgang der im Auslande investierten Kapitalien als Folge von Kriegen und Krisen verschlechtert sich in alten Industriestaaten die Versorgung mit ausländischen Zahlungsmitteln. Der Gold- und Devisenverkehr kann dem Zahlungsverkehr nicht mehr angepaßt werden. Jetzt muß sich umgekehrt der *Zahlungsverkehr nach dem Gold- und Devisenbestand richten.* (Beispielsweise: in Friedenszeiten wird nur soviel Einfuhr zugelassen, als Devisen aus Ausfuhrerlösen verfügbar sind.) In diesem Stadium des Kapitalismus muß daher die Goldwährung durch Devisenzwangsbewirtschaftung verdrängt werden. — Die Anpassung des Zahlungsverkehrs an den Devisenbestand, statt umgekehrt, erinnert an das Prokrustesbett — eine zweifellos schlechte Lösung. Daran ist jedoch nicht das Währungs- sondern das Wirtschaftssystem schuld.

B. Schein und Wesen

I. *Ein Verlustsaldo*

1.

Die Menschheit würde vom Wohlstand überflutet werden, wenn die exorbitanten toten Kosten, die auf der Wirtschaft lasten, wegfallen würden, wenn also

das Wirtschaftspotential stets ausgenutzt, die Leistungsfähigkeit der Betriebe bis zur Kapazitätsgrenze absorbiert wäre, lebenswichtige Güter (landwirtschaftliche Ernten) weder verfeuert, noch ins Meer versenkt würden;

arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen stets Arbeit finden könnten;

menschliche Arbeit nicht für Kundenfang, für Suche nach Konsumenten und Lockung zum Kauf mißbraucht würde;

wenn statt Forcierung des Exportes und zugleich autarkischer Bestrebungen rationelle Arbeitsteilung unter den Völkern bestehen würde;

wenn man ferner die Summen, welche für das Niederhalten der ausgebeuteten Klassen und die Unterdrückung revolutionärer Kräfte — für den Gewaltapparat und die Repressivmaßregeln — verausgabt werden, für Hebung des Kulturniveaus des Volkes verwendet hätte;

wenn man insbesondere statt der Zerstörungswerke — der gigantischen Rüstungen zu Land, See und Luft — Bedarfsgegenstände hergestellt und die verheerenden Kriege unterlassen hätte.

Diese in riesigem Maße vergeudeten Produktivkräfte stellen unermeßliche Verluste für jede Volkswirtschaft dar. Würden diese Verluste ausbleiben, so dürfte der Massenverbrauch vervielfacht werden, ohne die Akkumulationsrate zu beeinträchtigen.

Denn woher stammen die vielen vergeudeten Werte, welcher anderen Verwendung wurden sie entzogen? Es sind die der arbeitenden Klasse vorenthaltenen Werte, die zur Stützung der Akkumulationsrate nicht notwendigen, technisch nicht gerechtfertigten Abzüge vom Arbeitsertrag.

2.

Bei der herrschenden Wirtschaftsverfassung ist das werktätige Volk nie instande, den volkswirtschaftlich gebotenen Anteil am Sozialprodukt zu erringen. Steigen nun Löhne und Gehälter bei wachsender Arbeitsproduktivität nicht genügend, so *springen tote Kosten in die Bresche*. Je höher aber diese Kosten, um so weniger können die Löhne erhöht werden. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint es, als ob bei technischem Fortschritt Lasten (steigende Kapitalzusammensetzung) und nicht Vorteile (steigende Arbeitsproduktivität) überwiegen würden, als ob keine ökonomische Möglichkeit bestünde, die Lebenshaltung der Massen zu heben.

Und noch mehr: Die meisten faux frais haben die Tendenz, viel stärker zu wachsen, als notwendig ist, um die Kluft zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsfähigkeit zu überschütten. Einmal entstanden, führen sie eine eigene Existenz, schwellen aus eigener Kraft schneeballartig an und *schießen mächtig übers Ziel hinaus*. Im Wechselspiel von Ursache und Wirkung steigen sie in immanenter Progression.

Wohl gab es in der kapitalistischen Wirtschaft, in der die Produktion und Konsumtion auseinanderklaffen, immer ziemlich hohe tote Kosten. Im Früh- und Hochkapitalismus stiegen aber diese Kosten langsamer als die Arbeitsproduktivität. Im Spätkapitalismus und Faschismus trat das umgekehrte Verhältnis im Wachstumstempo der beiden Größen ein. Im aufsteigenden Kapitalismus schwoll das Kapital trotz der faux frais an; im absteigenden Kapitalismus und Faschismus droht es von den faux frais aufgezehrt zu werden. Der Kapitalmangel, den man dem technischen Fortschritt in die Schuhe schieben will, ist in Wirklichkeit durch nichts anderes als durch das Bleigewicht der toten Kosten verschuldet.

Im Spätkapitalismus wird manche dem Hochkapitalismus eigentümliche Tendenz in die *Gegentendenz* verkehrt. Insbesondere die Tendenz zur Ueberakkumulation in eine Tendenz zur Unterakkumulation. In einer bestimmten Phase der kapitalistischen Entwicklung biegt der Akkumulationsprozeß um. Der Kapitalismus führt sich selber ad absurdum.

3.

Schumpeter sagt: »Der Kapitalismus überwindet sich selbst, aber in einem anderen Sinne als Marx es meinte. Sicher wird die Gesell-

schaft über ihn hinauswachsen, aber nicht deshalb, weil seine Widersprüche ihn unmöglich, sondern weil seine Leistungen (Kapitalsättigung) ihn überflüssig machen können[1].«

Dieser Ansicht können wir nicht beipflichten.

Wohl fördert der Kapitalismus die Entwicklung der Technik; die Früchte dieser Entwicklung werden aber durch die toten Kosten in wachsendem Maße aufgezehrt. Ergab sich im Hochkapitalismus dennoch ein *Gewinnsaldo*, so ergibt sich im Spätkapitalismus — und noch mehr im Faschismus — ein *Verlustsaldo*. War der aufsteigende Kapitalismus konstruktiv, so ist der absteigende destruktiv.

Aus immanenter Notwendigkeit bricht der Kapitalismus in sich zusammen. Aus seiner eigenen Vollendung — Vollendung der Ausbeutung — macht er sich selber unmöglich.

II. Die faux frais werden übersehen

1.

Es wird von vielen Nationalökonomen — und darunter sehr angesehenen — behauptet, daß der Reallohn im Laufe der kapitalistischen Entwicklung entsprechend der steigenden Arbeitsproduktivität gewachsen sei. Diese Behauptung stützt sich zwar auf minutiöse statistische Berechnungen, die viel Mühe verursacht haben; sie stellt nichtsdestoweniger einen leicht widerlegbaren Trugschluß dar.

Bei diesen Berechnungen wurde bedauerlicherweise zwischen den technisch notwendigen Kosten und den faux frais der kapitalistischen Produktion nicht unterschieden; die notwendigen Kosten und die faux frais wurden in einen Topf geworfen. Nun pflegen aber die faux frais, wenn die Produktionskapazität für die Bedarfsdeckung nicht ausgenützt wird, wenn die tatsächliche Konsumtion hinter der volkswirtschaftlich gebotenen zurückbleibt, automatisch zu wachsen. Die faux frais steigen mit dem Versagen der Kaufkraft der Massen, mit jeweiligem Unterlassen der volkswirtschaftlich gebotenen Lohn- und Gehaltserhöhungen. Werden die faut frais zu den notwendigen Kosten gezählt, so *muß* es sich stets ergeben, daß der Reallohn resp. die Kaufkraft der Massen dem jeweiligen Stand der Produktivität »entspricht«.

---

[1] J. Schumpeter. a.a.O., p. 297.

Bei dieser Rechnungsweise kann man eben kein anderes Ergebnis bekommen. Man dreht sich ja im Kreise herum.

Produktiv- und Konsumkraft bilden in jeder Volkswirtschaft zwei Seiten einer Gleichung. Bei technischem Fortschritt müßte normalerweise die Konsumkraft mit der Produktivkraft steigen. Tut sie das nicht in genügendem Maße, so steigen die faux frais. Eine Gleichung ergibt sich dennoch. Beim Versagen der Konsumkraft bekommen wir folgende Gleichung:

Produktivkraft = Konsumkraft + faux frais.

Ebenso wie man von technisch notwendigen Kosten spricht, kann man auch von technisch notwendigem Verbrauch sprechen. Bleibt der tatsächliche Verbrauch hinter dem technisch erforderlichen zurück, so figuriert der Fehlbetrag in Form von faux frais. Die Gleichung geht auf.

Schon Rosa Luxemburg hat nachgewiesen, daß die statistischen Zahlen für sich noch gar nichts bedeuten, da sie nur diejenigen Veränderungen berücksichtigen, die offen zutage liegen. Da der Kapitalismus die Eigenschaft hat, die wirklichen Zusammenhänge zu verdecken und zu verkehren, bleibt jede Theorie, die die »Tatsachen« in ihrer unmittelbaren Gegebenheit zur Grundlage wissenschaftlicher Betrachtung macht, *an der Oberfläche haften*. »Tatsachen« beweisen so lange nichts, als sie nicht durch eine methodische Betrachtung in den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Erscheinungen hineingestellt werden[2].

2.

Die Konjunkturbewegung hat ihre Ursache — schreibt Erich *Carell* — nicht in zu niedrigen Löhnen. »Denn der Lohn ist nicht nur Nachfrageelement, sondern auch Kostenelement ... Die höheren Löhne würden nicht nur die Rohstoff- und Kapitalgüterproduktion, sondern auch die Konsumgüterproduktion unrentabel machen«[3].

Würde man die Kaufkraft der Massen heben, und zwar bedeutend heben, so würden die faux frais zuerst sinken und dann ganz verschwinden. Was die Unternehmer an Löhnen mehr zahlen müßten, das könnten sie an den faux frais einsparen. Wenn man Löhne und

[2] Zit. nach K. Mandelbaum. Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus. Frankfurt a/M. 1927. p. 15, 32.
[3] E. Carell. Die Konjunktur. Jena 1932. p. 76.

Gehälter der wachsenden Arbeitsproduktivität anpassen würde, würden zwar die produktiven Kosten steigen, die unproduktiven aber fallen und zwar überproportionell fallen.

Carell würde nur dann Recht behalten, wenn die Kluft zwischen dem Produktions- und Konsumtionspotential nicht durch faux frais ausgefüllt wäre, wenn diese Kluft ein Vacuum bilden würde.

Die toten Kosten sind eine *wichtige Größe* in der kapitalistischen und faschistischen Wirtschaft, die bei einer Konjunkturforschung nicht übersehen werden darf. Ohne das Wesen dieser Kosten erkannt zu haben, kann man den Mechanismus der heutigen Wirtschaft nicht begreifen[4].

Nur ein kleiner Teil dessen, was dem werktätigen Volk als Anteil am Produktionsfortschritt gebührt, ihm aber vorenthalten wird, fließt in die Taschen der Reichen. Der größte Teil dieser Werte kommt niemandem zugute, sondern wird in Form von faux frais vergeudet.

In einer harmonischen, nicht auf Exploitation einer Klasse durch eine andere beruhenden Gesellschaft ist die steigende Arbeitsproduktivität an dem wachsenden Massenverbrauch, an dem zunehmenden Wohlstand des Volkes zu erkennen. In der kapitalistischen und faschistischen Gesellschaft ist die Steigerung der Produktivität am Umfang der vergeudeten Werte zu messen.

In einer Wirtschaft, deren Zweck nicht die Bedarfsdeckung, sondern die Profitergatterung ist, muß man sich über die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit an folgenden Momenten orientieren: an der Menge der Bedarfsgegenstände, die vergeblich auf den Konsumenten warten; an der Menge der Produktionsmittel, die brachliegen; an dem Umfang der Güter, deren Erzeugung wegen Absatzmangel unterlassen wurde, obwohl alle technischen Voraussetzungen für sie vorhanden waren (»Sabotage der industriellen Produktion«, Veblen); insbesondere aber an dem ungeheuren Volumen der Güter, die nicht zur Hebung des Wohlstandes, sondern zu dessen Zerstörung dienen.

Das Problem der toten Kosten als Folge der Hintanhaltung des Massenkonsums ist leider in der Nationalökonomie viel zu wenig be-

[4] Nach Karl Massar bewirken Lohnerhöhungen zwar keine Verminderung der Akkumulationsquote, jedoch eine Verringerung der Unternehmerrevenuen (Massar. Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne. Berlin 1929. p. 49). Auch Massar übersieht die faux frais der kapitalistischen Wirtschaft. Lohnerhöhungen werden weder aus dem Akkumulations- noch aus dem Konsumtionsfonds der Unternehmer gedeckt. Sie treten anstelle der toten Kosten, die bei wachsender Kaufkraft überproportionell sinken.

achtet worden. Es gibt minutiöse Untersuchungen über verschiedene mehr oder weniger belanglose Details der kapitalistischen Wirtschaft, aber so gut wie keine Untersuchungen über die im beschleunigten Tempo wachsenden toten Kosten und deren Ursachen.

III. Bevölkerungsvermehrung und technischer Fortschritt »sind an allem schuld«

1.

Die gewaltige Steigerung der Arbeitsergiebigkeit in den letzten Jahrzehnten hat den Lebensstandard des arbeitenden Volkes nicht gehoben. Trotz großer einschneidender technischer Vervollkommnungen wurde die Armut der Massen nicht beseitigt. Die Hoffnung, daß die Entwicklung der Technik die Not lindern würde, wurde enttäuscht. Auf diese Erscheinungen ist wohl die Tendenz zurückzuführen, manche längst überwundene Ansichten jetzt wieder aufzuwärmen.

Wilhelm *Röpke,* der die sozialistische Erklärung ablehnt, steht ratlos vor dem Phänomen: »Zurückbleiben der Massenwohlfahrt hinter der Produktivitätssteigerung«. »Wie soll man den Widerspruch denn sonst erklären?« fragt er verlegen. »Es dürfte uns wenig anderes übrig bleiben als der Gedanke, daß ein erheblicher Teil der technischen Produktionsfortschritte offenbar nur dazu hat dienen müssen, einer größeren Menschenzahl auf der Erde die Existenz zu ermöglichen, statt sich in eine stärkere Steigerung der Massenwohlfahrt umzusetzen.« Die Menschheit sähe sich vor die Alternative gestellt: »Bevölkerungsvermehrung oder Massenwohlfahrt?[5]«

Für die Massenarmut die Bevölkerungsvermehrung verantwortlich machen zu wollen, würde bedeuten, in die Irrtümer der *Malthus'schen* Theorie zu verfallen. Daß trotz der grandiosen technischen Entwicklung, trotz der riesigen Effizienz der modernen Produktionsverfahren die Massen darben, daran ist nicht die Bevölkerungsvermehrung schuld. Seit mehreren Jahrzehnten nimmt die Geburtenziffer in den industriellen Ländern ab. In dieser Zeit haben wir also eine riesige

[5] W. Röpke. Die Lehre von der Wirtschaft. p. 67 f. und Die Gesellschaftskrisis, p. 175 f.

Steigerung der Arbeitsergiebigkeit und gleichzeitig einen Geburtenrückgang[6]!

»Was die Wirtschaft der Gegenwart bedroht, ist nicht die Tatsache, daß die Fruchtbarkeit der Menschen größer ist als die Fruchtbarkeit der Natur. Man kann vielmehr im Augenblick die Malthus'sche Theorie gewissermaßen umkehren und von der Tendenz der Produktionskapitalien sprechen, schneller zu wachsen als die Konsumenten[7].«

2.

»Wir dürfen ... nicht übersehen ...«, schreibt Emil *Lederer,* daß jeder technische Fortschritt von zerstörenden Wirkungen begleitet ist, die mindestens einen Teil seiner günstigen Folgen temporär wieder aufheben.« Es »mehren sich die Stimmen, die dahin gehen, daß der technische Fortschritt mit Rücksicht auf diese möglichen Wirkungen gesellschaftlich kontrolliert und, wenn nötig, gebremst werden solle.« »Daher ist anzunehmen, daß die sich allmählich ausbreitende Erkenntnis von den Wirkungen des technischen Fortschritts die Bewegungen stärken wird, welche für eine gesellschaftliche Kontrolle der Produktion und insbesondere für die Regulierung der technischen Entwicklung eintritt[8].«

Danach wären die zerstörenden Wirkungen im Wesen der modernen Technik und nicht im Wesen der herrschenden Gesellschaftsordnung begründet. Uebersieht man, daß diese zerstörenden Wirkungen durch soziale Faktoren verursacht sind, so muß man konsequenterweise ein Bremsen des technischen Fortschritts empfehlen, also *Maschinenstürmer* werden.

Es gibt zur Zeit eine Flut von Schriften, welche den technischen Fortschritt für Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Krieg verantwortlich machen wollen, die von »hemmungsloser Entfesselung der Produktivkräfte«, »sozial blinder Entwicklung der Technik« etc. reden, »Zügelung«, »Bremsen«, »Kontrolle« und »Besteuerung der technischen Fortschritte« fordern. Ein Schüler von Adolf Weber

[6] Die Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse wächst viel schneller als die Bevölkerung. Nicht nur die Industriekrisen, sondern auch die Agrarkrisen sind durch riesige Ueberproduktion gekennzeichnet. Man denke an die Orgien der Vernichtung lebenswichtiger Güter, Verheizung des Weizens usw.

[7] M. J. Bonn. Das Schicksal des deutschen Kapitalismus. Berlin 1930, p. 114.

[8] E. Lederer. Technik. Handbuch der Gewerkschaften. Berlin 1930, p. 1680 f.

(Kruse) versteigt sich sogar dazu, von »Wunden« zu sprechen, »die der technische Fortschritt geschlagen hat« (!).

Von der Zerstörung des eisernen Mannes das Heil erhoffen, bedeutet einen entschiedenen theoretischen Rückschritt. Die Armut der Massen ist nicht durch die »verdammte Technik« verschuldet, sondern durch den Umstand, daß in der bestehenden Gesellschaft der Privatnutzen und der Volksnutzen einander entgegengesetzt sind.

IV. »Oekonomik und Sozialistik«

1.

Man spricht zur Zeit viel von der »Notwendigkeit außerwirtschaftlicher Zielsetzungen«, »von metaökonomischen, sozial-ethischen Zwecken, denen die Wirtschaft dienen soll«.

Danach könnte man meinen, daß soziale Zwecke etwa gegen die Anforderungen der Wirtschaft durchzusetzen wären. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wird den Anforderungen der ökonomischen Rationalität entsprochen, so werden damit zugleich soziale Zwecke erreicht.

Erörterungen über außerwirtschaftliche Zielsetzungen tauchen um so öfter auf und wuchern um so mehr, je mehr man aus unsozialen Beweggründen, Profitmotiven, gegen die wirtschaftlichen Gesetze verstößt, je mehr der normale Verlauf der Wirtschaft durch unsoziales Verhalten der Wirtschaftslenker gestört wird. Werden die ökonomischen Gesetze befolgt, so kann Wohlstand für alle ohne »außerwirtschaftliche Zielsetzungen« erreicht werden. Um die Oekonomie zu »moralisieren«, bedarf es keiner »materiellen Opfer« seitens der Gesellschaft.

Je älter der Kapitalismus, um so mehr fallen kapitalistische Rentabilität und ökonomische Rationalität auseinander. Mit der Rationalität der Wirtschaft (sozialistische Planwirtschaft) wird zugleich auch deren Moralität wiederhergestellt.

2.

»Nationalökonomik und Sozialistik sind« — sagt Hans *Honegger* — »zwei wesentlich verschiedene Wissenschaften. Der letzte Leitbe-

griff der Nationalökonomik ist die Produktivität oder Marktergiebigkeit; der letzte Leitbegriff der Sozialistik ist die wirtschaftliche Gerechtigkeit, oder die gerechte Güterverteilung.« Die Sozialisten überschätzen weitgehend die »Verteilungslehre im Vergleich zu der Produktionslehre«[9].

Nun läßt sich die größte Produktivität gerade bei »gerechter Verteilung« erreichen. Ist es doch die »ungerechte Verteilung«, die Einengung der Kaufkraft der Massen, die die vielen faux frais der kapitalistischen Wirtschaft verursacht.

Nur bei gerechter Verteilung des Sozialproduktes stimmt die Konsumkraft mit der Produktivkraft überein. Und nur wenn dies der Fall ist, setzt sich technischer Fortschritt in einen wirtschaftlichen um.

Und so kommt Honegger schließlich selber zu der Erkenntnis, daß »tiefer gesehen Produktivität und Soziabilität doch zusammenfallen«[10].

»Gerechtigkeit deckt sich mit wirtschaftlicher Vernunft« (J. Mussard).

---

[9] H. Honegger. Volkswirtschaftliche Gedankenströmungen, Systeme und Theorien der Gegenwart. Karlsruhe 1925, p. 85.
[10] Ibid., p. 91.

VIERTER TEIL

A. Das letzte Stadium des Imperialismus

I. Die faschistische Aera

1.

Es gibt nicht verschiedene Imperialismen, wie Schumpeter annimmt[1], sondern nur einen durch die Eigenart der profitorientierten Wirtschaft (resp. durch deren faschistischen Rettungsversuch) verursachten Imperialismus. Der Begriff Imperialismus ist ein historisch ökonomischer, kein allgemein ökonomischer. Nur in der kapitalistischen resp. faschistischen Wirtschaftsverfassung gibt es einen Imperialismus. Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung macht der Imperialismus jedoch *mehrere Stadien* durch.

Bei den imperialistischen Bestrebungen des aufsteigenden Kapitalismus handelte es sich um *Absatzmärkte* und *Kapitalanlagesphären*. In diesem Stadium hat die kapitalistische Wirtschaft nämlich im Mutterlande selbst noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Nur für die überschüssigen Waren und überakkumulierten Kapitalien müssen zusätzliche Märkte bezw. Anlagesphären in Kolonialländern gesucht werden. Der Imperialismus spielt hier nur die Rolle eines entspannenden Ventils, das den überschüssigen Dampf aus dem Kessel entfernt.

Anders im absteigenden Kapitalismus. Hier sind weitere Entwicklungsmöglichkeiten für die kapitalistische Wirtschaft bereits erschöpft. Es handelt sich nicht mehr um periodisch überwindbare Krisen, sondern um eine permanente Krise. Diese Krise kann nur auf sozialistischem Wege, durch Aenderung der Gesellschaftsordnung überwunden werden. —

Die permanente Krise machte sich bald nach dem ersten Weltkrieg fühlbar. Die politische und wirtschaftliche Situation war überall gespannt. Sie war jedoch in verschiedenen Staaten nicht ganz die gleiche. Die Herrschaft der Bourgeoisie war nicht in allen Ländern im selben Maße gefährdet. In den Siegerländern blieb die Autorität der herrschenden Klasse vor den Massen eher erhalten. In den besiegten Ländern (Deutschland und Oesterreich) und in den zur Siegergruppe gehörenden, aber bei der Verteilung der Beute benachteiligten Staaten (Italien, zum Teil auch Japan) hingegen wurde die Autorität der

[1] J. Schumpeter. a.a.O.

herrschenden Klasse erschüttert. In diesen Ländern war die Unzufriedenheit der Massen und die revolutionäre Gärung tiefer und anhaltender[2]. Diesen Ländern bot sich jedoch ein »Ausweg« aus der Krise durch Entfesselung imperialistischer Konflikte. Nun geht aber eine Gesellschaftsformation nie unter und eine herrschende Klasse kapituliert nie, bevor sie nicht alle vorhandenen Möglichkeiten, sich zu behaupten, ausgeschöpft hat.

Der Imperialismus der früh- und hochkapitalistischen Zeit bescherte den einen Staaten viele, den anderen wenige Kolonien. Der erste Weltkrieg teilte die Mächte in Sieger und Besiegte. Und so erblickten die besiegten bezw. in kolonialer Hinsicht »nicht gesättigten« Staaten einen Ausweg aus der spätkapitalistischen Krise im Streben nach Erfüllung der bisher nicht erfüllten imperialistischen Wünsche, nach einem »siegreichen imperialistischen Krieg«, einem Sieg der »hungrigen über die saturierten Mächte«.

Eine weitere Expansionsmöglichkeit schien sich diesen Staaten zu bieten anläßlich der sozialen Umwälzungen in Rußland. Das Land, in welchem sich die Wirtschaftsverfassung bereits gewandelt hatte, die Produktionsmittel sozialisiert wurden, konnte zwar den Auftrieb zu einer Revolution in Westeuropa geben. Dieser revolutionäre Gefahrenherd bot aber andererseits den gewünschten Vorwand für eine bewaffnete Intervention. Die Intervention konnte als eine »Mission« mit der Losung »Bekämpfung des Bolschewismus«, »antibolschewistischer Kreuzzug« aufgezogen werden. Und die Interventionsgelüste waren um so größer, die »Mission« schien um so lohnender, als das sozialisierte Land über begehrenswerte Rohstoffe verfügt und obendrein zu einem gefährlichen wirtschaftlichen Konkurrenten der westeuropäischen Länder werden könnte[3].

Die imperialistische »Lösung« bot der sozialen Oberschicht die Möglichkeit, der sozialistischen Lösung vorzubeugen, einer Aenderung der Gesellschaftsordnung auszuweichen und sich der Expropriation zu entwinden. Der Großgrundbesitz, die Schwerindustrie und die Hochfinanz konnten sich aus dem innenpolitischen Konflikt in einen außenpolitischen retten. Ein Sieg über den außenpolitischen Feind bedeutete zugleich einen Sieg über den innenpolitischen.

[2] E. Varga. 20 Jahre Kapitalismus und Sozialismus. Strasbourg 1938, p. 214.

[3] Nicht umsonst wird in der Sowjetunion der Krieg mit Deutschland als ein »Bürgerkrieg« und die Verteidigung als eine »Polizeiaktion« aufgefaßt. (Bericht Anthony Edens nach einem Besuch in Rußland. Neue Zürcher Zeitung. 6. I. 42.).

Die expansionspolitische »Lösung« war auch durch den Umstand begünstigt, daß die Ursache der sozialen Unzufriedenheit, die Faktoren, die die innenpolitische Krise bewirkten — stillgelegte Betriebe und riesiges Arbeitslosenheer —, zugleich die beiden Vorbedingungen für imperialistische Abenteuer bilden. Die großen unausgenutzten Produktionskapazitäten und die vielen arbeitsuchenden Hände sind ja für Ausbau von Rüstungen, für kriegerische Auseinandersetzungen unerläßlich.

In der verstärkten Aufrüstung bot sich gleichzeitig ein willkommenes Mittel dar, um die Wirtschaft aus der Lethargie zu befreien: die stillstehende Maschinerie in Bewegung zu setzen, insbesondere aber das große Heer der Unzufriedenen, aus ihrem Geleise herausgeschleuderten Erwerbslosen zu beschäftigen und zu beschwichtigen.

War der Imperialismus einst ein »Ausweg« aus den periodischen Wirtschaftskrisen, so sollte er jetzt ein »Ausweg« aus der permanenten Wirtschaftskrise werden, zugleich aber auch ein »Ausweg« aus der Revolution, die die permanente Krise zwangsläufig auslösen müßte. War also die imperialistische Expansion einst eine Flucht aus der *wirtschaftlichen* Krise, so wurde sie nun auch eine Flucht aus der *politischen* (innenpolitischen) Krise.

Durch Zuspitzung nationaler Konflikte wurden soziale Konflikte in den Hintergrund gerückt. Der Linksbewegung trat eine Rechtsbewegung entgegen. Das Dasein des morschen Wirtschaftssystems wurde verlängert[4].

2.

Jede Politik hat ihre Logik: Da die sozialistische Umgestaltung nur solange vertagt werden kann, solange immer neue außenpolitische Erfolge aufgewiesen werden, so muß eine faschistische Regierung für rasch aufeinander folgende außenpolitische Sukzesse Sorge tragen. Und ein diktatorischer Staat, der die ganze Volkswirtschaft den Kriegsbedürfnissen unterordnet, die Kräfte der Nation für imperia-

[4] Der Ausweg, für den sich die soziale Oberschicht der »hungrigen« Staaten entschied, half zuerst auch der Oberschicht in den »saturierten« Staaten, sozialer Neugestaltung auszuweichen. Das Vorhandensein des autoritären Regimes in der Nachbarschaft genügte, um die unteren Schichten in den demokratischen Staaten in Schach zu halten. Denn erstens war hier die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiter unvergleichlich besser als unter der Herrschaft des Faschismus, ferner half die Zusammenballung der nationalen Kräfte wegen der Gefahr nach außen, die Widerstände im Innern niederzuhalten.

listische Zwecke jahrelang aufs höchste anspannt, kann für den Krieg besser ausgerüstet sein als ein demokratischer Staat, der gewisse Freiheiten des Volkes nicht antasten will.

Es sollte eigentlich nicht verwundern, wenn ein diktatorischer Staat auf dem Kriegsfelde zunächst Siege über die demokratischen davonträgt. Siege faszinieren aber, Siege — es mögen lauter Pyrrhussiege sein — rufen Bewunderung der großen Masse hervor. Erfolge, selbst wenn sie sich im Endergebnis als Scheinerfolge herausstellen sollten, blenden leider die so zahlreichen unkritischen Geister. Die Verblendung der Urteilsunfähigen wächst, die Schicht der Oppositionellen, ohnehin dezimierten, wird dünner. Nur charaktervolle, schärfer denkende Persönlichkeiten mit eigenem tieferem Orientierungsvermögen halten stand. Die Opposition kann gewaltsam unterdrückt werden. Der Feind im Inneren wird zum Verstummen gebracht. Der anfänglich von Faschisten befürchtete und von Sozialisten erhoffte »Zweifrontenkrieg« bleibt aus, die Front im Inneren versagt[5].

Nichts bringt so viel Erfolg wie Erfolg. Erfolge berauschen nicht nur die Massen, sondern auch die Führer. Je größer die Erfolge, desto kühner die Vorhaben. War es zuerst die unsichere Machtposition im Inneren, die die Diktatoren zu immer brüskerem Auftreten in der Außenpolitik aufpeitschte, so sind es nachher die Erfolge. Im Taumel der Erfolge läßt man sich zu immer dreisterem Auftreten hinreißen. Den anfänglich berechtigt scheinenden nationalen Forderungen folgen nach und nach *kühne Hegemoniepläne* — Hegemonie über Europa und zuletzt über die ganze Welt. Es geht nicht mehr um Neuaufteilung der Welt, sondern um deren Beherrschung, um Herrschaft über die ganze Erde und alle Meere!

Was eine noch so ausschweifende Phantasie nicht auszudenken vermochte, das wurde in der Weltpolitik zur Realität. »Wer hat verwegenere Phantasie« — fragt ein Journalist — »wir oder die Staatsmänner?« »Selbst die Phantasiebegabtesten unter den Journalisten

[5] Hinzu kommt, daß durch die Aufrüstung und Mobilisierung das große ausgehungerte Arbeitslosenheer wieder in den Produktions- resp. Kriegsapparat eingegliedert werden konnte. Menschen aber, die jahrelang unter der schweren Geissel der Erwerbslosigkeit gelitten und keinen Ausweg aus ihrer Lage wußten, sind jede Gesellschaftsordnung zu loben geneigt, die dieses soziale Uebel beseitigt, mit welchen Mitteln es auch sei. — Mit Recht schrieb die Sozialistische Partei der Schweiz an den Bundesrat: »Arbeitsbeschaffung ist ein ebenso wichtiger Teil der Landesverteidigung wie der Ausbau der militärischen Sicherheit.« (Eingabe vom 7. VI. 39). — Eine Riesenarmee von Arbeitslosen ist immer eine Gefahr für den Bestand der Demokratie.

haben während der letzten Monate nie mit dem tatsächlichen Gang der Ereignisse Schritt zu halten vermocht[6].«

II. Universeller Krieg

1.

Wird nicht auf sozialistischem, sondern auf imperialistischem Wege ein Ausweg aus der Dauerkrise des Spätkapitalismus gesucht, so wird rasend gerüstet. Zumal im modernen Krieg dem produktionellen Uebergewicht, der Suprematie in der Erzeugung von Kriegsmaterial bei militärischen Entscheidungen eine ausschlaggebende Rolle zukommt.

Zuerst werden die brachliegenden, von der Friedensindustrie nicht in Anspruch genommenen Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte für Rüstungszwecke mobilisiert. Sodann entzieht der kriegswirtschaftliche Sektor Sachgüter und Arbeitskräfte dem friedenswirtschaftlichen. Die Friedensindustrie wird immer mehr an die Wand gedrückt. Der produktive Sektor, in welchem das Realeinkommen des Volkes erzeugt wird, schrumpft zugunsten des unproduktiven zusammen. Die gesamte Wirtschaft wird dem einen Ziel, dem imperialistischen Krieg untergeordnet. Die toten Kosten feiern Orgien.

Verschlingen die Kriegsrüstungen riesige Summen und sind alle Reserven bereits aufgebraucht[6a], so werden Ueberfälle auf Nachbarländer nicht nur zu einer politischen resp. strategischen, sondern zu einer *ökonomischen* Notwendigkeit. Die Beute des Ueberfalls soll die toten Kosten decken.

Je mehr ein Land verarmt, um so stärker das Streben durch Eroberung fremder Territorien das Manko zu decken, die Lücken zu stopfen. Da es an allem fehlt, weder unabsetzbare Ware noch überschüssige Kapitalien nunmehr vorhanden sind, so werden nicht — wie einst im aufsteigenden Kapitalismus — fremde Arbeitsmärkte und Kapitalanlagesphären, sondern fremde *Rohstoffquellen, Lebensmittelkammern* und *Goldvorräte* begehrt.

Sucht sich ein Staat durch außenpolitische Aktionen neue Wirt-

[6] »Weltwoche«, Zürich. 8. X. 1940.

[6a] Die beiden Diktaturen, die deutsche und die italienische, haben zunächst die Goldbestände ihrer Nationalbanken, dann die Gelder der anderen Banken und Versicherungsgesellschaften, die Sparguthaben, die Judenvermögen und zuletzt das Kapital überhaupt bis auf wenige Reste aufgebraucht.

schaftssubstanz anzueignen, kommt es also bei manchen Kriegsaktionen auf Requisitionen an, so braucht das Opfer des Ueberfalls nicht wie ehedem ein kapitalarmes, erst wirtschaftlich zu erschließendes Kolonialland zu sein. Im Gegenteil, ein wohlhabendes Nachbarland wird vorgezogen. Ist doch die Kriegsbeute um so üppiger, je reicher das überfallene Land ist.

2.

Verwegene kriegerische Aktionen müssen einmal ins Stocken geraten. Um vorzubeugen, daß sich die Kriegsaktionen festfahren, sind die faschistischen Staaten stets auf der Suche nach neuen Verbündeten. Dies um so mehr, als die angegriffenen resp. überfallenen, aber noch nicht unterjochten demokratischen Staaten durch die Ereignisse der letzten Jahre belehrt, sich (gleich der Sowjetunion) mit Zähigkeit wehren.

Immer neue Länder werden in den Krieg hineingezogen. Der Krieg wird mehr und mehr ausgeweitet, er wird universal. Der »Blitzkrieg« artet in einen Ermattungs-, Abnutzungskrieg aus. Es wird nicht mehr um Machtverschiebungen gekämpft, sondern ums Dasein überhaupt. Es geht auf biegen und brechen. Totaler Sieg oder totaler Untergang. Die Völker verbluten physisch und wirtschaftlich.

In diesem Stadium führt der Imperialismus zum Ruin aller Kulturländer, treibt zivilisierte Völker dem Verderben entgegen. Er gefährdet das Riesengebäude Jahrtausende alter Kultur und droht die Welt in ein neues barbarisches Zeitalter zu stürzen. Technischer Fortschritt, der der Menschheit zum Segen gereichen konnte, wird ihr zum Unheil.

Dies ist das *letzte Stadium* des Imperialismus.

War der Imperialismus einst der Inbegriff des politischen Ausdehnungsstrebens der aufblühenden kapitalistischen Welt, so ist er nun der Inbegriff der Verzweiflungspolitik des untergehenden Kapitalismus. Entstanden seine Eroberungsziele einst aus Blutfülle, so entstehen sie jetzt aus Erschöpfung.

Der aufsteigende Kapitalismus ist konstruktiv, der absteigende destruktiv. Der aufsteigende Kapitalismus bringt Wohlstand, der absteigende zerstört ihn. Hier ist die *objektive Grenze* des Fortbestehens des Kapitalismus (resp. Faschismus) gegeben. Dies ist der Schluß der geschichtlichen Laufbahn dieser Gesellschaftsordnung.

III. Die soziale Oberschicht

1.

Die demokratischen Staaten hätten zwar mit vereinigten Kräften von Anfang an der faschistischen Offensive erfolgreich Widerstand leisten können. Unterstützt von der Sowjetunion, wären sie imstande gewesen, den Faschismus im Keime zu ersticken. Mit der Sowjetunion eine Allianz zu schließen und dem Faschismus den Garaus zu machen, schien jedoch damals nicht im Interesse des Finanzkapitals, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes zu sein. Zumal das Finanzkapital international und die Hochfinanz der demokratischen Staaten mit derjenigen der faschistischen eng verflochten ist, die Oberschicht der Westmächte also unter der Maske der Demokratie zum Teil selber faschistisch ist oder noch vor kurzem war. Und so wurde in diesen Kreisen nicht eine Allianz mit der Sowjetunion gegen das Hitlerregime erstrebt, sondern eine bewaffnete Intervention dieses Regimes gegen die Sowjetunion. Daher fehlte der Politik der Westmächte lange Zeit klare zielsichere Entschlossenheit. (Zwecks Schwächung Rußlands wurde sogar eine Remilitarisierung Deutschlands geduldet.) An dem Interessenzwiespalt scheiterten alle Aktionen. Die zaghafte Haltung ermutigte die Aggressoren.

Die besitzenden Klassen der demokratischen Staaten, die durch Klasseninstinkte geleitet Komplizen der begüterten Schichten der faschistischen Staaten wurden und die Sowjetunion zuerst brüskierten, sind nun in den besetzten Gebieten samt den Besitzlosen zu Unterjochten geworden. Und der politischen Depossedierung folgt nach und nach die ökonomische. Die Oberschicht, die sich noch vor kurzem gegen jede Konzession zugunsten der unbemittelten Volksgenossen sträubte und im Faschismus ihre Rettung sah, muß sich nun mannigfache Expropriationen seitens der faschistischen Mächte gefallen lassen[7]. Und so geschah die weitgehende Nivellierung der Klassenunterschiede in den besetzten Gebieten nicht, indem die Lebenslage der Besitzlosen gehoben, sondern indem die Lebensverhältnisse eines

---

[7] Ueber »ein der Gründe, die zum Zusammenbruch des französischen Widerstandes führten«, schrieb der Kriegskorrespondent des »Daily Expreß«, Sefton Delmer, was folgt: Die »begüterten Kreise in Frankreich ... hätten, da sie um ihre Besitztümer in Paris und auf dem Lande bangten, ganz Frankreich dem Feinde ausgeliefert, um sich den ungestörten Genuß ihres Reichtums zu sichern.« »Fast alle Beobachter der Vorgänge auf dem französischen Kriegsschauplatz er-

großen Teils der vorher Besitzenden auf ein proletarisches Niveau herabgedrückt wurden.

Aber auch in den faschistischen Staaten ist die begüterte Klasse nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen. Denn erstens muß ihr Vermögen zur Deckung der riesigen Kriegskosten herangezogen werden. Ferner fand beim faschistischen Umschwung eine teilweise soziale Umschichtung statt, indem geltungsbedürftige Individuen aus anderen Gesellschaftsschichten ans Ruder gelangten.

Eine dünne Oberschicht verstand zwar sowohl in den faschistischen Staaten wie auch in den besetzten Ländern, ihr Eigentum zu retten[8]. Aber auch dieses Eigentum wird mehr und mehr gefährdet, und die dünne Oberschicht wird in beständigem Zittern um ihre Habe gehalten (Nervenkrieg)[8a].

»Die Aufrichtung der faschistischen Diktatur bedeutet eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Lager der herrschenden Klassen selbst. Es herrscht nicht mehr die ganze Bourgeoisie, nicht einmal die ganze Großbourgeoisie, sondern es besteht eine Diktatur der am meisten reaktionären und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals über das ganze Volk[9].«

2.

Vor die Wahl gestellt, Demokratie, Rechtsstaat, internationale Friedensordnung und Menschlichkeit zu behalten, dagegen die kapitalistischen Gewinnmöglichkeiten und die gesellschaftliche Machtstellung zu verlieren, würden sich die oberen Schichten unbedenklich dafür entscheiden: die »liberalistischen« Ideale zu opfern und sich den Profit zu sichern[10]. Was zur Wahl vorlag, war jedoch durchaus

teilen den Frontsoldaten und der einfachen französischen Bevölkerung das höchste Lob, meistens im Gegensatz zu dem, was von der Haltung der französischen Oberschicht gesagt wird.« (Neue Zürcher Zeitung. 27. VI. 1940). — Einflußreiche Magnaten der französischen Schwerindustrie und Hochfinanz, deren traditionelles Programm eine deutsch-französische Industrieentente war, erstreben auch jetzt noch eine Zusammenarbeit mit Deutschland. Und dies ist bezeichnend. — »Der Eigennutz der Menschen wächst wie das Quadrat des persönlichen Eigentums, über das sie verfügen.« (J. Mussard).

[8] Trotz der Dividendenbegrenzung werden auch in den Diktaturstaaten die unglaublichsten Kriegsdividenden, Milliarden von Gewinnen verteilt. (Vergl. Agenzia economica finanziara. 1942).

[8a] Man denke auch an die Zerstörungen durch den Luftkrieg, an die Ausradierung ganzer Städte und Vernichtung jedes Wohlstands.

[9] E. Varga. a.a.O., p. 216.

[10] H. Kramer. Rote Revue. Zürich 1941, p. 293.

nicht so eindeutig. Freilich standen die oberen Schichten einer autoritären Neuordnung von Staat und Gesellschaft mit unverhohlenem Wohlwollen gegenüber, dennoch hegten sie gegen das faschistische Regime manches Bedenken.

Daß die bürgerliche Demokratie eine sicherere und billigere Herrschaftsmethode ist, dies war der sozialen Oberschicht nicht unbekannt. Daß dem Faschismus kaum gelingen werde, den Kapitalismus auf die Dauer zu retten, daß er bestenfalls nur den Sozialismus hinausschieben könne, auch dies dürfte den Einsichtigeren in den besitzenden Schichten von Anfang an klar gewesen sein. Deshalb wandte sich das Großkapital, obwohl es im Spätkapitalismus »im allgemeinen antidemokratisch und reaktionär ist«, im eigenen Lande »nur zögernd und nur dort und dann zum Faschismus, wo und wann die bürgerliche Demokratie seine Herrschaft nicht weiter sichern« konnte[11]. Der Faschismus war für das Kapital, wie es scheint, »das kleinere Uebel«. Im Faschismus bot sich ihm der letzte Ausweg, die historisch letzte Form seiner Herrschaft.

[11] E. Varga. a.a.O., p. 214.

B. Konzentration und Akkumulation

I. Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung

1.

Die Marxsche Akkumulations- und Konzentrationstheorie wurden bisher in dem Sinne verstanden, daß, wenn diese Theorien zutreffen sollten, der Entwicklungsgang der kapitalistischen Wirtschaft durch folgende Momente gekenzeichnet werden müßte:

1. unaufhaltsame und nahezu restlose Ersetzung traditioneller Technik durch rationelle, Maschinisierung nicht nur der Industrie sondern auch der Landwirtschaft, fortschreitendes Aufsaugen kleiner und mittlerer Unternehmungen durch große oder gar der großen durch wenige Riesenunternehmungen;

2. gewaltige gesellschaftliche Umschichtung: nachhaltige Schrumpfung der Mittelschichten und Zunahme des Proletariats;

3. weitgehende Industrialisierung der Agrarstaaten, Durchkapitalisierung des nichtkapitalistischen Raumes in beschleunigtem Tempo, und was das wichtigste ist,

4. wachsende *Kapitalsättigung.*

Man erwartete also im Endergebnis der kapitalistischen Entwicklung: eine mehr oder weniger lückenlose Erschließung des nicht kapitalistischen Raumes, Beseitigung nahezu aller Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen, großzügige Auswertung moderner technischer Errungenschaften, eine viel größere Konzentration und Zentralisation der Produktion, weitgehende Aenderung der sozialen Pyramide (Verschwinden des Mittelstandes) und vor allem zunehmenden Kapitalüberfluß.

Konsequenterweise dachte man: So lange es Länder gäbe, in denen der Kapitalismus noch nicht Fuß gefaßt hat, oder deren kapitalistische Entwicklung noch nicht weit genug fortgeschritten ist, sei ein Zusammenbruch des Kapitalismus nicht unvermeidlich. Erst nach der Durchkapitalisierung des nicht kapitalistischen Raumes käme die Katastrophe.

Der tatsächliche Entwicklungsverlauf differiert nicht unerheblich von dem vorausgesagten.

2.

Unter welchen Voraussetzungen würden sich die Voraussagen und Annahmen verwirklicht haben?

Das Vorausgesagte würde zutreffen, wenn die Drosselung des Massenkonsums und Forcierung der Akkumulation nicht die ungeheuren Spannungen und sprengenden Kräfte erzeugen würden, welche kumulativ wirkende Störungen im ökonomischen und politischen Leben hervorrufen. Das Vorausgesagte würde sich also verwirklicht haben, wenn die dem arbeitenden Volke vorenthaltenen Werte nicht in Form von faux frais vergeudet werden müßten.

Wenn es an Nachfrage nicht fehlen würde oder wenn es möglich wäre, die gesellschaftliche Produktion unbekümmert um die Nachfrage stets optimal zu halten, so würden kleine und mittlere Betriebe mit veralteten Arbeitsinstrumenten und überkommenen Erzeugungsverfahren längst und spurlos von der Bildfläche der Erde verschwunden sein. Nur moderne wirksame Produktionsmethoden fänden Anwendung; lauter Groß- und Riesenbetriebe würden den Markt versorgen.

Der Rationalisierungsprozeß würde von den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern bald auf die zurückgebliebenen übergreifen. Ein mächtiger Kapitalstrom würde sich über diese Länder ergießen, und dieses Kapital könnte reibungslos produktiv und rentabel angelegt werden. Die kapitalistische Durchdringung des nichtkapitalistischen Raumes würde trotz der mannigfachen kulturellen und politischen Hindernisse, die in rückständigen Ländern zu überwinden sind, bald ihrer Vollendung nahen. Das sieghafte Kapital könnte auf staatliche Macht- und Zwangsmittel verzichten, wie dies seinerzeit der Liberalismus erhofft hat.

Solch ein friedlicher »Imperialismus« würde auch zu einer wirksamen Krisenprophylaxe. Bis zur Durchkapitalisierung des nichtkapitalistischen Raumes würden die periodischen Krisen ausbleiben. Die kapitalistische Wirtschaft würde nur eine Aufwärtsbewegung, aber kein Hinundherpendeln kennen.

Das kolossale tote Kostengewicht, das auf der bestehenden Wirtschaft lastet, würde ausbleiben. Das Kapital könnte sich rasch vermehren und eine Kapitalsättigung nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in dem bisher nichtkapitalistischen Raume bald eintreten. Der Kapitalismus würde erst nach der Durch-

rationalisierung des ganzen Erdenrunds, nach der Nivellierung der Kapitalversorgung aller Herrenländer, nach der Erreichung des Nullpunktes im Gefälle des Kapitalzinses aller Teile unseres Planeten ein Ende finden.

Ein solcher »Kapitalismus« würde in relativ kurzer Zeit seine »historische Mission« erfüllt haben. Die ungeheuren ökonomischen, sozialen und politischen Spannungen und in deren Gefolge die in beschleunigtem Tempo wachsenden toten Kosten vereitelten die Erfüllung dieser »Sendung« des Kapitalismus.

3.

Der antagonistische Charakter der kapitalistischen Wirtschaft, der ein wachsendes Auseinanderklaffen der Produktiv- und Konsumkraft der Völker verursacht, wirkte sich in einer eigenartigen Weise »dynamisch« aus. Aus sich selbst erzeugte er *retardierende Kräfte,* welche gegen die progressiven arbeiteten. Die retardierenden, zuwiderlaufenden Kräfte lenkten die tatsächliche Kurve der kapitalistischen Entwicklung von der vorausgesagten ab.

Die Drosselung des Konsums zugunsten der Akkumulation und die dadurch verursachten Spannungen und Störungen übten einen lähmenden Einfluß auf die ökonomische Entwicklung aus, ließen eine vollkommene Wandlung der Wirtschaftsstruktur entsprechend den Erfordernissen der modernen Technik und den Produktionsmöglichkeiten nicht zu.

Sie hemmten restlose Beseitigung veralteter Produktionsmethoden, behinderten schnelle und allgemeine Auswertung neuer technischer Errungenschaften (in der Friedensindustrie) und verlangsamten die Konzentration der Produktion. Sie hemmten die gesellschaftliche Umschichtung, indem sie Reste des alten Mittelstandes (Kleinproduzenten und -Händler) konservierten[1], einen neuen unproduktiven Mittelstand (Agenten, Vertreter, Reisende etc.) künstlich züchteten und die Zahl der beschäftigten Arbeiter reduzierten. Sie hemmten die restlose Beseitigung der freien Konkurrenz durch monopolistische Unter-

[1] Furcht vor dem Schicksal des besitzlosen Arbeiters oder gar vor dem Dasein des Arbeitslosen treibt Kleinbauernsöhne dazu, um jeden Preis Boden zu erwerben, und Kleinbürgersöhne, im überlebten Handwerk oder übersetzten Detailhandel Zuflucht zu suchen. Daß sich so viele kleine und mittlere Betriebe erhalten haben, erklärt sich nicht so sehr durch technische Zweckmäßigkeit, als vielmehr durch soziale Zwangslage.

nehmerzusammenschlüsse, behinderten also die Entwicklung von der Konkurrenz zum Monopol.

Ueberdies bremsten sie die Akkumulation, ebenso wie die Ausbreitung des Kapitalismus im nichtkapitalistischen Raume und führten letzten Endes statt Kapitalsättigung eine *Kapitalaufzehrung* herbei.

Das unersättliche Profitstreben hatte wachsende tote Kosten zur Folge. Das zuerst langsame Wachstum dieser Kosten wurde schneller und schneller und überholte nach und nach dasjenige der Akkumulation. Die überakkumulierten Kapitalien wurden durch die wachsenden toten Kosten mehr und mehr aufgebraucht. Die Durchkapitalisierung des nichtkapitalistischen Raumes nahm ein schleppendes Tempo an. Der Kapitalismus begann zu stagnieren, ohne daß die alten Industrieländer kapitalgesättigt worden wären und die industrielle Erschließung des nichtkapitalistischen Raumes sich ihrem Ende genähert hätte. Die Dauerkrise begann lange bevor alle Reste der vorkapitalistischen Wirtschaft beseitigt waren, bevor »die kapitalistische Produktion zur einzigen und ausschließlichen in sämtlichen Erzeugungsgebieten und Ländern« geworden war.

Exkurse

1.

»Der Prozeß der ,Durchkapitalisierung des vorkapitalistischen Raumes' steht« — schreibt Alfred *Braunthal* — »erst ganz im Anfang. Wirklich kapitalistisch ... ist bis heute nur, rein räumlich gesehen, ein verschwindend kleiner Teil der Erde organisiert. ... Forschen wir aber nach den Ursachen für die erstaunliche Langsamkeit des Durchkapitalisierungsprozesses, so können wir ... feststellen, daß im Verhältnis zum Durchkapitalisierungsbedarf dieser Gebiete *viel zu wenig Kapital* für die Anlage auf dem äußeren Markt zur Verfügung steht. Die Vorstellung, daß die kapitalistische Welt an Kapitalüberfluß ... erstickt, ist für alle absehbare Zeit vollständig imaginär. Vorläufig können wir nur beobachten, daß die Welt an einem ungeheuren Kapitalmangel leidet[2].«

An der »erstaunlichen Langsamkeit« des Durchkapitalisierungspro-

[2] A. Braunthal. Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze. Berlin 1930, p. 165 f.

zesses ist nicht ein Mangel an Kapital, sondern an Verbrauch schuld. Fehlt es an Nachfrage und ist der Weltmarkt nicht aufnahmefähig, so muß die Rationalisierung wirtschaftlich rückständiger Gebiete trotz Kapitalfülle ein langsames Tempo haben. Das Kapital kann trotz vorhandener volkswirtschaftlicher Aufgaben nicht angelegt werden.

Wenn aber rentable Anlagen für den angesammelten Mehrwert fehlen, so bleibt das brachliegende Kapital *nicht intakt*. Denn die Ueberakkumulation — die Spannung zwischen der technisch notwendigen und der tatsächlichen Akkumulation — ruft tote Kosten hervor. Und da diese Spannung mit technischem Fortschritt zunimmt, so sind die toten Kosten, die das akkumulierte Kapital absorbieren, in Steigen begriffen. Zumal die Ueberakkumulation kumulativ wirkende Störungen herbeiführt.

Ergab sich im aufsteigenden Kapitalismus immerhin ein Gewinnsaldo, so ergibt sich im abtseigenden Kapitalismus ein Verlustsaldo. Zehrten die toten Kosten im Hochkapitalismus nur am Kapitalüberschuß, so zehren sie im Spätkapitalismus auch am Kapitalstock selber.

Die Durchkapitalisierung des vorkapitalistischen Raumes kann der Kapitalismus nicht mehr vollenden. Die Aufgabe, die Produktion in wirtschaftlich rückständigen Ländern zu rationalisieren, wird schon dem Sozialismus zufallen müssen.

Es ist irrig, zu meinen, daß Ueberakkumulation einfach eine Anhäufung anlagesuchender Kapitalien bedeute, zu denen man jederzeit nach Belieben greifen könne, um die Produktion zu rationalisieren. Ueberakkumulation stellt vielmehr eine *dynamische Kraft* dar, eine Kraft, die *zerstörend* wirkt.

Daher ist auch die Annahme nicht richtig, daß ein je späteres Alter der Kapitalismus erreiche, einen um so größeren Reichtum er hinterlasse. Wäre die wichtigste sachliche Voraussetzung des Sozialismus die Kapitalsättigung, wie Schumpeter glaubt[3], so würde der Sozialismus nie verwirklicht werden können.

Worauf es ankommt, ist nicht die Menge des angehäuften Kapitals, sondern der Entwicklungsgrad der Produktionstechnik. Das menschliche Können, die Ergiebigkeit der Arbeit ist für die Wirtschaftsführung entscheidend[4]. Und in dieser Hinsicht hat der Kapitalismus seine historische Funktion erfüllt.

---

[3] J. Schumpeter. a.a.O., p. 297.

[4] »Die Produktivität der Arbeit ist schließlich das Wichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.« (Lenin.)

2.

»Die außerordentliche Mannigfaltigkeit und Vielgestaltigkeit der Konzentrationserscheinungen« verträgt nicht — schreibt Fritz *Hausmann* — »eine theoretisch so stark simplifizierende Lösung wie die ‚Unaufhaltsamkeitstheorie'« (Konzentrationstheorie)[5].

Die »außerordentliche Mannigfaltigkeit und Vielgestaltigkeit« der Konzentrationserscheinungen erklärt sich nicht allein durch technische oder organisatorische Notwendigkeiten, sondern vornehmlich durch die Hemmnisse, denen die Entwicklung der Produktivkräfte begegnet. Die Kleinhaltung des Konsums, die das Wirtschaftspotential nicht zur vollen Entfaltung kommen läßt, hemmt zugleich auch die Konzentration. Würde der Verbrauch mit der Erzeugung Schritt halten, so würde der Konzentrationsprozeß »unaufhaltsam und eindeutig« sein.

In manchen Fällen setzt sich die Konzentrationstendenz trotz der Hemmnisse schlecht und recht durch; in anderen Fällen wird die Konzentrationsbewegung durch die Hemmnisse aufgehalten[6], in noch anderen Fällen findet sogar ein Rückbildungsprozeß statt[7]. Die »unendliche Vielfältigkeit« ist also eine Folge der kapitalistischen Widersprüche, deren Wirkungen und Rückwirkungen und keinesfalls der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Im Gegenteil, sie ist eine volkswirtschaftlich schädliche Erscheinung. —

Gegen die Marxsche Konzentrationstheorie wendete seinerzeit Eduard *Bernstein* ein: Marx habe die eigentlichen Entwicklungstendenzen richtig dargestellt, nur seien von ihm die dieser Entwicklung zuwiderlaufenden Faktoren in seinen Schlußfolgerungen unberücksichtigt geblieben.

Bernstein kannte also bereits die hemmenden Faktoren, merkte nur nicht, daß diese Faktoren keine exogenen, sondern der Entwick-

---

[5] F. Haußmann. Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende. Basel 1940, p. 50.

[6] Die Konzentration wird häufig bewußt und planmäßig vereitelt. Um z. B. die Rationalisierung des Detailhandels durch Großbetriebe zu verhindern, wurden durch Kleinbetriebe »politische Bewegungen aufgezogen ... Ja, der Staatsapparat und die Verfassung wurden schließlich in den Dienst der Aufgabe gestellt, das zu verhindern, was volkswirtschaftlich eigentlich hätte gefordert werden sollen.« (E. Böhler und H. Dütschler. Allgemeine Grundsätze der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Zürich 1940, p. 72).

[7] In manchen Ländern ist es z. B. soweit gekommen, daß man Traktoren durch Pferdepflüge ersetzt, den Verbrauch von Kunstdünger einschränkt, anstelle komplizierter Maschinen Handarbeit verwendet. (Varga. a.a.O., p. 99).

lung immanenten, aus der Ueberakkumulation sich zwangsläufig ergebenden Kräfte sind. Es entging ihm, daß man es hier mit Rückwirkungen der Forcierung der Akkumulation auf Kosten des Konsums zu tun hat.

Die Feststellung der »zuwiderlaufenden Faktoren«, der Abweichungen von der allgemeinen Entwicklungsrichtung widerspricht der Akkumulations- und Konzentrationstheorie nicht, sondern bestätigt sie. —

Im Gegensatz zu Bernstein glaubt Rudolf *Hilferding* an die Möglichkeit einer weitgehenden Konzentration der Produktion. Er stellt sich den ideellen Endpunkt der kapitalistischen Entwicklung wie folgt vor: Die Konzentration der Erzeugung ist weit fortgeschritten, die Industrie lückenlos kartelliert. Das Generalkartell regelt bewußt die ganze Produktion, setzt die Preise fest und nimmt die Verteilung der Produkte vor. Die kapitalistische Wirtschaft wird zum Schluß zentral geleitet und planmäßig organisiert[8].

Auch bei dieser Voraussage wurde die Zwiespältigkeit des Entwicklungsganges außer acht gelassen. Es wurde übersehen, daß gerade mit der Konzentration des Kapitals, mithin der Macht in wenigen Händen die Spannung zwischen der Produktiv- und Konsumkraft des Volkes ungeheuer gesteigert wird und daß diese Spannung zerstörende Wirkung ausübt, immer wieder Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens hervorruft. Diese Erschütterungen hemmen den Konzentrationsprozeß und lassen eine lückenlose Kartellierung der Produktionszweige auf nationalem Boden, geschweige denn auf internationalem nicht zu. Die sich türmenden Kalamitäten komplizieren und desorganisieren die Volkswirtschaft. Alle Versuche, eine solche Wirtschaft zu ordnen und zu lenken, scheitern und müssen scheitern[9].

II. Faschismus, Konzentration und Akkumulation

I.

Die im Kapitalismus begonnene und bereits weit gediehene, aber gehemmte Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb und von der

[8] R. Hilferding. Das Finanzkapital. 2. Aufl., Wien 1920, p. 314 ff.

[9] Die Entwicklung bewegt sich in der Richtung der Monopole. Aber ein Weltmonopol kann nicht zustande kommen. Die zahlreichen »Monopole, die aus der freien Konkurrenz erwachsen, (schalten) diese nicht aus, sondern (existieren)

freien Konkurrenz zum Monopol setzt der Faschismus fort. Denn erstens hat er imperialitsische Kriege in großem Maßstabe zur Folge, überdies stellt er rücksichtslos die ganze Wirtschaft in den Dienst der Kriege. Kriege aber, die den fehlenden Verbrauch der Zivilbevölkerung durch den gewaltigen Verbrauch des Heeres ersetzen, schaffen die nötigen Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der in der spätkapitalistischen Dauerkrise verkümmernden Produktivkräfte. Kriege aktivieren die gesamte sonst gelähmte Wirtschaft.

Die alles verschlingende Kriegsindustrie zwingt zu wirtschaftlichen Höchstleistungen. Um einen Ausgleich für die unproduktive Verwendung zu finden, müssen alle verfügbaren Produktivkräfte angespannt, wirksamste Erzeugungsverfahren angewendet werden. Die Produktion wird normalisiert und typisiert; große Einheitsserien werden nach einheitlichen Methoden und Patenten erzeugt. Kleine und mittlere Betriebe in der Industrie und im Handel (zum Teil auch in der Landwirtschaft) werden ausgekämmt, Mittelschichten in das Proletariat hinabgeschleudert[10]. Die Konzentration der Produktion und Monopolisierung wird beschleunigt und bis zum äußersten getrieben[11].

Auch in den übrigen kriegführenden Staaten wird die Konzentration durch den Krieg mächtig gefördert. Da die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Kriege überbeansprucht wird, muß der Produktionsvorgang weitgehend mechanisiert werden.

Es bedurfte erst des zweiten Weltkrieges, des gewaltigen militärischen Verbrauchs, um die technisch seit langem gebotene, aber durch Drosselung des zivilen Verbrauchs hintangehaltene Konzentration der Produktion durchzusetzen. Der immense Konsum des mit moderner Technik geführten Weltkrieges, der die Ausmerzung der Unwirtschaftlichkeit notwendig machte, bewirkte die längst fällige Konzen-

darüber und daneben und (erzeugen) somit eine Reihe krasser und schwerwiegender Gegensätze, Reibungen und Konflikte.« (Lenin. Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Hamburg 1921, p. 90).

[10] Die »früher vertretenen Ansichten nationalsozialistischer Theoretiker, die den kleinen Bauer, den kleinen Handwerker, den kleinen Kaufmann, den kleinen Fabrikanten gegenüber dem Zugriff der Großen erhalten wollten«, haben entscheidende Aenderung erfahren. Heute herrscht »die Tendenz zur Vereinheitlichung und Zusammenlegung im Wirtschaftsrayon: nicht Kleinbetriebe, sondern Großbetriebe, nicht Kleinräume, sondern Großräume.« (A. S. Deutsche Großraumwirtschaft, Weltwoche. 15. V. 41).

[11] Die Konzentration auf wirtschaftlichem Gebiete wird von einer Konzentration auf politischem begleitet: Kleine Staaten werden durch große aufgesaugt; kleine schwache Staaten müssen sich militärisch starken beugen, wenigstens gefügige Mitläufer einer Großmacht werden. Die Eifersucht der Großen ist nunmehr kein Schutz der Kleinen.

tration der Produktion. Nachdem die riesigen Lücken im zivilen Konsum durch den militärischen Konsum ausgefüllt wurden, konnte in wenigen Jahren nachgeholt werden, was in vielen Jahrzehnten versäumt ward.

2.

War die Wirtschaft vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus durch große Lähmung gekennzeichnet, so ist sie es jetzt durch große Betriebsamkeit. Das Ergebnis ist aber noch schlechter, nämlich ständiger Rückgang des Ertrages des produktiven Wirtschaftssektors. War es vorhin die Weltwirtschaftskrise und in deren Gefolge die gewaltige Reduktion der Erzeugung, »Produktionssabotage« (Veblen), so ist es nun die gewaltige Kriegsrüstung, welche die Ueberakkumulation in eine Unterakkumulation verwandelt. Hat man vorhin die Produktion von Werten unterlassen, so hat man sich nun auf die Produktion von toten Werten verlegt.

Hinzu kommt, daß die faschistische Wirtschaftspolitik die Entwicklung der Produktivkräfte zwar in einer Hinsicht fördert, in einer anderen jedoch hemmt. Gewisse bereits früher entstandene Rückbildungstendenzen werden durch den Faschismus verstärkt.

Vor unseren Augen vollzieht sich zur Zeit eine Reagrarisierung der Industriestaaten, obwohl die Agrarstaaten in ihrem Ueberfluß an landwirtschaftlichen Rohstoffen ersticken; Exploitation unergiebiger Minen im Inlande, trotz reicher Bodenschätze im Auslande; Umstellung der gewerblichen Produktion auf Deckung des Inlandsbedarfes, trotz unbestritten größerer Produktivität der bereits erreichten hochdifferenzierten Arbeitsteilung zwischen den Nationen.

Statt wachsender Verflechtung einzelner Volkswirtschaften sehen wir — auch abgesehen von Kriegszeiten — zunehmende Abriegelung gegen außen, Rückentwicklung von der Weltwirtschaft zur mittelalterlichen Autarkie, Schrumpfung des Außenhandels, Lähmung des zwischenstaatlichen Kredites, Zerrüttung des internationalen Geldsystems und anderes mehr.

Trotz der Eingliederung aller untätigen Produktivkräfte in den Produktionsprozeß, trotz der Beschleunigung der Konzentration, trotz der Anwendung zum Teil wirksamerer Peduktionsverfahren, trotz Verlängerung der Arbeitszeit, Steigerung der Arbeitsintensität und Kürzung der Löhne trägt der Faschismus nicht zur Vermehrung, sondern zur Zerstörung des Kapitals bei. Die Kapitaldecke wird nicht größer,

sondern knapper. Von einer Kapitalsättigung entfernt man sich immer mehr.

Und so vollendet der Faschismus den Niedergang des Kapitalismus, ohne die Durchkapitalisierung des nichtkapitalistischen Raumes vollbracht zu haben. Nicht an einer Ueberakkumulationskrise, sondern an einer Erschöpfungskrise wird er schließlich zugrunde gehen.

Trotz des schwindelerregenden technischen Fortschrittes, trotz der märchenhaften Beherrschung der Naturkräfte und riesiger Steigerung der Arbeitsproduktivität, trotz des Triumphs des Menschen im Kampf mit der Natur wird der Kapitalismus letzten Endes statt Ueberfluß Mangel hinterlassen.

Der Faschismus verlängert das Dasein des Kapitalismus, bereitet ihm aber ein unrühmliches Ende.

III. Kulturkrise

Zuerst wurde die Entwicklung zum Wohlstand bloß gehemmt, sodann die weitere Entwicklung unterbunden, zum Schluß ein Rückbildungsprozeß eingeleitet. Dabei beschränkt sich die inverse Bewegung nicht nur auf die Wirtschaft, sondern greift auf das gesamte gesellschaftliche Leben über.

Die unter schweren Kämpfen in Jahrhunderten errungenen Freiheiten des Menschen, die elementaren Menschenrechte — Unantastbarkeit der Person, grundsätzliche Gleichstellung aller vor dem Gesetz, Rede-, Presse-, Versammlungs- und Niederlassungsfreiheit, freie Wahrheitsforschung — werden nun aufs schwerste bedroht. Der liberale Rechtsstaat zerfällt, die demokratischen freiheitlichen Fundamente des bürgerlichen Staates werden zerstört. Gleichzeitig vollzieht sich eine Rückbildung des Völkerrechts und der zwischenstaatlichen Gerichtsbarkeit.

Das geistige Leben verödet, man kehrt zu überwundenen Lebens- und Kulturformen zurück: Antiintellektualismus, Propagierung rücksichtsloser Gewaltanwendung und schrankenloses Triebleben. Es herrscht niedrige Gesinnung, Zynismus und Brutalität.

Gewaltsame Konservierung eines niedergehenden Wirtschaftssystems hat einen weltanschaulichen, geistigen und seelischen Niedergang zur Folge. Dies ist die Eigengesetzlichkeit des Geschehens.

Bevor der Kapitalismus den Schauplatz der Geschichte verläßt, zer-

stört er das Positive, das er geschaffen, und weswegen er trotz seiner Mängel mehrere Menschenalter geduldet worden ist.

IV. Hemmnisse der politischen Entwicklung

1.

Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung haben Hemmnisse der politischen zur Folge. Auch diese Hemmnisse sind bei der Einschätzung der Entwicklungstendenz von sozialistischer Seite nicht gebührend berücksichtigt worden.

Die *reformistischen* Sozialisten, die ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus erstrebten, setzten ihre Hoffnungen zum Teil auf Aktionen politisch organisierter Arbeiter, zum Teil auf Aktionen der Gewerkschaften (Theorie der sozialen Machtverhältnisse).

Die Anhänger dieser Richtung glaubten, daß die Gewerkschaften bessere und bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere aber wachsenden Einfluß der Arbeiterschaft auf die Wirtschaftsführung (»Wirtschaftsdemokratie«) durchzusetzen imstande sein würden.

Diese Richtung zog nicht in Betracht, daß das Kapital sich unvergleichlich leichter als die Arbeit organisieren läßt, daß, wenn auch im aufsteigenden Kapitalismus die Kräfte der organisierten Arbeiter absolut wachsen, sie relativ zurückgehen. Sie unterschätzten den Umstand, daß die Entwicklung des Kapitalismus eine ungeheure Erstarkung des Kapitals, Zusammenballung einer immensen Macht in wenigen Händen mit sich bringt, die Ungleichheit der Vertragspartner also wächst und ein Kampf zwischen Riese und Zwerg ausgefochten wird[12]. Zumal die begüterte Klasse neben der ökonomischen eine ungeheure geistige Uebermacht besitzt. Beherrscht sie doch nicht nur das Wirtschaftsleben, sondern auch den Regierungs- und Kulturapparat, das Schulwesen, die Presse etc.[13].

[12] Die »Entwicklung zum Großbetrieb (hat) zweifellos die Machtstellung der Arbeiter im Lohnkampf verschlechtert. Zwar hat die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter große Fortschritte gemacht, aber den großen Korporationen (Kartellen und Trusts) gegenüber haben sie doch zumeist den kürzeren gezogen .« (R. Liefmann. Trusts. Hwb.d.Stw., 4. Aufl., Bd. VIII, p. 308). »Das Finanzkapital, eine wahrhaft verschwindende Minderheit, der das Eigentumsrecht ... fast eine übermenschliche Macht verleiht ...« (Th. Veblen).

[13] »Die Geschichte des letzten Jahrhunderts ist ... in hohem Maße zur Geschichte einer Gruppe von Kapitalisten und Geldtitanen geworden, deren Methoden nicht gerade genau nachgeprüft wurden und denen man Ehren erwies,

Die Vertreter dieser Richtung übersahen, daß mit dem Reifen des Kapitalismus der Antagonismus der Klassen sich verschärft, die antagonistischen Distributionsverhältnisse aber wachsende tote Kosten verursachen und diese Kosten nicht nur fortschreitende Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter verhindern, sondern in einem bestimmten Stadium der kapitalistischen Entwicklung die bereits erreichte Lebenshaltung bedrohen und die sozialen Einrichtungen zum Abbau bringen.

Insbesondere aber übersahen sie, daß die sich vertiefende Kluft zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsfähigkeit die Krisen verschärft und das Ueberangebot an Arbeitskräften in erschreckendem Maße erhöht, was die Stellung der Arbeiter im sozialen Kampf katastrophal schwächt. —

Die reformistischen Sozialisten huldigten ferner der Ansicht, daß mit Hilfe des Stimmzettels, auf dem Wege der demokratischen Evolution die Wirtschaft schrittweise vom Kapitalismus zum Sozialismus übergeführt werden könne.

Mit politischer Aufklärung und besserer Organisation der Arbeiter würden — meinten sie — die Wählerstimmen und Parlamentsmandate anwachsen. Dies werde möglich machen, soziale Reformen durchzusetzen. Die Lebenshaltung des werktätigen Volkes werde sich heben und mit zunehmendem Verbrauch die Produktion ausdehnen. Da wachsende Produktion eines wachsenden Arbeitsheeres bedürfe, so würde die Arbeiterzahl steigen und sich eine sozialistische Mehrheit im Parlament bilden. Auf dem Wege friedlichen Vordringens werde der Sozialismus seine Verwirklichung finden.

Die Hoffnung darauf, daß das Proletariat im Kapitalismus imstande sein werde, bei steigender Arbeitsproduktivität angemessene Hebung des Lebensstandards durchzusetzen, hat sich nicht verwirklicht. Indessen könnte nur unter der Voraussetzung, daß der Verbrauch der Massen mit der Erzeugung Schritt halte, die Produktion sich ausweiten, die Arbeitslosigkeit ausbleiben und die Zahl der Beschäftigten wachsen. Und nur, wenn dies der Fall wäre, könnte Einmütigkeit unter den proletarischen Wählern herrschen und Parteizersplitterung vermieden werden.

Wenn es übrigens im Kapitalismus möglich gewesen wäre, den Verbrauch des Volkes jeweils der steigenden Arbeitsproduktivität an-

die nach den Erfolgen bemessen waren, die sie aufzuweisen hatten, ohne Rücksicht auf die Mittel, durch die sie ihre Siege erfochten hatten.« (F. D. Roosevelt. Das neue Amerika. Luzern 1937, p. 16).

gemessen zu erhöhen, so würde der Wille zur Aenderung der Wirtschaftsverfassung begreiflicherweise bei den Massen fehlen.

2.

Die *revolutionären* Sozialisten, die im Gegensatz zu den reformistischen auf dem Boden der Verelendungstheorie standen und an einen sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht glaubten, haben sich den Weg zum Sozialismus wie folgt vorgestellt:

Die Lebenshaltung des Proletariats werde sich nicht oder nicht entsprechend den technischen Möglichkeiten bessern. Durch das Versagen der Kaufkraft würden sich die Krisen verschärfen. Die wachsende Unzufriedenheit des immer zahlreicher werdenden Proletariats werde den Willen zur Aenderung der Wirtschaftsverfassung erzeugen und stärken.

Ferner: Die kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden, deren ökonomische Grundlagen nach und nach vernichtet würden, würden in das Proletariat hinabsinken. Auch gelehrte Berufe, Angestellte und Intellektuelle würden sich proletarisieren. Dies werde eine schärfere Ausprägung der Klassengegensätze, eine deutlichere Scheidung in zwei Klassen herbeiführen. Der sozialen Umschichtung müsse eine politische Umgruppierung folgen. Es werde nur wenige, womöglich nur zwei Parteien geben: die Partei der arbeitenden Massen und die Partei einer dünnen Schicht der Kapitalmagnaten. Hie Bourgeoisie, hie Proletariat.

Die Entwicklung verlief anders, nicht geradlinig, sondern zwiespältig. Die Wirtschaft wurde durch die inneren Widersprüche mehr und mehr zerrieben. Neben den progressiven Kräften waren retardierende am Werke. Die ökonomische Entwicklung wurde mehr und mehr gehemmt und dies blieb nicht ohne Einfluß auf die politische Entwicklung.

In einer Zeit, in welcher Arbeiterparteien an der Schwelle zu stehen schienen, die politische Macht zu erobern, hörte die Ausdehnung der Produktion (der Friedensindustrie) auf und setzte ein Schrumpfungsprozeß ein mit allen seinen unheilvollen Folgen.

Mit der Schrumpfung der Produktion hörte die Arbeiterzahl zu wachsen auf. Die Arbeiter teilten sich in Beschäftigte und Arbeitslose. Die gehemmte Konzentration der Produktion konservierte den alten Mittelstand und schuf einen neuen[14]. Dies behinderte die *gesellschaftliche Umschichtung* und die Wandlung des politischen Kräfteverhältnisses.

Das Wirken der retardierenden neben den progressiven Kräften und die daraus resultierende Zwiespältigkeit des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses verzögerten nicht nur die soziale Umschichtung, sondern — was noch viel schlimmer war — erschwerten die politische Orientierung. Sie trübten das klare Urteil, führten zu Fehlschlüssen und brachten Verwirrung in die Meinungen.

Zudem gingen die Interessen der Beschäftigten und *Arbeitslosen* auseinander. Dies beeinträchtigte die Einigkeit des Proletariats noch mehr. Unter der Arbeiterschaft entstand nicht jene Einheitlichkeit der Interessen, jene Einmütigkeit, wie sie seinerzeit von marxistischer Seite erhofft wurde. Im Gegenteil, die Arbeiterschaft verzehrte die Kräfte in inneren Kämpfen, was ihren Widerstand nach außen schwächte. Statt der erhofften Konzentration, Sammlung in einer Partei, erfolgte eine Parteizersplitterung. Die Arbeiterpartei spaltete sich und zwischen den beiden neuen Parteien standen Enttäuschte, Resignierte und Untätige.

War schon durch die Parteizersplitterung eine einheitliche geschlossene Aktion der politisch organisierten Arbeiter nicht möglich, so kam noch hinzu, daß auch ein engeres Einvernehmen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaft fehlten, wie dies für eine wirksame politische Aktion notwendig wäre.

Die kleinbürgerlichen Schichten von Stadt und Land wurden von der sozialistischen Bewegung abgehalten. Trotz der Verarmung des *Mittelstandes* fand dessen Annäherung an die proletarische Bewegung nicht statt. Der durch die kapitalistischen Widersprüche konservierte alte ebenso wie der neugebildete Mittelstand wurde zwar von der Wirtschaftskrise hart betroffen, machte sich aber dennoch die proletarische Ideologie nicht zu eigen. Da das Proletariat schon seit langem in einem Verelendungsprozeß begriffen war und durch die Krise hart mitgenommen wurde, graute den Mittelständlern vor dem Schicksal besitzloser Proletarier und sie suchten mit allen Mitteln, dem Hinabsinken in das Proletariat zu entrinnen. Und so bildete sich trotz der allgemeinen Unzufriedenheit kein einheitlicher Volkswille zur Aenderung der Wirtschaftsverfassung.

[14] Je mehr sich die Wirtschaft komplizierte, desto mehr schwoll die Zahl der Angestellten, Beamten und verschiedener unproduktiver Berufe an. (Vergl. oben p. 158).

Diese Situation nützte der Faschismus durch raschen und entschlossenen Zugriff aus. Und »ein Häuflein entschlossener Menschen« hat »die Chance zum Sieg über Hunderttausende Unentschlossener« (M. Beck).

Die Hoffnungslosigkeit der Situation trieb die bedrängten Mittelständler in die Arme des Faschismus. Und dieser verstand das Mittelstandsproletariat gegen das Arbeiterproletariat auszuspielen. Der ruinierte Mittelstand, dessen antikapitalistische Gefühle durch geschickte Propaganda ausgenutzt wurden, wurde zum Sturmbock gegen die sozialistische Bewegung. Und so verhalfen die kleinbürgerlichen Schichten dem Faschismus, in welchem sie ihren Retter sahen, aber ihren Totengräber fanden, die ersten Massenerfolge zu erringen.

3.

Dem Konkurrenzkapitalismus würde als Staatsverfassung die bürgerliche Demokratie (politische Gleichstellung der Bürger), dem Monopolkapitalismus dagegen die Diktatur des Kapitals (Finanzoligarchie) entsprechen. Indem die kapitalistischen Widersprüche den Konzentrations- und Akkumulationsprozeß, mithin die Wandlung der Wirtschaftsstruktur und der sozialen Schichtung hemmten, hemmten sie damit auch die Wandlung der *politischen Verfassung.*

Die demokratischen Institutionen konnten sich in manchen Ländern erhalten, weil bei der Zwiespältigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und in deren Gefolge der Uneinigkeit des Proletariats ihre Abschaffung nicht unbedingt notwendig erschien. Die autoritäre Neuordnung konnte in diesen Ländern auch deshalb ausbleiben, weil die gleiche wirtschaftliche Zwiespältigkeit auch eine Uneinigkeit unter den Bürgerlichen zur Folge hatte und die Entstehung einer geschlossenen bürgerlichen Front verhinderte.

Dennoch bestand in den letzten Jahren vor Ausbruch des jetzt wütenden Krieges in allen kapitalistischen Ländern, selbst in den ausgesprochen demokratischen, die Tendenz, die demokratischen Institutionen abzubauen, die Kontrolle durch das Volk zu beschränken. Es fehlte nicht an Versuchen, das Parlament zugunsten der Exekutive auszuschalten, die politische Macht bei der vollziehenden Gewalt zu konzentrieren. Und so wiesen die Demokratien überall bedenkliche Symptome der Entartung auf.

Der vom Sozialismus erwartete politische Erfolg blieb aus. Die Entwicklung schlug andere Bahnen ein. Den Illusionen folgten Enttäuschungen.

Bei der Einschätzung der Entwicklungstendenz wurde seinerzeit nicht oder nicht in der ganzen Tragweite in Rechnung gezogen, daß die kapitalistischen Widersprüche die ökonomische Entwicklung mehr und mehr hemmen, was ja wachsende Hemmnisse der politischen Entwicklung zur Folge haben muß.

»Ein neues Mal zeigte sich, daß der sozialistische Kampf *ohne theoretische Fundierung* nicht zum Ziele führen kann. Denn nicht im Wesen des Sozialismus, in der *mangelnden Erkenntnis des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses* und seiner Grundlagen sind die Illusionen und die Enttäuschungen begründet« (R. Grimm).

C. Ausblick

I. Krise und Krieg

In den Industrieländern steigt in Friedenszeiten der unabsetzbare Warenüberschuß resp. die unausgenutzte Produktionskapazität pro Kopf der Bevölkerung. Mit der Industrialisierung der Agrarländer nimmt die Anzahl der Völker zu, die unter der Ueberproduktion leiden. Der wachsenden Ueberproduktion in den Industriestaaten wegen sind die Agrarstaaten bestrebt, die Industrialisierung zu beschleunigen, um ihre sonst unabsetzbaren Rohstoffe selber zu verarbeiten. Dadurch engen sich die Absatzgebiete der alten Industriestaaten ein, was die Lage verschlimmert. Mit den Umwälzungen in der landwirtschaftlichen Technik und dem Eindringen der kapitalistischen Produktionsweise in die Agrarsphäre gesellt sich zu der industriellen Ueberproduktion noch die agrarische. Die Ueberproduktion nimmt immer größere Ausmaße an. Da man statt den Verbrauch zu erweitern, die Erzeugung einschränkt, was ja auf den Verbrauch zurückwirkt, schrumpft die ganze Wirtschaft zusammen.

Betrafen die Krisen einst nur wenige Gebiete des ökonomischen Lebens, so weiteten sie sich nach und nach auf nahezu sämtliche Bereiche der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen aus.

Zuerst wurde die Wirtschaft nur in größeren Zeiträumen von den Krisen heimgesucht. Nacher wechseln gute Konjunkturen und Depressionen in mehr oder weniger gleichen Zeiträumen ab, die beiden Hauptphasen des industriellen Zyklus halten sich im großen und ganzen die Waage. Später werden die Krisen schärfer und länger, die Prosperitäten dagegen kürzer. Und zwar treten anstelle der wirtschaftlichen Krisen mehr und mehr politische Krisen, *Kriege*. In diesem letzten Entwicklungsstadium lösen sich lange Krisen oder Kriege und kurze Prosperitäten abwechselnd ab.

Bei der riesigen Produktionskapazität der Wirtschaft im überreifen Kapitalismus genügt die Reduktion der Erzeugung, Schrumpfung der Wirtschaft in der Depressionszeit nicht mehr, um die großen Kapitalüberschüsse hinwegzufegen, um das gestörte Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch wieder herzustellen. Dieses Entwicklungsstadium braucht wirksamere Vernichtungsmethoden. Und die wirksamste Vernichtungsmethode sind die mit moderner Technik geführ-

ten Kriege, diese gewaltigen Konsumtionsexzesse. Erst der riesige Kriegsverbrauch und die Kriegsverheerungen schaffen den von der Geschäftswelt ersehnten Mangel, also die Voraussetzung für künftige »Prosperität«.

In jeder anderen Wirtschaftsform — und auch vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes — ist ein Krieg ein eindeutiges Verlustgeschäft. Unter den obwaltenden Verhältnissen übt er eine notwendige Wirtschaftsfunktion aus; er wird zu einem »realpolitischen Geschäft«.

Das hier soeben über die Ueberkapazität der sachlichen Produktionsmittel Gesagte betrifft auch die Ueberkapazität der persönlichen Produktionsmittel. Im aufsteigenden Kapitalismus hatte die Arbeitslosigkeit nur konjunkturellen Charakter. Die in den Krisen aufs Pflaster geworfenen Arbeiter wurden in der Prosperitätszeit durch die sich ausweitende Wirtschaft wieder aufgesaugt. Im absteigenden Kapitalismus bleibt in der besten Konjunktur ein ständiger unauflöslicher Bodensatz von Arbeitslosen bestehen. Die Dauernderwerbslosen verschwinden nur dann vom Arbeitsmarkt, wenn sie in der Wehrindustrie beschäftigt oder in den Soldatenrock gesteckt als Kanonenfutter im Weltgemetzel verwendet werden.

Freilich vermag der Krieg die Krise nicht ganz zu verdrängen. Da ein Krieg nicht nur Sachwerte, sondern auch junge Menschenleben en masse zerstört, kann er nicht je 7 oder 10 Jahre, sondern frühestens je 20 oder 25 Jahre (von Generation zu Generation) wiederkehren. Und so weist im Spätkapitalismus der industrielle Zyklus folgenden Turnus auf: Einem Zyklus, der sich aus Prosperität und Krieg zusammensetzt, folgt ein Zyklus, der aus Prosperität und Krise besteht. Zwischen je zwei Kriege schiebt sich eine Krise hinein (1914/18 Krieg, 1929 Krise, 1939 Krieg).

Sollte die kapitalistische Wirtschaft bestehen bleiben, so würde bei weiterer Verbesserung der Rüstungen und Vervollkommnung der Zerstörungstechnik die Ueberproduktion wohl ausbleiben. Der Wiederaufbau der Wirtschaft nach jedem Kriege würde das Leben einer Generation voll in Anspruch nehmen. Jede Generation würde alles zerstören, was die vorangehende aufgebaut hat, um dann von vorn anzufangen[1].

[1] Man bekommt häufig die Ansicht zu hören: »Deutschland (ist) ein durchaus kapitalistisches Land ... Alle die heutigen Maßnahmen von staatlicher Lenkung, von staatsverpflichtender Wirtschaftsführung, von Gewinnbeschrän-

Die Tendenz zur Dauerkrise auf ihre wirklichen Ursachen zurückführen, bedeutet das endgültige Versagen des Kapitalismus zuzugeben. Aus dem bewußt oder unbewußt gehegten Wunsch, dieser Schlußfolgerung auszuweichen, werden in der offiziellen ökonomischen Literatur wirklichkeitsfremde Hypothesen konzipiert. Theoretisch veranlagte Köpfe bemühen sich seit Jahren vergebens, eine phantastische Theorie der »langen Wellen« zu konstruieren[2]. Von weniger theoretisch veranlagten Autoren wurden noch kurz vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges Versuche (leider auch von sozialistischer Seite) unternommen, die letzte Krise, die nicht enden wollte und durch den zweiten Weltkrieg bloß unterbrochen wurde, nicht als ein Symptom des Niedergangs des Kapitalismus, sondern als eine *Auswirkung des ersten Weltkrieges* hinzustellen! Weil es an einer zentralen Wirtschaftsorganisation, einer zentralen Planung ermangele, konnte angeblich die Wirtschaft während zweieinhalb Jahrzehnten seit dem ersten Weltkrieg nicht in die normalen Bahnen einlenken[3].

Hätte es sich nur darum gehandelt, die durch den ersten Weltkrieg verursachten Zerstörungen gutzumachen und die notwendigen Umstellungen in der Wirtschaft vorzunehmen, so wäre dies längst vollbracht. Bei der riesigen Leistungsfähigkeit des modernen Produktionsapparates und der großen Rührigkeit der kapitalistischen Unternehmer wären die Folgen des ersten Weltkrieges auch ohne eine zentrale Planung in kurzer Zeit liquidiert und längst vergessen. Hätten sich nach der Wiederherstellung des Friedens die dem Kapitalismus eigenen Disproportionalitäten nicht wieder eingestellt, so wären auch alle weiteren Komplikationen ausgeblieben. Wenn also der Krieg die Disproportionalität zwischen der Produktiv- und Konsumkraft, die im

kungen usw. (stellen) einfach kriegsbedingte Notwendigkeiten dar, welche dahinfallen werden, sobald die einstige Friedenswirtschaft anstelle der heutigen Kriegswirtschaft treten kann.« (Weltwoche, 27. VI. 41). — Diese Behauptung ist richtig und zugleich falsch. Freilich ist der Faschismus ein Versuch, den Sozialismus zu vereiteln. Gewiß entspricht es den Absichten der heutigen Führer Deutschlands, Italiens usw., die bisherige Wirtschaft — wenn auch in neuer Form — wieder aufzurichten. Solange aber der Kapitalismus nicht abgeschafft ist, kann die Friedenswirtschaft nicht dauernd anstelle der Kriegswirtschaft treten. Wird der historisch überlebte Kapitalismus künstlich konserviert, so nimmt er den Charakter des Kriegskapitalismus an mit allen seinen nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Oberschicht unerwünschten Begleiterscheinungen.

[2] Vergl. Moszkowska. Zur Kritik moderner Krisentheorien, p. 108.

[3] Dabei wird versucht, den Weltkrieg statt auf die dem Kapitalismus immanenten Kräfte auf akzidentelle Momente zurückzuführen.

Wesen der profitorientierten Wirtschaft liegt, nicht nur vorübergehend, sondern dauernd beseitigt hätte, so wären die Spuren des einstigen Weltkrieges in der Volks- und Weltwirtschaft längst verwischt.

Freilich waren die Ansprüche, die der vierjährige Krieg und dessen Folgen an die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates stellten, hoch, aber auch die Produktivität der mit modernen Erzeugungsmitteln ausgerüsteten Arbeiter war nicht minder hoch. Infolge der großen Retablierungsfähigkeit des kapitalistischen Produktionsapparates konnte sich daher die dem Kapitalismus immanente Tendenz zur Ueberakkumulation trotz der Verheerungen und Verwüstungen durch den Krieg bald wieder einstellen. Zumal nicht nur die Produktionstechnik forciert, sondern auch der Konsum eingeschränkt wurde.

Die Autoren dieser Richtung, die alle sozialen Schäden, insbesondere Krisen und Arbeitslosigkeit auf das Fehlen einer Planung, auf Anarchie, zurückzuführen suchen, sind für die wirtschaftliche Auswirkung der Konsumdrosselung und Akkumulationsforcierung blind. Sie merken nicht, daß die bestehende Anarchie soziale Wurzeln hat, und hoffen, ihr mit nur organisatorischen Maßnahmen beizukommen[4].

Die »kleinen« (periodischen) Krisen sind nicht durch Anarchie und die »große Krise« ist nicht durch den Weltkrieg herbeigeführt worden. Die »kleine« und die »große« Krise sind ebenso wie die Weltkriege durch die Eigentümlichkeiten der Profitwirtschaft verursacht.

Die »große Krise« ist eine Verfallskrise und daher eine Dauerkrise. Und ebenso die Bedrohung der Welt mit dem Krieg resp. der Kriegszustand selbst ist eine Dauererscheinung. Man kann in gewissem Sinne von *»ewiger Krise«* und *»ewigem Krieg«* sprechen. Beide Erscheinungen sind Ausdrücke der ungeheuren Spannungen des Spätkapitalismus. Zwischen Krise und Krieg besteht ein Zusammenhang, aber ein anderer als die Vertreter der erwähnten Richtung meinen.

[4] Freilich kann die Planwirtschaft unter bestimmten Umständen — wenn die demokratischen Mächte den Sieg erringen — ein ausgreifender Schritt zum Sozialismus sein. Aber nicht auf die Planlosigkeit sind die derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Kalamitäten zurückzuführen.

Wäre seinerzeit, im aufsteigenden Kapitalismus, die Drosselung des Konsums ausgeblieben, wäre der Verbrauch der wachsenden Erzeugung angepaßt, so hätte man — selbst wenn sich die Produktivkräfte noch so rasch entfalteten — auf staatliche Macht- und Zwangsmittel verzichten können. Die Wirtschaft hätte den *Liberalismus* und *Pazifismus* zur ökonomischen und politischen Grundlage haben, bürgerliche Freiheiten, Freihandel, internationale Arbeitsteilung, Friede und Fortschritt zu ihren Losungen machen können.

Da die Akkumulation forciert und der Konsum gedrosselt wurde, brauchte die Wirtschaft einen starken Staatsapparat. Der Staat mußte durch erfolgreiche Außen- und Kolonialpolitik fremde Konkurrenz fernhalten, neue Märkte erschließen, für Kapitalanlagesphären in rückständigen Ländern Sorge tragen etc. Der Staat mußte auch im Inlande starke Autorität über die Massen ausüben und die Arbeiterbewegung wirksam unterdrücken.

Staatliche Macht- und Gewaltmittel wurden zu einem wirtschaftlichen Faktor. Die Wirtschaft wurde in steigendem Maße auf die Wehrmittel des Staates angewiesen. Der Liberalismus in der Außenpolitik konnte sich nicht lange halten; die liberalen Ideen beim Bürgertum mußten bald den machtpolitischen Platz machen. Statt prinzipieller Ausschaltung physischer Gewalt bei der Durchsetzung von wirtschaftlichen und politischen Zielen trat Befürwortung von Gewaltanwendung durch den Staat. Der Liberalismus wurde durch den Imperialismus verdrängt.

Die kapitalistische Wirtschaft brauchte einen starken Staat, um ihre Interessen nach innen und außen wirksam zu vertreten. Der Staat mußte seinerseits aber, um diesen Aufgaben gewachsen zu sein, die Wirtschaft in Anspruch nehmen.

Die Machtpolitik des Staates war also seit jeher ein wesentlicher Faktor der kapitalistischen Wirtschaft, und der Staat hat stets die Wirtschaft für seine Politik benutzt. Dies ist aber im überreifen Kapitalismus in besonders hohem Maße der Fall. In einer Zeit, in der die Spannung zwischen der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der Verbrauchsfähigkeit des Volkes sehr stark ist, das Sicherheistventil — die Erschließung neuer Märkte — sich verstopft und auch sonst nicht mehr genügt, muß der Interventionismus rasche Fortschritte machen. In dieser Aera, in welcher der Produktionsapparat nur durch gigantische Kriegsrüstungen voll beschäftigt und der Produktionsüberschuß nur durch riesige Konsumtionsexzesse der Kriege verbraucht werden kann, muß der Staat in wachsendem Maße in das Getriebe der Wirtschaft eingreifen; die Machtfülle des Staates muß stark zunehmen.

Für die Bedürfnisse der *Kriegführung* werden vom Staate sachliche und persönliche Produktionsmittel in Anspruch genommen. Die Produktion und Verteilung der Güter wird vom Staate kommandiert. Der Geld- und Kreditverkehr wird seiner Kontrolle unterstellt. Die Außenhandelsbeziehungen werden von Staatsmacht zu Staatsmacht geregelt. Alle entscheidenden Sektoren der Wirtschaft werden vom Staat maßgebend beeinflußt.

In den faschistischen Diktaturstaaten, in welchen die imperialistischen Bestrebungen besonders stark sind, war die Wirtschaft schon lange bevor der jetzt wütende Krieg ausbrach, in hohem Maße den Zwecken der Staatspolitik untergeordnet. Verlangt doch der moderne Krieg, daß schon im Frieden weitreichende Vorbereitungen getroffen werden.

Alle Wirtschaftskräfte wurden für den Staat mobilisiert, die Wirtschaft wurde militarisiert. Weder die Güterproduktion noch der Güteraustausch konnten sich mehr — selbst dort, wo sich Reste der freien Konkurrenz sonst noch erhalten hätten — nach dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage abwickeln, sondern wurden durch kriegswirtschaftliche und sonstige gesamtpolitische Ueberlegungen vom Staate aus geregelt und gelenkt. Freie Bewegung von Mensch, Kapital und Ware hörte auf. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln wurde zwar nicht aufgehoben, aber die Verfügungsgewalt stark eingeschränkt. Durch den gegenwärtigen Krieg, diesen Titanenkampf, sind die Kompetenzen des Staates und seine Eingriffe in die Privatwirtschaft noch bedeutend erweitert worden.

Und diese Entwicklung in den Diktaturstaaten greift nach und nach auf die liberalen Staaten über, reißt sie in den gleichen Prozeß hinein. Auch hier wird die Privatwirtschaft eingeengt, an ihren Fundamenten wird gerüttelt.

Je länger der Krieg dauert und je mehr er sich zu einem Krieg der Kontinente auswächst, um so mehr muß das Privateigentum »seine Bedeutung verlieren und kollektivistisch für die Selbstbehauptung verwertet werden« (Valentin). Der Mobilisierung der Menschen muß die Mobilisierung der Vermögen folgen. Kann man doch den kolos-

salen Anforderungen, die ein moderner Krieg an die Volkswirtschaft stellt, anders gar nicht gerecht werden.

Zuerst ist die Machtpolitik des Staates nur ein Mittel, um die kapitalistische Wirtschaft zu fördern. Nach und nach bekommt die Politik eine dominierende Stellung. Zum Schluß wird das Primat der Politik über die Wirtschaft offen proklamiert. —

Der Krieg ist nur eine Unterbrechung der in Friedenszeiten herrschenden Tendenzen. Mit dem Aufhören des Krieges müssen diese Tendenzen wieder wirksam werden. Geht einmal der Krieg zu Ende und erholt sich die Volkswirtschaft, so wird eine *Wirtschaftskrise* über kurz oder lang entflammen und die Arbeitslosigkeit furchtbare Ausmaße annehmen[5]. Die letzte Krise fand durch den jetzt tobenden Krieg nur ein Scheinende.

Nicht nur Kriege, sondern auch Krisen führen zur Einschränkung der Privatwirtschaft. Die Bekämpfung der Krise wird immer mehr Sache des Staates. Je häufiger und schwerer die Krisen, um so mehr sind staatliche Eingriffe erforderlich, um die Krisenfolgen zu mildern. An der Vermeidung der Krisen hat der Staat ein vitales Interesse, denn jede Wirtschaftskrise droht zu einer Staatskrise zu werden.

III. Bedarfsdeckungswirtschaft

1.

Die Störungen der kapitalistischen Wirtschaft in Friedenszeiten äußerten sich in der Unabsetzbarkeit der Waren, Ueberkapazität der Betriebe und im Fehlen rentabler Anlagen für neu akkumulierte Kapitalien. Wenn die Störungen ausbleiben sollten, müßten die überakkumulierten Kapitalien jeweils absorbiert werden. Dabei ist es jedoch nicht gleichgültig, auf welche Weise die Absorption geschieht.

Liegen technische Erfindungen, die die Produktion revolutionieren, vor und können die Kapitalien bei der *Auswertung der Erfindungen*

[5] In Friedenszeiten gab es in der Welt ca. 50 Millionen Menschen, die vergebens eine Arbeitsgelegenheit suchten. Diese Arbeitslosigkeit entstand vornehmlich infolge der Rationalisierung der Industrie. Würde man auch in der Landwirtschaft die noch rückständige Technik und Organisation durch zeitgemäßere ersetzen, so würde auch dort ein großer Teil der verwendeten Arbeitskraft freigesetzt werden. Dadurch würde die Abwanderung vom Lande in die Stadt kolossalen Umfang bekommen. Das Erwerbslosenheer würde gewaltig wachsen.

absorbiert werden, so werden Ueberproduktionskrisen nur eine Zeitlang hinausgeschoben. Die Auswertung noch so großer technischer Erfindungen kann die Krisen nicht verhüten, sondern sie immer nur auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Und die hinausgeschobenen Krisen verlaufen dann nicht milder, sondern noch heftiger. Denn durch Einführung technischer Neuerungen erhöht sich die Arbeitsproduktivität und vertieft sich die Kluft zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsfähigkeit noch mehr. Technische Erfindungen nutzbar zu machen, bedeutet ja nichts anderes als die Leistungsfähigkeit des gesellschaftlichen Produktionsapparates zu steigern, also Voraussetzungen für vermehrten Verbrauch in Zukunft zu schaffen. Bleibt dann der erforderliche und erhoffte Verbrauchszuwachs aus, so können Störungen nicht ausbleiben.

Aehnlich ist es, wenn überakkumulierte Kapitalien für *Durchkapitalisierung* des nichtkapitalistischen Raumes, für den Bau von Verkehrsmitteln, die Anlage von Plantagen, Bergwerken und Fabriken — verwendet werden. Kapitalistische Erschließung von Neuländern bedeutet ja letzten Endes nichts anderes als eine Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, mithin ein Auseinanderklaffen von Erzeugung und Verbrauch in noch größerem Maßstabe als bisher. Der Vorstoß des Kapitalismus in den nicht kapitalistischen Raum stellt ebenso wie die Nutzbarmachung von technischen Erfindungen nur ein retardierendes Moment gegenüber den Krisen dar. Nach vollzogenem Vorstoß sind noch schärfere Krisen zu gewärtigen.

Anders wenn überakkumulierte Kapitalien durch *Aufrüstung* in Anspruch genommen werden. Hier werden Kapitalien absorbiert, ohne daß sich die Leistungsfähigkeit der zivilen Erzeugung, der Produktiv- und Konsumgüterindustrie vergrößern würde, also ohne daß sich die gesellschaftliche Konsumkraft zu steigern brauchte. Die Erzeugnisse der Rüstungsindustrie werden ja auf dem Markte weder nachgefragt noch angeboten. Die Rüstungsindustrie beliefert nicht den Markt und ist von dessen Aufnahmefähigkeit unabhängig. Der Auftraggeber und Abnehmer ist hier der Staat.

Wehrmittel waren zwar im Kapitalismus seit jeher ein wirtschaftlicher Faktor. Im aufsteigenden Kapitalismus war aber die Produktion von Mordwaffen vornehmlich ein Mittel zum Zweck (Erschließung neuer Märkte etc.), im absteigenden Kapitalismus wurde sie dagegen zu einer Art Selbstzweck (Rüstungskonjunktur).

Der Ausbau der Rüstungsindustrie verhütet jedoch nicht die Ge-

fahren, die die kapitalistische Wirtschaft heraufbeschwört. Anstelle der Gefahr einer Explosion in Form einer Krise tritt die Gefahr einer Explosion in Form eines Krieges.

Nicht minder als durch Rüstungen kann durch *öffentliche Arbeiten* — Notstandsarbeiten, produktive Arbeitsbeschaffung — Krisen vorgebeugt werden. Da die Konsumtion der bei den öffentlichen Arbeiten Beschäftigten den Markt belebt, ihre Produktion aber den Markt nicht belastet, so helfen diese Arbeiten ähnlich wie Rüstungen das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Wie die Erzeugnisse der Rüstungsindustrie, so werden auch diejenigen der produktiven Arbeitsbeschaffung auf dem Markt nicht gehandelt.

Während der Ausbau der Rüstungsindustrie die politischen und sozialen Spannungen steigert, führt der Ausbau der Notstandsarbeiten eine Entspannung herbei. Im Gegensatz zu den Erzeugnissen der Rüstungsindustrie sind diejenigen der öffentlichen Arbeiten nicht für Zerstörung des Wohlstandes, sondern für dessen Vermehrung bestimmt.

Durch Kriegsrüstungen kann die Wirtschaft wirksam angekurbelt werden, weil das Rüsten, das Wettrüsten, keine andere Grenzen kennt, als das Erschöpfen der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates. Erst wenn die ganze Produktionskapazität ausgenutzt ist, wird Halt gemacht. Auch öffentliche Arbeiten sind nur in *großem Maßstabe* wirksam. Nur in großem und wachsendem Ausmaße sind sie imstande, eine Kontraktion der Wirtschaft zu verhüten. Da mit der Entwicklung der Technik und steigender Produktivität die Spannung zwischen dem technisch möglichen und tatsächlichen Verbrauch zunimmt, müßten mehr und mehr Kapitalien durch Notstandsarbeiten absorbiert werden.

»Wenn sich die Beträge, die für die Arbeitsbeschaffung zur Aufrechterhaltung der Konjunktur aufgewendet werden, in mäßigen Grenzen halten, so wird man sein Pulver verschießen, ohne das Bild des Konjunkturniederganges wesentlich ändern zu können. Anders liegen die Dinge, wenn so gewaltige Beträge aufgewendet werden, daß ihre Verausgabung genügt, um den Kontraktionsprozeß zu kompensieren... In diesem Fall könnte ... der Konjunkturniedergang beliebig lange aufgehalten werden[6].«

Was bedeutet nun Arbeitsbeschaffung in so großem und stets wachsendem Maßstabe?

[6] A. Hahn. Billiges Geld. Neue Zürcher Zeitung. Handelsteil. 19. IX. 37.

»Anstelle des Unternehmers ... tritt der Staat... Der staatliche Sektor der Wirtschaft vergrößert sich, während sich der private kontrahiert, und am Schluß der Entwicklung existiert prinzipiell nur noch ein Unternehmen, der Staat« (oder sonst ein Kollektiv). »Die letzte Konsequenz einer radikalen staatlichen Konjunkturstützungspolitik besteht nicht in einer mehr oder weniger harmlosen Reparatur des kapitalistischen Systems, sondern in einem Ersatz durch ein anderes, *kollektivistisches*[7].«

Mag man sich noch so sehr gegen die Entwicklungskräfte, gegen die notwendig gewordene Umgestaltung des ökonomischen Systems anstemmen, die Entwicklung, die eigenen Gesetzen folgt, führt zwangsläufig zur Ueberleitung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz und damit zur Planwirtschaft. Sozialistische planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft benötigt aber keiner Notstandsarbeiten mehr.

2.

Von den Anhängern der Privatwirtschaft wird behauptet, daß die Einmischung des Staates in die Wirtschaft meist mißlinge. Selbst wenn dies zutreffen sollte, dürften aus dieser Tatsache keineswegs Schlüsse über etwaige Undurchführbarkeit der sozialistischen *Planwirtschaft* gezogen werden. Denn die Schwierigkeiten, denen der Staat bei der Wirtschaftslenkung bisher begegnete, erklären sich — abgesehen von der Inkonsequenz der Maßnahmen (siehe p. 130 f.) — durch die Eigenart der bestehenden auf dem Geschäftsprinzip beruhenden Wirtschaft.

Eine Bedarfsdeckungswirtschaft, in welcher der Verbrauch mit der Erzeugung Schritt halten würde, hätte eine einfachere Konstruktion, einen viel weniger empfindlichen Mechanismus als die Profitwirtschaft, in welcher das Versagen des Verbrauchs manigfache, sich selbst verschärfende Störungen hervorruft. Eine sozialistische Wirtschaft, deren Entwicklung sich nicht wie die der kapitalistischen in Kurven, sondern in einer gradlinig aufsteigenden Linie bewegen würde, würde keine zu großen Anforderungen an ihre Leiter stellen. In einer sozialistischen Wirtschaft würde überdies niemand Interesse haben, der Leitung Hindernisse in den Weg zu legen, wie dies heute der Fall ist. Die Leitung brauchte nicht zu immer neuen Maßnahmen

[7] Ibidem.

zu greifen, um die Umwege und Auswege, welche die privaten Interessen bei staatlichen Eingriffen in der bestehenden Gesellschaftsordnung sich jeweils suchen, zu verlegen. Auch dadurch würde sich die Wirtschaft unvergleichlich leichter steuern lassen.

Daher versprechen staatliche Eingriffe nur dann Erfolg, wenn eine grundlegende Aenderung des Wirtschaftssystems vorausgehen würde. Planwirtschaft ist nur auf der Grundlage der Bedarfsdeckung möglich. Eine Erwerbswirtschaft läßt sich nicht planmäßig organisieren. Solange das Geschäftsprinzip vorherrscht, kann der staatlichen Lenkung kein Erfolg beschieden sein.

3.

Nach Beendigung des Krieges werden die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft voraussichtlich alle Kräfte einsetzen, um die verlorene Bewegungsfreiheit in der Wirtschaft wenigstens teilweise zurückzugewinnen und den Interventionismus nur dort zu belassen, wo er der Profitmacherei nützlich sein kann, und diese Bemühungen können temporär zum Erfolg führen. Denn die großen Aufgaben, die nach dem Kriege der Wirtschaft harren — die Umstellung von der Kriegsauf die Friedensproduktion, der Wiederaufbau der zerstörten Länder und die Befriedigung des immensen Warenhungers der Völker —, bilden gerade die notwendigen Voraussetzungen für eine gute Konjunktur. Wegen dieses Nachholungs- und Wiederaufbaubedarfs, wegen der massierten und konzentrierten Nachfrage ist daher statt einer Liquidation zunächst eher eine teilweise Restauration der Privatwirtschaft und Lockerung der staatlichen Eingriffe zu erwarten. Durch den illusionären Aufschwung kann der Kapitalismus unter Umständen zeitweise eine Kräftigung erfahren.

Krise und Arbeitslosigkeit in einem grauenhaften, bisher nicht gekannten Umfange werden indessen nicht lange auf sich warten lassen. Auf die Dauer wird sich daher eine radikale Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung im Interesse des arbeitenden Menschen nicht vermeiden lassen — den Sieg der überfallenen und unterdrückten Völker in ihrem Freiheitskampf gegen die aggressiven Staaten vorausgesetzt. Die formale Demokratie wird durch die soziale ergänzt, das Profitmotiv durch das Sozialmotiv ersetzt werden müssen.

Der neuen höher entwickelten Gesellschaftsformation, die im Kommen ist, zum Durchbruch zu verhelfen, wird die Aufgabe der geeinigten sozialistischen Parteien und der Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft in jedem Lande sein. Die Aufhebung der Klassen- und nationalen Gegensätze wird den Erfolg der gemeinsamen Bemühungen sozialistischer Parteien aller Kulturländer bilden, welche fortschrittliche Volksschichten und freiheitlichdenkende Persönlichkeiten zu ihren Verbündeten machen werden.

Der Kapitalismus ist nach wie vor ungewollt der Wegbereiter des Sozialismus, aber auf einem *viel komplizierteren,* opferreicheren Weg, als man ursprünglich dachte.

INHALT

